Montag, 28. Mai 1984 - D * *

Azel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 124 - 22.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sowjetunion: Macht und Einfluß des Geheimdienstes KGB in der Moskauer Führung wachsen weiter. Künftig kann dem KGB-Chef jetzt auch der Titel eines „Generalissimus" verliehen werden. Damit ist der KGB der Hierarchie der Streitkräfte gleichgestellt.

Experiment mißglückt? Eine negative Bilanz der Reformbemühungen in der sowjetischen Wirtschaft zieht der Partei-Ideologe Prigoschin. Als Gründe für seine Einschätzung führt er an, daß den einzelnen Neuerungen keine umfassende Reformtheorie zugrunde liege und daß es am politischen Reformwillen mangele. (S. 8)

Vatikan/CSSR: Der Vatikan hat erstmals bestätigt, daß der Papst eine Einladung der CSSR-Bischöfe erhalten habe. Ein Besuch in absehbarer Zeit wird jedoch für unwahrscheinlich gehalten.

Entwicklungshelfer: Von Rebellen wurden im Süden des Sudan zwei deutsche Entwicklungshelfer verschleppt, darunter der Beauftragte des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)

Philippinen: Präsident Marcos will trotz der schweren Einbußen seiner Partei bei den Parlamentswahlen weiter mit harter Hand regieren. Vor der Presse erklärte er, er werde sich allen Versuchen der Opposition im neuen Parlament widersetzen, die Präsidialvollmachten abzuschaffen. Sie seien ein legitimes Werkzeug im Kampf gegen linke Terroristen.

Finnland: Auf dem Parteitag der Kommunisten konnte sich der reformistische Flügel durchsetzen. Im neuen ZK ist kein Anhänger der moskautreuen Linie mehr vertreten. (S. 8)

Medien: Luxemburg hat beschlossen, in Zusammenarbeit mit einer privaten US-Firmengruppe einen TV- und Fernsprechsatelliten über Westeuropa zu stationieren. Frankreich hatte erwartet, daß Luxemburg zwei Kanäle des deutsch-französischen Satelitten TDF-1 anmietet. (S. 8)

Heute: Deutsch-französischer Gipfel in Rambouillet bei Paris. – Großdemonstration der IG Metall in Bonn.

WELT-Serie: Invasion der Normandie

Während Churchill im Unterhaus erklärte, die Landungsaktion in der Normandie gehe zügig voran, gerieten die Amerikaner im Abschnitt „Omaha" in unerwartete Schwierigkeiten. Feldmarschall Rommel hatte die 352. Division, eine seiner besten, an die Kanalküste geworfen. Seite 7

WIRTSCHAFT

General Motors: Der größte Autokonzern der Welt will sich verstärkt im Bereich Datenverarbeitung engagieren. Die Geschäftsführung erwägt die Übernahme der Electronic Data Systems (Dallas), die zwei Milliarden Dollar kosten könnte. (S. 13)

Wieder aufwärts: Die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau hat das Tief der letzten Jahre überwunden. 1983 konnte das Betriebsergebnis um 301 Prozent auf 188,1 (Vorjahr 46,9) Millionen DM gesteigert werden. (S. 9)

Börse: Trotz des Schwächeanfalls am Freitag macht die deutsche Aktienbörse einen recht stabilen Eindruck. Da wegen des Streiks in der Druckindustrie in der vergangenen Woche die aktuellen Kursnotierungen leider ausfallen mußten, veröffentlicht die WELT heute einen Überblick über die Entwicklung wichtiger Börsenpapiere. (S. 13)

ZITAT DES TAGES



» Für unsere Landeskirche erkläre ich, daß wir für die von den Gewerkschaften geforderte Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aus gesamt- und einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation unseres Landes und angesichts der weltwirtschaftlichen Lage kein Verständnis haben. «

Joachim Heubach, Bischof der evangelischen Landeskirche Schaumburg-Lippe
FOTO: DIE WELT

KULTUR

Stockhausen: Erstmals hat die Scala ihre altehrwürdigen, traditionsbeladenen Räumlichkeiten zugunsten des Sportpalasts von Mailand verlassen. Anlaß war die Welt-Uraufführung der neuen Oper von Karlheinz Stockhausen, „Samstag aus Licht". (S. 19)

EG-Preis: Einen mit 10 000 Mark dotierten Filmpreis hat der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, gestiftet. Er soll zum ersten Mal beim Europäischen Filmfestival in München für einen Spielfilm aus einem der EG-Länder vergeben werden.

SPORT

Motorrad: Der Franzose Sarron gewann das erste große Rennen auf dem neuen Nürburgring.

Leichtathletik: Der Sowjetrusse Sergej Bubka stellte mit 5,85 m einen Weltrekord im Stabhochsprung auf.

Turnen: Anja Wilhelm holte sich den deutschen Meistertitel im Achtkampf der Kunstturnerinnen. (S. 18)

Fußball: Mit 1 097 Toren wurde in der Bundesliga ein neuer Rekord aufgestellt. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Kanal: Achteinhalb Jahre lang haben 30 000 Arbeiter, Soldaten und Studenten daran gearbeitet. Jetzt konnte Rumäniens Staatschef Ceausescu den Donau-Schwarzmeer-Kanal eröffnen und damit den Rumänen einen lange gehegten Traum erfüllen. (S. 2 und 20)

Vatikan: Die Chancen stehen schlecht, daß die Sacra Rota die frühere Ehe Carolines von Monaco mit Philippe Junot annulliert. Alles spricht dafür, daß die wiederverheiratete Prinzessin für die katholische Kirche eine Sünderin und Konkubine bleibt. (S. 20)

Wetter: Weiterhin bewölkt mit Schauerneigung. Bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Genscher kündigt Rückzug an. Baum: Gegner der Wende aktiv

Wechsel im FDP-Vorsitz vor 1987 / Gerhardt oder Hirche als Nachfolger?

MANFRED SCHELL, Bonn

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat seinen Abschied von der Parteiführung angekündigt. Er will die FDP 1987 nicht mehr in den Bundestagswahlkampf führen. „Ich bin der Meinung, daß das ein Jüngerer tun sollte", sagte Genscher gestern in einem Interview für die ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven".

Zugleich deutete Genscher an, daß er seinen potentiellen Nachfolger unter den noch jüngeren Landesvorsitzenden der Partei sieht. In der FDP-Führung heißt es, damit seien in erster Linie die Politiker Wolfgang Gerhardt (Hessen) und Walter Hirche (Niedersachsen) gemeint. Das Profil der FDP sollte „mit neuen Gesichtern" bestimmt werden, meinte Genscher.

Keinen Zweifel ließ Genscher daran, daß er sich auf dem Anfang Juni in Münster stattfindenden Parteitag wieder für zwei Jahre zur Wahl stellen wird. „Ich bin entschlossen, wieder zu kandidieren". Genscher wies Mutmaßungen zurück, er habe angesichts des Widerstandes in der FDP gegen eine Amnnestie bei Parteispenden „den Bettel hinschmeißen" wollen, aber Bundeskanzler Helmut Kohl habe ihn überredet, im Amt zu bleiben. Die Diskussionen zeigten, so sagte Genscher, daß die FDP „einen schweren Weg zu gehen hatte und zu gehen hat". Mit großer Kraftanstrengung habe sie die Wende in der Öffentlichkeit durchsetzen müssen. „Das geht an niemandem spurlos vorüber – weder an den einzelnen in der Partei, auch nicht am Vorsitzenden ..."

Genscher ließ in dem Interview offen, ob er nach dem Verzicht auf den FDP-Vorsitz im Bundeskabinett bleiben will. Allerdings wird in der FDP damit gerechnet, daß er auch danach Außenminister bleiben möchte. Auf der einen Seite „hat es sich immer wieder als Vorteil erwiesen, daß beide Aufgaben, Funktionen, in einer Hand vereinigt sind", meinte Genscher. Aber dies sei schon eine „schwere Last". Als er noch Innenminister gewesen sei, „da waren die Parteiaufgaben mit denen des Regierungsamtes leichter zu vereinbaren". Genscher: „Wenn ich nur persönliche Überlegungen angestellt hätte, wäre ich heute ganz sicher nicht mehr Parteivorsitzender". Aber er wolle, daß sich der „Generationenwechsel ohne Brüche vollzieht".

In der ZDF-Sendung äußerten sich auch die Politiker Gerhart Baum und Otto Graf Lambsdorff. Baum bestätigte, daß die Gegner der Wende in der FDP wieder aktiver geworden seien. Baum: „Ja, der Eindruck täuscht nicht". Auf die Frage, ob es in Münster Personaldiskussionen geben werde, antwortete Baum: „Sicher wird es Diskussionen geben. Aber die Personalentscheidungen werden im Kern nicht umstritten sein". Der Parteitag werde ein Beginn für eine Erneuerung der FDP sein. „Wir müssen wieder Avantgarde-Funktionen übernehmen, neue Themen aufgreifen".

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff kündigte an, er werde sich wiederum um einen Platz im FDP-Präsidium bewerben. Er schätze, daß er auch gewählt werde. Die Wende sei „in der Sache" in der FDP bewältigt. „Alle sind der Ansicht, daß sie notwendig war und daß sie richtig war. Ich glaube, daß sie bei einigen gefühlsmäßig noch nicht so voll verkraftet ist ..." Die wieder aufgekommene Diskussion über die Verläßlichkeit der FDP beunruhige ihn, „aber sie ist unbegründet". An der Verläßlichkeit der FDP sei „nicht zu zweifeln". Der Vorgang im Zusammenhang mit dem geplanten Amnestiegesetz „war nun ganz gewiß eine Ausnahmeerscheinung".

DER KOMMENTAR

Risiken für Kohl

MANFRED SCHELL

Hans-Dietrich Genscher hat sich zum FDP-Vorsitzenden auf Abruf erklärt. Er will seine kleine, aufgewühlte Partei 1987 nicht mehr in den Bundestagswahlkampf führen. „Neue Gesichter" sollen – sagt Genscher – der FDP dann ein so attraktives Profil geben, daß sie erneut den Sprung in den Bundestag schafft.

Genschers Ankündigung gegenüber dem ZDF hat auch Helmut Kohl ohne spezielle Vorwarnung erreicht. Dem Kanzler stellen sich jetzt neue Fragen. Insbesondere: Welchen Weg nimmt die FDP in den kommenden Jahren? Was wird nach 1987 aus der Koalition der Mitte?

Der FDP-Chef zielte mit seinem Vorstoß zunächst auf den Parteitag der Freien Demokraten Anfang Juni in Münster. Die Verzichterklärung auf Sicht soll ihm helfen, dort leichter über die Runden zu kommen. Er will mit akzeptabler Mehrheit im Amt bestätigt werden und dann seine Nachfolge ordnen.

Über Genschers Rückzug ist in Bonn seit längerem gesprochen worden – nicht erst seit seiner Niederlage bei der Amnestie-Diskussion. Von der Rückkehr des erst 57jährigen in eine Bremer Anwaltskanzlei war wiederholt die Rede. Der FDP-Vorsitzende bekam zu spüren, daß ihm seine Partei nur noch bedingt folgt, daß sie ihm sogar schmerzhafte Korrekturen abtrotzt. Auch das Gerangel um die Person des neuen Generalsekretärs ist ein Beispiel dafür.

Gewiß, Genscher wird in Münster wiedergewählt. Aber seine Autorität dürfte sich künftig nur noch auf die „Abwicklung" beschränken. Der neue Parteivorsitzende muß spätestens Mitte 1986 gekürt sein, wenn er ein Jahr später den Existenzkampf für die FDP führen soll. Wo aber ist das „neue Gesicht"? Bislang zumindest ist es nicht zu erkennen.

Es stellt sich auch die Frage, welchen programmatischen Weg die FDP in den kommenden Jahren gehen wird. Gerhart Baum hat gefordert, sie müsse „Avantgarde-Funktionen" übernehmen. Was soll das heißen? Will sie sich – wie die Grünen – nur noch Minderheiten zuwenden? Oder wird die FDP auch künftig eine Partei der staatsbürgerlichen Vernunft bleiben?

Das Verhältnis zwischen Union und FDP wird nach Genschers gestriger Ankündigung gewiß nicht einfacher. Helmut Kohl hat die Wende vor allem mit Genscher gestemmt. Mit ihm wollte er ein Bündnis für acht bis zwölf Jahre begründen. Jetzt wird er sich fragen müssen, ob die FDP ohne Genscher nach der nächsten Wahl überhaupt noch als Koalitionspartner in Bonn zur Verfügung steht. Genschers Verzicht jedenfalls zwingt Kohl, jetzt intensiver über eine Politik nachzudenken, die CDU und CSU 1987 die absolute Mehrheit bringen könnte.

Besorgnis über Eskalation am Golf

Japanische Reederei stellt Transporte ein / Yamani warnt vor Ölkrise

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Der Beschluß des größten japanischen Reederverbandes, nach der Beschießung von Tankern im Persisch-Arabischen Golf die Entsendung weiterer Ölschiffe in diese Gefahrenzone bis auf weiteres einzustellen, signalisiert die zunehmende Verschärfung des Konflikts in dieser Region. Andere Anzeichen dafür sind Erwägungen der Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien moderne Luftabwehrraketen zu liefern.

Die Entscheidung des japanischen Reederverbandes bedeutet faktisch die Einstellung der Öltransporte aus dem Golf auf japanischen Schiffen. Die Londoner Versicherungsgruppe Lloyd's hatte am Freitag die Versicherungsprämien für Schiffe, die in der Kriegszone im nördlichen Golf verkehren, um 100 Prozent heraufgesetzt. Die Prämie war bereits am 17. Mai um 50 Prozent erhöht worden.

Westliche Fachleute gehen davon aus, daß selbst eine zeitweilige Blokkierung der Öltransporte aus dem Persischen Golf zu keinen ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten führen würde. Gegenwärtig werden aus dem Golf täglich rund acht Millionen Barrel Rohöl exportiert. Das sind lediglich 17 Prozent des Weltverbrauchs. Davon gehen 54 Prozent an westeuropäische Verbraucher, 37 Prozent nach Japan. Westeuropa besitzt eine strategische Ölreserve von 120 Tagen, Japan eine von 90 Tagen. Die Warnungen des saudiarabischen Ölministers Yamani vor einer neuen Ölkrise und vor einer Erhöhung des Ölpreises werden von westlichen Fachleuten daher als Ausdruck von

SEITE 2:
Reserve hat Ruh' am Golf
SEITE 5:
Riads neutralistischer Kurs

Zweckpessimismus und als Aufforderung an den Westen interpretiert, stärker für die Sicherheit der Golfstaaten einzutreten.

In den Vereinigten Staaten herrscht zunehmende Besorgnis, daß der Golfkrieg durch eine neue iranische Offensive eskalieren könnte. Nach Zeitungsberichten hat Teheran mehr als eine halbe Million Mann für den Angriff bereitgestellt. In Washington wird befürchtet, daß ein Erfolg der iranischen Offensive die Stabilität der arabischen Golf-Anrainer beeinträchtigen könnte. Verteidigungsminister Weinberger sagte in einer Fernsehsendung, die USA nähmen die Gefahr einer Eskalation des Konflikts zwischen Iran und den arabischen Golfstaaten „äußerst ernst". Befürchtungen, daß die iranische Luftwaffe Angriffe gegen saudiarabische Öleinrichtungen unternehmen könnte, haben Washington offenbar bewogen, die Lieferung von 1200 tragbaren Tieffliegerabwehrraketen vom Typ Stinger an Riad zu befürworten. Nach Presseberichten hat Präsident Reagan bereits die Auslieferung von 200 Stinger-Raketen angeordnet. Im Kongreß stoßen diese Pläne auf Widerstand.

Beobachter gehen davon aus, daß die jüngste Eskalation am Golf von Irak bewußt herbeigeführt wurde. Durch die Verschärfung der Lage sollen die übrigen arabischen Länder zu einer Steigerung ihrer Unterstützung für Bagdad gebracht werden; diese Staaten sollen auch auf Iran mäßigend einwirken. Als erster Erfolg dieser Politik kann gelten, daß der syrische Vizepräsident Khaddam in Riad mit der saudiarabischen Führung über die Lage am Golf konferierte. Syrien unterstützt Teheran.

Nach Berichten aus Israel versorgt sich Teheran auch aus osteuropäischen Quellen zunehmend mit Kriegsgerät.

EG-Minister für mehr Kontakt mit dem Ostblock

ULRICH LÜKE, Marseille

Die Außenminister der zehn EG-Mitgliedsstaaten haben sich dafür ausgesprochen, den Kontakt zu den Ländern des Ostblocks zu verstärken. Frankreichs Außenminister Cheysson sagte nach einem zweitägigen Treffen mit seinen Kollegen, es gebe jedoch keine Meinungsunterschiede, daß die aktuelle Politik der Moskauer Führung unakzeptabel sei. Das gelte für die Besetzung Afghanistans wie für die Einflußnahme in Polen, für die sowjetische Überrüstung wie für die Verweigerung der Menschenrechte. Die Zehn erneuerten ihren Appell zugunsten Andrej Sacharows und seiner Frau.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Außenminister standen die jüngsten Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Mitterrand für einen Ausbau der Gemeinschaft zur politischen Union und für die Rückkehr zu Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat. Frankreichs Partner hätten diese Ankündigung mit „Befriedigung" aufgenommen, erklärte Cheysson, auch Großbritannien habe sein Interesse an einer Vertiefung der Gemeinschaft bekundet.

Debattiert wurde auch die Neuwahl der Brüsseler EG-Kommission, deren Amtszeit zum Jahresende abläuft. Die Bundesregierung hat Anspruch auf den Kommissionsvorsitz erhoben (im Gespräch ist der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf) und tritt für eine Verkleinerung der Kommission ein. Bei Fortbestehen des bisherigen Schlüssels würde sie nach dem Beitritt Spaniens und Portugals 17 Mitglieder haben.

Ceausescu hält an seinem eigenen Weg fest

DW. Bukarest/Bonn

Die Ankündigung der Teilnahme Rumäniens an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles bedeutet nach Ansicht politischer Beobachter in Bukarest die Fortsetzung eines diplomatischen Trapezaktes von Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu, der am 4. Juni zu einem offiziellen Besuch in Moskau erwartet wird.

Ceausescu muß dem Druck der Sowjets standhalten. Er ist aber jetzt in einer besseren Position, nachdem auf einer Sitzung der nationalen Olympischen Komitees des Ostblocks in Prag die Differenzen im kommunistischen Lager offenkundig geworden waren. Auch andere Länder, vor allem Ungarn, hatten sich gegen einen Boykott der Spiele in Los Angeles gesträubt. Auch von der „DDR" und von der Tschechoslowakei kamen damals Einwände.

Schwierig wird die Lage für den rumänischen Staats- und Parteichef nicht nur bei seinem Moskau-Besuch, sondern auch bei dem kurze Zeit darauf geplanten Gipfeltreffen der Mitgliedsstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in der sowjetischen Hauptstadt. Rumänien pocht seit längerem auf zusätzliche Energielieferungen aus der UdSSR.

Die rumänische Presse schwieg sich bislang über die Ankündigung der Teilnahme an den Spielen aus. Sportminister Gavrilescu erklärte, die Entscheidung falle nicht in seinen Kompetenzbereich. Der Vizepräsident des rumänischen Olympischen Komitees, Alexander Sipereo, hatte in Prag die Teilnahme bestätigt.

Metall-Kompromiß in dieser Woche?

Arbeitgebersprecher Stihl: Bestimmte Hoffnung / Bei Umfrage Mehrheit gegen Streik

W. NEITZEL/DW. Bonn

Der Verhandlungsführer der baden-württembergischen Metallarbeitgeber, Hans-Peter Stihl, geht mit „einer bestimmten Hoffnung" in die Fortsetzung der Verhandlungen mit der IG Metall, daß es in der dritten Streikwoche zu einer Lösung kommen könnte. Die Unterbrechung der Verhandlungen am vergangenen Freitagabend, von Gewerkschaftsseite vorgeschlagen, hatte nach Einschätzung von Beobachtern etwas mit der Mobilisierung für den heutigen „Marsch auf Bonn" zu tun.

Stihl hatte vor den Fernsehkameras erklärt, „daß für uns eine Arbeitszeitverkürzung generell und für alle auch auf 39 Stunden nicht denkbar ist". Andererseits seien der IG Metall aber Zeichen gegeben worden, daß man sich bei der Verkürzung der Arbeitszeit für bestimmte Gruppen eine Annäherung vorstellen könne.

IG-Metall-Verhandlungsführer Ernst Eisenmann zeigte sich „sehr wohl kompromißfähig und auch kompromißbereit". Gesucht werde ein Abschluß zwischen 35 und 40 Stunden. Die IG Metall erklärte sich auch bereit, sowohl über Höhe und Laufdauer von Lohn- und Gehaltsabkommen zu reden als auch über das Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung und der Verteilung der dabei entstehenden Kosten. In dieser deutlichen Form, so hieß es bei den Arbeitgebern, habe sich der Gewerkschaftsfunktionär im Verhandlungssaal nicht geäußert. Unter solchen Vorzeichen wird es denn auch für denkbar gehalten, daß man sich morgen recht schnell in die „heiße Phase" der Verhandlungen hineinbewegen werde. Es geht vor allem um die Frage, wie ein Kompromiß auszusehen hat, der beiden Seiten die Möglichkeit gibt, das Gesicht zu wahren. Ein möglicher Weg, der am Rande der Verhandlungen erörtert wird, wäre die Festlegung eines Jahresarbeitsvolumens. Hier böte sich für die Arbeitgeber die Einbringung flexibler Lösungen, die Gewerkschaftsseite hingegen wäre dann in der Lage, rechnerisch unter die 40-Stunden-Woche zu kommen.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm kritisierte in einem WELT-Gespräch nicht nur die Haltung der IG Metall, deren Mitglieder durch „Ideologen" in eine Sackgasse gehetzt worden seien, sondern auch die Arbeitgeberseite. Es sei nicht gut, wenn Kompromißvorschläge immer „erst in letzter Minute" gemacht würden.

Die Streiks zur Verkürzung der Arbeitszeit werden, so das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage, nur von 29 Prozent der Bürger gebilligt. 58 Prozent hätten sich dagegen ausgesprochen, berichtete das Demoskopie-Institut. Von den gewerkschaftlich organisierten Befragten erklärten 51 Prozent ihre Zustimmung zu den Streiks, 40 Prozent waren dagegen.

Seite 3: Die Sorge des Norbert Blüm

Kreml will Afghanistan „sowjetisieren"

Geflüchteter Diplomat: Moskau beherrscht Innen- und Außenpolitik des Landes

DW. Peschawar

Die Sowjetunion plant nach den Worten des nach Pakistan geflohenen afghanischen Diplomaten Abdul Madschid Mangal die völlige Sowjetisierung seines Landes. Auf einer Pressekonferenz in Pakistan erklärte Mangal am Wochenende, die Außen- und Innenpolitik Afghanistans werde derzeit entweder direkt durch die UdSSR oder deren Berater gemacht. Mit Blick auf die Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan in Genf erklärte der Diplomat, Moskau sei an einer politischen Lösung nicht interessiert, sondern wolle durch die Verhandlungen nur Zeit gewinnen. Mit seiner Stellungnahme bestätigte Mangal Äußerungen westlicher Experten, nach denen Moskau versucht, Afghanistan nach dem Vorbild der Staaten im Warschauer Pakt völlig zu beherrschen.

Mangal, der drei Jahre lang als afghanischer Gesandter in Moskau war und acht Jahre lang sein Land bei den Vereinten Nationen vertrat, war mit Hilfe moslemischer Rebellen gemeinsam mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen nach Pakistan geflüchtet. Der Diplomat begründete die Sowjetisierung Afghanistans mit dem Hinweis auf mehr als 10 000 Afghanen, darunter Militär- und Polizeioffiziere, die in der Sowjetunion studierten. Außerdem würden Hunderte afghanischer Kinder in Anstalten indoktriniert, und Moskau baue zudem den Geheimdienst Kabuls zur Überwachung der Dissidenten aus.

Weiter erklärte Mangal, der afghanische Außenminister Schah Mohammad Dost erhalte jedes Mal von der Sowjetunion Anweisungen, wenn er zu den Gesprächen nach Genf fahre. Die UdSSR bestehe darauf, daß die afghanische Delegation die Forderung Pakistans nach einem Zeitplan für den Rückzug der schätzungsweise 105 000 sowjetischen Soldaten aus Afghanistan nicht akzeptiere.

In einer Grußbotschaft anläßlich des 65. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kabul und Moskau hat der Kreml seine „volle" Solidarität mit Afghanistan in seinem „Kampf gegen die von der internationalen Reaktion und dem Imperialismus" entfesselten Aggression betont.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deserteur im Untergrund

Von Carl Gustaf Ströhm

Die polnische Untergrundgewerkschaft „Solidarität", von der die Warschauer Behörden (und auch manche westliche Beobachter) gern behaupten, sie habe ihren Einfluß und womöglich sogar ihre Anhängerschaft weitgehend verloren, hat dieser Tage auf erstaunliche Weise von sich reden gemacht. Einem amerikanischen Journalisten der „New York Times" wurde ermöglicht, mit einem desertierten sowjetischen Soldaten zu sprechen, der seit zwei Jahren von der „Solidarität" versteckt gehalten wird und der jetzt als ein sogenanntes „U-Boot" in Polen lebt. Das Gespräch zwischen dem Journalisten und dem Sowjetmenschen fand in einer Warschauer Wohnung statt.

Bemerkenswert an den Vorfall ist, daß es weder den polnischen noch den sowjetischen Führern bisher gelungen ist, den Mann zu verhaften. Das läßt auf ein gut ausgebautes und gesichertes Widerstandsnetz der „Solidarität" schließen. Denn wenn es schon nicht leicht ist, einen eigenen Staatsbürger vor den Behörden zu verstecken – um wie vieles schwieriger ist es mit einem Ausländer, dazu noch mit einem Russen, dessen Sprache in Polen jedermann auffallen muß!

Die Untergrund-„Solidarität" weiß auch, daß die mit der Publizierung dieses Deserteur-Schicksals sowohl den polnischen wie den sowjetischen Geheimapparat in höchste Aktivität versetzen muß. Die polnischen Kommunisten werden alles tun, um den Russen zu fangen, weil ein einziger sowjetischer Deserteur für sie schlimmer ist als hundert polnische Oppositionelle – und die Sowjets müssen obendrein auch deshalb alles in Bewegung setzen, weil sie fürchten müssen, daß das Beispiel des Alexander Janischew, der 1981 sein Militärlager in Schlesien verließ, womöglich Schule machen könnte.

Ein Einzelfall? Vielleicht. Aber ein symptomatischer Einzelfall. Denn er beleuchtet nicht nur das nach wie vor problematische polnisch-sowjetische Verhältnis, sondern auch die wirkliche Situation im angeblich befriedeten und disziplinierten Lande Jaruzelskis.

Reserve hat Ruh' am Golf

Von Jürgen Liminski

Die Versorgungslage des Westens ist nicht so schlecht, wie der saudische Ölminister Yamani den unruhiger werdenden Menschen und Managern im Westen weismachen möchte. Außer den hundert Tagen Reserve in Europa halten auch die USA eine strategische Rücklage von rund fünfzig weiteren Tagen für die Europäer bereit – die Amerikaner selber beziehen nur drei Prozent ihrer Ölimporte aus dem Golf –, und die Saudis können mit weiteren vierzig Liefertagen dienen. Seit Monaten haben sie Überschüsse produziert, die in Tankern eingelagert als schwimmende Reserve außerhalb der Gefahrenzone im Indischen Ozean auf Abruf warten.

Yamani geht es auch nicht um die Versorgung des Westens, sondern um die Zukunft des Königreichs Saudi-Arabien. Der iranische Angriff auf den Supertanker Yanbu in saudischen Gewässern hat gezeigt, wo die wirkliche Front in Golfkrieg verläuft: Zwischen Iran und Saudi-Arabien. Irak ist für die Revolutionäre in Teheran nur eine Zwischenstation.

Yamanis Sorge ist begründet. Eine halbe Million Schiiten lebt in Saudi-Arabien. Viele von ihnen arbeiten bei den Ölfirmen. Sie wären im Falle einer direkten Konfrontation leicht für die Sache Teherans zu mobilisieren. Deshalb will Riad einen Waffengang mit Iran auf jeden Fall vermeiden.

Aber auch Iran hat Probleme. Bagdads Blockade des iranischen Ölterminals Kharq wirkt durchschlagend. Auch Japan, bislang Hauptabnehmer des persischen Öls, schickt seine Schiffe nicht mehr nach Kharq. Die Versicherungen haben die Risikoprämien für die Gefahrenzone bis an die Grenze der Unrentabilität erhöht. Irans Einnahmequelle trocknet aus.

In dieser Lage muß Teheran Bagdads Einnahmequellen ebenfalls zum Versiegen bringen oder den Krieg aufgeben. Das aber hätte unabsehbare Folgen für das Mullah-Regime.

Teheran will den Hauptfinanzier Bagdads zum Stopp seiner Zahlungen zwingen. Das Erpressungsmanöver scheint Erfolg zu haben. Riad sendet über Damaskus bereits Signale nach Teheran. Aber das Kalkül der Revolutionäre und der Prinzen ist nicht deckungsgleich: Selbst wenn Bagdad die Blockade aufgäbe, der Krieg wäre noch lange nicht beendet.

Großer Bruder umschifft

Von Astaf Domberg

Rumänien hat ein Bauwerk fertiggestellt, dessen wirtschaftliche Bedeutung ebenso groß sein dürfte wie seine politische: den Donau-Schwarzmeer-Kanal, der knapp über sechzig Kilometer lang ist und den Binnen-Wasserweg über die Donau ins Schwarze Meer und zum rumänischen Seehafen Constanza um zwei Tagesreisen verkürzt. Dieser Aspekt ist bei der feierlichen Eröffnung, die von Ceausescu vorgenommen wurde und zu einem nationalkommunistischen Massenspektakel geriet, gehörig herausgestrichen worden.

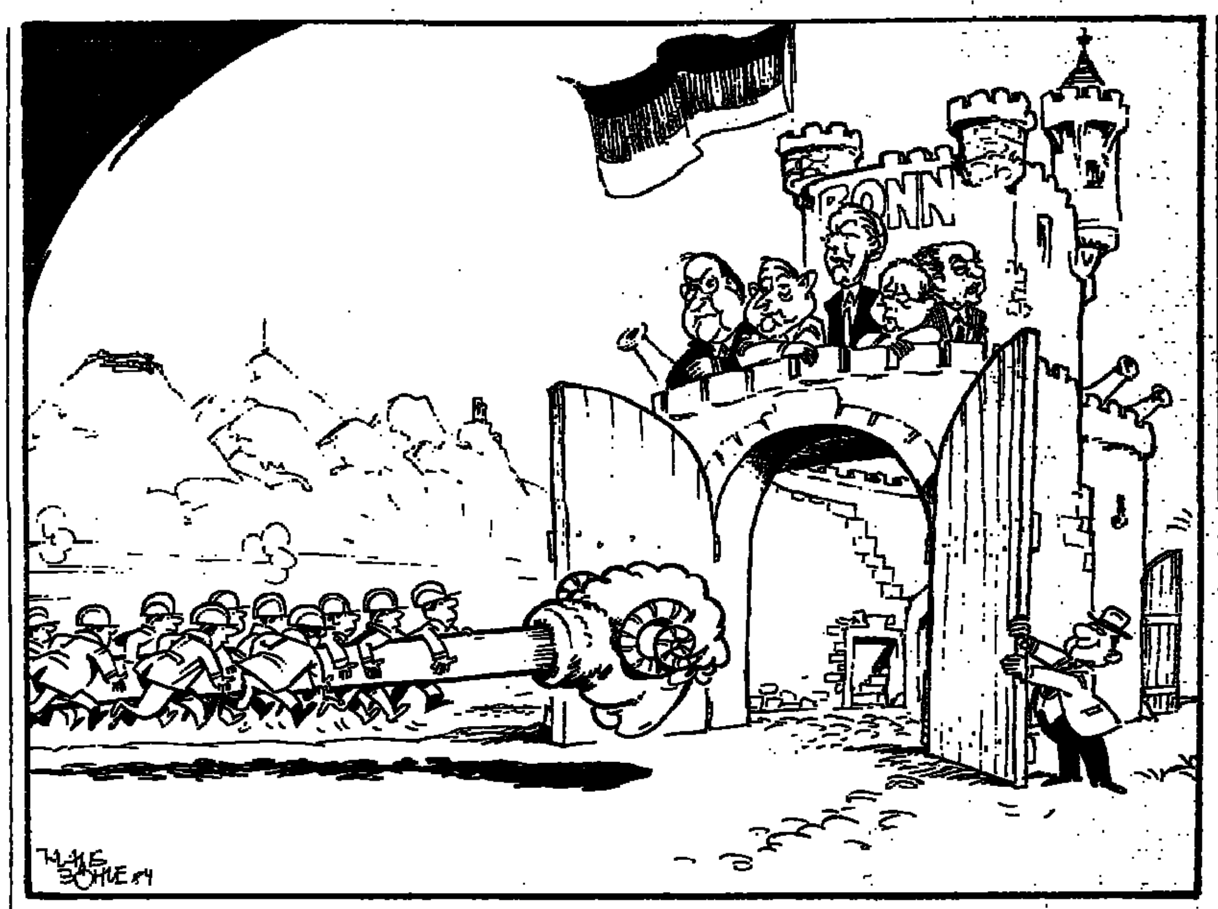
Ein weiterer Gesichtspunkt, der nicht minder wichtig ist, wurde von den Rumänen taktvoll mit Schweigen behandelt. Der rumänische Kanal durch die Dobrudscha umgeht nicht nur das Donau-Delta, sondern auch den sowjetischen Teil der Donau samt Donau-Hafen Ismail. In Zukunft kann man also Güter und Personen von den westeuropäischen Donau-Häfen ins Schwarze Meer befördern, ohne sowjetisches Hoheitsgebiet berühren zu müssen.

Dieser Aspekt dürfte noch interessanter werden, wenn eines Tages der Rhein-Main-Donau-Kanal fertig würde. Dann gäbe es eine direkte Verbindung von Rotterdam bis Constanza ohne Berührung sowjetischen Gebiets.

Die rumänischen Kommunisten haben wieder ihre Eigenwilligkeit bewiesen, als sie den sowjetischen Olympia-Boykott nicht mitmachten. Bisher deutet nichts darauf hin, daß es den Sowjets gelingen könnte, das Regime Ceausescus zu mehr Folgsamkeit zu veranlassen.

Und wenn der rumänische Partei- und Staatschef demnächst nach Moskau fährt, um am Vorabend des Comecon-Gipfels mit Tschernenko zusammenzutreffen, hat er die Gewißheit, in seinen Autonomiewünschen nicht mehr allein dazustehen. Inzwischen weiß man nämlich, daß sowohl Ungarn als auch die „DDR" dem sowjetischen Olympia-Boykott nur murrend gefolgt sind – und daß Moskau erhebliche wirtschaftliche Konzessionen an die Osteuropäer machen muß, um sie bei Linie und Laune zu halten.

Insofern könnte Ceausescus neuer Wasserweg so etwas wie ein Symbol für den künftigen Weg der Osteuropäer sein: man akzeptiert die Existenz des großen Bruders – aber dort, wo es möglich ist, umgeht man ihn.



Tag der offenen Tür ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Gelassen gegenüber Moskau

Von Thomas Kielinger

Die Politik der Verweigerung und die Rhetorik der Angstmache, die seit Wochen die Nachrichten aus Moskau dominieren, werden in Kreisen der Reagan-Regierung mehr und mehr als Unfähigkeit der Sowjetführung gedeutet, irgendwelche Entscheidungen von durchbrechender Bedeutung zu fällen. Man wundert sich in Washington, wie die Sowjets glauben können, damit irgend jemanden im Westen beeindrucken zu können. Schon einmal sei eine solche Propagandawelle fehlgeschlagen – Anfang 1983 in der Bundesrepublik.

Tschernenkos Hand wird als schwach bezeichnet, seine Führungsautorität als unbeeindrukkend, wenn überhaupt gesichert. „Wer wird zur nächsten Beerdigung nach Moskau reisen?" heißt ein geflügeltes Wort. Mit den deutschen Diplomaten, die in der vorigen Woche in Begleitung Außenminister Genschers in Moskau weilten, glaubt auch das offizielle Washington, daß Außenminister Gromyko jetzt der führende Formulierer der Sowjetpolitik ist.

Das muß aber nicht heißen, daß Gromyko der Vordenker oder Tonangeber geworden ist. Vielmehr vertritt er, wie man in Washington glaubt, den gegenwärtig kleinsten gemeinsamen Nenner im Kreml: Das ist die Linie absoluter Verweigerung auf allen Feldern der internationalen Politik sowie die entschiedene Gegnerschaft zu Reagan und seiner möglichen Wiederwahl.

Das Kuriosum aber ist, daß der rüde Ton Moskaus, die unnachgiebige Haltung in allen Bereichen möglicher Kooperation – von der Teilnahme an den Olympischen Spielen bis zu Abrüstungskonferenzen – bisher am besten dazu geeignet scheint, genau das zu erreichen, was man verhindern will: die Wiederwahl Reagans.

„Moskau hat eine Wagenburg um sich gezogen", so beschreibt es ein Fachmann im State Department. Ein Kollege sekundiert: „Es ist ein Schritt in die Selbstisolation. Man leckt dort zur Zeit seine Wunden." Ein anderes hohes Mitglied der Administration sieht Zeichen von „Hysterie" im sowjetischen Verhalten. „Die amerikanische Paranoia, was die sowjetische Rüstung angeht, ist sichtlich seit letztem Sommer verflogen. Damals begann man, sich ob der eingetretenen Rüstungssteigerungsprogramme der Reagan-Administration sicherer, zuversichtlicher zu fühlen. Jetzt scheinen die Sowjets von Paranoia angesteckt. Sie haben nicht kalkuliert, daß eine amerikanische Regierung solche Aufrüstungsleistungen würde vollbringen können. Bis vor kurzem klagten sie über amerikanische harte Rhetorik. Seit einem halben Jahr übertrumpfen wir uns geradezu an entgegenkommenden Vorschlägen, und jetzt ist das in ihren Augen alles nicht mehr ausreichend."

Mark Palmer, stellvertretender Staatssekretär im State Department, ist der Auffassung, daß die sowjetische Entscheidung, auf komplette Verweigerung zu schalten, im April gefällt wurde, als bestimmte internationale Termine – so die Anmeldung für die Olympischen Spiele – drängten. Das war zwei Monate nach dem Tod Andropows. Bis dahin hatten Reagan und Tschernenko etliche Schreiben gewechselt, in denen der Amerikaner seinen versöhnlichen Ton aus der Rede vom 16. Januar fortsetzte und mehrere Initiativen seiner Regierung erläuterte. Wie Tschernenkos Repliken bis April ausgefallen waren, wurde bisher nicht bekannt.

Auf jeden Fall steht fest, daß Washington den Sowjets anbot:

1. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe über die Begrenzung der Militarisierung des Weltraums. 2. Geregelte Konsultationen über den Nahen Osten und das südliche Afrika. 3. Raschere Fortschritte bei der KVAE-Runde. Zu diesem Zweck wurde der US-Chefdelegierte, James Goodby, eigens Ende April nach Moskau geschickt. Seine Mission war ebenso erfolglos wie die etwa gleichzeitige des früheren Generals Brent Scowcroft. 4. Private Kontakte über Möglichkeiten, wie man die festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang bringen könnte.



Der Kreml wird sich schon wieder melden: Reagan FOTO: DPA

Alle diese Vorstöße wurden von den Sowjets zurückgewiesen oder überhaupt nicht beantwortet. Ebensowenig ging Moskau auf den Abrüstungsvorschlag über chemische Waffen oder das westliche Angebot einer neuen MBFR-Initiative ein. Statt dessen erhöhte der Kreml, wie Palmer darstellt, „plötzlich seine Attacken gegen die USA".

Die fortschreitende Dislozierung neuer atomarer Raketen, sei es auf Land, gegen Westeuropa gerichtet, oder zur See, entlang den amerikanischen Küsten, nannte ein US-Experte „einen Fall von Fettsucht". Denn: „Die Waffen finden kein Ziel mehr, das nicht schon vielfach ins Visier genommen worden war. Und wie wollen die Sowjets davon herunterklettern und wieder zum Verhandlungstisch zurückfinden? Verteidigungsminister Ustinow hat nach der Bekanntgabe neuer sowjetischer U-Boot-Dislozierung vor unseren Küsten gesagt, jetzt sei eine 'analoge Drohsituation' hergestellt. Wie kann er damit auf die Prämisse gleichgewichtiger Abrüstung in Europa eingehen?"

Präsident Reagan hat angesichts der sowjetischen Totalverweigerung seinen Glauben bekräftigt, auf lange Sicht hin würden die Sowjets schon noch zu Gesprächen und zur Kooperation bereit werden, vor allem, da die amerikanische Rüstung „ihnen keine Alternative" lasse, wie er auf einer Pressekonferenz in der vorigen Woche meinte. Das ist natürlich Spekulation, wie jeder Versuch, sowjetische Absichten oder Zwänge zu deuten. Aber es ist eine Spekulation, die sich auf Erfahrung stützt.

IM GESPRÄCH Jürgen Ruhfus

Ein Profi aus Bochum

Von Bernt Conrad

Der 54jährige Bochumer spielt sich nie in den Vordergrund. Im Hintergrund aber gehört Jürgen Ruhfus zu den effektivsten und kenntnisreichsten deutschen Diplomaten. Seine in Aussicht stehende Berufung zum Staatssekretär rundet die Amtsleitung des Bonner Auswärtigen Dienstes in optimaler Weise ab: Neben dem dynamischen Ostexperten Andreas Meyer-Landrut bringt Ruhfus Umsicht und Bedachtsamkeit in die Führungsspitze ein.

Eigentlich hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den derzeitigen Botschafter in Tokio, Klaus Blech, zum Nachfolger des im Juli als UNO-Botschafter nach New York wechselnden Staatssekretärs Hans Werner Lautenschlager machen wollen. Doch der neue Bundespräsident Richard von Weizsäcker will sich den 55jährigen Stuttgarter, der schwäbische Prinzipienfestigkeit mit taktischem Verhandlungsgeschick verbindet, als Chef des Präsidialamtes „ausborgen". Dadurch wird der Weg für den gerade erst vor sechs Monaten aus London in die Zentrale zurückgekehrten Ruhfus frei.

Von „zweiter Wahl" kann bei ihm allerdings überhaupt keine Rede sein. Denn der promovierte Jurist und Volkswirt hat bisher auf allen Posten reüssiert, die er seit seinem 29 Jahre zurückliegenden Eintritt in den diplomatischen Dienst bekleidet hat: zuerst in Genf, Dakar und Athen, dann von 1964 bis 1970 als Pressesprecher des Auswärtigen Amtes unter den Ministern Gerhard Schröder (CDU) und Willy Brandt (SPD). Beide waren mit dem formulierungssicheren „Verkäufer" ihrer Außenpolitik ebenso zufrieden wie seine „Kunden", die Bonner Korrespondenten.

Nach einem dreijährigen Zwischenspiel als Botschafter in Kenia kam Ruhfus 1973 wieder in die AA-Zentrale zurück, diesmal als Unterabteilungsleiter für die Vereinten Nationen und später für Westeuropa,



Bei Schröder, Brandt, Schmidt, Genscher: Ruhfus FOTO: POLY-PRESS

Amerika und die NATO. Wichtige Arbeitsgebiete, die er mit unermüdlicher Einsatzbereitschaft, Kontaktfreude und guter Laune beackerte.

Der damalige Kanzler Helmut Schmidt lernte den hochgewachsenen Diplomaten – der politisch eher der Union nahesteht, es aber nie an staatspolitischer Loyalität fehlen ließ – auf Reisen und Konferenzen derart schätzen, daß er ihn 1976 als außenpolitischen Abteilungsleiter ins Kanzleramt holte. Nach drei aufreibenden Jahren in der Regierungszentrale erhielt Ruhfus als „Lohn" den Londoner Botschafterposten. Dort trug neben seiner Sachkompetenz die Beherrschung der jenseits des Kanals besonders geschätzten Kunst des Small talk und des angelsächsischen Understatements zu seinem Erfolg bei.

Im Dezember 1983 wechselte Ruhfus dann wieder in das Bonner Auswärtige Amt, diesmal als Abteilungsleiter für Afrika, Asien und Lateinamerika. Sein Feld wurde fast die ganze Welt. Einen versierteren Staatssekretär kann sich Genscher kaum wünschen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Das Blatt kommentiert die Gewalttätigkeiten:

Die heftige Bundestagsdebatte widerspiegelte auf parlamentarischer Ebene den mit teutonischer Verbissenheit geführten Arbeitskampf auf der Straße. Beschränkte er sich im Parlament lediglich auf persönliche Invektiven, so mehren sich die Anzeichen von Demütigungen und Gewaltanwendungen vor den Toren der bestreikten oder ausgesperrten Betriebe. Daß hier sogar die Staatsgewalt versagte, ist ein besonders betrübliches Kapitel ... Die Gewerkschaften laufen Gefahr, mit der Ideologisierung des Arbeitskampfes das hohe Gut der Tarifautonomie auszuhöhlen. Bedauerlicherweise leistet ihnen die SPD aus vordergründigem parteitaktischem Kalkül Schrittmacherdienste.

TAGESANZEIGER

Die in Zürich erscheinende Zeitung meint zur politischen Entwicklung in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Bundespräsidenten-Wahl:

Die politischen Skandale in der Bundesrepublik haben einen falschen Eindruck hinterlassen, den Eindruck nämlich, daß in Bonn eine Mitte-rechts-Regierung von Schwäche heimgesucht, früher als vorausgesehen das Zeitliche segnen würde. Die Affären um Lambsdorff, Wörner und eine schließlich gescheiterte Spendenamnestie erschienen manchen als Vorboten baldigen Zusammenbruchs. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wahl des konservativen Richard Freiherrn von Weizsäcker zum Bundespräsidenten bildet ein deutliches Signal, daß die Machtentfaltung der bürgerlichen Mehrheit nicht beendet ist, sondern verstärkt und mit neuer Kraft fortgesetzt wird. Der Offensive auf gesellschaftspolitischem und auf ökonomischem Gebiet geht die Kraft nicht so schnell aus.

BERLINER MORGENPOST

Zum Stand der deutsch-deutschen Beziehungen heißt es hier:

Einerseits beteuern die Herren Krenz, Hager und Häber, allesamt Politbüromitglieder und ZK-Sekretäre, im Chor die Absicht zu gutnachbarlichen Beziehungen mit Bonn und West-Berlin. Auf der anderen Seite ergehen sie sich in düsteren Andeutungen, sogar das bisher Erreichte könne durch Schuld der Deutschen-West in Frage gestellt werden. Wobei es auch an dezenten Hinweisen auf das Viermächteabkommen nicht fehlt. Beinahe inständig mahnt der soeben zu höchsten Parteiehren aufgerückte Westexperte Häber, das Erreichte „in einer weltpolitisch so stürmischen Zeit pfleglich" zu behandeln. Nun weiß auf unserer Seite ohnehin jedermann, daß die deutsch-deutschen Beziehungen nicht eben pflegeleicht sind. So drängt sich fast der Eindruck auf, da seien noch andere Adressaten als die offiziell angesprochenen gemeint.

WZ Westdeutsche Zeitung

Zur Diätenerhöhung bemerkt das Düsseldorfer Blatt:

Während die Beamten auf Null-Diät gesetzt, die Rentner unter der Inflationsrate abgefunden und Arbeitslose wie Streikopfer zu erheblichen Einschränkungen gezwungen werden, gehört schon ein erhebliches Maß an Dickfelligkeit dazu, den Bürgern eine neue Erhöhung der parlamentarischen Tagegelder zuzumuten.

GAST KOMMENTAR / Worin die Kolonialschuld wirklich besteht

Nicht „Ausbeutung", mangelnde Vorbereitung ist das Problem / Von Heinz-Dietrich Ortlieb

In unserem Jubiläumsjahr, in dem wir auf hundert Jahre deutscher Kolonialgeschichte in Afrika (1884–1984) zurückblicken, wird die Frage nach der Kolonialschuld wieder eine äußerst problematische Rolle spielen. Denn das Bild, das heute bei uns von der Kolonialherrschaft in Afrika mit dem Pinsel des egalitären Zeitgeistes gemalt zu werden pflegt, gibt die Bedeutung dieser Phase für die Entwicklung Schwarzafrikas ebenso wie für unsere eigene unvollständig, wenn nicht gar völlig falsch wieder.

Ausbeutung, Unterdrückung und sonstige Untaten der Kolonialherren sind selbst in den extremsten Fällen nicht schlimmer gewesen als das, was schwarzafrikanische Stämme einander und europäische Völker einander selber immer wieder angetan haben. Sogar der Sklavenhandel – übrigens kein ausschließliches Monopol der Weißen – war für Ost- und Westafrika nicht verheerender als der Dreißigjährige Krieg für Mitteleuropa. Auch waren es nicht Raub und Ausbeutung, sondern andere Faktoren mentaler Art, welche die moderne Wohlstandsgesellschaft Europas entstehen ließen.

Wird dies nicht begriffen, dann wird die Legende von der kolonialen Ausbeutung weiterhin die verblendende Rolle einer Viertelwahrheit spielen, aus der in Süd und Nord voreilige Hoffnungen und falsche Handlungsmaximen abgeleitet werden. Diese Legende wird dann als Ideologie die Wirtschaftsentwicklung Schwarzafrikas weit mehr behindern, als es der Kolonialismus als Herrschaftsform je getan hat. Denn für Industrie- und Entwicklungsländer in Vergangenheit und Gegenwart gilt gleichermaßen: Nicht Raub, Bettelei und Erpressung oder Naturreichtümer, sondern ausdauernde Selbsthilfe, nicht Sophistik, sondern praktisch angewandte Intelligenz bringen allein Menschen und Völker voran.

Die eigentliche Problematik der europäischen Kolonialherrschaft liegt daher ganz woanders; sie liegt gerade in ihren positiven, aber unvollkommenen Leistungen. Denn Schutz und Lebenshilfen, die sie den Beherrschten gewährten, förderten bei diesen den Abbau ihrer eigenständigen Lebensformen und lösten ihre traditionellen Verankerungen aus sozialen Institutionen, die auf ihre Weise durchaus geeignet gewesen waren, ein Überleben in ihrer meist tropischen Umwelt zu garantieren. Doch geschah zu wenig, um den Schwarzafrikanern bei der kulturellen Anpassung an europäische Neuerungen behilflich zu sein. Schon gar nicht verfolgten die Kolonialverwaltungen das Ziel, dabei eine baldige politische und wirtschaftliche Selbständigkeit vorzubereiten.

Was getan wurde, um den Unterworfenen mit der „indirect rule" der Engländer eine Selbstverwaltung zu geben oder sie mit der Politik der „association" und „assimilation" der Franzosen in die Nation und Kultur des Mutterlandes zu integrieren, vom „Paternalismus" der Belgier, der „lusitanischen Mission" der Portugiesen und der kurzen deutschen Kolonialzeit ganz zu schweigen, ging doch immer davon aus, daß das europäische Patronat auf unabsehbare Zeit erhalten blieb.

Hier liegt das eigentliche Versagen der Kolonisatoren. Hieraus, nicht aus einer angeblichen oder tatsächlichen früheren Ausbeutung, läßt sich allein eine Verpflichtung zu Entwicklungshilfe ableiten. Jedoch eine solche Hilfe, welche die kulturelle Angleichung und den Mentalitätswandel in den Mittelpunkt stellen müßte, ist nicht durchführbar, solange die egalitäre Weltideologie, auf die heute West und Ost, Nord und Süd gleichermaßen eingeschworen sind, alle Beteiligten für diese Probleme mehr oder weniger blind macht.

Gleichzeitig geraten die schwarzafrikanischen Länder immer mehr in die Auseinandersetzungen der Weltmächte um den strategisch zu sichernden Zugang zu den Rohstoffbasen Afrikas. So muß bei ihnen der Eindruck entstehen, daß sie mit der Entkolonialisierung vom kolonialistischen Regen in die Traufe neuer Abhängigkeiten geraten sind.

Auch das Dilemma des Westens in seiner Haltung zu den Entwicklungsländern trägt (nicht nur in Afrika) ein doppeltes Gesicht. Wer, einer generellen Permissivität verfallen, nicht mehr gewillt ist, an sich selbst zu glauben und Führung und Verantwortung zu übernehmen, vermag mit eigenen Opfern bei anderen so wenig Hilfreiches auszurichten, wie er auch seine eigenen Interessen nicht mehr wahrzunehmen weiß. So steuert die westliche Welt, bei sich zu Haus wie gegenüber Süd und Ost, einer Existenzbedrohung zu.

Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft, leitete lahmlang das Hamburger Weltwirtschafts-Archiv (HWWA)

Die Sorgen des Gewerkschafters Norbert Blüm

Seit 1949 ist Norbert Blüm Mitglied der IG Metall. Auch als Bundesarbeitsminister hat er das „Wohl und Weh" seiner Kollegen nicht vergessen. Aber er macht sich Sorgen um seine Gewerkschaft, die er von „Ideologen in den Arbeitskampf gehetzt" sieht.

Von GÜNTHER BADING

Ich frage mich, ob die Gewerkschaften durchdacht haben, welcher Sprengsatz darin liegt, wenn sie den Schwerpunktstreik für die Zukunft zum Modell erheben würden". Der Gewerkschafter Norbert Blüm hat Sorgen. Zwar sitzt er im von seinen Vorgängern recht repräsentativ hergerichteten „Großraum-Büro" des Arbeitsministers. Der da spricht, aber ist der Gewerkschafter Blüm. Was er, engagiert wie immer vorbringt, zeigt, daß ihn auch als Minister das Wohl und Wehe „seiner" IG Metall umtreibt, die er jetzt von „Ideologen in einen Arbeitskampf gehetzt" sieht – in eine Sackgasse, aus der durch die Verknüpfung der Arbeitszeitdiskussion mit der Existenzfrage der Gewerkschaft kaum ein Ausgwe zu finden ist.

Was Norbert Blüm befürchtet, hat er schon in seiner Rede vor dem Bundestgsplenum am Freitag kurz angerissen (WELT vom 26./27.5.). Im Gespräch mit der WELT präzisiert er dies jetzt: „Schwerpunktstreiks sind heute etwas anderes als vor einem halben Jahrhundert. Die computergesteuerte Wirtschaft ist störanfälliger geworden." Früher hätten Schwerpunktstreiks – „damals als Politik der Nadelstiche bezeichnet" – nur einen einzigen Sinn gehabt: „Sie waren eine Ernsthaftigkeitsprobe". Heute könne eine Gewerkschaft wie die IG Metall mit gezielten Streikmaßnahmen in wenigen Betrieben eine ganze Branche lahmlegen.

Blüm braucht keine Unterlagen; er hat die Zahlen im Kopf. „Wenn bei den Firmen Schmidt und Mahle 7500 Arbeitnehmer streiken, dann wird in kurzer Zeit die gesamte Automobilindustrie lahmgelegt. Das betrifft dann rund eine Million Arbeitnehmer." Die beiden Firmen teilen sich die Herstellung von Motor-Kolben in unserem Land. Insgesamt seien 1,6 Millionen in der Automobilindustrie beschäftigt – oder sind es nur 1,5? Kurzer Kontrollanruf bei seinem Mitarbeiterstab. Er hat sich nicht geirrt. 1,6 Millionen Beschäftigte in der Automobilindustrie, einschließlich der Zulieferer also. Doch ein Teil der Firmen versorge nicht nur die deutsche Automobilindustrie, sondern auch Firmen im Ausland. Sie könnten also bei einem Brachliegen der deutschen Autofirmen weiterarbeiten. „Realistisch" sei deshalb die Zahl von einer Million Betroffenen durch Streiks (nur wenige), durch Aussperrungen (im Rahmen der höchst-arbeitsrichterlich verordneten Verhältnismäßigkeit) und durch Betriebsstillegungen als Folgewirkung des Stillstands in anderen Fabriken. „Realistisch" ist nicht eigentlich ein Lieblingswort des Ministers. Aber es kommt ihm in diesen Tagen eines unvernünftig zugespitzten Arbeitskampfes doch öfter als sonst über die Lippen – er vermißt den Realismus, der den früheren Metall-Gewerkschaftsvorsitzenden Eugen Loderer einmal sagen ließ, der Streik müsse die allerletzte Waffe bleiben. Vom vielen Gebrauch werde diese Waffe stumpf. Vor allem dürfe niemals gestreikt werden, wenn wenig Aussicht auf Erfolg bestehe.

Daß dieser für die IG Metall „kostengünstige" Schwerpunktstreik mit einer vermeintlichen „Arbeitsteilung" („Die IG Metall zahlt Unterstützung an 10 000 streikende Arbeitnehmer und die Bundesanstalt für Arbeit an eine Million Betroffener") nicht aus den Kassen der Nürnberger Bundesanstalt bezahlt werden kann, hat der Minister schon im Bundestag und in vielen Reden der vergangenen Tage gesagt. Er glaubt, die Öffentlichkeit habe das verstanden, werde sich auch durch den Aufmarsch der 200 000 Metaller heute in Bonn nicht umstimmen lassen. Das alles aber ist heute nicht sein Thema. Blüm will warnen, forderte eine „Manöverkritik, wenn sich der Pulverdampf des Arbeitskampfes verzogen hat".



Norbert Blüm: Der Arbeitsminister ist es gewöhnt, schwere Lasten zu tragen. FOTO: WERNER SCHÜRING

Ihn macht besorgt, daß bei Festlegung auf das Modell Schwerpunkstreik „ eine neue Klasse von privilegierten Arbeitnehmern" entstehen könnte: die Streikfähigen. Sie dominierten dann in der Gewerkschaft, bestimmten Forderung und Form und Härte des Arbeitskampfes. „Das würde die Gewerkschaft verändern. Das führt zu Entsolidarisierung in der Arbeitnehmerschaft, zum Verlust der ausgleichenden Kraft in den Gewerkschaften." Eine „neue Hierarchie" könnte in der Gewerkschaft entstehen. In der Hitze der Bundestagsdebatte hatte Blüm gar von „Balkanisierung" der Gewerkschaften, von „englischen Verhältnissen" mit der gewaltigen Macht einiger weniger „shop stewards" gesprochen.

Der Minister und Gewerkschafter sieht vor allem die innergewerkschaftliche Ausgleichsfunktion in Gefahr. Blüm, lehnt sich zurück, erinnert sich an die Zeit als Werkzeugmacher bei Opel in Rüsselsheim. „Natürlich gab es unterschiedliche Interessen zwischen den Fließbandarbeitern und den Arbeitern im Reparaturbetrieb". Aber man habe diese Gegensätze innerhalb der IG Metall ausgetragen und solidarisch die gemeinsame Forderung getragen. Das sieht er beim „Modell Schwerpunktstreik" in unserer durch Verflechtung störanfälligen Wirtschaft nicht mehr. Blüm ist kein trockener Theoretiker. Er nennt Beispiele. „Ich kann mir kaum vorstellen, daß die Fluglotsen, die mit wenigen Leuten den gesamten Luftverkehr lahmlegen könne, für die Interessen des Kantinenpersonals bei der Lufthansa streiken werden".

Daß Blüms Warnung ernstzunehmen sind, beweist ein Blick nach Baden-Württemberg. Ein Beispiel, das der Arbeitsminister allerdings nicht nennt. Das Landessozialgericht hat einmal dieses Bundesland wegen seiner Struktur als besonders „geeignet" für Streiks bezeichnet. Und das hat die IG Metall zu spüren bekommen. Hier wurden in der Vergangenheit Pilot-Streiks für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geführt. Auch diesmal sollen die Metaller im Südwesten den Vorreiter für die 35-Stunden-Woche spielen. Innergewerkschaftlich bedeutet die Position des Bezirksleiters in Stuttgart wegen dieses „Privilegs der Streikfähigkeit" ein sicheres Sprungbrett in höhere Positionen. Beispiel ist Franz Steinkühler. Als Bezirksleiter war er schlicht Angestellter des Gewerkschaftsvorstands. Dennoch konnte er ohne zuvor in das Führungsgremium gewählt worden zu sein wie vor ihm Eugen Loderer oder Hans Mayr, aus dieser – in anderen, weniger privilegierten Bezirken nur regional einflußreichen – Position heraus den großen Sprung wagen, direkt für das Amt des zweiten Vorsitzenden kandidieren und auch siegen.

Blüm warnt die Gewerkschaften noch vor einer zweiten, nicht im Innerorganisatorischen liegenden Gefahr. Er fürchtet, daß bei gezielter Ausnutzung der Störanfälligkeit unserer verflochtenen Wirtschaft der Ruf nach Einengung der Tarifautonomie durch ein „Gewerkschaftsgesetz" laut werde. Er selber allerdings lehnt dies ab: „Ein klares Nein dazu."

Mit der blauen Vignette endet die freie Fahrt

30 Franken kostet sie; und wer sie nicht hinter der Windschutzscheibe kleben hat, zahlt 100 Franken Strafe. Ab 1. 1. 1985 ist sie Pflicht, die Jahresplakette für die Schweizer Autobahnen.

Von WALTER H. RUEB

Auf nachtblauem Untergrund leuchtet grünweiß ein kleines Stück Autobahn, darunter gelb die Jahreszahl 85. Die Ecken des Aufklebers sind abgerundet, das ganze quadratisch, freundlich bunt, fälschungs- un diebstahlsicher. Und niemand geringerer als die Schweizer Regierung nahm geschlossen Kenntnis von dem, was ihr Finanzminister zusammen mit den Mitgliedern einer Jury unter 52 Entwürfen ausgewählt und zur Schweizer Autobahnvignette erkoren hatte. Die Schöpfung des Berner Grafikers Roland Hirter muß ab 1. Januar 1985 für 30 Franken von in- und ausländischen Benützern der eidgenössischen Autobahnen erworben und vorne links hinter der Windschutzscheibe, an Motorrädern links am Treibstofftank, angebracht werden. Wer ohne Hirters Kreation erwischt wird, muß 100 Franken Buße bezahlen.

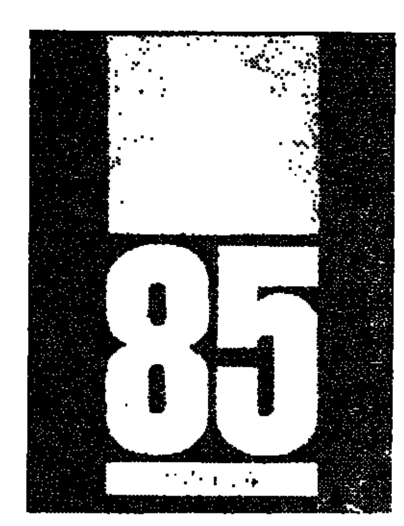
Still und leise hatte das eidgenössische Finanzministerium unter 20 Grafikern des Landes einen Wettbewerb ausgeschrieben. Der Proteststurm innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen nach der Zustimmung der Schewizer Stimmbürger zur Ergebung von Autobahngebühren und Schwerverkerhsabgabe im Februar 1984 ließ neuen Wirbel um die Vignette nicht geraten erscheinen. Immerhin fiel auf, daß sich um die ominöse Vignette nicht etwa der Verkehrs-, sondern der Finanzminister kümmerte. Der Grund ist einleuchtend: der sozial-demokratische Finanzminister Otto Stich ist es, dem die 400 bis 450 Millionen Franken zufließen, welche die neuen Straßengebühren jährlich einbringen ...

Während Medien und Automobilisten in der Schweiz und im Ausland noch protestierten und über „Wegelagerei", „Rückfall ins Postkutschen-Zeitalter und kleinstaatliches Denken" sowie „vorsintflutliche Entscheidungen" schimpften, machte sich in Bern eine Kommission an die Arbeit, um die Ausführunsbestimmungen zu den vom Volk beschlossenen Straßengebühren zu erarbeiten. Sie ließ sich weder von Berichten über vorprogrammiertes Chaos an den Grenzübergängen noch Meldungen über hohe Verwaltungskosten, zusätzlichen Personalbedarf, notwendige Schnellspuren für die Pkw's von Grenzgängern und Zusatzbauten an Zollstaationen beirren.

Jetzt wurde der Vorordnunsentwurf vorgelegt, die ersten Vollzugs-Erlasse in Bern veröffentlicht. Kantone, Automobilklubs, Wirtschaftsverbände und andere Kreise können sich bis zum 10. Juli 1984 dazu äußern – dann treten die Verordnungen in Kraft, welche fast bis ins letzte Detail regeln, wo und wie die Regierung die Millionen von der Straße auflesen will.

Zu beziehen ist die Autobahnvignette bei genau bezeichneten Stellen in allen Schweizer Kantonen sowie bei den 194 eidgenössischen Zollämtern, im Ausland bei Reisebüros und Automobilklubs, mit denen die eidgenössischen Behörden entsprechende Verträge abschließen werden. Um an den Grenzübergängen bei starkem Andrang Verkehrszusammenbrüche zu vermeiden, können die jeweiligen Zollämter den Vignettenverkauf vorübergehend einstellen und die Automobilisten an Verkaufsstellen im Inland verweisen. Selbstverständlich sind die Vignetten an allen Wochentagen rund um die Uhr erhältlich.

Die Autobahnvignette ist jeweils bis Ende Januar des Folgejahres gültig. Damit soll vermieden werden, daß beispielsweise Weihnachts-Urlauber bei der Einreise die alte, bei der Ausreise die neue Autobahnvignette kaufen müssen. So großzügig sind die Schweizer bei Autobahnfahrten ohne Vignette jedoch nicht: die Polizei wird angewiesen, streng auf den bunten Aufkleber zu achten und Verstöße unnachsichtig mit einer Geldbuße von 100 Franken zu ahnden.



85: Keine Geschwindigkeitsbegrenzung, sondern das Steuerjahr FOTO: DIE WELT

Nach Ansicht des Finanzministerium muß die Geldstrafe hoch sein, um Drückeberger abzuschrekken und nicht zu belohnen ... Befreit von der Autobahngebühr sind nur Fahrzeuge von Armee und Polizei, Straßenunterhaltungs- und Rettungsdienste, ferner Abschlepp- und Pannenfahrzeuge.

Kontrolltechnische Fragen stellten die Schweizer vor Probleme: die Polizei verlangte, die Vignette an der Heckscheibe anzubringen, um ihr die Kontrolle zu erleichtern. Angesichts von rund 53 Millionen Einfahrten in die Schweiz und einer schnellen Grenzabfertigung entschied Bern jedoch, die Vignette müsse vorn angebracht werden.

Von der Schwerverkehrsabgabe werden Fahrzeuge von Polizei und Armee, öffentlichen Transportunternehmen, Feuerwehr, Zivilschutz. Abgabefrei sind ferner ausländische Lastwagen, die im Transitverkehr ausschließlich die Bahn benutzen und lediglich Straßen im Grenzgebiet bei Basel und Lugano befahren.

Die Arbeitszeit wird individuell vereinbart

Vorruhestandsregelung oder kürzere Wochenarbeitszeit? Es gibt auch andere Wege. Zwei Beispiele zeigen es an.

Von HEINZ STÜWE

Für Heinrich Landert, Unternehmer im schweizerischen Bülach, ist die Zielrichtung klar: „Je länger ich darüber nachdenke, um so anmaßender erscheint mir, wenn irgendwelche Funktionäre oder Organisationen einem mündigen erwachsenen Menschen vorschreiben wollen, wie lange er arbeiten soll."

Nach diesem Motto wird in der Landert-Motoren AG seit neun Jahren die Arbeitszeit mit jedem Mitarbeiter individuell vereinbart. In einer jährlichen Befragung können die Beschäftigten angeben, wie viel zusätzlichen unbezahlten Urlaub sie in Anspruch nehmen möchten.

Bei der Einführung dieses Modells waren es zehn Prozent, heute wählen 355 Mitarbeiter oder 90 Prozent der Belegschaft ihre Arbeitszeit frei. Die Palette reicht dabei von verkürzter Tages- und Wochenarbeitszeit bis zu Mitarbeitern, die drei oder vier Monate Urlaub im Jahr nehmen, um sich weiterzubilden oder ihrem Hobby frönen zu können.

Nach Ansicht Landerts, der auf dem Internationalen Management Symposium in St.Gallen über seine Erfahrungen berichtete, bringt dies für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer nur Vorteile. Die Rücksichtnahme des Unternehmers auf die unterschiedlichen, sich mit der Lebenssituation ändernden Bedürfnisse im einzelnen führe zu einer besseren Motivation der Mitarbeiter. Diese seien dann auch eher bereit, auf die Wünsche des Arbeitgebers einzugehen, was eine flexible Kapazitätsanpassung erleichtere. Außerdem werde durch dieses Angebot das Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt für gute Arbeitskräfte attraktiver.

Auf kritische Fragen von Diskussionsteilnehmern räumte Landert zwar ein, daß es in der Schweiz möglich sei, Mehrkosten aus der Arbeitszeitflexibilisierung im Grundlohn zu berücksichtigen und daß die betriebswirtschaftlich optimale Lösung nicht immer zu erreichen sei.

Das Thema Arbeitszeit war zwar nicht Gegenstand der Hauptreferate des diesjährigen Symposiums, in Workshops und Arbeitsgruppen nutzen jedoch vor allem die deutschen Teilnehmer die Gelegenheit, unbelastet von der überhitzten Arbeitskampfatmosphäre Erfahrungen auszutauschen über Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Dabei wurden die sehr unterschiedlichen Motive der Vorreiter auf diesem Gebiet deutlich.

Während bei Landert seinerzeit Beschäftigungsprobleme den Anstoß gaben und auf diese Weise Entlassungen verhindert werden konnten, stand für die Willy Bogner GmbH & Co KG, München, die Anpassung an saisonale Schwankungen im Vordergrund.

Als Hersteller von Modebekleidung steht Bogner vor der Notwendigkeit, daß die Auslieferung für den Sommer bereits Ende März beendet sein muß, andererseits die Stoffe für den Herbst bereits im Herbst des Vorjahres geordert werden müssen. Darauf resultieren erhebliche Beschäftigungsprobleme in den Monaten April, Mai und Oktober/November.

Und so sieht die von den Münchnern praktizierte Lösung aus, die sich nach Angaben von Gustav-Adolf Paas, Mitglied der Geschäftsleitung, mehr als bewährt hat: In den nachfragestarken Monaten wird die Produktion auf 45-46 Stunden wöchentlich hochgefahren. Diese Überstunden werden im Rest des Jahres durch zusätzlichen Urlaub abgegolten. Eine Regelung, die der Manteltarifvertrag für die Bekleidungsindustrie zuläßt.

Daneben gibt es bei Bogner in einigen Abteilungen unterschiedliche Wochenarbeitszeiten sowie individuell vereinbarte Jahresarbeitszeiten. Im letzteren Fall wird beispielsweise für ein Jahr im voraus eine Arbeitszeit von 1000 Stunden vereinbart, wobei der Lohn ohne Rücksicht auf die tatsächlich geleistete Arbeit monatlich in gleicher Höhe gezahlt wird.

Die Mitarbeiter ständen dabei nicht auf Abruf, betonte Paas, sondern wüßten jeweils einige Monate im voraus, wie lange sie arbeiten könnten. Paas sieht keine Schwierigkeiten, die betriebswirtschaftlichen Belange mit den Interessen der Mitarbeiter in Einklang zu bringen.

Von den rund 1300 Mitarbeitern – überwiegend Frauen – haben inzwischen gut die Hälfte eine flexible Arbeitszeitregelung. In Betrieben in ländlichen Gebieten scheiterte die Einführung allerdings bisher an den unzureichenden Verkehrsverbindungen.

Mahnende Worte Schmudes an die Adresse der SED-Führung

„Es gibt menschliche Anliegen, denen kein Staat Beachtung versagen darf“

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland können es nach Ansicht des stellvertretenden Bonner SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmude der „DDR“-Führung „nicht ersparen“, ihr „Vorhaltungen und Forderungen im Hinblick auf ihre Abgrenzungs- und Reiseerlaubnispraxis“ zu machen. Vor der Berliner SPD-Landesorganisation sprach der ehemalige Bundesjustizminister davon, daß man es insbesondere auch nicht „widerspruchslos hinnehmen“ könne, „daß der Besuch unserer Vertretung in Ost-Berlin für DDR-Bürger inzwischen zum riskanten Wagnis gemacht worden ist“.

Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands, sagte Schmude, „fühlen sich als Angehörige einer Nation“. Dies sage zwar noch nichts über deren staatliche Verfassung aus, aber es ergäben sich daraus „menschliche Anliegen, denen kein Staat die Beachtung versagen darf“. Es habe sich ein Geflecht von Verträgen und Vereinbarungen ergeben, „deren Erfüllung die Staaten voneinander anfordern dürfen, selbst wenn es sich nicht um einklagbare Ansprüche handelt“.

Ost-Berlin könne „von uns auch nicht erwarten, daß wir die Deutsche Frage als längst befriedigend beantwortet abhaken“. Diese Frage sei vielmehr „die beständige Grundlage unseres Strebens nach immer weiter verbesserten Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“. Zwar sei die Wiedervereinigung „auch auf längere Sicht kein erreichbares Ziel“ und dürfe deshalb nicht „die Richtung aktueller Politik bestimmen“, aber dies widerspreche nicht dem vom Grundgesetz in seiner Präambel vorgegebenen Ziel, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuarbeiten, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“, sagte Schmude.

Derzeit gehe es in erster Linie darum, gemeinsame Interessen so „in die Form belastungsfähiger Zusammenarbeit zu bringen“. Zur Grundlage „belastbarer Beziehungen“ gehörten Kontakte und Gespräche, die selbst dann von Nutzen seien, wenn sie zunächst den Anschein „des unergiebigen Aktionismus“ erweckten. In diesem Zusammenhang unterstrich Schmude auch seine Auffassung, daß „die einseitig vorgenommenen Veränderungen des Status von Ost-Berlin“ durch Kontakte des Bundestages mit der Volkskammer „nun wahrlich nicht bestätigt werden“. Dergleichen wäre sonst bereits durch die Einrichtung der Botschaften der westlichen Siegermächte in Ost-Berlin passiert.

Der SPD-Politiker nahm auch noch einmal die sogenannten „Geraer-Forderungen“ von SED-Chef Honecker auf und unterstrich, daß eine Aufwertung der Ständigen Vertretungen in Botschaften ausgeschlossen sei, „weil beide Staaten füreinander nicht Ausland sind“. Während er zu den Forderungen nach Aufhebung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter und nach einer Regelung der Elbgrenze in der Strommitte von Chancen einer einvernehmlichen Übereinkunft sprach, unterstrich er in der Frage der Staatsbürgerschaft: „Wer die deutsche Staatsangehörigkeit rechtlich aufgliedern und trennen wollte, würde sie (die Berliner) einer ungewissen Lage aussetzen. Sie sind Deutsche wie wir in der Bundesrepublik, was denn sonst.“ Er befürchte, „daß diejenigen, die sich von einer größeren westlichen Nachgiebigkeit beim Staatsangehörigkeitsrecht erhebliche Fortschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen versprechen“, die Konsequenzen nicht ausreichend bedacht hätten. „Auch getrennte Staatsangehörigkeiten können nichts daran ändern, daß seinem eigenen Empfinden nach der Deutsche aus der DDR auch in der Bundesrepublik sein Heimatland antrifft.“ Schmude betonte: „Ein Deutscher aus der DDR, der zu uns kommt und bei uns leben will, ist für uns kein Fremder, er ist Deutscher wie wir – und daß er das auch künftig sein wird, ist von uns politisch gewollt.“

Der ehemalige Justizminister, der sich selbst als „Deutschlandpolitiker aus Leidenschaft“ bezeichnet, verwies darauf, daß Ost-Berlin die Geraer-Forderung in diesem Bereich allerdings in jüngster Zeit auch „ausdrücklich dahin formuliert, daß nicht mehr von Anerkennung, sondern von Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft die Rede ist“. Da die Bundesrepublik sowohl im Grundlagenvertrag als auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „die DDR als unabhängigen Staat anerkennt, der die Staatsangehörigkeit seiner Bürger durch sein innerstaatliches Recht selbst regelt“, gehe es jetzt nur noch um die Frage, „was die DDR eigentlich mit der Forderung einer vollen Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft meint“. Dies könne jedoch Wissenschaftler und Verwaltungsfachleute beschäftigen, „in Form öffentlicher Vorwürfe und Forderungen braucht es die deutsch-deutschen Beziehungen nicht länger zu belasten“. Doch ausdrücklich betonte Schmude hier noch einmal die „Grenze“, die dabei „unüberwindlich“ sei: „Wir werden niemals einen Deutschen gegen seinen Willen in die DDR zurückschicken.“ Und: „Wollen Deutsche aus der DDR auf Dauer bei uns bleiben, so wird uns keine Form der Respektierung veranlassen, entsprechend dem Staatsangehörigkeitsrecht der DDR die dortige Entlassung aus der Staatsbürgerschaft zu fordern, bevor hier ein Paß erteilt wird.“

Wachstum der Erdbevölkerung als Herausforderung für die Menschheit

Symposium in Bonn aus Anlaß der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko

E. NITSCHKE, Bonn

Vor dem „Potential von Hungerkatastrophen und Gewalttätigkeit“, das sich durch ein übergroßes Wachstum der Erdbevölkerung ansammle, warnte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CDU) in Bonn anläßlich eines Internationalen Symposiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zum Thema „10 Milliarden Menschen im 21. Jahrhundert – die Herausforderung für die Menschheit“. Anlaß für die Veranstaltung, die bis zum Wochenende dauerte, war die bevorstehende Weltbevölkerungskonferenz vom 6.–13. August in Mexico-City.

Während Minister Warnke vor dem Hintergrund, daß heute auf der Erde 4,5 Milliarden Menschen leben und daß es nach einem Bericht der Nord-Süd-Kommission im 21. Jahrhundert eine „Stabilisierung“ bei 21 Milliarden geben soll, einen „Qualitätssprung“ für die Entwicklungshilfe forderte, gab es zum Thema auch andere Stimmen, die dies noch differenzierten. So hatte der Exekutivdirektor des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, der ehemalige philippinische Minister Rafael M. Salas, in seiner Einladung zur Bonner Veranstaltung geschrieben: „Zwar wird allenthalben über die 'Bevölkerungs-Bombe' geredet, dabei bleibt allerdings die 'Explosion von Ansprüchen' unerwähnt.“

Für die Bundesrepublik Deutschland, nach Warnke „Inhaber des negativen Geburten-Weltrekords“, wurde von dem Minister festgestellt, daß die Deutschen nach den USA und Japan die drittgrößten Beitragszahler sind und daß Familienpolitik jetzt bei bilateralen Entwicklungshilfe- Projekten dank des Fonds aufgenommen werden kann. Er ist 1967 unter dem Namen „United Nations Fund for Population Activities“ (UNFPA) gegründet worden und hat mit einem Volumen freiwilliger Beiträge von 130 Millionen Dollar unter anderem die letzte chinesische Volkszählung mitfinanziert. Wie der stellvertretende Exekutivdirektor von UNFPA, Heino E. Wittrin, in Bonn mitteilte, mußten die zur Beschränkung der Weltbevölkerung notwendigen Zahlen erst mühselig erarbeitet werden. Heute gilt China mit seiner drakonischen Beschränkung der Kinderzahl durch eine Reihe gesetzlicher und gesellschaftlicher Maßnahmen dem „ziemlich problemfreien“ asiatischen Raum als Musterbeispiel. Das eigentliche Sorgenkind, so Wittrin, sei Afrika.

Negativstes Beispiel für die Fortführung alter Strukturen, in denen die Kinderzahl aus den verschiedensten Gründen so hoch wie möglich zu sein hat, ist Kenia. Hier wurde die höchste Fruchtbarkeitsrate weltweit ermittelt, die zum Beispiel 1980 bei 55,1 Prozent lag. Wittrin sagte hierzu, es bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen den hohen afrikanischen Geburtenzahlen und der hohen Sterblichkeit.

Die stellvertretende Sprecherin für Entwicklungspolitik in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Frau Leni Fischer, berichtete von den Widerständen bei Frauen vor allem in afrikanischen Ländern gegen Familienplanung. So hätten in einem Fall 62 Prozent der Frauen, denen man angeblich empfängnisverhütende Mittel verabfolgt hatte, über davon entstehende Schmerzen und Beschwerden geklagt, obwohl es sich bei den Pillen nur um „Placebos“, also Scheinarzneien, gehandelt habe. Zum Bevölkerungswachstum trage in Afrika vor allem auch bei, daß viele Regierungschefs die Bedeutung ihrer Länder durch mehr Bevölkerung unterstreichen wollten, die „mehr Macht“ bedeute. Außerdem seien nirgendwo die „Sanktionen“ von Nachbarn so intensitv, wie bei der Fortpflanzung. Dazu komme der „Männlichkeitswahn“, Potenz durch hohe Kinderzahl nachzuweisen.

Gegen den Gebrauch des Wortes „Bevölkerungs-Explosion“, das er „unwissenschaftlich“ nannte, verwahrte sich der Bamberger Universitätsprofessor und Inhaber des Lehrstuhls für Bevölkerungspolitik, Josef Schmid. Der Ausdruck zeige nicht an, daß es durchaus „und irgendwann“ ein Halt bei der Aufwärtsentwicklung der Erdbevölkerung gebe. Die Frage sei, ob die Umstände, wie Europa mit seinem Bevölkerungswachstum fertig geworden sei, auch auf die jetzt überpopulierten Länder anzuwenden sei. Das sei weitgehend zu vereinen: Europa habe viel mehr Zeit dafür gehabt, habe früh der Menschenvermehrung durch Instrumente wie Besitznachweis bei Eheschließung begegnen können. Die Gefahr sei jetzt, vor der Konferenz von Mexiko-City, daß die seit einigen Jahren registrierten Geburtenrückgänge in der Dritten Welt mit ihren statistischen Durchschnittszahlen „zum sanften Ruhekissen genommen“ würden und man sie „voreilig als Sieg über ein Weltübel“ deute.

„Nicht von nackter Not gepeitscht“

Burkhard Hirsch (FDP) lehnt eine Erhöhung der Diäten entschieden ab

DW. Bonn

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und ehemalige NRW-Innenminister Burkhard Hirsch hat sich in einem WELT-Interview mit Nachdruck gegen eine Diätenerhöhung ausgesprochen. Er warnte seine Kollegen vor einer Art von betrieblicher Mutprobe. Mit Hirsch sprach Stefan Heydeck.

WELT: Herr Hirsch, die Diäten der Bundestagsabgeordneten sollen wieder erhöht werden ...

Hirsch: Ich bin dagegen. Wir haben bei der Beratung des Diätengesetzes im letzten Jahr ausdrücklich eine Automatik bei der Anhebung abgelehnt. Wenn die Diäten an irgendeinen Index gebunden würden, kämen andere Gruppierungen wie der öffentliche Dienst und würden unter Berufung darauf ebenfalls eine Dynamisierung fordern. Das hätte enorme Auswirkungen. Deshalb muß jedesmal individuell entschieden werden.

WELT: Also eine politische Entscheidung?

Hirsch: Zwar hat es in sieben Jahren nur eine Diätenanhebung gegeben. Trotzdem werden die Abgeordneten ja nicht von nackter Not gepeitscht. Aber für mich ist das hier eine Frage der politischen Kultur. Man kann nicht anderen aus Haushaltsgründen eine Null-Runde verordnen, in soziale Besitzstände eingreifen und sich gleichzeitig selbst Marscherleichterung um 2,3 Prozent gewähren.

WELT: Sind Sie denn für eine Null-Runde im öffentlichen Dienst?

Hirsch: Nein. Aber der Bundestag muß eine klare Entscheidung treffen. Wenn die Abgeordneten mehrheitlich für eine Diätenerhöhung stimmen, müssen sie auch für eine Verbesserung des Lebensstandards der anderen eintreten.

WELT: Und eine gewisse zeitliche Verschiebung der Heraufsetzung?

Hirsch: In der FDP-Fraktion haben wir uns gegen den Termin 1. Juli ausgesprochen. Zwei Drittel waren aber für eine Anhebung zum 1. Januar. Doch wenn wir wirklich sauber dastehen wollen, müssen auch wir uns ein Jahr zurückhalten. Das Parlament ist ja in der peinlichen Lage, hier über sich selbst entscheiden zu müssen. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag meines Kollegen Norbert Eimer, einen unabhängigen Ausschuß für Parlamentsfragen ohne die Beteiligung von Abgeordneten zu bilden, der dann für den Bundestag verbindliche Empfehlungen erarbeitet.

WELT: Kritik auch aus haushaltspolitischen Gründen?

Hirsch: Wenn man zur Sanierung des Haushalts Einschnitte und Eingriffe bei der Besoldung und auf sozialem Feld machen muß, dann muß das Parlament sichtbar auch selbst politische Konsequenzen für sein eigenes Wohlergehen daraus ziehen. Ein Vorstand einer Gesellschft mit roten Zahlen und Entlassungen verzichtet schließlich auch auf höhere Bezüge. Ich bin deshalb über die Lust vieler meiner Kollegen, die Diätenfrage zu einer Art von betrieblicher Mutprobe zu machen, betroffen. Das entspricht nicht gerade dem Ansehen des Parlaments.

Streit um das Bild von Deutschland

dpa, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer aufgefordert worden, vom Auswärtigen Amt ein Deutschlandbild vermitteln zu lassen, das klaren Begriffen entspricht und mit der Verfassung in Einklang steht. Auf einem Jugend-Kongreß des Bundes der Vertriebenen spielte Sauer damit auf einen Verzicht des Bundeskanzleramtes auf die Verwendung des Begriffes „Ostdeutschland“ an, der nach in Bonn vorliegenden Informationen auf einen Wunsch des Auswärtigen Amtes zurückgeht. Das Presseamt der Bundesregierung hatte am Donnerstag eine Mitteilung des Kanzleramtes zurückgezogen und durch eine andere Formulierung korrigiert, in der statt von „Ostdeutschland“ nur noch in allgemeiner Form von Mittel- und Osteuropa gesprochen wurde.

Sauer erklärte, ein klares Deutschlandbild müsse das Grundgesetz, den Deutschlandvertrag, die Ostverträge und die gemeinsame Entschließung dazu sowie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen. „Über dieses verfassungsgemäße Deutschlandbild, das nicht an Elbe und Werra und auch nicht an Oder und Neiße endet, muß auch die offizielle Politik in Bonn eine klare Sprache führen.“

Diepgen: Keine Statusprobleme

DW. Berlin

Der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hält ein Treffen mit der Regierungsspitze der „DDR“ „ohne wirkliche statusrechtliche Probleme“ für möglich. Gegenwärtig sei aber die Frage aktueller, „wann und mit welchen Ergebnissen“ Honecker zu einem Treffen mit Bundeskanzler Kohl in die Bundesrepublik kommen werde, sagte Diepgen im Süddeutschen Rundfunk. In ein Gespräch mit Ost-Berlin könnten in enger Absprache mit der Bundesregierung „alle wichtigen Themen“ einbezogen werden. Dabei müßten der Status der Stadt, die oberste Gewalt der Alliierten und die Einbindung West-Berlins in die Bundesrepublik immer beachtet werden. Als wichtigstes Ziel der Politik des Senats in Kooperation mit der Bundesregierung und in Absprache mit den alliierten Schutzmächten bezeichnete Diepgen die Verbesserung des Reise- und Besucherverkehrs mit der „DDR“, insbesondere die Herabsetzung des Reisealters und die Rücknahme des erhöhten Mindestumtausches.

Landesvorsitzender der CDU bestätigt

ww. Bremen

Auf dem Landesparteitag der Bremer Christdemokraten ist der Vorsitzende Bernd Neumann mit mehr als 80 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. In seiner Rede schnitt Neumann ein Bündel aktueller politischer Themen aus Bund und Land an und verteilte dabei Hiebe nach allen Seiten. So erklärte er im Zusammenhang mit der Amnestie-Diskussion, daß der Ablauf der Debatte um die Straffreiheit für Parteispenden keine Meisterleistung der Union gewesen sei. Gleichzeitig kritisierte Neumann aber auch die Grünen, die 90 Prozent ihrer finanziellen Mittel aus öffentlichen Geldern bezögen. Das sei, so der Christdemokrat, verfassungsrechtlich problematisch. Außerdem zog der Landesvorsitzende die Objektivität der Strafverfolgungsbehörden in Zweifel, da sie etwa in Bremen im Rahmen der Spendenaffäre nur die CDU- und FDP-Büros durchsucht hätten, nicht aber das der SPD.

„Gewerkschafter üben Zensur“

dpa, Bremen

Als Zensur und Verstoß gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit hat der Vorsitzende der Geschäftsführung der Bremer Tageszeitungen AG, Herbert Ordemann, die verhinderte Veröffentlichung eines Kommentars zum Arbeitskampf im gemeinsamen Sonntagsblatt des „Weserkuriers“ und der „Bremer Nachrichten“ verurteilt. Der „Kurier am Sonntag“ war gestern mit einem großen weißen Fleck auf der Titelseite erschienen, weil Techniker sich nach Angaben des Verlegers geweigert hatten, den Kommentar zu setzen. Zu dem Vorgang erklärte Ordemann, Verlag und Chefredaktion hätten die IG Druck aufgefordert, „sich von diesem Akt der Zensur durch gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter zu distanzieren und auch im Arbeitskampf Eingriffe in das Grundrecht der Meinungsfreiheit zu verhindern“.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Bayern III so bald wie möglich bundesweit ausstrahlen“

Tandlers Fernsehpläne erregen Aufsehen / Medien-Hearing mit Spannung erwartet

Von PETER SCHMALZ

Wenn Reinhold Vöth morgen vor der Landtagsfraktion der CSU im Münchner Maximilianeum eine Antwort auf die Frage geben wird, wie er, „ausgehend von den heutigen Gegebenheiten“, die Entwicklung der „sogenannten neuen Medien“ sieht, dann wird der Intendant des Bayerischen Rundfunks die Gelegenheit nutzen, der bayerischen Regierungspartei, deren Parteibuch er besitzt und für die er früher einmal Staatssekretär war, die Leviten zu lesen über deren medienpolitische Aktivitäten. Denn was Staatssekretär Edmund Stoiber in der Staatskanzlei ausgebrütet hat und via Kabinett dem Landtag als Gesetzentwurf zur künftigen Gestaltung der bayerischen Medienlandschaft präsentiert, das erachtet der Funk-Manager vom Münchner Rundfunkplatz erstens als weitgehend überflüssig und teuer und zweitens als Wettbewerbsverzerrung zu ungunsten seines Senders BR.

Wenn aber seine Kritik bei diesem öffentlichen CSU-Hearing trotz tiefer Verärgerung dennoch moderat erscheinen sollte, dann liegt das zum einen in der klugen Erkenntnis, daß ein Dauerstreit zwischen Sender und Partei nur ungut für beide Seiten wäre und mit einer anderen, in Bayern regierungsfähigen Partei ohnehin nicht zu rechnen ist. Und daß zum anderen auch die CSU deutlich signalisierte, sie wolle im Grunde für ihren Heimatsender nur das Beste.

Wohl hageln aus der Staatskanzlei unberechenbar wie ein Gewitter immer wieder harsche Beschwerdebriefe des Staatssekretärs und Rundfunkrats Stoiber auf den Tisch des Intendanten, aber wo der große Blonde aus dem Vorzimmer von Strauß noch heißläuft, da hat ein anderer bereits die Weichen gestellt für eine sanftere Gangart: Gerold Tandler, ebenfalls Rundfunkrat und als Fraktionschef und Generalsekretär ein Macht-Multi, verblüffte den Intendanten in kurzen Abständen gleich zweimal mit Vorstößen, die als eine Unterstützung des weißblauen Senders anzusehen sind: Das dritte Programm des Bayerischen Rundfunks, so Tandler, solle über einen Satelliten baldmöglichst bundesweit ausgestrahlt werden und das jetzige Gebührenverfahren über einen Staatsvertrag mit einer pauschalen Einheitsgebühr zwischen Kiel und München könne ersetzt werden durch „ein System beweglicher Preise“.

In der Öffentlichkeit erregte der Vorschlag Tandlers, den dritten bayerischen Kanal zu exportieren, erhebli-



che Aufmerksamkeit, kann er doch emotionell verknüpft werden mit dem einst gescheiterten Versuch der CSU, sich bundesweit als Partei zu etablieren. In Fachkreisen wurde Tandlers Vorprellen dagegen als Beweis gesehen, daß die CSU clever und schnell auf neue Medien-Realitäten zu reagieren versteht.

Denn Tandlers bayerisches Programm-Angebot steht in Zusammenhang mit einer Kabinettsvorlage von Bundespostminister Schwarz-Schilling, wonach ab 1987 der deutsche Fernmeldesatellit mit sieben Kanälen zur Verfügung stehen wird, wobei fünf von ihnen für die bundesweite Ausstrahlung der dritten Programme verwendet werden können. Am 6. Juni werden die Ministerpräsidenten über die Nutzung dieser und der zehn weiteren Kanäle von Intel-Sat und TV-Sat beraten.

Medienexperten der CSU gehen davon aus, daß Sender wie der Hessische Rundfunk mit einem Anteil am ARD-Programm von mageren 8 Prozent (BR: 19 Prozent) oder wie die zur Südkette zusammengeschlossenen Häuser in Stuttgart, Baden-Baden und Saarbrücken kaum in der Lage sind, ein Vollprogramm für einen eigenen bundesweiten Dritt-Kanal zu basteln. Dies traut man eigentlich nur dem Münchner Sender und dem WDR zu.

Auch sein Vorschlag, die Gebührenfestsetzung aus dem starren System des bundesweiten Konsens herauszunehmen, zielt letztendlich auf eine Stärkung und größere Unabhängigkeit des Heimatsenders. Die pauschale bundesweite Einheitsgebühr, so der CSU-General, sei zunehmend fragwürdig, ein System beweglicher Preise und größerer Differenzierungen könne den individuellen (er meint wohl eher regionalen) Gegebenheiten besser Rechnung tragen.

Falsch aber wäre der Eindruck, Tandler und Stoiber würden medienpolitisch unterschiedliche Wege gehen. Weder hat Tandler seine Skepsis gegenüber dem BR aufgegeben, noch läßt Stoiber den Münchner Sender nur die Peitsche fühlen. „Der Bayerische Rundfunk erfüllt seine Aufgabe in hervorragender Weise“, sagte der Staatssekretär dieser Tage, und der Intendant mag sich wieder einmal die Augen reiben angesichts der Korrespondenz mit der Staatskanzlei. Im Grundsätzlichen sind sich die beiden CSU-Politiker einig: Zweigleisig wollen sie die Stellung Münchens in der neu zu ordnenden Medienlandschaft stärken: einmal durch einen selbstbewußten Landessender und zum anderen durch eine Öffnung der Stadt für neue Medien-Aktivitäten.

„Boykottpolitik des Westens bindet Comecon-Länder enger an Moskau“

ZK-Mitglied Otto Reinhold vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wiesbaden

PETER PHILIPPS, Bonn

Auf der Kuratoriums-Sitzung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Wiesbaden hat der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, das ZK-Mitglied Otto Reinhold, kritisiert, daß die „Boykottpolitik“ des Westens die „DDR immer wieder zu ökonomisch uneffektiven“ Maßnahmen zwinge. Dabei sprach er insbesondere die Bestrebungen Washingtons an, die sogenannte Cocom-Liste zu erweitern. Aber, so der Ostberliner Wissenschaftler und Politiker, eine solche Politik habe „noch nie ihr Ziel erreicht“. Kaum verhüllt beklagte er, daß die Boykottmaßnahmen vielmehr zwangsläufig dazu führten, „die Zusammenarbeit im RGW (im Westen besser als Comecon bekannt) zu intensivieren und zu beschleunigen“, also die Abhängigkeit auch Ost-Berlins von Moskau zu erhöhen.

In seinem etwa einstündigen Referat vor den Sozialdemokraten – unter anderem dem hessischen Ministerpräsidenten Börner und dem ehemaligen Bankier Hesselbach – ging Reinhold auch auf Berichte in westlichen Zeitungen über die „verdeckte Arbeitslosigkeit“ in der „DDR“ ein und stritt diese vehement ab. Dennoch mußte er im Verlauf seiner Ausführungen einräumen, daß allerdings „die Möglichkeit besteht, daß Freisetzung und Wiedereinsatz mitunter zeitlich nicht völlig übereinstimmen“. In diesem Zusammenhang sagte er etwas, das gerade gegenwärtig einen lauten Proteststurm unter westdeutschen Gewerkschaftern hervorrufen würde, wenn es aus dem Mund eines Arbeitgebervertreters in der Bundesrepublik käme: Das angestrebte Ziel des „höchsten Effektivitätszuwachses setzt voraus, daß sie (die Arbeitnehmer) in Bereichen, in denen sie wenig produktiv wirken, durch Rationalisierung freigesetzt werden“.

Auch ansonsten zeigte sich in dem Referat des SED-Professors, daß offensichtlich die wirtschaftspolitischen Gedanken der Linken in der Bundesrepublik derzeit völlig andere Wege gehen als die der Einheitssozialisten in Mitteldeutschland. Denn Reinhold propagierte unverändert das Ziel der „ökonomischen Effektivität“, das im Zentrum aller Planungen stehe. Dabei konnte er sich auch nicht den Seitenhieb verkneifen, daß in der „DDR“ die „weltanschauliche Haltung der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz nicht jene besorgniserregenden Tendenzen des Irrationalismus aufweist, die für das geistige Leben entwickelter kapitalistischer Länder typisch sind“.

Seit Beginn der achtziger Jahre seien in der „DDR“ so weitreichende Veränderungen im Bereich der Wirtschaft vor sich gegangen wie noch nie vorher, sagte Reinhold. Die „Patent-Ergiebigkeit“ in der Industrie sei um 38 Prozent gestiegen, der ökonomische Nutzen aus Patenten entspreche gegenwärtig etwa 17 Prozent der Gesamtaufwendungen für Wissenschaft und Technik. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre habe man durch Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung umgerechnet ein Arbeitspotential von einer Million Beschäftigten eingespart, rund einem Achtel der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Zugleich habe sich die Zahl der Arbeitnehmer mit Hochschul- oder Fachhochschul-Ausbildung auf einen Stand von 21 Prozent erhöht.

Naturgemäß legte der SED-Professor ein Bekenntnis zur zentralgeleiteten Planwirtschaft ab, aber er streute in seine Rede zugleich auch immer wieder das Bemühen der staatlichen Wirtschaftslenker ein, durch Einführung von Marktelementen und eine Verlagerung von Entscheidungsmöglichkeiten auf die 226 einzelnen Kombinate die Effektivität der eigenen Wirtschaft zu verbessern, die zu rund einem Drittel ihr „Nationaleinkommen über den Außenhandel erzielt“. Um das erreichte Niveau zu halten oder noch zu verbessern, seien ein jährliches Wachsen des Sozialprodukts von vier bis fünf Prozent und eine Steigerung der Produktivität von fünf bis sechs Prozent erforderlich. Im Mittelpunkt stehe immer noch das Bemühen um Strukturveränderungen im Bereich der Energiewirtschaft. Gerade dem soeben mit den Grünen handelseinig gewordenen Börner müssen die Ohren geklungen haben, als Reinhold vom Ziel der SED sprach, neben der weiteren Hinwendung zur heimischen Braunkohle den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit zwölf Prozent auf 20 bis 25 Prozent bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu erhöhen.

Und während gerade die marxistischen Studentenvertreter in der Bundesrepublik Deutschland in jedem staatlichen Forschungsauftrag die Inkarnation des Bösen sehen, scheute sich der östliche Wissenschaftler nicht davon zu berichten, daß in der „DDR“ 25 Prozent der Forschungsaufgaben unmittelbar staatlich geplant seien.

Vorerst auf Eis gelegt

Hamburger SPD vertagt das Thema Medienpolitik

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Das Thema Medienpolitik hat die Hamburger SPD auf Eis gelegt: Der Landesparteitag am Wochenende verschob die Beratung bis zum November. Das in einer Stadt, die sich mit 30 000 Beschäftigten in dieser Branche rühmt, Medienmetropole der Bundesrepublik zu sein. Der ehemalige Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, der für eine spätere Befassung über dieses Thema plädierte, stellte bei der breiten Bevölkerung „wenig Interesse an medienpolitischen Fragen“ fest.

Der Parteitag gab grünes Licht für das von Bürgermeister Klaus von Dohnanyi konzipierte große Senats-Revirement: Die höchste Zustimmung erhielt ausgerechnet ein Parteiloser: Klaus Mayer-Abich, der sich bei seiner Vorstellung als „Natur-Philosoph“ bezeichnete, wurde mit 255 Ja-Stimmen bei 51 Nein-Stimmen und Enthaltungen nominiert. Auch Horst Gobrecht (Finanzen), Rolf Lange (Inneres), Alfons Pawelczyk (Zweiter Bürgermeister und Bonner Vertretung) und Christine Maring (Gesundheit) wurden in ihrer neuen Funktion bestätigt.

Bei den überwiegend emotionslosen zweitägigen Beratungen billigten die Delegierten den Leitantrag des Landesvorstands zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in dessen Mittelpunkt die Notwendigkeit eines Strukturwandels der Wirtschaft und der Einzug neuer Technologien stehen. In dem Papier werden „Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Front“, wie die 35-Stunden-Woche, als Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit gefordert. Klein- und Mittelbetriebe, die dadurch in Schwierigkeiten kommen könnten, sollen nach einer Forderung des Parteitages finanziell unterstützt werden. Wirtschaftssenat Volker Lange warnte die Delegierten vor übertriebenen Bedenken gegen die neuen Technologien. Vergeblich machte sich der wegen Spionage verurteilte und kürzlich begnadigte IG-Metall-Funktionär Hermann Gassmann Hoffnung auf die Unterstützung seiner Partei: Ein Antrag, der sich gegen eine Kündigung Gassmanns durch die IG Metall aussprach, kam nicht durch.

Grüne wollen mit Gewerkschaften enger kooperieren

xhk, Crailsheim

Die baden-württembergischen Grünen werden künftig stärker als bisher mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Auf dem ersten Parteitag der Südwest-Grünen nach der für sie erfolgreichen Landtagswahl am 25. März dieses Jahres erklärte Vorstandsmitglied Tom Rauberger, in Zukunft „werden wir unsere Vorstellungen verstärkt in die organisierte Arbeitnehmerschaft tragen müssen“. Er begründete diese Neuorientierung mit den Worten: „Wesentliche Veränderungen sind nur in Zusammenarbeit mit der organisierten Arbeitnehmerschaft möglich.“ Der grüne Funktionär teilte mit, daß deshalb die Führung der Südwest-Grünen bereits Gespräche mit dem DGB Baden-Württemberg aufgenommen habe, um auszuloten, inwieweit „in zukünftigen sozialen Auseinandersetzungen die Mitgliederschaft der Gewerkschaften in umfassenderem Sinne für grüne Inhalte“ zu sensibilisieren seien.

Wiens Manöver und die Touristen des Ostblocks

Moskau zeigt viel Interesse an der Übung „Januskopf"

C. G. STRÖHM, Amstetten

Als der „Aggressor" mit Panzern, Infanterie und einer Luftlandung über die Donau setzte, waren mit einem Mal auf der internationalen Wasserstraße mehrere sowjetische und andere Ostblock-Kähne zur Stelle. Deren Interesse am österreichischen Heeresmanöver „Januskopf" war so groß, daß das Übersetzen der Panzer und Truppen vom Nord- auf das Südufer stark behindert wurde.

Die österreichischen Militärs haben sich an die „Anteilnahme" des Ostblocks für die Verteidigungsanlagen und das Heer der neutralen Alpenrepublik gewöhnt. „Wo sind denn unsere lieben Touristen aus der Tschechoslowakei?" fragte ein Oberstleutnant, als wir in den Raum zwischen Wien und Linz ins Manövergebiet hineinfuhren. Immer, wenn größere militärische Übungen des österreichischen Bundesheeres abgehalten werden, tauchen nämlich seltsamerweise sogar auf abgelegensten Straßen angebliche oder echte Touristen aus den kommunistischen Ländern auf. Manchmal sind es auch Deutsche mit westdeutschen Kraftfahrzeug-Kennzeichen, von denen aber die Österreicher glauben, sie seien getarnte Abgesandte der „DDR".

Besuch mit Meßlatte

„Daß die Tschechen und wahrscheinlich auch die Russen unseren Funkverkehr abhören, wissen wir genau," meinte ein hoher österreichischer Offizier. Sogar die offiziellen östlichen Manövergäste – die in Wien akkreditierten Militärattachés des Warschauer Pakts, die gemeinsam mit ihren NATO-Kollegen und den Neutralen als Beobachter eingeladen werden – demonstrieren gelegentlich besonderes Interesse. So erzählt man im österreichischen Heer von einem Offizier des Warschauer Pakts, der bei der Besichtigung einer „festen Anlage" – eines Bunkers mit eingebauter Panzerkanone – verstohlen ein Zentimeterband aus der Tasche gezogen und die Dicke der Betonwände gemessen habe.

Das diesjährige Manöver „Januskopf", an dem die österreichische 9. Panzergrenadierbrigade gemeinsam mit Luftlande- und Pioniereinheiten beteiligt war – insgesamt 4500 Mann mit mehreren 100 Panzern – ging von der Annahme aus, daß ein „Aggressor" die Donau überschritten habe und sich im Vormarsch auf eine Schlüsselzone der österreichischen Verteidigung befinde. Der Name „Januskopf" sollte die Abwehrbereitschaft gegen West und Ost – also die Neutralität – symbolisieren, doch ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß das Gebiet südlich der Donau eigentlich eine ideale Vormarschstraße für jeden Angreifer darstellt, der durch das nördliche Österreich etwa auf der Linie Linz-Salzburg nach Süddeutschland vorstoßen möchte.

Auf der gleichen Straße

Das ist wohl der Grund, warum die österreichischen Militärs diesem Raum ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Als wir in einer kleinen Ortschaft im hügeligen niederösterreichischen Alpenvorland den Angriff von Kampf- und Schützenpanzern auf die österreichischen Verteidigungsstellungen beobachten – und anschließend den Gegenstoß der „Kürassier"-Panzerjäger, sagt uns ein Bürgermeister: „Auf der gleichen Straße und im gleichen Gelände sind die Russen 1945 nach Westen vormarschiert."

Die österreichischen Offiziere sind sich der Schwachpunkte ihrer Armee schmerzlich bewußt. Es fehlt an modernen Überschall-Jagdflugzeugen, und es gibt Schwachstellen bei der Fliegerabwehr. Man hofft, daß sich die Politiker in Wien ihrer schweren Verantwortung bewußt werden und endlich die notwendigen finanziellen Mittel bewilligen, um diese im Ernstfall nicht ungefährliche Lücke zu schließen.

Worauf die Österreicher zählen können, ist neben dem für eine Verteidigung meist sehr günstigen Gelände ein weitgehend unbefangen-positives Verhältnis der Bevölkerung zu ihrer Armee. Auch beim Manöver „Januskopf" wurden die Soldaten von der Zivilbevölkerung freundlich aufgenommen und bewirtet. In Amstetten, wo das Manöver mit einem Vorbeimarsch endete, gab es eine große Waffen- und Geräteschau, auf der vom Kampfpanzer bis zum Sturmgewehr, von der Uniform bis zum Schlafsack, die ganze Ausrüstung der Armee zu besichtigen war. Das Interesse, besonders der Jugend, war groß – und es gab nicht den geringsten Zwischenfall.

Riads Außenpolitik verfolgt einen neutralistischen Kurs

Warum das Königreich Saudi-Arabien kein Bundesgenosse des Westens ist

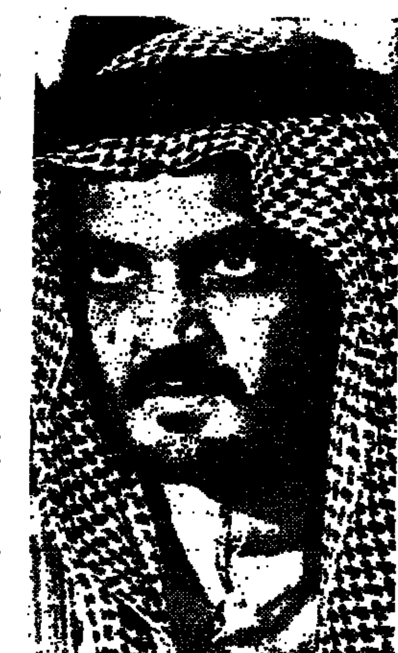
Von HARALD VOCKE

Zunächst hat es den Anschein, als sei dies die Patentlösung am Persischen Golf: Truppen der Vereinigten Staaten werden dort in den arabischen Ölstaaten stationiert und schützen das Öl. Wenn die Diktatur des Ayatollah Khomeini dann dennoch die arabischen Ölmonarchien angreift, haben es die Mullas gleich mit den Amerikanern zu tun. Doch nicht einmal das Insel-Emirat Bahrain, ehemals ein britisches Protektoriat, ist mehr ein westlicher Flottenstützpunkt.

Vor allem aber scheitert der Plan einer offiziellen Stationierung westlicher Truppen im Krisengebiet an Saudi-Arabien. Denn das von Ibn Saud gegründete Königreich ist keineswegs ein Bundesgenosse des Westens. Im Ost-West-Konflikt gibt es sich seit Jahrzehnten neutral und gehört nicht nur zum Schein zu den sogenannten blockfreien Staaten.

Die Szene war eindrucksvoll, als im Zweiten Weltkrieg Ibn Saud mit Churchill und Roosevelt in Ägypten zusammentraf. Churchill begrüßte den bereits vom Alter gezeichneten Herrscher des Wüstenkönigreichs: „Unser sehr guter Freund in der Stunde der Not." Präsident Roosevelt entschuldigte sich höflich, er könne leider auch zur Begrüßung nicht von seinem Rollstuhl aufstehen. Bald darauf traf im Palast in Riad als Geschenk von Roosevelt ein amerikanischer Rollstuhl für Ibn Saud ein. Auf einem solchen rollenden Thron hat der bedeutendste Sohn des Hauses Saud die letzten Regierungsjahre verbracht. Aber trotz aller freundschaftlichen Worte von Churchill und trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der amerikanischen Ölindustrie blieb Saudi-Arabien im Zweiten Weltkrieg neutral. Nur wer Hitler den Krieg erklärt hatte, konnte er an der Gründungsversammlung der Vereinigten Nationen teilnehmen. Doch nur nach zähem Widerstand und fast erst in letzter Minute – es war der März 1945 – entschloß sich Ibn Saud, dem von Hitler regierten Deutschland den Krieg zu erklären.

Die Könige Saud, Feisal und Chalid waren ebenso wie der jetzt in Riad regierende König Fahd Söhne des Staatsgründers Ibn Saud. Fahd war schon 30 Jahre alt, als Ibn Saud starb.



Außenminister Saud bin Feisal
FOTO: SVEN SIMON

Das Vorbild des in der Außenpolitik fast übervorsichtigen Vaters hat auch ihn geprägt. Wichtiger und für die Generation von König Fahd schmerzlicher aber waren die Erfahrungen der 60er Jahre. Mit einer von Moskau gesteuerten Propagandakampagne des ägyptischen Rundfunks beschuldigte der Diktator Nasser Saudi-Arabien, es sei heimlich ein Mitglied der westlichen Militärpakte geworden. Gemeinsam mit der Türkei und dem damaligen Kaiserreich Iran betreibe Saudi-Arabien eine Geheimpolitik, deren Ziel eine militärische Zusammenarbeit der drei islamischen Länder mit den Vereinigten Staaten zur kolonialistischen Unterjochung der Araber sei.

Wer diese gleichzeitig vom ägyptischen und sowjetischen Rundfunk ausgestrahlte Schmähkampagne gegen Saudi-Arabien miterlebt hat, wird sich noch in der Distanz von beinahe zwei Jahrzehnten an ihre Wucht nur mit Schaudern erinnern. Denn der Westen hatte dieser Meisterleistung sowjetischer Desinformation nichts entgegenzustellen. Noch heute werden Saudi-Arabien und die übrigen arabischen Erdölstaaten am Persischen Golf ständig überschüttet von sowjetischer Rundfunkpropaganda in arabischer Sprache. Das einzige nennenswerte Gegengewicht bildet das arabischsprachige Programm des britischen Rundfunks. Der „Stimme Amerikas" und der „Deutschen Welle" der Bundesrepublik fehlen das Geschick, mit der richtigen Psychologie arabische Rundfunkhörer für sich zu gewinnen. Daß es aus arabisch-islamischer Sicht gut sei, dem westlichen Bündnis neutralistisch aus großer Ferne gegenüberzustehen und daß andererseits die enge Zusammenarbeit der PLO-Araber mit Moskau weder dem Islam noch den Interessen der Araber schade – diese absurde Denkweise hat sich bei den Saudi-Arabern längst durchgesetzt. Auch ein so intelligenter Politiker wie Fahd muß auf diese in der Bevölkerung vorherrschende Stimmung Rücksicht nehmen.

Aber die radikalen Neutralisten sitzen in Arabien nicht nur in den Basaren. Was die liberalsozialistische Koalition unter Bundeskanzler Schmidt als „europäisch-arabischen Dialog" mit Übereifer betrieb, war für den saudi-arabischen Außenminister Saud bin Feisal der Versuch, wirtschaftlich mit den westeuropäischen Industriestaaten enger zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die Abhängigkeit von amerikanischen Rüstungsgütern zu lockern.

Im Gegensatz zu manchen Prinzen der Generation von König Fahd beherrscht Prinz Saud die englische Sprache und kennt die Vereinigten Staaten genau. Aber er ist ein erbitterter Gegner des Westens. Der Einfluß von Saud, diesem gefährlichen Gegenspieler von Fahd, ist nicht nur außenpolitisch bedenklich. Turki bin Feisal, ein Bruder von Saud (also ebenfalls ein Sohn des ermordeten Königs Feisal) verfügt im internen Machtkampf der Prinzen als Geheimdienstkoordinator über großen innenpolitischen Einfluß.

Saud und Turki bin Feisal, diese smarten jungen Politiker, lieben westlichen Luxus. Aber sie hassen die Vereinigten Staaten beinahe so sehr, wie sie Israel hassen. Sie wollen kein Militärbündnis mit den Amerikanern, sondern nur westliche Waffen, westliche Technik und einen außenpolitisch völlig unverbindlichen amerikanischen Schutz.

Im Kalkül der Großen rückt Südasien nach vorn

Tagung des „Arbeitskreises Dritte-Welt-Politik" in Bonn

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat das Interesse der Großmächte in Südasien belebt. Gleichzeitig haben sich die innenpolitischen Spannungen in Indien, Pakistan, Sri Lanka und Bangladesch verschärft, hat aber auch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zugenommen. Mit den sich daraus ergebenden Entwicklungen, den Konflikten der Region, der internationalen Einflußnahme sowie dem Vordringen des Islam befaßte sich der „Arbeitskreis Dritte-Welt-Politik" jetzt auf einer Tagung in Bonn.

Der Arbeitskreis, eine mittlerweile feste Einrichtung, dient dem Kontakt zwischen Politik und Forschung, konkreter zwischen dem Auswärtigen Amt und der Stiftung Wissenschaft und Politik und geht auf die Initiative ihres Gründers und Direktors Klaus Ritter zurück, der auch die Tagung leitete.

Indien als das „natürliche" Zentrum Südasiens, als regionale Groß- und Ordnungsmacht, fing die größte Aufmerksamkeit ein. Die innere Verfassung des Landes, der Konflikt in Assam, die Sikh-Rebellion im Pandschab geben Anlaß zu Besorgnis, werden auch als Auktoritätsschwund von Ministerpräsidentin Indira Gandhi gewertet. Widersprochen wurde der immer häufiger zitierten angeblichen Stabilität der Militärherrschaft in Pakistan. Zwischen den beiden Nachbarn bleiben, darüber waren sich die Teilnehmer einig, die Gegensätze trotz der Bemühungen zu einer friedlichen Koexistenz bestehen. Mißtrauen ist dabei die Konstante dieser Beziehungen.

Als regionalen Unsicherheitsfaktor par excellence stuften die Diskussionsteilnehmer die Nuklearpolitik der beiden Länder ein. Diese gelobten zwar, ausschließlich „friedliche" Zwecke zu verfolgen, hielten sich aber die Option für Kernwaffen offen. Von außen sei diese Politik, wie vor allem das Beispiel Pakistan zeige, nicht beeinflußbar.

Die Großmächte haben nach Afghanistan ihr Engagement in Südasien verstärkt, auch neue Akzente gesetzt. Dabei läßt sich eine Interessenidentität der USA und Chinas feststellen, die einen Abbau der Konflikte und Entspannung suchen.

Die Sowjetunion dagegen hält an ihrem schon 1969 formulierten Konzept der „kollektiven Sicherheit für Asien" fest, will Terrain gewinnen. Südasien, Indien gelten dabei als „Einfallstor" vor allem dann, wenn die „Mongolisierung" Afghanistans und in der Folge die „Finnlandisierung" Pakistans fortschreitet und sich festigt. Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan passen dabei durchaus in Moskaus Konzept, während die proamerikanische Haltung Islamabads sie eher stört.

Immer wieder kam die enge indisch-sowjetische Verflechtung zur Sprache, die in der Außenpolitik und der Wirtschaft, vor allem aber auf dem Rüstungssektor sehr stark ausgeprägt sei. Diesen Gemeinsamkeiten stünden die Schwierigkeiten Indiens in seinem Verhältnis zu den USA gegenüber.

Washington hat in seiner Südasien-Politik wechselnde Prioritäten gesetzt. In seiner Containment-Strategie der 50er Jahre fiel dabei Pakistan eine wichtige Rolle zu; sie gewann nach Afghanistan neue Bedeutung und schlägt sich konkret in massiver Aufrüstung nieder. Sie wird auch als das Hauptelement der regionalen Polarisierung angesehen, ausgelöst durch die Präsenz der Supermächte. Daß die Waffenhilfe Reizthema für Indien ist, überrascht nicht, dagegen jedoch die antiamerikanischen Tendenzen in der Bevölkerung Pakistans.

Bemerkenswert verändert hat China seine Südasien-Politik. Es hat seine Konfrontation gegenüber Indien zurückgestellt und sucht den Dialog; es plädiert für einen indisch-pakistanischen Ausgleich und eine regionale Zusammenarbeit mit dem Ziel, dem Vordringen der Sowjets entgegenzuwirken.

Starke Beachtung fand auf der Tagung schließlich der „islamische Faktor". Er werde noch zunehmen. Dabei wirke sich die wirtschaftliche Verflechtung Südasiens mit den Golfländern, vor allem Saudiarabien, aus. Ideologische Einflüsse, die in Pakistan und Bangladesch eine Islamisierung vorantreiben, wurden eher als Störfaktor beurteilt. Indien befürchtet, daß der islamische Einfluß auf seine eigene moslemische Bevölkerung destabilisierend wirkt und die Gefahr einer Konfrontation zwischen Hindus und Moslems verstärkt.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streik und Öffentlichkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn Steinkühler muß man für seine Offenheit eigentlich dankbar sein. Es geht für ihn also nicht um die Arbeitslosen, um die Erhaltung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern der gegenwärtige Streik ist für ihn ein „Vorbutgefecht“ (was für ein militaristisches Vokabular?) zu einer machtpolitischen Auseinandersetzung sogar im europäischen Maßstabe. Daher sind offensichtlich die Arbeitgeberangebote gar nicht ernsthaft diskutiert worden, sondern es wurde in sturem Beharren auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich leichtfertig ein Streik herbeigeführt, weil es zumindest für Herrn Steinkühler und einige andere nicht um ökonomische, sondern um politsche Dinge geht.

Damit stellt sich für jeden staatsbewußten Bürger – gerade wenn er Marktwirtschaft und die Funktion der Gewerkschaften darin bejaht – die Frage, ob ein derart beispielloser Mißbrauch der Tarifautonomie hingenommen werden darf. Denn wenn eine Minderheit – schließlich sind nur gut ein Drittel der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert – versucht, der Mehrheit der Bevölkerung gegen ihren vielfach bekundeten Willen etwas aufzuzwingen, was sich nur nachteilig für die Gesamtheit der Wirtschaft auswirken kann, dann ist der Gesetzgeber aufgerufen, durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen das Gleichgewicht im Interesse aller zu wahren bzw. wieder herzustellen.

Nach Lage der Dinge konnte der Präsident der Bundesanstalt ein derartiges Ansinnen nur zurückweisen. Es muß aber mehr als bedenklich stimmen, daß diese Entscheidung, noch bevor sie getroffen wurde, Herrn Steinkühler zu massiven politischen Drohungen gegen die Bundesregierung veranlaßte. Es sollte unmißverständlich klargestellt werden, daß auch das mit der Tarifautonomie unvereinbar ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Möbius,
Kiel 1

*

Klaus Mann bemerkte einmal: „Wie leicht ist es doch, in einem liberalen Lande kühn zu sein! Und wie billig!“

All' den so ungeheuer forschen Gewerkschaftsfunktionären, tobenden Demonstranten, speienden Linksintellektuellen, Blockierern, Besetzern und, und, und ... sei dieses kurze Wort gewidmet.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. J. Deuss,
Weingarten

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei all den Informationen, die Sie über die Tarifauseinandersetzung der IG-Metall und der IG-Druck und Papier wiedergeben, und was durch Rundfunk und Fernsehen an Informationen zum Thema Tarifauseinandersetzung, Tarifpolitik, gewerkschaftliche Zielsetzung und Streik berichtet wird, fällt einem immer wieder Helmut Schelsky ein, der in seinem Buch „Funktionäre – gefährden sie das Gemeinwohl?“ ausführt: „Arbeiter, macht Eure Funktionäre arbeitslos – und Ihr habt mehr Arbeit! Arbeiter in Ost und West, wehrt Euch gegen Eure Funktionäre!“

In dieser allgemeinen wirtschaftlichen Lage und Weltkonjunktur, die Volkswirtschaft durch einen Streik zur Erlangung einer 35-Stunden-Arbeitswoche zu schwächen, ist mit rationalen Argumenten nicht zu begründen. Ein vernünftig denkender Mensch, der sich mit Volks- und Betriebswirtschaft ein klein wenig auskennt und Vergleiche zu anderen Wirtschaftsnationen anstellt, muß zwangsläufig zu dem Ergebnis kommen, daß bei dieser Tarifauseinandersetzung nicht mehr das Wohl des Arbeitnehmers verfolgt wird, sondern versucht wird, die soziale Marktwirtschaft und die Tarifautonomie zu gefährden und in Schwierigkeiten zu bringen.

Durch solche Auseinandersetzungen und Streiks muß jeder Betrieb, gleich ob Familiengesellschaft oder Publikumsgesellschaft, ein Großteil seiner Kraft und Energie darauf verwenden, mit möglichst wenig deutschen Arbeitnehmern sein Produkt herzustellen und emsig darum bemüht sein, möglichst keine neuen Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit bestem Dank begrüße ich Sie
M. Sittmann,
Sindelfingen

*

Dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Herrn Heinrich Franke, gebührt Anerkennung für seine klare Entscheidung. Es ist nur zu hoffen, daß Arbeitsminister Blüm, als Rechtsaufsicht, an dieser Entscheidung nichts ändern wird.

So schmerzlich diese Entscheidung für die vielen Betroffenen im Augenblick sein mag, Herr Franke hat hier die Interessen aller Beitragszahler gewahrt und entsprechend entschieden. Wo kämen wir hin, wenn einige Gewerkschaftsfunktionäre es mit taktischen Finessen fertig brächten, daß die von ihnen inszenierten Streiks auch noch durch die Gelder der Gemeinschaft von Versicherten finanziert würden? Werden wir nicht alle noch an den Folgen dieses Prinzipienstreiks um die 35-Stunden-Woche zu tragen haben?

Wie verträgt sich übrigens das (plötzliche) Wehklagen des Herrn Mayr, es handele sich doch „nur“ um regionale Forderungen der IG-Metall, und somit sei die Entscheidung des Herrn Franke rechtswidrig, mit der europäischen Mission des Herrn Steinkühler: diese Streikwelle sei ein „europäisches Vorhutgefecht“? Weiß hier der Chef nicht, was sein Vize will?

Einige Anmerkungen zur IG-Druck: Indem diese Gewerkschaft nur „bestimmte“ Zeitungen und Zeitschriften bestreikt, ist für mich der Tatbestand der Nötigung erfüllt. Ich fühle mich in der Auswahl meiner Lektüre, und somit in der Möglichkeit, die Meinungsvielfalt in Anspruch zu nehmen, zwangsläufig eingeschränkt. In diesem Zusammenhang stelle man sich einmal theoretisch vor, der gesamte Buchhandel würde beschließen, die Bücher eines Schriftstellers, der vielleicht sogar noch ein Mitglied dieser Gewerkschaft wäre, nicht mehr zu führen, d. h. zu bestreiken. Das Geschrei, die freie Meinung würde unterdrückt, wäre nicht zu überhören.

Bei den Weltverbesserern erfährt das Gleichheitsprinzip stets eine eigene Auslegung: es kommt eben immer darauf an, wer es tut!

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Bosse,
Hamburg 90

Wort des Tages

„Einer der Gründe für vieles Versagen ist unsere Sehnsucht nach realen, leichten Lösungen. Bei jeder Maßnahme, die vorgeschlagen wird, täten wir gut daran, uns nicht nur zu fragen, wie viel voraussichtlich geleistet werden kann, sondern auch an das zu denken, was nicht erreicht werden kann.“

Bernhard B. Baruch; am. Bankier (1870 – 1965)

Neuer Zensor?

„Kein Mißverständnis“, WELT vom 22. Mai

Endlich wurde – Ferlemann sei Dank – deutlich gesagt, wie sich die Gewerkschaften (offensichtlich in enger Abstimmung mit der SPD) den totalen Gewerkschaftsstaat einmal vorstellen: Abschaffung der Pressefreiheit, Ausschaltung aller nicht Gewerkschafts-/SPD-frommen Zeitungen und Verlage.

Unter großem Beifall des SPD-Parteitages in Essen gab der Vorsitzende der IG Druck und Papier Einzelheiten dieser „zukunftsweisenden“ Übergangstaktik bekannt: Zeitungen, die nicht die reine Gewerkschaftslehre verbreiten, werden bestreikt, die „liebe, brave Presse“ darf gnädig weiterberichten. Nachzulesen im offiziellen Parteitagsprotokoll, mit nur wenig anderen Worten: „Es werden ein paar Blätter nicht erscheinen. Wer deren Struktur kennt, kann eigentlich mit uns gemeinsam gar nicht so traurig sein, daß bestimmte Kommentare erst mit Zeitverzögerung erscheinen.“

So einfach ist das! Gewiß kann man jedoch bezweifeln, ob etwa eine bedeutende deutsche Tageszeitung, wie die „Süddeutsche Zeitung“ so richtig glücklich ist, wenn sie von Herrn Ferlemann einseitig als allein DGB- und SPD-hörig abgestempelt wird.

Wenn man diese üblen Tendenzen aus der Erfahrung böser deutscher Vergangenheit, welche ich selbst intensiv miterlebt habe, in die Zukunft überträgt, sieht man bereits Tausende „gleichgerichteter“, fleißiger Ferlemänner als Gewerkschaftskulturwarte die deutsche Presse vorzensieren und verbieten. Wollen das die Gewerkschaften und die SPD „im Schulterschluß“ wirklich?

Inzwischen versucht Genosse Ferlemann verzweifelt, Abstand von seinen ehrlich gemeinten Aussagen zu gewinnen. Gesagt hat er's aber – und mit tiefer Überzeugung.

J. Hock,
Weinheim/Bergstr.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Dr. **Heinz Pentzlin**, 75, wird heute im Hamburger Rathaus in Würdigung seiner Verdienste das Bundesverdientkreuz Erster Klasse überreicht. Damit wird ein Publizist und Wirtschaftsexperte geehrt, der weit über den Kollegenkreis hinaus sich als Verfechter einer offensiven Marktwirtschaft einen Namen gemacht hat. Der gebürtige Westpreuße – er ist in dem Städtchen Schwetz geboren – studierte in Frankfurt am Main und Kiel Wirtschaftswissenschaften, wobei ihn die „Kieler Schule“ entscheidend prägte, promovierte in Berlin und war kurze Zeit in der Reichsstelle für Außenhandel tätig, um dann 1934 Wirtschaftsjournalist zu werden. Von 1934 bis 1945 arbeitete Heinz Pentzlin als Korrespondent für die „Nachrichten für den Außenhandel“ und für die „Frankfurter Zeitung“ (und nach deren Verbot für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“) in verschiedenen europäischen Ländern. Nach dem Krieg wurde Heinz Pentzlin Redakteur bei der „Wirtschafts-Zeitung“, dann kam er zur WELT, wo er 1954 zuerst Ressortleiter des Wirtschaftsteils und dann 1964 Mitglied der Chefredaktion wurde. 1970 wurde er in den Aufsichtsrat der Axel Springer Verlag AG berufen, dem er bis Mitte 1983 zugehörte. Pentzlin, der Gesinnungstreue und Einsatz für seine Überzeugungen mit einer verbindlichen, ruhigen Art und einem eleganten Stil verbindet, hat in den fünfzig Jahren seiner Berufstätigkeit in zahllosen Artikeln, aber auch in vielen, oft Entwicklungen vorausschauenden Büchern („Was kostet der Wohlstand“ 1962, „Inflation“ 1975, „Die Kinder des Wohlstandes“ 1974, eine Aufarbeitung der Geldtheorie mit „Das Geld“ 1982, eine Biographie von Hjalmar Schacht u. a.) klar sein Credo dargestellt, zu dem Sätze gehören wie „Nur hohe Leistungen der Wirtschaft ermöglichen hohe soziale Leistungen“ und „Die freie Marktwirtschaft ist das beste System. Aber es darf nicht zur Kampfwirtschaft ausarten.“

*

Mit der Goethe-Plakette, der höchsten Auszeichnung für besondere kulturelle Verdienste im Lande Hessen, ist die Schriftstellerin **Ilse Langner**, 85, ausgezeichnet worden. Die in Breslau geborene Autorin ist Mitglied des PEN-Clubs und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und wurde unter anderem mit der Willibald-Pirckheimer-Medaille, der Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Stadt Darmstadt, dem Eichendorff-Literaturpreis, der Goldmedaille „Pro humanitate“ des Bonner West-Ost-Kulturwerks e. V. und mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet.

*

Der Wuppertaler Free-Jazz-Musiker **Peter Kowald**, 40, bekommt den mit 10 000 Mark dotierten Eduard-von-der-Heydt-Preis seiner Heimatstadt Wuppertal, den vor ihm schon u. a. **Heinrich Böll** und **Pina Bausch** erhielten.

*

Die Frankfurter Ärztin und Psychoanalytikerin Dr. **Margarethe Mitscherlich-Nilsen** ist mit dem Kulturpreis 1984 der Stadt Flensburg ausgezeichnet worden. Staatspräsidentin **Ingrid Groß** aus Schleswig-Holstein unterstrich bei der Verleihung des mit 5000 Mark dotierten Preises die Beziehungen der Wissenschaftlerin zu Flensburg und seiner Umgebung.

*

Bischof **Albert Greiner Paris**, einer der Wegbereiter in Frankreich für die deutsch-französische Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, ist zum Ehrendoktor der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Münchner Universität ernannt worden. An der Ehrenpromotion nahm auch der Bayerische Landesbischof **Johannes Hanselmann** teil.

*

Der britische Internist **David John Weatherhall** ist in Kiel mit dem Feldberg-Preis 1984 ausgezeichnet worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis wird alljährlich an je einen deutschen und englischen Wissenschaftler vergeben, der durch seine Arbeiten internationalen Ruf erlangt hat. Der Feldberg-Preis wurde von dem deutschen Professor **Wilhelm Feldberg** gestiftet, der als Pharmakologe Weltruf errang. Er verlor 1933 seine Professur in Berlin, emigrierte nach England, wo er von 1949 bis 1965 die Abteilung für Physiologie am National Institute for Medical Research in London leitete.

GEBURTSTAG

Der Gründer und langjährige Seniorchef der Kammgarnspinnerei Max Richter KG in Stadtallendorf, einer der größten Industriebetriebe im Marburger Land, **Max Richter**, feierte in Wien seinen 85. Geburtstag. Nach der Kriegsgefangenschaft und Vertreibung der Sudetendeutschen gründete Richter in der einstmals größten Vertriebssiedlung der Bundesrepublik Deutschland bereits 1949 mit einigen wenigen Mitarbeitern seines im Sudetenland zugrunde gegangenen Unternehmens das Werk, das heute rund 320 Mitarbeiter und zu den krisenfesten Betrieben in der Textilbranche zählt. Max Richter war viele Jahre lang Vorsitzender der Heimatvertriebenen Wirtschaft in Bonn und Mitglied des Verwaltungsrates der Hessischen Landesbank und des Beirates der Deutschen Bank sowie des Vorstandes der Deutschen Textilindustrie.

BERUFUNGEN

Der Hamburger Erziehungswissenschaftler Professor Dr. **Jürgen Teumer** ist auf die an der Universität Marburg neu geschaffene Professur für Sprachgeschädigtenpädagogik berufen worden. Er wird dort das erstmals an einer hessischen Hochschule geschaffene Fachgebiet als sonderpädagogische Teildisziplin aufbauen und sich dabei vor allem mit einer Erforschung der präventiven Sprachgeschädigtenpädagogik beschäftigen. Fragen der Frühförderung und der diagnostisch-therapeutischen Möglichkeiten einer Prävention stehen im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Publikationen. Der 44jährige Wissenschaftler ist der Ansicht, daß die traditionell rehabilitative Sonderpädagogik in der Bundesrepublik Deutschland einer sinnvollen Erweiterung durch zusätzliche Konzepte, Methoden und Maßnahmen der präventiven Sprachgeschädigtenpädagogik bedarf.

*

Neun Professoren der Universität Marburg sind für eine Amtszeit bis einschließlich 1987 zu Fachgutachtern der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gewählt worden. Unter ihnen befinden sich: der Alttestamentler **Otto Kaiser**, der Archäologe **Bernhard Andreas** und der Osteuropa-Historiker **Hans Lamberg** sowie der Botaniker **Wilhelm Nultsch**, der Zoologe **Hermann Remmert**, der Kinderpsychiater **Helmut Remschmidt** und der Pharmazeut **Max Wichtl**. In den 36 Fachausschüssen der DFG, die insgesamt 172 Fachgebiete bearbeiten, sind knapp 450 Fachgutachter tätig.

Was die Alliierten nicht wußten: Feldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, hatte einige Tage vor der Invasion die 352. Division aus dem Raum St. Lô an die Küste verlegt. Wo Engländer und Amerikaner nur zweitklassige Truppen aus übergelaufenen Polen und Russen erwartet hatten, stand ihnen eine von Rommels zähesten Divisionen gegenüber.

Omaha Beach wurde für die Amerikaner zum Strand des Todes

Nicht allen US-Soldaten wurde solche Hilfe zuteil. Der Befehl hieß: Vorwärts ohne Rücksichtnahme! FOTO: AGIP

Von UWE BAHNSEN

In seinem Bericht vor dem Unterhaus am Mittag des 6. Juni 1944 hatte Premierminister Winston Churchill den Auftakt des Unternehmens „Overlord" nicht in allen Punkten tatsachengetreu geschildert – es hatte sich keineswegs „alles genau nach Plan entwickelt". Nicht alle britischen und amerikanischen Luftlandeverbände, die das Schlachtfeld an der normannischen Küste zu beiden Seiten eingrenzen sollten, hatten die vorgesehenen Absprungzonen erreicht; und die alliierten Bomberflotten waren entgegen den sicheren Erwartungen der „Overlord"-Planer nicht in der Lage gewesen, alle deutschen Verteidigungsstellungen an der Künste zu zerschlagen.

An den britischen Strandabschnitten „Gold", „Juno" und „Sword" und am amerikanischen Landungsabschnitt „Utah" hatten die Operationen im wesentlichen planmäßg begonnen; am „Omaha"-Strand jedoch

WELT-Serie 2. Folge

war der Angriff der alliierten Sturmregimenter infolge des massiven Widerstands der Deutschen völlig durcheinander geraten.

Generalleutnant Omar N. Bradley, Befehlshaber der 1. US-Armee, verfolgte den Beginn der Invasion am Morgen des 6. Juni an Bord des US-Kreuzers „Augusta". An Deck hatte die Navy für ihn einen stählernen Gefechtsstand errichtet, dessen Wände „Michelin"-Straßenpläne Frankreichs und große Karten der Normandie bedeckten. Ebenso häufig wie an dem runden Tisch in der Mitte des Raumes stand der General jedoch in diesen Morgenstunden auf der Brükke neben Konteradmiral Alan Kirk und beobachtete mit dem Fernglas den 7000 Meter entfernten „Omaha"-Strand, der von Morgendunst und Rauch verhangen war.

Für Bradley und seine Stabsoffiziere hatte der Tag mit einer Reihe von wenig verheißungsvollen Meldungen begonnen: Der rauher werdende Seegang brachte die Amphibienpanzer in Gefahr; aus Le Havre waren deutsche Torpedoboote ausgelaufen und hatten den norwegischen Zerstörer „Svenner" versenkt, bevor sie in die Flucht geschlagen werden konnten. Bradley Jahrzehnte später: „Im Verlauf des Morgens wuchs meine Besorgnis über die alarmierenden und bruchstückhaften Berichte, die wir über das Marinenetz bekamen. Wir konnten daraus nur ein unzusammenhängendes und widersprüchliches Bild von Versenkungen, Überschwemmungen, schwerem Abwehrfeuer und Chaos auf den Landungsstränden gewinnen."

Der Zusammenbruch des Operationsplans für „Omaha" war am späten Morgen offenkundig – der Stab des V. US-Korps, dessen Einheiten diesen Abschnitt erobern sollten, verfiel in tiefe Niedergeschlagenheit. Der an die Küste entsandte Oberst Benjamin Talley erstattete Generalmajor Leonard I. Gerow, dem das V. Korps unterstand, über Funk einen entmutigenden Bericht: Vor dem Strand irrten die Panzerlandungsboote umher „wie eine durchgehende Rinderherde". Bradley gewann den Eindruck, daß über seine Truppen eine Katastrophe hereingebrochen war: „Ich erinnere mich, wie überrascht ich über die Stärke des Gegners auf der linken Seite des Omaha-Strandes war, wo unsere schlachterprobte 1. Division auf die 352. deutsche Infantriedivision traf. Unser Nachrichtendienst hatte uns zu der Annahme verleitet, daß die deutsche Küstenverteidigung schwach und größtenteils mit zweitklassigen Truppen besetzt sein würde – Polen und Russen, die an der Ostfront zu den Deutschen übergelaufen seien ..."

Während Winston Churchill dem Unterhaus optimistisch berichtete, war Bradley an Bord der „Augusta" von ganz anderen Empfindungen erfüllt: „Für uns brach die dunkelste Stunde des Landungstages etwa um die Mittagszeit an. Unsere 1. Division war noch immer am Küstenstreifen festgehalten und in einem tödlichen Kampf mit der 352. verwickelt. Wegen der lähmenden Verluste, die unsere Pioniertrupps erlitten hatten, waren nur sechs Pfade durch die Unterwasserhindernisse gesprengt worden; an der Küste hatte sich eine ungeheure Stockung entwickelt. Omaha war im Zeitplan weit zurückgefallen. Auf dem Strand lagen Spezialpanzer, abgesoffene Fahrzeuge und ausgebrannte Kampfpanzer verstreut umher. Eine Zeitlang wußten wir nicht, ob wir die zweite Welle mit mehr als 25 000 Soldaten an einen anderen Strandabschnitt umdirigieren sollten ..."

Solche verzweifelten Überlegungen des Generals und seiner Kommandeure waren durch Meldungen von der Küste wie diese ausgelöst worden: „Sturmeinheiten in Auflösung. Schwerste Verluste. Feindfeuer verhindert Sprung über die Strandlinie. Gelandete Verbände auf engstem Raum zusammengeballt. Pioniere können keine Minengassen räumen und Vorstrandhindernisse nicht sprengen. Panzer ud Fahrzeuge stehen unbeweglich auf dem schmalen Strand."

Wie die GI's der ersten Welle diesen Vormittag auf „Omaha" erlebten und erlitten, wird aus der Chronik des US-Infanterieregiments 116 deutlich: „Der Feind wartete den besten Zeitpunkt ab. Das Kreuzfeuer seiner Maschinengewehre erfaßte alle unsere Boote. Die Männer, die ins Wasser sprangen, sackten zusammen und versanken. Er war unmöglich, die Ordnung zu bewahren. Jeder hatte nur den einen Wunsch, das Ufer zu erreichen, und alle waren überzeugt, das gelinge nur, wenn sie sich ins Wasser stürzten, um von den im Feuerhagel liegenden Booten wegzuschwimmen. Aber die Ausrüstung war zu schwer. Die meisten hatten darum zu kämpfen, über Wasser zu bleiben, wurden verwundet, und ertranken. Nur wenige erreichten den Strand unverletzt. Als sie merkten, daß es dort kein Halten gab, krochen sie ins Wasser zurück, legten sich flach hin und ließen nur die Köpfe herausschauen. Mit der steigenden Flut robbten sie dann nach vorn, nahmen hinter den Vorstrandhindernissen Deckung und kehrten so langsam auf den trockenen Sand zurück. Die Kompanie A war innerhalb von zehn Minuten aufgerieben; alle Offiziere und Unteroffiziere waren gefallen oder verwundet. Nach 20 Minuten war aus dieser Sturmkompanie A eine kleine, verlassene Gruppe geworden, die nur noch darauf bedacht war, zu überleben."

Nach vier Stunden Kampf hatte der Tod auf den 6000 Metern des Omaha-Strandes eine furchtbare Ernte gehalten: Rund 3000 Tote und Schwerverwundete lagen auf diesem Strandabschnitt – ein Toter oder Schwerverwundeter auf jedem zweiten Meter.

Gegen Mittag jedoch erlahmte der deutsche Widerstand. Bradley hatte auf der „Augusta" einen zwar riskanten, aber durchgreifenden Entschluß gefaßt: Die schwere Schiffsartillerie der aufgefahrenen Armada erhielt den Befehl, die deutschen Batteriestellungen und Widerstandsnester an der Küstenlinie ohne Rücksicht auf die alliierten Sturmtruppen unter Feuer zu nehmen, sie sozusagen „der Reihe nach" auszuschalten. Die GI's auf dem Strand folgten schließlich einem ihrer jungen Offiziere, der mit den Worten „Wollt Ihr hier liegenbleiben und Euch abknallen lassen?" aufgesprungen war und eine Lücke in einen der Drahtverhaue gesprengt hatte. So sickerten zunächst kleine US-Trupps hinter die deutschen Stellungen, griffen die Bunker und Befestigungen der Verteidiger im blutigen Nahkampf von hinten an. Bradley: „Erst um 1.30 Uhr mittags erfuhren wir, daß unsere 1. Division eine von Rommels zähesten Divisionen zurückgeworfen hatte und im Vormarsch auf die buschbedeckten Hänge war."

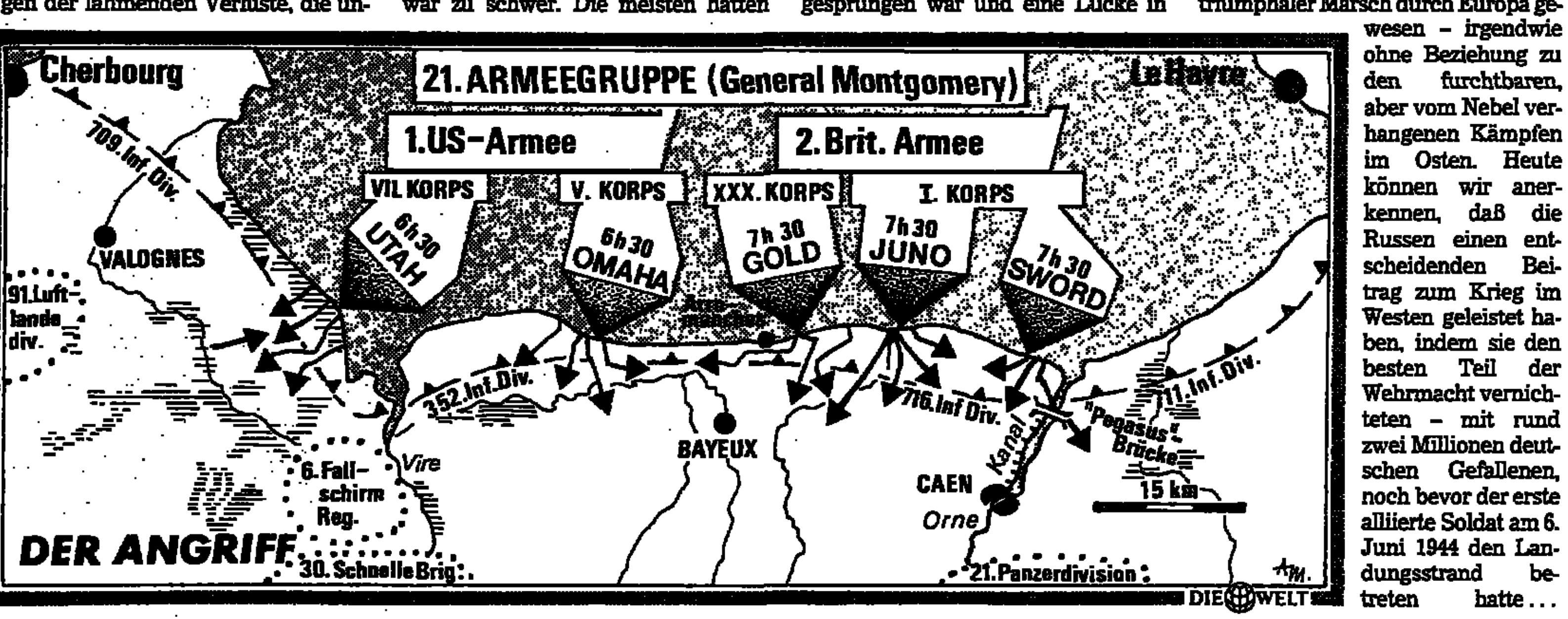
Der Befehlshaber der I. US-Armee und seine Kommandeure waren vor dem Beginn der Landung sicher gewesen, der Abschnitt „Omaha" werde nur von Einheiten der 716. Infanteriedivision verteidigt, mit der sie relativ leicht fertig zu werden hofften. Die Tatsache, daß Feldmarschall Erwin Rommel, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, die Verlegung der 352. Division aus dem Raum St. Lo an die Küste befohlen hatte, war der sonst über die deutschen Verteidigungskräfte präzise unterrichteten Feindaufklärung der Alliierten entgangen.

40 Jahre nach der Schlacht, deren blutiger Auftakt das Drama am Omaha-Strand war, werden auch in den USA und Großbritannien von angesehenen Zeithistorikern die militärischen Leistungen der Verteidiger, ihre Zähigkeit und ihr Mut gewürdigt. Eine dieser fairen Stimmen ist der angesehene britische Militärjournalist Max Hastings. Er schreibt in seinem in diesem Frühjahr erschienenen Bericht über die Invasion (Max Hastings: „Overlord. D-Day and the Battle for Normandy 1944". Verlag Michael Joseph, London 1984) im Vorwort: „Die Nachkriegsgeneration ist mit der Legende aufgewachsen, der alliierte Feldzug 1944–45 sei ein triumphaler Marsch durch Europa gewesen – irgendwie ohne Beziehung zu den furchtbaren, aber vom Nebel verhangenen Kämpfen im Osten. Heute können wir anerkennen, daß die Russen einen entscheidenden Beitrag zum Krieg im Westen geleistet haben, indem sie den besten Teil der Wehrmacht vernichteten – mit rund zwei Millionen deutschen Gefallenen, noch bevor der erste alliierte Soldat am 6. Juni 1944 den Landungsstrand betreten hatte ...

Über die mangelhafte Kampfkraft der deutschen Truppen, die die Kanalküste verteidigten, ist viel geschrieben worden. Aber es waren diese Soldaten, die fast überall die Alliierten daran hinderten, ihre Tagesziele für den Tag der Landung zu erreichen, und sie auf dem amerikanischen Strandabschnitt 'Omaha' an den Rand einer Niederlage brachten, noch bevor die Elite-Einheiten der SS und der Wehrmacht sich dem Schlachtfeld genähert hatten. In den folgenden Wochen wurden die Angriffe der Alliierten mit schweren Verlusten und trotz ihrer absoluten See- und Luftherrschaft immer wieder gestoppt, und zwar von deutschen Einheiten, die zahlenmäßig und vor allem im Hinblick auf ihre Artillerie unterlegen waren."

Erst seit einigen Jahren ist annähernd bekannt, in welchem Ausmaß die alliierte Kriegführung vor allem bei dem Unternehmen „Overlord" von der Tatsache profitierte, daß die Spezialisten in Bletchley Park den deutschen Funkverkehr „mitlasen". Das hatte die alliierten Befehlshaber schon vor dem „D-Day" in die Lage versetzt, die Überlegungen der deutschen Führung bis ins Detail nachzuvollziehen. So hatten die „Ultra"-Experten in Bletchley Park einen Funkspruch an das OKW entziffert, der am 25. Mai im Hauptquartier des Feldmarschalls von Rundstedt, des Oberbefehlshabers West, abgesetzt worden war. Es ging um den Ausbau der Verteidigungsanlagen am Westwall, für den Treibstoff benötigt wurde. Am 29. Mai lag von Rundstedt als Gegenspieler Dwight D. Eisenhower der Funkspruch im Klartext vor: „Ungefähr 20 Prozent weniger als aufgrund des Sommerprogramms erbeten. Das würde ausreichen für den Beton, der im Programm vorgesehen ist, vorausgesetzt, dieses könnte ohne beträchtliche Störungen ausgeführt werden ... Oberbefehlshaber West bittet deshalb, daß als Vorsichtsmaßnahme eine Betriebsstoffreserve für den Bau zur Verfügung gestellt wird ... Diese Reserve wird nur angegriffen, wenn nach den ersten zehn Julitagen die Lage insgesamt überblickt werden kann."

Für die Alliierten war diese Meldung von großem Wert. Sie schlossen daraus: Ein Oberbefehlshaber, der sich zehn Tage vor dem „D-Day" mit solchen Dingen befaßte, würde nicht wissen, was bevorstand.



In der nächsten Ausgabe: Wie sich die Deutschen vom Tarnungsmanöver „Bodyguard" hinters Licht führen ließen; und: Wie ein deutscher Kommandeur die alliierte Invasion erlebte.

Zeugen des Schmerzes: Friedhöfe überm Meer

In dem reichhaltigen Kalendarium der Normandie stehen zwei Jahreszahlen für welthistorische Ereignisse: 1066 brach der Normannenherzog Wilhelm II. mit 60 000 Kriegern in 619 Drachenbooten auf, um den Kanal zu überqueren und seine Ansprüche auf den englischen Thron durchzusetzen. Am frühen Morgen des 14. Oktober 1066 begann bei Hastings die 14stündige Schlacht, die die Entscheidung brachte: Wilhelm besiegte König Harold und dessen Brüder, wurde als William I. König von England und ging als „Wilhelm der Eroberer" in die Geschichte ein.

Das weltberühmt gewordene Zeugnis dieses Feldzugs, der 70 Meter lange Bildteppich von Bayeux, überstand die Kriegswirren, mit denen der zweite historische Vorgang die Normandie überzog: 878 Jahre nach der Schlacht von Hastings kehrten die Angelsachsen zurück. 40 Jahre danach ist die Invasion in den damaligen Landungsgebieten, deren militärische Codenamen zu Begriffen der Kriegsgeschichte geworden sind, alles andere als Vergangenheit – an den Stränden, in der Dünenlandschaft, in den kleinen Ortschaften an der Küste, selbst im Meer: In Arromanches sind bei Ebbe noch die Reste jenes künstlichen Hafens aus 60 Schiffen und 147 Caissons zu sehen, der die Ausschiffung von Truppen und Kriegsmaterial im großen Stil ermöglichte.

Längst hat sich der Fremdenverkehr des Unternehmens „Overlord" bemächtigt. Im Diorama des „Musée du Débarquement" von Arromanches wird die Invasion den Touristen aus aller Welt als eine Art Multimedia-Show vorgeführt – mit Musik und dem Krachen von Detonationen, mit dem Dröhnen von Bombergeschwadern und patriotischen Deklamationen auf Englisch und Französisch. Die Schlacht als Rummel für die Enkel derjenigen, die hier sterben mußten.

Vielleicht ist das Urteil zu hart. Beredter aber als alle Panzer und Geschütze, die man als Mahnmale zu den Brennpunkten der Kämpfe hat stehen lassen, künden die Ruhestätten der Gefallenen von dem, was hier vor vier Jahrzehnten geschah. Der Blick vom amerikanischen Soldatenfriedhof bei Saint-Laurent, hoch über dem „Omaha"-Beach auf einem Kreidefelsen gelegen, auf die Landungsstrände macht die Dimensionen des Sterbens auf diesen sechstausend Metern „Bloody Omaha" deutlich. Den furchtbaren Blutzoll, den die Schlacht um die Normandie von den Deutschen forderte, manifestieren die vier riesigen Gräberfelder in La Cambe, Marigny, Orglandes und St. Desir-de Lisieux Ruhestätten für mehr als 45 000 Gefallene.



Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen. Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Genscher für mehr Kooperation bei NATO-Rüstung

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird an der morgen beginnenden Washingtoner Jubiläumstagung des NATO-Ministerrates in der Überzeugung teilnehmen, daß sich das westliche Bündnis trotz allen Krisengeredes in den 35 Jahren seines Bestehens bewährt hat. Er lehnt deshalb auch Reformvorschläge für eine Veränderung der Kommandostruktur der NATO, wie sie der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger entwickelt hat, als unzweckmäßig ab.

Für besonders wichtig hält Genscher jedoch enge Konsultationen der Allianzpartner zur Herbeiführung gemeinsamer Entscheidungen. Das gilt vor allem für die amerikanischen Pläne zur Rüstung im Weltraum, die nach Bonner Ansicht auf der NATO-Tagung gründlich diskutiert werden sollten.

In Bonn erwartet man, daß die Bereitschaft zu Verhandlungen mit den Sowjets ohne Vorbedingungen erneut bekräftigt wird, verbunden jedoch mit dem Willen, die notwendigen Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen.

Der Bundesaußenminister wird in Washington über seinen Moskaubesuch und die Beurteilung der internationalen Lage im Kreml berichten. Gerechtfertigte Kritik an der starren sowjetischen Haltung sollte nach Genschers Ansicht die Bemühungen des Westens um den West-Ost-Dialog *nicht beeinträchtigen.*

Mit Nachdruck wird sich der Minister für eine Koordinierung der Waffensysteme bei der angestrebten Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO einsetzen. Die Rüstungskooperation zwischen Amerika und Westeuropa soll endlich den Charakter einer „Zweibahnstraße" annehmen.

Sehr skeptisch sieht man in Bonn die amerikanischen Wünsche nach höheren Verteidigungsleistungen der Europäer und speziell der Deutschen. „Wir glauben, daß wir einen erheblichen Anteil beitragen", heißt es in Kreisen der Bundesregierung. Die Bundeswehr stelle 50 Prozent der Landstreitkräfte in Mitteleuropa.

Genscher nimmt heute am deutsch-französischen Gipfel in Paris teil. Von Washington aus wird er dann zum FDP-Bundesparteitag nach Münster fliegen.

Bruch in finnischer KP vertieft

DW. Helsinki

Der Bruch in der seit nahezu 20 Jahren ideologisch zerstrittenen Finnischen Kommunistischen Partei (SKP) hat sich mit der Wahl eines neuen Zentralkomitees (ZK) weiter vertieft. In ihm sind nur noch Anhänger der als reformistisch geltenden Parteimehrheit vertreten. Die unterlegene moskautreue Minderheit, die den Parteivorsitzenden Kajanoja (41) unterstützte, kündigte ihre Mitarbeit in der Parteiführung auf.

Die Vertreter der Minderheit wollen für die nächste Woche einen Sonderkongreß der KP einberufen. Ihr Exponent, Sinisalo (57), sprach auf dem 20. Parteitag in Helsinki von einem „schicksalhaften Beschluß" und sagte eine Belastung des Verhält*nisses zur sowjetischen KP voraus.* Kajanoja nannte das Vorgehen der Mehrheit „diskriminierend". Der Hinauswurf der Minderheit sei ein Schritt weiter zur Spaltung der Partei. Der bisherige Generalsekretär Aalto und seine Anhänger hatten im Wahlkomitee eine Zusammensetzung des ZK vorgeschlagen, in dem die Minderheit 15 und die Mehrheit 35 Sitze haben sollte. Der Parteitag hieß den Plan mit 183 gegen 163 Stimmen gut. Daraufhin verzichtete die Minderheit auf ihre Repräsenz im ZK.

Papst an Visite in CSSR interessiert

DW. Rom

Der Vatikan hat offiziell bestätigt, daß der Prager Erzbischof Kardinal Tomasek, Papst Johannes Paul II. zu einem Besuch eingeladen hat. Der Vatikansprecher Pierfranco Pastore teilte mit, der Papst habe in einem Antwortschreiben seinen Dank und sein Interesse bekundet. Über die Annahme der Einladung, die Tomasek aus Anlaß des 1100. Todestages des heiligen Methodius im kommenden Jahr ausgesprochen hatte, schwieg sich Pastore allerdings aus. Aus tschechoslowakischen Kreisen im Vatikan verlautete, ein Papst-Besuch in der CSSR bedürfe einer offiziellen Einladung durch die Regierung in Prag. Eine solche Einladung sei jedoch unwahrscheinlich zu einem Zeitpunkt, da der katholischen Kirche in der CSSR vom Staate weitgehende Einschränkungen ihrer Tätigkeit auferlegt seien.

Moskauer Parteiorgan kritisiert unzureichende Wirtschaftsreform

Beeinflußte Gorbatschow den negativen Befund über die derzeitigen Experimente?

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Erst kritisierten nur Dissidenten die sowjetische Planwirtschaft. Dann rief Tatjana Saslawaskaja, Professor an der Akademie der Wissenschaften, in Nowosibirsk zu entschlossenen Reformen auf. Und jetzt steht sogar in der Parteizeitschrift „Kommunist", daß trotz aller Neuerungen keine Wende in der Wirtschaft zu erwarten ist.

Der Inhalt der inoffiziellen Denkschrift von Nowosibirsk, die im letzten August noch als sensationelle Schmuggelware behandelt wurde, wird jetzt in der theoretischen Zeitschrift des „Prawda"-Verlages bestätigt. Der Autor A. Prigoschin, Doktor der Philosophie und Partei-Ideologe, beurteilt die laufenden „Experimente" nach ihrer Möglichkeit, die überfällige Intensivierung der Wirtschaft herbeizuführen.

Sein Befund ist negativ, weil den zahlreichen einzelnen Neuerungen keine umfassende Reformtheorie zugrunde liege. Über den fehlenden politischen Reformwillen spricht er vorsichtshalber verklausuliert, indem er eine „gesunde gesellschaftliche Atmosphäre" für gründliche Veränderungen verlangt. Diese sei notwendig, um den „verborgenen Widerstand" im Leitungsapparat zu überwinden.

Doch die Bürokratie verhalte sich konservativ. Schon am Schicksal der Reformansätze von 1965 und 1979 habe sich gezeigt, daß „viele Behörden danach streben, ihre alten Positionen zu bewahren". Unter dem Vorwand der „schöpferischen Anwendung" würden Neuerungen oft nur zum Schein eingeführt und „imitiert". Mit Worten stimme man zu, aber einschränkende und erläuternde Anweisungen verwässerten die Praxis.

Solche Feststellungen sind weder neu noch originell, waren allerdings seit Jahrzehnten in keinem sowjetischen Parteiorgan mehr zu finden. Das gilt erst recht für Prigoschins scharfe Kritik an der zentralistischen Wirtschaftslenkung. Besonders in der Konsumindustrie, die es mit schwieriger und wechselhafter Nachfrage zu tun habe. Waren lägen für „viele Milliarden Rubel" unverkäuflich auf Lager, während andere nicht zu haben seien. Schon der letzte Parteitag von 1981 habe angesichts solcher Zustände von der „berechtigten Unzufriedenheit" der Bevölkerung gesprochen.

Um das Reizwort „sozialistische Marktwirtschaft" zu vermeiden, befürwortet der „Kommunist"-Autor einen „Mechanismus der Selbstregulierung". Die Betriebe müßten selbständiger und beweglicher werden. Textil- und Schuhfabriken zum Beispiel sollten über ihre Produktion selbst bestimmen und den Arbeitslohn vom Handelserfolg abhängig machen. Die Belegschaften wären dann automatisch daran interessiert, den Bedürfnissen der Bevölkerung zu folgen, die Produktion rasch umzustellen und ihre Reserven zu mobilisieren. Mit dem letzten Wort spielt Prigoschin auf die wirkungslosen Disziplinierungsversuche des Regimes an. Indem er in der Praxis den



Michail Gorbatschow

Markt zum Regulator macht, kann er auf jedes Wort darüber verzichten.

Ohne Ermunterung maßgeblicher Kräfte der Parteiführung – man tippt auf Michail Gorbatschow – hätte dieser Artikel nicht erscheinen können. Der 53jährige Nachfolgekandidat für das Amt des Parteichefs ist trotz vermehrter Kompetenzen im Politbüro weiterhin für die Landwirtschaft zuständig. Unter seiner Verantwortung wurden vor zwei Jahren sogenannte „agro-industrielle Vereinigungen" auf der Ebene von Bezirken, Gebieten und Republiken geschaffen. Sie sollen die horizontale Integration in einem Regime bewirken, das seiner Natur gemäß vertikal aufgebaut ist.

Die Aufspaltung des Systems in einzelne Ämtersäulen wirkt sich verheerend aus: Städte seien von den zentralen Ministerien buchstäblich in Einzelteile zerlegt worden; selbst kleinere Siedlungen erlebten, daß jede Behörde ihre eigenen Hotels, Bäder und Kantinen errichte. Die örtlichen Verwaltungen müßten diesem Treiben machtlos zusehen. Weil die Industrie in vergleichbarer Weise aufgespalten ist und ohne unmittelbare Querverbindungen arbeitet, verlangt Prigoschin auch hier die territoriale Neuordnung – nach dem Vorbild der Agrarvereinigungen. Die Umstellung soll auf Kosten des Mittelbaus der Hierarchie gehen, der die unterstellten Betriebe ohnehin an rentabler Arbeit hindere und von höheren Stellen auch „doubliert" werde.

Gorbatschows sachbezogener Reformwille könnte auch die Kritik an der Praxis des Hochlobens jeder neuen Aktion und des völligen Verschweigens ihrer negativen Folgen beeinflußt haben. Durch diesen kamen gigantische Produktionseinheiten massenhaft zustande, während der Nutzen mittlerer und selbst kleiner Betriebe übersehen wurde. Stereotype Denkweise führe dazu, daß immer neue „Organe", Verwaltungen und Kommissionen entstünden, denen dann „Oberorgane" nachfolgten.

Die theoretische Erörterung von Wirtschaftsexperimenten, „die bei uns schon zur Mode geworden sind", führt schließlich zu handfesten Schlußfolgerungen. So wird dem seit Jahresbeginn laufenden Experiment, den Betrieben von fünf Ministerien mehr Rechte und höhere Eigenverantwortung einzuräumen, z. B. ökonomische Sinnlosigkeit bescheinigt, weil sich seine Ergebnisse mangels Gegenkontrolle nicht einschätzen ließen. Niemand werde wissen können, worauf die Erfolge beruhten – auf dem Versuch selbst oder der privilegierten Versorgung der beteiligten Betriebe. Denn es fehle an Vergleichsbetrieben, die bei gleich guter Versorgung nach dem alten Leitungsschema weiterarbeiteten.

„Kommunist" empfiehlt deshalb einen neuen Anlauf: einen unbegrenzten, gesamtstaatlichen Versuch nach gründlicher methodischer Vorbereitung. Eine echte Wirtschaftsreform also? Es gehe aber nicht an, hastige Maßnahmen ohne rechtes Ziel und Ergebnis als „Experiment" auszugeben: Dies laufe auf eine „Irreführung" der Betriebe, sogar der Partei- und Wirtschaftsorgane hinaus.

Moskau: Beziehung zu Washington auf Tiefpunkt

AFP, Moskau

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA sind gegenwärtig auf dem tiefsten Punkt seit Ende des Zweiten Weltkriegs angekommen, erklärte Leonid Samjatin, der Leiter der Abteilung für Internationale Information im Zentralkomitee der KPdSU, am Wochenende im sowjetischen Fernsehen. Es sei ein falscher Schluß der amerikanischen Regierung zu glauben, die Sowjetunion lasse aus einer Position der Stärke heraus mit sich verhandeln, fuhr Samjatin fort. Er warf Washington außerdem vor, in Managua ein „Marionettenregime" errichten zu wollen. Zudem seien die USA an der „schweren Beeinträchtigung der sowjetischen Beziehungen mit Japan" schuld, und sie versuchten Vorteile aus dem „Anti-Sowjetismus der chinesischen Führung" zu ziehen. Im Zusammenhang mit dem Besuch Ronald Reagans in der Volksrepublik China kritisierte er den zu freundlichen Empfang des US-Präsidenten.

Samjatin ging in dem Interview auch auf den Entschluß der Sowjetunion ein, nicht an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles teilzunehmen. Er wies die Anschuldigung zurück, es handele sich dabei um einen „politischen Akt".

KGB weiter aufgewertet

rtr, Moskau

Dem Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB kann nach einer neuen Verordnung jetzt auch der Titel eines „Generalissimus" verliehen werden. Westliche Diplomaten wiesen darauf hin, daß damit der wachsende Einfluß und die Macht des KGB innerhalb der sowjetischen Führung deutlich werde. Es sei jedoch unwahrscheinlich, daß der Titel, den einst Stalin für sich beanspruchte, an den derzeitigen Amtschef Viktor Tschebrikow verliehen werde.

Die Einführung des Titels sei aber bedeutsam, da der KGB jetzt der Hierarchie der Streitkräfte gleichgestellt sei, hieß es weiter. Der KGB und die Streitkräfte hatten bis auf den einen Titel gleiche Ränge. In der Praxis ist derzeit der höchste Rang der eines „Marschall der Sowjetunion".

Satelliten-TV: Luxemburg wird aktiv

DW. Paris/Bonn

Der Entschluß der Regierung des Großherzogtums Luxemburg, mit einer privaten Firmengruppe aus den USA zusammenzuarbeiten und einen Fernseh- und Fernsprechsatelliten über Westeuropa zu stationieren, hat vor allem in Frankreich für Überraschung gesorgt. Im französischen Kommunikationsministerium war damit gerechnet worden, daß die Luxemburger Rundfunkgesellschaft CLT, in der neben Luxemburg auch der französische Staat starke Anteile hält und die den Sender RTL betreibt, zwei Kanäle des deutsch-französischen Satelliten „TDF-1" anmietet.

Parallel zu den Verhandlungen über eine Beteiligung an „TDF-1" hatte die luxemburgische Regierung mit dem amerikanischen Geschäftsmann Clay Whitebread verhandelt. Dessen Firmengruppe bietet Luxemburg die Beteiligung an dem modernen Satelliten „Coronet" an, der mit 16 Kanälen ausgestattet ist und einen großen Teil Europas mit Satelliten-Fernsehen versorgen könnte. Ministerpräsident Pierre Werner wies darauf hin, daß seine Regierung die CLT drei Jahre lang ohne Erfolg aufgefordert hatte, Pläne für die Nutzung des luxemburgischen Satellitenprojektes zu entwerfen. Jetzt plane er die kommerzielle Nutzung des Luxemburg zugesprochenen Satelliten mit anderen Gesellschaften.

Sollten die Pläne der Regierung ausgeführt werden, wäre Luxemburg der einzige Staat Europas, der an zwei Satellitenprojekten beteiligt ist. Ein Regierungssprecher wies darauf hin, daß sich das deutsch-französische und das luxemburgisch-amerikanische Projekt ergänzten. Es werde keine Konkurrenz geben, da die französischsprachigen Programme von „Coronet" nicht nach Frankreich ausgestrahlt werden. Konkurrenz werde es nur in der Bundesrepublik Deutschland geben, da einer der beiden „TDF-1"-Kanäle ein deutschsprachiges Programm (RTL-plus) in die Bundesrepublik strahlen sollte, aber ebenfalls Programme für den deutschen Sprachraum plane. Die Gründung der Gesellschaft SLS (Société Luxembourgeoise de Satellites) wird aller Voraussicht nach die medienpolitische Diskussion auch in Deutschland beleben.

Montag, 28. Mai 1984
Nr. 124

WELT DER WIRTSCHAFT

Falscher Kurs

HH – Die Bundesregierung, die unter anderem mit dem Ziel eines beherzten Subventionsabbaus angetreten war, gibt schon jetzt dem wieder wachsenden Verteilungsdruck nach. Das ist der zweite alarmierende Befund, der sich aus der in der vergangenen Woche beschlossenen Erhöhung der Vorsteuerpauschale zugunsten der Landwirte ergibt.

Einwände wie die des Bundesverbands des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), daß nämlich diese Entscheidung „jeglicher europäischen Rechtsgrundlage" entbehre, sind offenbar in den Wind geschrieben, wenn es um die Begünstigung der angestammten Klientel geht. Auch zählt nicht, daß andere EG-Mitglieder sich unter Berufung hierauf künftig nicht mehr an Ministerratsbeschlüsse halten könnten.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Bundestagsfraktionen sollten sich aber über die verheerenden Signalwirkungen ihrer Entscheidung auf andere Interessentengruppen klarwerden. Alle respektablen Konsolidierungserfolge in den öffentlichen Haushalten kämen dann nicht mehr der – ohnehin immer kleiner geschriebenen – Steuerreform zugute, sondern würden in gezielten Wohltätigkeitsveranstaltungen verfrühstückt.

Dies verdeutlicht – leider auf sehr negative Weise –, daß sich Finanzminister Stoltenberg auf falschen Kurs begibt, wenn er bei der Steuerreform kapituliert, indem er die „kleine Lösung" fast kampflos hinnimmt, gleichzeitig aber die Verteilungsfanatiker gewähren läßt, ja, sich im Fall der Beglückung der Landwirtschaft sogar an die Spitze der Bewegung setzt.

Halbherzig

dos. – Das Votum der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die Internationale Luftfahrt-Ausstellung auch künftig in Hannover zu veranstalten, ist zwar nicht ausdrücklich an Vorbedingungen gebunden. Verbandspräsident Ernst Zimmermann und Verantwortliche der Hannoverschen Messe-AG lassen aber keine Zweifel daran, daß die ILA aufgewertet werden muß, um Boden gutmachen zu können gegenüber dem Pariser Aero-Salon oder der britischen Luftfahrt-Schau. Ansätze dafür sind erkennbar: Jüngste Gespräche mit Bonner Ministern deuteten darauf hin, daß die Bundesregierung die ILA als ein wichtiges Instrument der offiziellen Luft- und Raumfahrtpolitik betrachtet. Dennoch ist beileibe nicht alles bereits getan. Der Bundesforschungsminister zum Beispiel könnte stärker Flagge zeigen. Solange aber die Regierung in Niedersachsen selbst sich über den Stellenwert der ILA nicht einig ist, haben die an Bonn gerichteten Rufe nur den Charakter des Halbherzigen.

VERSCHULDUNGSKRISE / Kreditanstalt für Wiederaufbau: Fortschritte erzielt

Industrieländer müssen sich mehr für Importe aus der Dritten Welt öffnen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Industrieländer müssen sich verstärkt für Importe aus Entwicklungsländern öffnen und sich dem Strukturwandel stellen, der sich aus einer verstärkten internationalen Arbeitsteilung ergibt. Nur so bestehen Chancen, die Schuldenprobleme der betroffenen Länder dauerhaft zu lösen. Dies diene aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten letztlich dem Eigeninteresse der Industrieländer.

In ihrem Geschäftsbericht 1983 erinnert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) daran, daß zwar bei der Überwindung der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer erhebliche Fortschritte erzielt worden seien, es aber gleichzeitig zu einer „entwicklungspolitisch bedenklichen" Umkehr des Kapitalstroms gekommen ist. Während die bilaterale Entwicklungshilfe überall auf der Welt stagnierte, fielen die Bankenkredite an Entwicklungsländer so stark zurück, daß sich – berücksichtigt man die rund 21 Milliarden Dollar Zins- und Tilgungsleistungen – 1983 sogar ein Nettotransfer in die Industrieländer ergibt.

Daß mit der von ihr geforderten Marktöffnung für Güter aus den Entwickungsländern Probleme verbunden sind, sieht auch die KfW, die sich als Entwicklungsbank für die deutsche Wirtschaft und die Entwicklungsländer versteht: „Interne Anpassungsprobleme entstehen dabei vor allem dadurch, daß sich die Bedrohung von Arbeitsplätzen durch die Konkurrenz aus Entwicklungsländern auf schwache Branchen und Regionen konzentriert." Der daraus resultierende strukturelle Anpassungszwang sei zwar in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Gleichzeitig müsse jedoch der (Förderungs-) Spielraum des Staates in Richtung Strukturwandel zugunsten wettbewerbsfähiger Produkte „soweit wie möglich ausgeschöpft werden", mahnt die KfW.

Wie groß das Interesse der deutschen Wirtschaft an Förderung ist, belegen die auf 13,4 (i. V. 9,5) Mrd. DM gestiegenen Kreditzusagen der KfW im vergangenen Jahr (inklusive Finanzhilfe 15,7 (12,5) Mrd. DM), darunter 6,7 (4,8) Milliarden zur Förderung inländischer Investitionen. Hinter dem bisher höchsten Jahresvolumen steckt freilich auch der wiedererwachte Investitionsmut besonders kleinerer und mittlerer Unternehmen, der bisher angehalten hat.

Gerade bei diesen Unternehmen, denen im vergangenen Jahr in gut 19 000 Krediten 4,5 (3,3) Mrd. DM zugesagt wurden, ist nach den Erfahrungen der KfW der Arbeitsplatzeffekt relativ hoch: In den Unternehmen mit 639 000 Arbeitsplätzen sollen durch die geförderten Investitionen rund 47 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die Unternehmen gehen in der Regel von einer realistischen Einschätzung aus, folgert die KfW aus einer Überprüfung der 1980 von Antragstellern gemachten Angaben: Zwei Drittel der damals geplanten neuen Arbeitsplätze wurden bis 1983 geschaffen und auch besetzt.

Dies wertet die KfW als eine Bestätigung für ihr Eigenmittelprogramm, mit dem sie – aus eigenen Erträgen zinsverbilligt – Finanzierungsnachteile für kleinere und mittlere Unternehmen mildert. Ohne Zweifel an die Regierung gerichtet, die sich mit einer Strukturpolitik aus einem Guß schwertut, ist das Fazit, daß man damit nur Impulse verstärken könne, die aus der Entwicklung der Märkte und „den von der Strukturpolitik gesetzten Signalen resultieren".

Ohne große Signalwirkung blieben im vergangenen Jahr die von der KfW angebotenen Hilfen bei der Exportfinanzierung für langlebige Investitionsgüter. Einmal fehlten Großprojekte, zum anderen sind die Entwicklungsländer, von denen übrigens insgesamt 73 Prozent der gewährten Finanzhilfe in Form von Aufträgen an die deutsche Industrie zurückflossen, beim Aufbau kapitalintensiver Industrien vorsichtiger geworden. Entscheidend für die geringere Inanspruchnahme bei der Exportfinanzierung ist freilich, daß sich die deutschen Exporteure schwer tun, auch bei knappster Kalkulation durch die KfW eine international konkurrenzfähige Finanzierung auf die Beine zu stellen.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street wartet auf neue Schuldenstrategie

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Wie geht es weiter an den US-Aktienmärkten? Diese bange Frage stellen sich besorgte Wall-Street-Analysten nach dem zweiten Bankschock binnen kurzer Zeit, der am Donnerstag die Kurse auf das niedrigste Niveau seit 15 Monaten gedrückt hatte. Der Rutsch ist zwar gestoppt, und am Freitag trat eine leichte Erholung ein, in der die Manufacturers Hanover Trust Co. um 3/4 auf 28 3/8 und andere Bankwerte sogar stärker stiegen.

Es reicht offensichtlich nicht mehr, nur die Stabilität des amerikanischen Bankensystems zu beschwören, wie es US-Finanzminister Regan vor ausländischen Journalisten in Washington tat. Was die Investoren die Flucht in staatliche Schuldverschreibungen antreten ließ, sind die wachsenden Besorgnisse über die Schuldenkrise in Lateinamerika, die steigenden Zinsen und die Lage am Persischen Golf. Schlimmeres wäre passiert, wenn nur der kleinste Zweifel an der Solidität der New Yorker Bank bestanden hätte.

Die Londoner Gerüchtemacher haben sich die falsche US-Bank ausgesucht. Es ist ein gesundes Institut, vor das sich sofort die amerikanische Notenbank stellte, und zwar mit der Versicherung, keine Großbank untergehen zu lassen. Die bei Continental Illinois entdeckten zusätzlichen faulen Kredite – wie es heißt, erhöhten sie sich um 0,3 auf 2,6 Milliarden Dollar – haben andererseits den Verdacht geschürt, daß andere Banken noch schlechter gestellt sein müssen. Immerhin komplizieren die neuen Zinsschübe eine Schuldenlösung, reduzieren die Bankgewinne und vergrößern andere Kreditrisiken.

Nach neuen Statistiken des Federal Reserve Board machten die Forderungen der US-Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland Ende 1983 mehr als 359,3 Milliarden Dollar aus; davon entfielen auf Lateinamerika/Karibik (ohne Öllånder) 72 Milliarden Dollar. Daran waren die neun „Money Center Banks" mit 205,2 und 42,7, die 15 anderen US-Großbanken mit 71,1 und 15,0 Milliarden Dollar beteiligt. Die übrigen amerikanischen Institute haben ausstehende Kredite über 83,0 und 13,5 Milliarden Dollar.

Regan hat insofern zur Beruhigung beigetragen, als er die Argentinien zugesagte US-Swaplinie für unbefristet erklärte. Bedenklich bleibt jedoch, daß er allein den Banken und Schuldnerländern die Ausarbeitung einer langfristigen Strategie zur Beendigung der Krise überlassen möchte; denn immer notwendiger erscheint eine zumindest teilweise politische Lösung.

Die Reaktion der Märkte demonstrierte, wie fragil die Situation ist. In den letzten vier Wochen fiel der Dow-Jones-Industrie-Index um 56, in der vergangenen um 26,69 auf 1107,10. Freitag betrug das Plus 3,67 Punkte. Der breite Nyse-Index sackte im Wochenverlauf um 2,44 (plus 0,17) auf 87,12 punkte.

Kratzen an Steuervorteilen

Von HARALD POSNY

So viele „Haare in der Suppe" eines neuen Produkts hat es schon lange nicht mehr gegeben. Daß ausgerechnet die größte deutsche Geschäftsbank, die Deutsche Bank zusammen mit einer Konzerntochter des größten deutschen Lebensversicherers Allianz, der Berlinischen Leben, mit ihrem „Sparplan mit Versicherungsschutz" seit einem halben Jahr für Diskussionsstoff sorgt, ist nicht verwunderlich. Je nach Temperament der Versicherungs-Chefs fällt die Kritik an dem Produkt mehr oder minder deutlich aus.

Aber eines ist sicher: die Versicherer brauchen sich mit ihrem Angebot hinter dem Sparplan nicht zu verstecken. Ein echtes Konkurrenzprodukt zur Kapitallebensversicherung, die im Erlebensfall einen Teil der Altersversorgung darstellt und im Fall des Todes des Versicherten die Hinterbliebenen absichert, ist der Bank-Sparplan nicht. Abgesehen davon: neu ist der Plan auch nicht.

Damit ist nicht gesagt, daß der Plan für bestimmte Anlegerkreise uninteressant ist. Aber unter dem Mantel einer langfristig angelegten Kapitallebensversicherung, unter dem sie sicher auch aus Unkenntnis am Banktresen angeboten wird, rechnet sie sich nicht.

Sinken die Zinsen allgemein, erledigt sich der Sparplan wohl von selbt. In einem bei vergleichbaren Zahlenbeispielen angestellten Renditevergleich schneiden die Lebensversicherer durchweg besser ab, umso deutlicher unter dem Aspekt der sogenannten Steuerkomponente. Das heißt, die Lebensversicherung wird steuerfrei ausgezahlt, während Zinserträge aus Sparverträgen versteuert werden müssen. Für Vorsorgeaufwendungen sind auch die Beiträge zur Lebensversicherung steuerabzugsfähig.

Daß die Banken mit wettbewerbsfähigen Angeboten auf den Markt kommen, stört die Versicherer kaum. Sie verfügen über die Absicherung von Teilzahlungsverträgen mit einer Restschuld-(Risiko-)Lebensversicherung über jahrzehntealte enge Beziehungen zum Kreditgewerbe. Die Wurzeln des Ärgers liegen tiefer.

Das Kreditgewerbe sorgt sich von Jahr zu Jahr stärker um seine billigen Refinanzierungsquellen, die munter aus Tausenden von Zweigstellen sprudeln. Seit Jahren ist jedoch zu beobachten, daß vielen Sparern diese mageren Zinsen nicht rentabel genug sind. Das ist auch einer der Gründe dafür, daß Versicherungssparen so sehr an Attraktivität gewinnt, während das Sparen bei Banken und Sparkassen mit erheblichen Schwankungen relativ abnimmt. Jede dritte gesparte private Mark kommt heute allein Lebensversicherungen zugute. Experten erwarten mittelfristig einen Anteil von 50 Prozent am Sparvolumen. Was liegt also näher, als diese Quelle mit Spar-Mischformen wie dem Deutsche-Bank-Modell anzuzapfen?

Es ist jedoch die Frage, ob man das Ziel nicht besser mit eigenständigen attraktiven Zinsenangeboten erreicht. Die ungewöhnlich hohen Spannen zwischen Spar- und Kreditzins sind nicht für Verbraucher, nicht einmal für Versicherer einsichtig, die sich in ihren Tarifen auch keine Mischkalkulation leisten können. Wenn Versicherer auch nicht mindestreservepflichtig sind, sie leben sicher noch enger als die Banken mit vielfältigen Risiken im In- und Ausland, lassen aber trotzdem ihre Versicherten an den Unternehmenserfolgen teilnehmen.

Was die Versicherer am meisten stört, sind erste Anzeichen für ein „Kratzen" an den Steuervorteilen für private Altersvorsorge seitens der Banken. Niemandem wäre angesichts der Rentenmisere mit einem kurzsichtigen Abbau gedient, wenn zur unsicheren Rente eigenverantwortlich noch etwas zusätzlich für den Lebensabend getan wird, wenn auch mit Hilfe des Staates.

Einen Erfolgreichen zum Straucheln zu bringen, um davon zu profitieren, geht über vernünftiges Wettbewerbsdenken hinaus. Es könnte sich auch leicht als ein Bumerang erweisen. Denn auch die Versicherer, von jeher bedeutende Finanziers der deutschen Wirtschaft könnten z. B. neue Prioritäten bei ihren Kapitalanlagen setzen. Gruppen der Versicherungswirtschaft mit eigenen Banken, Hypobanken und Bausparkassen könnten die gesamte Finanzlandschaft durcheinanderbringen. Dabei blieben vielleicht nicht nur manche Versicherer, sicher auch etliche Banken auf der Strecke.

AUF EIN WORT



„Ich bin mir sehr wohl bewußt, welche großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme auf uns zukämen, würde man der deutschen Steinkohle den Schutz und die Subventionen von heute auf morgen nehmen. Trotzdem stelle ich die Frage, ob die Umstrukturierung, die aus unserer Energiepolitik folgt, unsere Wirtschaft nicht in die falsche Richtung führt."

Prof. Dr. Rolf Sammet, Vorstandsvorsitzender der Hoechst AG, Frankfurt. FOTO: JUPP DARCHINGER

Interaktionsrat tagte auf Brioni

AP, **Brioni**

Auf der jugoslawischen Insel Brioni ist eine dreitägige Konferenz ehemaliger Politiker zu Ende gegangen, die sich in dem sogenannten Interaktionsrat zusammengeschlossen haben. Die ehemaligen Präsidenten und Regierungschefs vertraten die Ansicht, daß gemeinsame Anstrengungen von Gläubigern und Schuldnern notwendig seien, um das Problem der gegenwärtigen weltweiten Verschuldung zu lösen. Die Teilnehmer machten sowohl die Geldgeber als auch die Schuldner unter den Staaten für die gegenwärtig existierenden Gefahren für das weltweite Finanzsystem verantwortlich.

LUFTFAHRT-AUSSTELLUNG

Nur die Besucherzahl blieb unter den Erwartungen

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung (ILA) in Hannover, die gestern nach achttägiger Dauer zu Ende ging, hat mit gut 140 000 Besuchern nicht ganz die Erwartungen der Veranstalter erfüllt. Sprecher des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie sowie der Hannoverschen Messe-AG zeigten sich dennoch mit den Ergebnissen zufrieden. Es sei deutlich geworden, daß die Ausstellung für die offizielle Luft- und Raumfahrtpolitik der Bundesregierung zu einem wichtigen Instrument geworden sei.

Von den rund 45 000 Fachbesuchern, die aus insgesamt 77 Ländern nach Hannover kamen, wurde vor allem die Intensität der Fachgespräche und ihre hohe Qualität hervorgehoben. In besonderem Maße gelte dies für den Bereich der Geschäfts- und Reiseflugzeuge. Auf diesem Gebiet sei Hannover „der Markt Nummer eins in Europa". Positiv wirke sich dabei aus, daß jeder Aussteller seine Maschine ohne Beschränkungen vorfliegen kann.

Die 377 Aussteller in Hannover sind mit ihrer Beteiligung überwiegend zufrieden. Die wirtschaftlichen Aussichten der Branche werden nach den Abschwächungstendenzen in den beiden letzten Jahren wieder günstiger beurteilt.

Um der ILA gegenüber den Luftfahrt-Ausstellungen in Paris und Großbritannien stärkeres Gewicht zu verleihen, wollen sich die Veranstalter um eine noch stärkere internationale Beteiligung auf dem Gebiet der General Aviation bemühen. Entschieden, so heißt es, sei die Standortfrage: Hannover bleibe ILA-Veranstalter. Die nächste Luftfahrtschau findet vom 1. bis 8. Juni 1986 statt.

WIRTSCHAFTSRAT

Arbeitskampf droht ein politischer Streik zu werden

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Marsch auf Bonn, zu dem die IG Metall für heute aufgerufen hat, macht nach Meinung des Wirtschaftsrats deutlich, daß aus dem Arbeitskampf ein politischer Streik zu werden droht. Rüdiger von Voss, Bundesgeschäftsführer der der CDU nahestehenden Vereinigung, wies gegenüber der WELT darauf hin, daß die verfassungsmäßige Grenze im Arbeits- und Tarifkampf dort gezogen sei, wo das Handeln sich gegen die Rechte von Parlament und Regierung richte.

Er erinnert an die „klare Aufgabenverteilung" in der Verfassung. Artikel 21 Grundgesetz („Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit") stehe den Parteien, nicht den Gewerkschaften zu. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz habe mit seiner Äußerung, wonach seine Partei die Gewerkschaften gegen Aussperrung und Rechtsbruch unterstütze, „in gefährlicher Weise suggeriert", daß sich die Arbeitgeber mit ihren Arbeitskampfmitteln außerhalb der Verfassung bewegten. Die Aussperrung sei aber, so von Voss, ein von der Verfassung nicht nur geduldetes, sondern garantiertes Mittel im Arbeitskampf.

Wenn die IG Metall nicht zur Konfliktbeherrschung beitrage, gerate die Einheitsgewerkschaft in Gefahr. Wenn die Gewerkschaft nicht bereit sei, auf den Pfad der Flexibilisierung einzuschwenken (wie es andere Gewerkschaften täten), werde die Entwicklung über sie hinweggehen. Von Voss hat die Hoffnung allerdings nicht aufgegeben, daß die Gewerkschaft trotz des von ihr initiierten Marsches auf Bonn an den Verhandlungstisch zurückkehrt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mehr Hilfe für Bauern

Meldorf (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat den deutschen Bauern mehr finanzielle Hilfe versprochen. Auf einer Kundgebung seiner Partei in Meldorf/Schleswig-Holstein kündigte der Minister an, die Ausgleichsmaßnahmen der Bundesregierung für die von der EG verordneten finanziellen Einschnitte würden „um einen erheblichen Schritt" verstärkt. Stoltenberg betonte, ohne die Garantiemengenbegrenzung im landwirtschaftlichen Sektor wäre es nicht möglich gewesen, die Europäische Gemeinschaft auf festere Grundlagen zu stellen.

Bürgschaft erhalten

Düsseldorf (J. G.) – Das Anfang dieses Jahres in die Liquiditätsklemme geratene Essener Bauunternehmen Huta-Hegerfeld AG hat als letzten und entscheidenden Akt der Rettungsaktion nun die beantragte NRW-Landesbürgschaft über 25 Mill. DM erhalten. Damit seien, teilt der Vorstand mit, die Voraussetzungen für die bereits Ende Januar getroffenen Vereinbarungen mit den Banken erfüllt (Forderungsverzicht von 115 Mill. DM, Bereitstellung von Bürgschaften und zusätzlichen Kreditlinien). Im ersten Tertial 1984 habe man die Verbindlichkeiten erheblich abgebaut. Der Auftragsbestand liege bei 560 Mill. DM.

Londoner Kassapreise

	25.5.	18.5.
Kupfer(£/t)	1037,75	1005,50
Blei(£/t)	327,75	327
Zink(£/t)	789,50	739
Zinn(£/t)	9057,50	9087 ,50
Gold($/Unze)	384,75	376,50
Silber(p/Unze)	661,35	641,65
Kakao[1](£/t)	2103,50	2013
Kaffee[1](£/t)	2450,50	2474
Zucker(£/t)	109,25	107
Kautschuk(p/kg)	70,25	71
Wolle(p/kg)	476	475
Baumwolle[2](cts/lb)	89,70	89,30

[1])Abladung Juli;
[2])A-Index-Preis Liverpool

Fachmesse eröffnet

Köln (dpa) – Die größte internationale Fachmesse für Augenoptik ist am Samstag vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau in Köln eröffnet worden. Auf der viertägigen „optica 84" zeigen rund 600 Aussteller aus 26 Ländern Brillen, Kontaktlinsen, optische Geräte und Zubehör. Etwa jeder zweite Aussteller kommt aus dem Ausland. Prof. Rolf Rodenstock, Vorsitzender des Kuratoriums der internationalen Fachmesse für Augenoptik, wertete bei der Eröffnung die hohe Zahl der ausländischen Aussteller als einen Beweis für die liberale Einfuhrpolitik der Bundesrepublik bei augenoptischen Erzeugnissen.

Angst vor Ariane

Washington (Sbt.) – Beim US-Handelsbevollmächtigten hat die Transpace Carriers Inc. in Bethesda, Maryland, Dumpingbeschwerde gegen die in Frankreich registrierte Arianespace S. A. erhoben, die in der vergangenen Woche erfolgreich einen Spacenet-Kommunikationssatelliten der amerikanischen Firma GTE in den Weltraum geschossen hat. Die US-Regierung soll der europäischen Gesellschaft den Verkauf ihrer Dienste in den Vereinigten Staaten untersagen, weil sie staatliche Subventionen erhalte und Preisunterbietung betreibe. Damit hat der Kampf um den Markt begonnen.

Bosch: Franken-Anleihe

Stuttgart (nl) – Die Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG, Zürich, Holding-Gesellschaft für ausländische Beteiligungen der Stuttgarter Bosch-Gruppe, will eine Anleihe über 100 Mill. sfr begeben. Die Anleihe, die zwischen dem 30. 5. und 6. 6. 1984 aufgelegt wird, hat folgende Konditionen: 5¼ Prozent Zins, 100 Prozent Ausgabekurs, längstens 8 Jahre Laufzeit.

Weg der Kurse

	24.5.	17.5.
Boeing	37,875	38,125
Chrysler	22,375	22,50
Citicorp	29,75	31,625
Coca-Cola	55,125	56,50
Exxon	40	42,625
Ford Motors	36,125	34,625
IBM	106,75	110,375
PanAm	5,375	5,625
US Steel	26,75	27,125
Woolworth	33,25	34,375

Nixdorf Computer AG

Verkaufsmitteilung

über 71 782 050 DM auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Nixdorf Computer Aktiengesellschaft mit Gewinnanteilberechtigung ab 1. Januar 1984

Zur Fortsetzung der erfolgreichen eigenständigen Entwicklung und zur Wahrnehmung zusätzlicher Wachstumschancen sollen Aktien der Nixdorf Computer AG, die bis zu 20 % ihres Grundkapitals repräsentieren, breitgestreut plaziert werden. Hierzu wurde u. a. das Grundkapital der Gesellschaft auf 360 Mio. DM durch Ausgabe von 40 Mio. DM auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhöht. Diese Aktien sowie weitere rund 32 Mio. DM auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht aus dem Besitz der Deutsche Bank AG stehen zur Plazierung zur Verfügung. Die Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sind laut Satzung mit einem nachzuzahlenden Vorzugsgewinnanteil von acht Prozent ausgestattet.

Für interessierte Anleger besteht

ab dem 4. Juni 1984 die Möglichkeit, Kaufangebote
zum Preis von 380 DM
je Vorzugsaktie ohne Stimmrecht über 50 DM

bei den nachstehend genannten Banken abzugeben:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Hessische Landesbank — Girozentrale —
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Bank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Sal. *Oppenheim jr.* & Cie.
Vereins- und Westbank AG
Westfalenbank AG.

Kaufangebote werden von diesen Banken freibleibend während der üblichen Schalterstunden entgegengenommen. Für den Fall, daß das Plazierungsvolumen nicht ausreicht, sämtliche Kaufwünsche zu befriedigen, behalten sich die Banken vor, Kaufangebote nicht oder nur teilweise anzunehmen.

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 8. Juni 1984 zu entrichten.

Nach Zahlung des Kaufpreises werden die Aktien den Erwerbern zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen effektiver Stücke (voraussichtlich im Herbst 1984) können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die Aktien stehen dann mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1—20 sowie Erneuerungsschein in Urkunden über 50 DM und Sammelurkunden über 500 DM und 2 500 DM zur Verfügung.

Die Vorzugsaktien ohne Stimmrecht der Nixdorf Computer Aktiengesellschaft sind an allen deutschen Wertpapierbörsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Die Börsennotierung wird voraussichtlich am 12. Juni 1984 aufgenommen. Börsenzulassungsprospekte sind bei den genannten Banken erhältlich.

Paderborn, im Mai 1984

Der Vorstand

Prospekt

für die Zulassung zum Börsenhandel der

180 000 000 DM auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht

mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1984

der Nixdorf Computer Aktiengesellschaft

— Wertpapier-Kenn-Nummer 775 613 —

3 600 000 Aktien zu je 50 DM, verbrieft in
2 700 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= 50 DM)
Nr. 000 001 — 2 700 000

15 000 Sammelurkunden über je 10 Aktien (= 500 DM)
Nr. 000 001 — 015 000

15 000 Sammelurkunden über je 50 Aktien (= 2 500 DM)
Nr. 000 001 — 015 000

an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

Im Jahr 1952 gründete Heinz Nixdorf das „Labor für Impulstechnik", aus dem später die **Nixdorf Computer Aktiengesellschaft** (im folgenden auch Gesellschaft oder Nixdorf genannt) hervorging. 1968 erwarb Heinz Nixdorf die Mehrheitsbeteiligung an der Wanderer-Werke Aktiengesellschaft Köln, deren Sitz im gleichen Jahr nach Paderborn verlegt wurde. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte auch die Umfirmierung in Nixdorf Computer AG und die Übernahme des Labors. Seitdem fungiert die Nixdorf Computer AG als Obergesellschaft der Unternehmen der Nixdorf-Gruppe.

Sitz der Firma ist **Paderborn.** *Eine eingetragene Zweigniederlassung besteht in Paderborn unter der Firma* Heinz Nixdorf Labor für Impulstechnik, Zweigniederlassung der Nixdorf Computer Aktiengesellschaft.

Gegenstand des Unternehmens sind Forschung, Entwicklung, Herstellung, Vertrieb und Wartung auf den Gebieten der elektronischen Informationsverarbeitung und -übermittlung und der Haus- und Energietechnik sowie sonstiger Systemtechnik in innovativen Technologien.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland andere Unternehmen zu errichten und zu erwerben, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge abzuschließen.

Das **Grundkapital** der Gesellschaft belief sich am 1. Januar 1981 auf 140 000 000 DM, eingeteilt in 1 600 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien zu je 50 DM (= 80 000 000 DM) und in 1 200 000 Stück auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zu je 50 DM (= 60 000 000 DM).

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 12. Juni 1981 und in der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom gleichen Tag wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 30 000 000 DM durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von neuen Inhaberstammaktien und/oder bereits ausgegebenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehenden Inhabervorzugsaktien mit oder ohne Stimmrecht gegen Bar- oder Sacheinlagen bis spätestens zum 12. Juni 1986 zu erhöhen und hierbei das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Der Vorstand hat am 16. Dezember 1981 mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dieser Ermächtigung teilweise Gebrauch gemacht und das Grundkapital um 20 000 000 DM auf 160 000 000 DM durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien über 11 428 550 DM sowie neuer auf den Inhaber lautender Vorzugsaktien ohne Stimmrecht über 8 571 450 DM jeweils im Nennbetrag von je 50 DM erhöht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 30. Dezember 1981 in das Handelsregister beim Amtsgericht Paderborn eingetragen worden.

Die für das Geschäftsjahr 1981 voll gewinnanteilberechtigten neuen Aktien wurden von der Deutsche Bank AG zum Ausgabepreis von 165 DM mit der Verpflichtung übernommen, die neuen Stammaktien den Stammaktionären und die neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht den Vorzugsaktionären jeweils im Verhältnis sieben zu eins zum Preis von 165 DM je neue Stamm- oder Vorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM börsenumsatzsteuerfrei in der Zeit vom 31. Dezember 1981 bis 20. Januar 1982 einschließlich zum Bezug anzubieten und die nicht bezogenen Aktien nach Weisung der Gesellschaft zu verwerten.

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 4. Juni 1982 und in der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom gleichen Tag wurde der Vorstand — unter Aufhebung des noch nicht ausgenutzten genehmigten Kapitals in Höhe von 10 000 000 DM — ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 40 000 000 DM durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von neuen Inhaberstammaktien und/oder bereits ausgegebenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehenden Inhabervorzugsaktien mit oder ohne Stimmrecht gegen Bar- oder Sacheinlagen bis spätestens zum 4. Juni 1987 zu erhöhen und hierbei das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Der Vorstand hat am 7. November 1983 mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und das Grundkapital um 40 000 000 DM auf 200 000 000 DM durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien über 22 857 150 DM sowie neuer auf den Inhaber lautender Vorzugsaktien ohne Stimmrecht über 17 142 850 DM jeweils im Nennbetrag von je 50 DM erhöht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist am 1. Dezember 1983 in das Handelsregister beim Amtsgericht Paderborn eingetragen worden.

Die für das Geschäftsjahr 1983 voll gewinnanteilberechtigten neuen Aktien wurden von der Deutsche Bank AG *zum Ausgabepreis von 50 DM mit der Verpflichtung übernommen, die neuen Stammaktien den* Stammaktionären und die neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht den Vorzugsaktionären jeweils im Verhältnis vier zu eins zum Preis von 170 DM je neue Stamm- oder Vorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM börsenumsatzsteuerfrei in der Zeit vom 2. Dezember 1983 bis 19. Dezember 1983 einschließlich zum Bezug anzubieten, den bei der Weitergabe der Aktien entstehenden Mehrerlös an die Gesellschaft abzuführen und die nicht bezogenen Aktien nach Weisung der Gesellschaft zu verwerten.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. April 1984 wurde u. a. beschlossen, von den ausgegebenen 2 285 714 Stammaktien 35 714 Stück (= nominal 1 785 700 DM) unter Zustimmung aller Stammaktionäre in auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, die den bereits ausgegebenen Vorzugsaktien gleichstehen, umzuwandeln. Sie sind als Vorzugsaktien voll für das Geschäftsjahr 1984 gewinnanteilberechtigt.

Ferner ist — unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Aktienumwandlung — in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. April 1984 und in der gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre vom gleichen Tag beschlossen worden, das Grundkapital um 120 000 000 DM auf 320 000 000 DM zu erhöhen, und zwar durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien über 67 500 000 DM sowie neuer auf den Inhaber lautender Vorzugsaktien ohne Stimmrecht über 52 500 000 DM jeweils im Nennbetrag von 50 DM mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1984. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 2. Mai 1984 in das Handelsregister des Amtsgerichts Paderborn eingetragen.

Die neuen Aktien wurden von der Deutsche Bank AG zum Nennwert mit der Verpflichtung übernommen, die neuen Stammaktien den Stammaktionären und die neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht den Vorzugsaktionären jeweils im Verhältnis fünf zu drei zum Preis von 50 DM je neue Stamm- oder Vorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM börsenumsatzsteuerfrei in der Zeit vom 3. Mai 1984 bis 30. Mai 1984 einschließlich zum Bezug anzubieten und die nicht bezogenen Aktien nach Weisung der Gesellschaft zu verwerten.

Die außerordentliche Hauptversammlung vom 2. April 1984 hat ferner den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 40 000 000 DM durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von neuen — den bereits ausgegebenen Vorzugsaktien gleichstehenden — Inhabervorzugsaktien ohne Stimmrecht gegen Bareinlage bis spätestens 2. April 1989 zu erhöhen.

Der Vorstand hat am 4. April 1984 mit Zustimmung des Aufsichtsrats von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und das Grundkapital um 40 000 000 DM auf 360 000 000 DM durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Vorzugsaktien ohne Stimmrecht mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1984 *im Nennbetrag von je 50 DM erhöht. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde gleichtägig mit* der Kapitalerhöhung um 120 000 000 DM am 2. Mai 1984 in das Handelsregister beim Amtsgericht Paderborn eingetragen.

Die neuen Aktien wurden von der Deutsche Bank AG zum Ausgabepreis von 50 DM mit der Verpflichtung übernommen, die neuen Vorzugsaktien den Aktionären im Verhältnis fünf zu eins (bezogen auf das alte Grundkapital von 200 000 000 DM) zum Preis von 500 DM je neue Vorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM börsenumsatzsteuerfrei in der Zeit vom 3. Mai 1984 bis 17. Mai 1984 einschließlich zum Bezug anzubieten, den bei der Weitergabe der Aktien an die bezugsberechtigten Aktionäre entstehenden Mehrerlös an die Gesellschaft abzuführen und die nicht bezogenen Aktien nach Weisung der Gesellschaft zu verwerten.

Von einer unter der Führung der Deutsche Bank AG stehenden Verkaufsgruppe werden ab dem 4. Juni 1984 die aus der Kapitalerhöhung um 40 000 000 DM nicht bezogenen Vorzugsaktien in Höhe von 39 799 050 DM sowie 31 983 000 DM Vorzugsaktien ohne Stimmrecht aus dem Besitz der Deutsche Bank AG, insgesamt also 71 782 050 DM, interessierten Anlegern zum Preis von 380 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zuzüglich Börsenumsatzsteuer und der üblichen Effektenprovision freibleibend zum Kauf angeboten. Da der Durchschnittsanschaffungspreis der Deutsche Bank AG für die 31 983 000 DM Vorzugsaktien ihres Eigenbestands 175 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM beträgt und wirtschaftlich der Mehrerlös aus der Veräußerung dieser Aktien an die Gesellschaft fließen soll, wird die Deutsche Bank AG im Rahmen der Verwertung der bei der Kapitalerhöhung um 40 000 000 DM nicht bezogenen Aktien ein der Gesellschaft zufließendes Aufgeld von 494,74 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM einzahlen, so daß der durchschnittliche Anschaffungspreis der zur Plazierung vorgesehenen 71 782 050 DM Aktien dem Verkaufspreis von 380 DM je Aktie entsprechen wird.

Die aus den beiden vorgenannten Kapitalerhöhungen zufließenden Mittel von insgesamt 555,6 Mio. DM dienen dazu, die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft den Erfordernissen des wachsenden Geschäfts anzupassen.

Das Grundkapital beträgt nunmehr 360 000 000 DM, eingeteilt in auf den Inhaber lautende

180 000 000 DM Stammaktien
3 600 000 Aktien zu je 50 DM

und

180 000 000 DM Vorzugsaktien ohne Stimmrecht
3 600 000 Aktien zu je 50 DM, verbrieft in

2 700 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= 50 DM) Nr. 000 001 — 2 700 000

15 000 Sammelurkunden über je 10 Aktien (= 500 DM) Nr. 000 001 — 015 000

15 000 Sammelurkunden über je 50 Aktien (= 2 500 DM) Nr. 000 001 — 015 000.

Die Gesellschaft ist satzungsgemäß berechtigt, mehrere Aktien in Sammelaktien zusammenzufassen. Die Aktien sind voll eingezahlt.

Die Stammaktien befinden sich ausschließlich im Eigentum der Gründerfamilie.

Gemäß § 18 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft sind die Vorzugsaktien gegenüber den Stammaktien mit einem nachzuzahlenden Vorzugsgewinnanteil von acht Prozent des Nennbetrages ausgestattet. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns den bisher ausgegebenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehen, bleibt vorbehalten.

Der für den 7. Juni 1984 einberufenen Hauptversammlung sowie der für den gleichen Tag einberufenen gesonderten Versammlung der Vorzugsaktionäre soll u. a. die Schaffung eines bis zum 7. Juni 1989 befristeten genehmigten Kapitals von 120 000 000 DM vorgeschlagen werden, bei dessen Ausnutzung das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien einer anderen Gattung ausgeschlossen werden kann.

Gegenstand dieses Prospekts sind die 180 000 000 DM auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, die für das Geschäftsjahr 1984 voll gewinnanteilberechtigt sind. Um eine einheitliche Gewinnanteilberechtigung der zuzulassenden Vorzugsaktien sicherzustellen, wird die Notierungsaufnahme erst nach Dividendenabschlag für das Geschäftsjahr 1983 beantragt. Die Aktienurkunden, die sich derzeit in Druck befinden, werden mit den faksimilierten Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern und *des Vorsitzenden des Aufsichtsrats versehen und von einem Kontrolleur eigenhändig unterzeichnet.* Die Urkunden tragen den Ausstellungsvermerk „Paderborn, im Mai 1984"; die dazugehörenden Bogen bestehen aus den Gewinnanteilscheinen Nr. 1—20 sowie einem Erneuerungsschein.

Bis zur Auslieferung von Einzelurkunden sind Vorzugsaktien der Gesellschaft in Globalurkunden verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt worden sind. Die Gesellschaft hat sich gegenüber den Zulassungsstellen der beteiligten Börsen unwiderruflich verpflichtet, einen Teil der Globalurkunden unverzüglich gegen Einzelurkunden auszutauschen, sobald diese fertiggestellt sind. Dies wird voraussichtlich im Herbst 1984 der Fall sein. Bis zum Zeitpunkt des Austausches können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

Der **Vorstand** der Gesellschaft, dessen Mitgliederzahl der Aufsichtsrat bestimmt, besteht zur Zeit aus den Herren

Heinz Nixdorf, Paderborn, Vorsitzender;
Klaus Luft, Paderborn, stellvertretender Vorsitzender;
Arno Bohn, Paderborn;
Dr.-Ing. Hartmut Fetzer, Berlin;
Dr.-Ing. Horst Nasko, Dreieichenhain;
Dipl.-Volkswirt Karlheinz Voll, Bad Lippspringe.

Die Bestellung stellvertretender Vorstandsmitglieder ist zulässig. Die Gesellschaft wird gesetzlich durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, einem von mehreren Vorstandsmitgliedern die Befugnis zu erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Gemäß Eintragung in das Handelsregister beim Amtsgericht Paderborn vom 9. Mai 1969 ist der Vorsitzende des Vorstands Heinz Nixdorf allein zur Vertretung berechtigt.

Dem **Aufsichtsrat**, der sich nach § 96 Abs. 1 AktG und § 7 MitbestG zusammensetzt, besteht satzungsgemäß aus 16 Mitgliedern. Ihm gehören zur Zeit an:

Dr. Gerhard Schmidt, Essen, Rechtsanwalt und Notar, Vorsitzender;
Jürgen Rößler, Taunusstein, Lehrer für EDV, stellvertr. Vorsitzender;
Paul Heggemann, Paderborn, Werkzeugmacher;
Wolfgang Henseler, Frankfurt, Gewerkschaftssekretär;
Walter Kreiß, Salzkotten, Verkaufsförderer;
Erwin Noelle, Düsseldorf, ehem. Mitglied des Vorstands Westdeutsche Landesbank Girozentrale;
Dr. Dinnies von der Osten, Essen, Rechtsanwalt und Notar;
Wolfgang Raum, Paderborn, Leiter Geschäftsbereich Fehlertolerante Informationssysteme;
Helmut Rausch, Berlin, Kaufmann;
Dr. Günther Saßmannshausen, Hannover, Vorsitzender des Vorstands Preussag AG;
Dr. Ludwig Schneider, Essen, Bankier;
Professor Dr. Klaus Schwab, Genf, Präsident des European Management Forum;
Ulrich Starke, Bünde, Vertriebsbeauftragter;
Christa Stracke, Bad Lippspringe, Vorarbeiterin;
Marianne Thomann, Paderborn, Verkaufsförderin;
Dr. Herbert Zapp, Düsseldorf, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG.

Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält neben dem Ersatz seiner Auslagen eine feste jährliche Vergütung von 6 000 DM. Der Vorsitzende erhält das Doppelte, der Stellvertreter das Eineinhalbfache.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner für jedes auf die Stammaktien ausgeschüttete Prozent Dividende, das über vier Prozent hinausgeht, einen Betrag von 1 000 DM. Der Vorsitzende erhält den doppelten, sein Stellvertreter den eineinhalbfachen Betrag.

Die Gesellschaft vergütet den Aufsichtsratsmitgliedern die Umsatzsteuer, soweit die Gesellschaft diese als Vorsteuer abziehen kann.

Für das Geschäftsjahr 1983 beträgt die Vergütung an den Aufsichtsrat 316 000 DM.

Die **Hauptversammlung** findet am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse in den ersten acht Monaten eines jeden Geschäftsjahres statt. Je 50 DM voll eingezahlter Aktien gewähren eine Stimme; die Vorzugsaktien gewähren vorbehaltlich zwingender entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften kein Stimmrecht.

Das **Geschäftsjahr** ist das Kalenderjahr.

Die **Bekanntmachungen** der Gesellschaft werden im Bundesanzeiger und in mindestens je einem Pflichtblatt der deutschen Wertpapierbörsen veröffentlicht. Zur Rechtsgültigkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an den Börsenplätzen, an denen die Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens ein Kreditinstitut als **Zahl- und Hinterlegungsstelle** zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern die Auszahlung der Gewinnanteile, die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen, die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an Hauptversammlungen, die Ausübung von Bezugsrechten und alle sonstigen, die Aktien betreffenden Maßnahmen kostenfrei durchgeführt werden können.

Über die **Verwendung des Bilanzgewinns** entscheidet die Hauptversammlung. Sie kann Beträge in offene Rücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen sowie, wenn die Satzung sie hierzu ermächtigt, auch eine andere Verwendung als nach Vorstehendem oder als die Verteilung unter die Aktionäre beschließen.

Soweit der Bilanzgewinn an die Aktionäre verteilt wird, gilt folgendes:

Die Inhaber der Vorzugsaktien erhalten eine Vorzugsdividende von acht Prozent des Nennbetrages der Vorzugsaktien. Reicht in einem Geschäftsjahr der ausgeschüttete Bilanzgewinn zur Zahlung der Vorzugsdividende von acht Prozent nicht aus, so ist der Rückstand ohne Zinsen aus dem ausgeschütteten Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachzuzahlen, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres für diese zu zahlenden Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Der nach Zahlung einer für die Stammaktionäre bestimmten Dividende von bis zu acht Prozent des Nennbetrages der Stammaktien verbleibende restliche Bilanzgewinn wird bei Ausschüttung an die Stamm- und Vorzugsaktionäre gleichmäßig nach dem Verhältnis der Aktiennennbeträge verteilt.

Die Gesellschaft zahlte für die letzten Geschäftsjahre nachstehende Dividenden.

Die Differenz zwischen nominellem Grundkapital und dividendenberechtigtem Grundkapital ist auf von der Gesellschaft zum Zwecke der Belegschaftsaktienausgabe gehaltene eigene Aktien zurückzuführen.

Geschäftsjahr	dividendenberechtigtes Grundkapital	Dividende je Aktie über 50 DM	Gesamtbetrag
1978	101 816 900 DM	7,50 DM	15 272 535 DM
1979	137 367 050 DM	8,00 DM	21 978 728 DM
1980	138 022 600 DM	8,00 DM	22 083 616 DM
1981	158 683 300 DM	8,00 DM	25 389 328 DM
1982	159 151 300 DM	8,00 DM	25 464 208 DM
1983	200 000 000 DM	9,00 DM	36 000 000 DM*)

*) vorbehaltlich der Zustimmung der ordentlichen Hauptversammlung vom 7. Juni 1984

Konzernbilanz Welt zum 31. Dezember 1983 in Tausend DM

Aktiva	1. 1. 1983	Umbuchung	Zugang Zuschreibung	Abgang	Abschreibung	31. 12. 1983		31. 12. 1982
I. Anlagevermögen								
Sachanlagen								
Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	208 224	+ 31 442	38 371*	1	13 614	264 422		208 224
Grundstücke ohne Bauten	33 923	— 3 585	4 353	253	—	34 438		33 923
Bauten auf fremden Grundstücken	5 203	— 664	43	—	581	4 001		5 203
Maschinen und maschinelle Anlagen	47 992	+ 6 648	39 523	3 757	27 389	63 017		47 992
Betriebs- und Geschäftsausstattung	282 783	+ 2 205	191 226	30 858	137 160	308 196		282 783
Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	39 597	— 36 234	37 713	507	—	40 569		39 597
	617 722	— 188	311 229*	35 376	178 744		714 643	617 722
Mietmaschinen	441 077	+ 188	157 816	102 837	133 162		363 082	441 077
	1 058 799	—	469 045*	138 213	311 906		1 077 725	1 058 799
Finanzanlagen								
Beteiligungen	7 759	—	4 732	2 431	—	10 060		7 759
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	12 610	—	6 592	3 378	—	15 824		12 610
davon durch Grundpfandrechte gesichert: 1 360	20 369	—	11 324	5 809	—		25 884	20 369
	1 079 168	—	480 369*	144 022	311 906		1 103 609	1 079 168
II. Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung							—	46 123
III. Umlaufvermögen								
Vorräte								
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe						235 798		200 567
Unfertige Erzeugnisse						93 396		74 657
Fertige Erzeugnisse, Waren						401 182		298 306
							730 376	573 530
Andere Gegenstände								
Geleistete Anzahlungen						9 740		9 334
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen						615 790		473 647
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 21 452								
Wechsel						5 200		3 216
davon bundesbankfähig: —								
Schecks						5 720		7 845
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben						1 221		1 285
Guthaben bei Kreditinstituten						11 258		45 064
Wertpapiere						51 490		138 851
Eigene Aktien						—		1 697
Forderungen aus Krediten nach § 89 AktG						105		119
Sonstige Vermögensgegenstände						87 178		90 592
							787 703	771 652
							1 518 079	1 345 182
IV. Rechnungsabgrenzungsposten								
Disagio						368		28
Sonstige						6 281		7 700
							6 649	7 728
							2 628 337	2 478 201

* Davon Zuschreibung: 5 410

Passiva	31. 12. 1983		31. 12. 1982
I. Grundkapital der Nixdorf Computer AG			
Stammaktien (2 285 714 Stimmen)	114 286		91 429
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht	85 714		68 571
		200 000	160 000
II. Konzernrücklagen			
Kapitalrücklagen	318 001		221 268
Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag	209 575		179 129
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	10 284		17 881
		537 860	418 278
III. Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz		11 148	7 663
davon am Gewinn: 4 195			
davon am Verlust: 1 146			
IV. Sonderposten mit Rücklageanteil			
Rücklagen nach § 74 EStDV und § 52 Abs. 5 EStG sowie nach Vorschriften im Ausland		6 659	5 472
V. Verbindlichkeiten aus Nixdorf-Genussbriefen		1 763	1 867
VI. Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		17 516	15 645
VII. Rückstellungen			
Pensionsrückstellungen	42 621		34 200
Andere Rückstellungen	271 765		204 186
		314 386	238 386
VIII. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	481 788		423 921
davon durch Grundpfandrechte gesichert: 34 817			
Sonstige Verbindlichkeiten	13 365		15 902
davon durch Grundpfandrechte gesichert: 386			
Von den Verbindlichkeiten sind vor Ablauf von vier Jahren fällig: 77 750			
		495 153	439 823
IX. Andere Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95 868		65 847
Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel	177 987		89 440
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	557 124		849 061
Erhaltene Anzahlungen	44 827		46 978
Sonstige Verbindlichkeiten	129 543		102 427
		1 005 349	1 153 753
X. Rechnungsabgrenzungsposten		1 777	5 071
XI. Konzerngewinn		36 726	32 243
XII. Haftungsverhältnisse			
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	31 198		(26 175)
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	239		(5 598)
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	179 255		(158 069)
		2 628 337	2 478 201

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung Welt für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1983

in Tausend DM

	1983		1982
Außenumsatzerlöse			
aus Verkäufen	1 470 222		1 226 708
aus Vermietungen und Dienstleistungen	1 241 663		1 060 388
		2 711 885	2 287 096
Bestandserhöhung der Erzeugnisse		110 436	17 061
		2 822 321	2 304 157
Andere aktivierte Eigenleistungen einschließlich Mietmaschinen		309 882	477 641
Gesamtleistung		3 132 203	2 781 798
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bezogene Waren		914 027	816 078
Rohertrag		2 218 176	1 965 720
Erträge aus Beteiligungen			689
Erträge aus den anderen Finanzanlagen	905		998
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21 609		25 187
Gewinne aus Anlageabgängen	3 409		4 318
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	15 112		7 787
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	598		8 301
Sonstige Erträge davon außerordentliche: 8 051	82 550		116 608
		124 184	
		2 342 360	2 129 609
Löhne und Gehälter	857 979		765 564
Soziale Abgaben	134 757		118 607
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	13 433		7 684
Abschreibungen auf Sachanlagen und Mietmaschinen	311 906		327 662
Abschreibungen auf andere Gegenstände des Umlaufvermögens und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	22 252		33 299
Verluste aus Anlageabgängen	1 846		1 509
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	126 123		164 888
Steuern			
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen 58 443			42 652
sonstige 15 603	74 046		12 049
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	1 779		2 923
Sonstige Aufwendungen	704 580		579 754
		2 248 701	
Jahresüberschuß		93 659	72 820
Einstellungen in die Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung		33 210	—
Veränderung der Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag			
Entnahmen	31 900		26 760
Einstellungen	52 574		68 432
		20 674	
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn	4 195		3 067
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust	1 148		2 162
		3 049	
Konzerngewinn		36 726	32 243

Paderborn, den 16. März 1984

NIXDORF COMPUTER AG
Der Vorstand

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Essen, den 23. März 1984

KAROLI-WIRTSCHAFTSPRÜFUNG
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

Dr. G. Schwarz, Wirtschaftsprüfer — Dipl.-Kfm. M. Wetzstein, Wirtschaftsprüfer

Bilanzen Konzern Welt

in Millionen DM

Aktiva	31.12.1979	31.12.1980	31.12.1981	31.12.1982	31.12.1983
Sachanlagen	293	386	511	618	715
Mietmaschinen	567	534	516	441	363
Finanzanlagen	14	13	16	20	26
Anlagevermögen	874	933	1 043	1 079	1 104
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	34	40	39	46	—
Vorräte	364	484	544	574	730
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	397	498	492	474	616
Liquide Mittel	242	119	123	195	75
Übriges Umlaufvermögen	65	80	66	109	103
Umlaufvermögen	1 068	1 181	1 225	1 353	1 524
Summe Aktiva	1 976	2 154	2 307	2 478	2 628
Passiva					
Grundkapital	140	140	160	160	200
Konzernrücklagen	284	312	370	419	538
Ausgleichs- und Sonderposten	14	23	26	13	17
Konzerngewinn	22	22	26	32	37
Eigenkapital	460	497	582	624	792
Gewinnbriefe, Wertberichtigungen und Pensionsrückstellungen	32	39	46	51	62
Andere Rückstellungen	246	155	149	204	272
Langfristige Verbindlichkeiten	87	134	354	440	495
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1 151	1 329	1 176	1 159	1 007
Summe Passiva	1 976	2 154	2 307	2 478	2 628

Wichtigste Konzerngesellschaften der Nixdorf Computer AG

		Kapital in Tausend DM bzw. Fremdwährung		Direkte oder indirekte Beteiligungsanteile in Prozent
INLAND				
	Nixdorf Computer Haus GmbH & Co., Paderborn		20 000	100
	BOG-Nixdorf Computer GmbH, Münster		13 000	50
	Nixdorf Computer Miete GmbH, Salzkotten		12 000	100
	Nixdorf Computer Miete GmbH, Berlin		10 000	100
	Nixdorf Computer GmbH & Co. Datenverarbeitungssysteme, Berlin		10 000	100
	Nixdorf Computer GmbH, Berlin		8 000	100
	Nixdorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Paderborn		1 100	100
	Nixdorf Computer Miete Verwaltung GmbH, Berlin		500	100
	Nixdorf Microprocessor Engineering GmbH & Co. Systemtechnik, Berlin		500	100
	WESTFALIA Assekuranz Versicherungsvermittlungen GmbH, Paderborn		50	100
AUSLAND				
Australien	Nixdorf Computer Pty. Ltd., Sydney	A $	1 640	100
Australien	Nixdorf Computer Rental Pty. Ltd., Sydney	A $	300	100
Belgien	Nixdorf Computer SA, Brüssel	bfr	170 000	100
Belgien	Nixdorf Computer Rent SA, Brüssel	bfr	20 000	100
Brasilien	Nixdorf Computer Equipamentos Eletronicos Ltda., Sao Paulo	Cr $	257 170	100
Dänemark	Nixdorf Computer A/S, Kopenhagen	dkr	11 800	100
England	Nixdorf Computer Ltd., London	£	2 000	100
Finnland	OY Nixdorf Computer AB, Helsinki	Fmk	15 000	100
Frankreich	Nixdorf Computer SA, Paris	FF	85 000	100
Frankreich	Nixdorf Computer Lyon SA, Lyon	FF	37 000	100
Frankreich	Nixdorf Computer Locations SA, Paris	FF	9 000	100
Griechenland	Nixdorf Computer AE, Athen	Dr	140 000	100
Hongkong	Nixdorf Computer Ltd., Hongkong	HK $	1 500	100
Irland	Nixdorf Computer International Ltd., Bray/Dublin	Ir £	2 600	100
Irland	Nixdorf Computer Ltd., Dublin	Ir £	1 000	100
Irland	Nixdorf Computer Software Ltd., Dublin	Ir £	10	100
Italien	Nixdorf Computer S.p.A., Mailand	Lit	7 500 000	100
Italien	Nixdorf Computer Leasing S.p.A., Mailand	Lit	500 000	100
Japan	Nixdorf Computer Japan K. K., Tokio	Y	100 000	100
Kanada	Nixdorf Canada Ltd., Toronto	US $	1 001	100
Luxemburg	Nixdorf Computer Finanz AG, Luxemburg		4 000	100
Luxemburg	Nixdorf Computer SA, Luxemburg	lfr	10 000	100
Marokko	Nixdorf Computer SA, Casablanca	DH	1 800	50
Neuseeland	Nixdorf Computer Ltd., Auckland	NZ $	80,1	50
Niederlande	Nixdorf Computer BV, Rotterdam	hfl	7 500	100
Norwegen	Nixdorf Computer A/S, Oslo	nkr	5 500	100
Österreich	Nixdorf Computer Ges. mbH, Wien	öS	85 000	100
Österreich	Nixdorf Computer Miete Ges. mbH, Wien	öS	10 000	100
Schweden	Nixdorf Computer AB, Stockholm	skr	500	100
Schweden	Nixdorf Data AB, Stockholm	skr	3 000	100
Schweiz	Nixdorf Computer AG, Zürich	sfr	10 000	100
Schweiz	Nixdorf Computer Miete AG, Zürich	sfr	1 000	100
Schweiz	Nixdorf Computer Software Company AG, Zürich	sfr	50	100
Singapur	Nixdorf Computer International Singapore Pte. Ltd., Singapur	S $	1 000	100
Singapur	Nixdorf Computer (Singapore) Pte. Ltd., Singapur	S $	500	100
Spanien	Nixdorf Computer SA, Madrid	Pta	900 000	100
Spanien	Nixdorf Computer Rent SA, Madrid	Pta	200 000	100
Südafrika	Nixdorf Computer (Pty) Ltd., Johannesburg	Rand	1 100	51
USA	Nixdorf Computer Corporation, Burlington	US $	45 882,8	100
USA	Nixdorf Computer Software Company, Richmond	US $	3 250	100

20 weitere Gesellschaften mit Sitz im Ausland wurden wegen ihrer geringen Bedeutung für den Konzernabschluß Welt nicht aufgeführt.

Konzernabschluß Welt Konsolidierungsgrundlagen

Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluß Welt umfaßt die Nixdorf Computer AG sowie mit Ausnahme einer gemeinnützigen Gesellschaft alle Unternehmen mit Sitz im In- und Ausland, an denen die Nixdorf Computer AG direkt oder über andere Konzernunternehmen zu 50 Prozent oder mehr beteiligt ist und die aufgrund dieser Beteiligung unter der einheitlichen Leitung der Nixdorf Computer AG stehen. Im Abschluß 1983 wurden zehn inländische und 60 ausländische Gesellschaften konsolidiert, die — bis auf Gesellschaften mit geringer Bedeutung für den Weltabschluß — der Aufstellung „Wichtigste Konzerngesellschaften der Nixdorf Computer AG" im einzelnen zu entnehmen sind.

Prüfung

Die inländischen Konzernunternehmen wurden durch den Abschlußprüfer des Weltabschlusses, die ausländischen Konzernunternehmen durch andere unabhängige Abschlußprüfer geprüft und testiert. Die ausländischen Abschlußprüfer haben dem Abschlußprüfer des Weltabschlusses die Einhaltung der Bilanzierungsrichtlinien sowie die Überleitung der Einzelabschlüsse zum Formularabschluß der Nixdorf Computer AG bestätigt.

Konsolidierungsmethode

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Methode der Erstkonsolidierung durchgeführt. Hierbei werden die Anschaffungskosten für Anteile an Konzernunternehmen mit dem anteiligen Eigenkapital im Erwerbszeitpunkt verrechnet. Daraus resultierende aktive und passive Unterschiedsbeträge sind in der Konzernbilanz zum 31. Dezember 1983 zusammengefaßt und als Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung unter den Konzernrücklagen ausgewiesen. Soweit im Kaufpreis stille Reserven abgegolten wurden, sind die sich aus der Realisierung der Reserven ergebenden Gewinne zur Tilgung der aktiven Konsolidierungsausgleichsposten verwendet worden.

Aufrechnungsdifferenzen aus Folgekonsolidierungen sind mit Ausnahme von Differenzen aus der Währungsumrechnung in den Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag erfaßt. In die Ertragsrücklagen werden darüber hinaus die freien Rücklagen und anteilig die gesetzliche Rücklage der Nixdorf Computer AG sowie die während der Konzernzugehörigkeit erwirtschafteten Ergebnisse der sonstigen einbezogenen Konzernunternehmen eingestellt. Die aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen zu eliminierenden Zwischengewinne und die erfolgswirksamen Differenzen aus der Schuldenkonsolidierung sind ebenfalls in den Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag verrechnet. Hierdurch wird der Konzerngewinn in Übereinstimmung mit dem Bilanzgewinn der Nixdorf Computer AG ausgewiesen.

Die Kapitalrücklagen enthalten neben dem Aufgeld aus Kapitalerhöhungen auch die Differenzen aus der Währungsumrechnung.

Die Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz werden nach den in Deutsche Mark umgerechneten Einzelabschlüssen ermittelt; Währungsumrechnungsdifferenzen sind den Minderheiten anteilig zugerechnet.

Bei der Schuldenkonsolidierung sind die gegenseitigen Forderungen einbezogener Unternehmen miteinander aufgerechnet; dies gilt nicht für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Drittschuldverhältnissen.

Im Zuge der Erfolgskonsolidierung werden die Innenumsätze mit den entsprechenden Aufwendungen aufgerechnet oder in Bestandsveränderungen bzw. aktivierte Eigenleistungen umgegliedert. Zwischengewinne aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr sind nach aktienrechtlichen Grundsätzen eliminiert; die von der Nixdorf Computer AG und den ausländischen Vertriebsgesellschaften in das Anlagevermögen der Mietgesellschaften sowie der übrigen einbezogenen Unternehmen gelieferten Gegenstände werden mit den Anschaffungskosten, also ohne Zwischengewinneliminierung, bilanziert. Konzerninterne Gewinne aus Lieferungen in das Umlaufvermögen anderer Konzernunternehmen sind aufgrund von Einzelberechnungen ermittelt und eliminiert bzw. durch die vorsichtige Bewertung im Einzelabschluß der Nixdorf Computer AG und der Konzernunternehmen ausgeschaltet worden.

Andere Erträge aus Leistungen zwischen den in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen sind mit den entsprechenden Aufwendungen der konsolidierten Gesellschaften verrechnet.

Währungsumrechnung

Die in Landeswährung aufgestellten Bilanzen und Erfolgsrechnungen der ausländischen Konzerngesellschaften sind wie folgt umgerechnet:

- das Anlagevermögen (Sachanlagen, Mietmaschinen und Finanzanlagen), die Abschreibungen und das konsolidierungspflichtige Kapital zu historischen Kursen,
- alle übrigen Bilanzposten sowie die Jahresergebnisse und die Gewinn- und Verlustvorträge zum Mittelkurs am Bilanzstichtag,
- die anderen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Jahresdurchschnittskursen.

Die Bestandsveränderungen sind durch Vergleich der Bestände in Landeswährung am Ende des Geschäftsjahres mit den Beständen in Landeswährung am Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres nach Umrechnung zum Jahresdurchschnittskurs ermittelt.

Differenzen aus der Umrechnung von Bilanzposten werden mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Differenzen aus der Umrechnung von Posten der Gewinn- und Verlustrechnungen sind in die sonstigen Aufwendungen eingestellt und damit ergebnismäßig neutralisiert.

Gliederung und Bewertung

Die Gliederung der Konzernbilanz entspricht nach Abschluß der Konsolidierung den aktienrechtlichen Vorschriften. In Erweiterung der aktienrechtlichen Gliederung sind die Mietmaschinen gesondert ausgewiesen. Die Konzernbilanz zeigt darüber hinaus die Entwicklung des Anlagevermögens und die Aufteilung der Vorräte.

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist in vollkonsolidierter Form dargestellt; die Außenumsatzerlöse sind in Erlöse aus Verkäufen und in Erlöse aus Vermietungen und Dienstleistungen aufgeteilt.

Konsolidierungszeitraum ist das Kalenderjahr.

Soweit bei der Bewertung im Konzernabschluß die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung oder die einheitliche Rechnungslegung im Konzern eine Abweichung von dem Grundsatz der Maßgeblichkeit der Einzelabschlüsse erforderten, sind die Wertansätze der Einzelbilanzen bei der Erstellung des Konzernabschlusses geändert worden.

Die Bewertung der Bilanzposten, die gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert blieb, ist in der Konzernbilanz nach folgenden Grundsätzen vorgenommen:

Zugänge zu Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten. Diese werden für die inländischen Konzernunternehmen in Anlehnung an steuerliche Bewertungsvorschriften ermittelt.

Abschreibungen auf Sachanlagen werden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und entsprechend steuerlichen Vorschriften planmäßig degressiv bzw. linear vorgenommen.

Zugänge zum beweglichen Sachanlagevermögen im ersten Halbjahr unterliegen bei den inländischen Konzerngesellschaften dem vollen, Zugänge im zweiten Halbjahr dem halben Jahressatz der Abschreibung. Geringwertige Anlagegüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Soweit den Anlagegegenständen am Bilanzstichtag ein niedrigerer Wert beizulegen ist, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sonderabschreibungen aufgrund steuerlicher Vorschriften sind von den inländischen Konzernunternehmen voll in Anspruch genommen worden.

Die im konzernüblichen Lieferungs- und Leistungsverkehr von Vertriebs- bzw. Mietgesellschaften erworbenen Mietmaschinen sind zu Anschaffungskosten angesetzt; diese entsprechen Marktpreisen oder den niedrigeren Konzernverrechnungspreisen. Den von der Nixdorf Computer AG und anderen Konzerngesellschaften gefertigten und selbst vermieteten Erzeugnissen liegen Herstellungskosten zugrunde. Die Abschreibung der Mietmaschinen erfolgt planmäßig linear über eine Laufzeit von fünf Jahren, für die in Berlin installierten Mietmaschinen werden die Sonderabschreibungen nach dem Berlinförderungsgesetz verrechnet.

Immaterielle Anlagewerte werden in der Konzernbilanz nicht ausgewiesen. Die in den Einzelbilanzen ausländischer Konzernunternehmen aktivierten Beträge sind im Zuge der Konsolidierung eliminiert.

Die Beteiligungen sind höchstens mit den Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Den Ausleihungen liegt der Nennbetrag oder der Barwert zugrunde.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt nach dem Niederstwertprinzip. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die bezogenen Teile sind zu Anschaffungskosten bzw. zu niedrigeren Marktpreisen bewertet. Unfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. zum niedrigeren Tageswert bilanziert. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten der Fertigung angemessene Gemeinkosten aus dem Material- und Fertigungsbereich. Für Risiken in der Lagerhaltung bestehen vorsichtig bemessene Abwertungen. Bei inländischen Konzernunternehmen wird von der Möglichkeit der Bildung einer Preissteigerungsrücklage Gebrauch gemacht.

Vorräte aus Lieferungen von Konzernunternehmen sind zu Konzernherstellungskosten bzw. zu den sich aus den Einzelbilanzen ergebenden niedrigeren Werten aktiviert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken zum Nennwert oder zum niedrigeren Tageswert angesetzt. Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Forderungen sind abgewertet. Zur Deckung allgemeiner Forderungsrisiken besteht eine passiv ausgewiesene Pauschalwertberichtigung. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten auch Ansprüche einer amerikanischen Tochtergesellschaft aus Mietverträgen für Anlagen, die nach der „Finance Lease Method" bilanziert sind; hierbei ist das wirtschaftliche Eigentum an den Anlagen den Mietern zuzurechnen.

Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Tageswert bilanziert.

Die Sonderposten mit Rücklageanteil sind nach deutschen steuerlichen Vorschriften bzw. entsprechenden Vorschriften im Ausland gebildet.

Die Pensionsrückstellungen sind bei den inländischen Gesellschaften mit dem versicherungsmathematischen Teilwert bewertet; bei den ausländischen Konzerngesellschaften wird das Deckungskapital für Zusagen auf Ruhegeld über Beiträge bzw. Prämien angesammelt.

Die anderen Rückstellungen sind mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Abdeckung der erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen erforderlich ist.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Nennwert oder zum höheren Rückzahlungsbetrag.

Soweit für eingegangene Haftungsverhältnisse Rückstellungen bestehen, sind diese von dem Betrag der Eventualverbindlichkeiten in Abzug gebracht.

Konzernbilanz Welt

Aktiva

Sachanlagen

Das **Sachanlagevermögen** stieg um 96,9 Mio. DM auf 714,6 Mio. DM. Zugängen von 305,8 Mio. DM und Zuschreibungen von 5,4 Mio. DM standen Abschreibungen von 178,7 Mio. DM sowie Abgänge und Umbuchungen von 35,6 Mio. DM gegenüber.

Die Zugänge entfallen vornehmlich auf die Erweiterung der Produktionsstätte in Paderborn, die Ausbaukosten eines Produktionsgebäudes in Berlin, die Fertigstellung eines Computerhauses in Düsseldorf, den Erwerb von Grundstücken in Paderborn und Lyon sowie auf Maschinen und maschinelle Anlagen bzw. Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die auf den weiteren Ausbau der Produktionsstätten und die Ausweitung der Vertriebs- und Serviceorganisation zurückzuführen sind.

Die Zuschreibungen resultieren aus der Umwandlung von zwei im Jahr 1982 erworbenen ausländischen Immobiliengesellschaften auf die Obergesellschaft, wobei die im Kaufpreis der Gesellschaftsanteile enthaltenen stillen Reserven aufgedeckt wurden.

Die Abschreibungen enthalten steuerlich zulässige Sonderabschreibungen in Höhe von 26,9 Mio. DM; hierin enthalten sind Sonderabschreibungen nach dem Berlinförderungsgesetz. Die Abschreibungen auf Zugänge im Berichtsjahr betragen 72,0 Mio. DM.

Mietmaschinen

Die Mietmaschinen verminderten sich um 78,0 Mio. DM auf 363,1 Mio. DM. Zugängen und Umbuchungen von 158,0 Mio. DM standen Abschreibungen (hiervon 5,2 Mio. DM steuerliche Sonderabschreibungen) und Abgänge von 236,0 Mio. DM gegenüber. Der Rückgang ist auf den überproportional angestiegenen Anteil der Kaufverträge und auf die Einschaltung konzernfremder Leasinggesellschaften zurückzuführen.

Systemsoftware-Leistungen werden den Endbenutzern im In- und Ausland einheitlich auf Lizenzbasis zur Verfügung gestellt. Die Lizenzen werden von der Nixdorf Computer AG bzw. von den ausländischen Vertriebsgesellschaften über die Dauer der abgeschlossenen Verträge wie Mietentgelte vereinnahmt. Die nach den Aufträgen der Endbenutzer individuell entwickelte Anwendersoftware kann ebenso wie die Standardsoftware nur käuflich erworben werden.

Finanzanlagen

Die **Beteiligungen** erhöhten sich um 2,3 Mio. DM auf 10,1 Mio. DM und umfassen Anteile an nicht konsolidierungspflichtigen Unternehmen. Die Zugänge betreffen vor allem die Übernahme von Anteilen an Leasing- und Venture Capital-Gesellschaften in den USA. Im Konzern ist das inländische Mietgeschäft neu strukturiert worden; die Nixdorf Computer Miete GmbH, Salzkotten, führt die Miet- und Leasinggeschäfte der Nixdorf Computer Miete GmbH & Co., Salzkotten, und der Nixdorf Gesellschaft für Computer-Vermietung mbH, Salzkotten, fort. Die Abgänge gehen vornehmlich auf die Umgliederung von beteiligungsähnlichen Darlehen in die Sonstigen Vermögensgegenstände zurück.

Die **Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** stiegen um 3,2 Mio. DM auf 15,8 Mio. DM und beruhen im wesentlichen auf Ausleihungen an Mitarbeiter zur Mitfinanzierung von Eigenheimen.

Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung

Die über das konzernanteilige Eigenkapital hinaus vergüteten Beträge für die Anteile an Gesellschaften werden bei Konsolidierung dieser Unternehmen als Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung umgegliedert. Mit diesen Unterschiedsbeträgen wurden in erster Linie stille Reserven im Mietgeschäft abgegolten, die sich im Zeitablauf realisieren. Tilgungen des aktiven Konsolidierungsausgleichspostens in Höhe von 28,6 Mio. DM tragen dieser Tatsache Rechnung unabhängig davon, daß andere neue Reserven während der Konzernzugehörigkeit zugewachsen sind. Aktive Ausgleichsposten in Höhe von 8,5 Mio. DM sind gegen die passiven Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung aufgerechnet worden. Ein Betrag in Höhe von 5,4 Mio. DM wurde durch Umwandlung von zwei ausländischen Immobiliengesellschaften frei. Durch Einbringung und Abschreibung von Anteilen sind 3,6 Mio. DM in den aktiven und 1,0 Mio. DM in den passiven Ausgleichsposten eingestellt worden.

Umlaufvermögen

Im Anstieg der Vorräte von 156,9 Mio. DM sind erhöhte Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen mit 35,2 Mio. DM, an unfertigen Erzeugnissen mit 18,8 Mio. DM sowie an fertigen Erzeugnissen und Waren mit 102,9 Mio. DM enthalten. Die Erhöhung der Vorräte geht im wesentlichen auf eine Ausweitung der Produktionsleistung zurück, die im Zusammenhang mit den gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Auftragseingängen und Auftragsbeständen bei in- und ausländischen Konzernunternehmen steht. Darüber hinaus sind Vorsorgen für die Lieferbereitschaft bei erwarteten Engpässen im Zulieferbereich wie auch für damit zusammenhängende Risiken aus Preiserhöhungen getroffen worden.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** stiegen wegen des erhöhten Anteils des Verkaufsgeschäfts um 142,1 Mio. DM auf 615,8 Mio. DM. Von den Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gehen 20,4 Mio. DM auf Mietforderungen zurück.

Die liquiden Mittel, zu denen **Wechsel, Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** und **Wertpapiere** zählen, verminderten sich vor allem durch den Verkauf von Wertpapieren um 121,4 Mio. DM. Der Verkaufserlös wurde für die Finanzierung des wachsenden Geschäftsvolumens eingesetzt.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** umfassen Forderungen an die öffentliche Hand, Darlehen an Mitarbeiter und Fremde sowie Vorauszahlungen, insbesondere für Provisionen.

Passiva

Eigenkapital des Konzerns

Das **Grundkapital** der Nixdorf Computer AG wurde im Dezember 1983 durch die Ausnutzung des genehmigten Kapitals um 40,0 Mio. DM auf 200,0 Mio. DM erhöht.

Die **Konzernrücklagen** setzen sich aus den Kapitalrücklagen, den Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag und dem Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung zusammen. Die Kapitalrücklagen stiegen durch die Einstellung des Aufgelds aus der Kapitalerhöhung 1983 in Höhe von 96,0 Mio. DM auf 318,0 Mio. DM. Die Rücklagen des Konzerns aus dem Ertrag erhöhten sich saldiert um 30,4 Mio. DM auf 209,6 Mio. DM. Die Verminderung der Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung um 7,6 Mio. DM auf 10,3 Mio. DM resultiert vornehmlich aus der Aufrechnung von aktiven mit passiven Unterschiedsbeträgen aus der Erstkonsolidierung.

Die **Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz** enthalten die Anteile Dritter am konsolidierungspflichtigen Kapital, sie betreffen eine inländische und fünf ausländische Vertriebsgesellschaften.

Sonderposten mit Rücklageanteil bestehen mit 4,1 Mio. DM nach § 74 EStDV, mit 2,1 Mio. DM nach § 52 Abs. 5 EStG und mit 0,5 Mio. DM nach Vorschriften im Ausland.

Der **Konzerngewinn** in Höhe von 36,7 Mio. DM entspricht dem Bilanzgewinn der Nixdorf Computer AG. Dieser soll mit 36,0 Mio. DM an die Aktionäre ausgeschüttet werden; der Restbetrag von 0,7 Mio. DM wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Übrige Passiva

Verbindlichkeiten aus Nixdorf-Gewinnbriefen, die ausschließlich gegenüber Mitarbeitern bestehen, verminderten sich um 0,1 Mio. DM auf 1,8 Mio. DM.

Die **Pensionsrückstellungen** stiegen um 8,4 Mio. DM auf 42,6 Mio. DM. Sie werden bei der Nixdorf Computer AG und den inländischen Konzerngesellschaften mit dem steuerlich zulässigen Höchstbetrag gebildet. Den zurückgestellten Beträgen liegen neue Richttafeln zugrunde, die die gestiegene allgemeine Lebenserwartung berücksichtigen.

Die **Anderen Rückstellungen** erhöhten sich um 67,6 Mio. DM auf 271,8 Mio. DM. Die Erhöhung beruht vornehmlich auf den bei der Nixdorf Computer AG zurückgestellten Beträgen für ungewisse Risiken aus den Auslandsbeziehungen, für noch nicht veranlagte Steuern sowie für mögliche Verpflichtungen aufgrund laufender steuerlicher Außenprüfungen. Die Rückstellungen enthalten darüber hinaus noch zu leistende Vergütungen an Mitarbeiter, Gewährleistungsansprüche Dritter sowie Vorsorgen für verschiedene, insbesondere mit dem Vertriebs- und Dienstleistungsbereich verbundene Risiken.

Die **Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** erhöhten sich um 55,4 Mio. DM auf 495,2 Mio. DM und bestehen in Höhe von 481,8 Mio. DM gegenüber Kreditinstituten. Unter den sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten sind im wesentlichen öffentliche Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten sind teilweise durch Grundpfandrechte gesichert. Von den vor Ablauf von vier Jahren fälligen Verbindlichkeiten von 77,7 Mio. DM entfallen 6,3 Mio. DM auf die Nixdorf Computer AG, 67,3 Mio. DM auf inländische Konzernunternehmen und 4,1 Mio. DM auf ausländische Konzernunternehmen. Die auf Konzerngesellschaften entfallenden Verbindlichkeiten sind im wesentlichen zur Finanzierung des Mietgeschäfts und der Computerhäuser in Anspruch genommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine durchschnittliche Laufzeit von vier Jahren und vier Monaten. Die Zinssätze sind überwiegend variabel vereinbart; im Jahr 1983 betrug die durchschnittliche Verzinsung 6,7 Prozent.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** gingen um 148,4 Mio. DM zurück. Dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 310,9 Mio. DM standen u. a. die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 29,0 Mio. DM und der Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel von 108,5 Mio. DM gegenüber.

Die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Haftungsverhältnisse** enthalten mit 31,2 Mio. DM Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, mit 0,2 Mio. DM Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und mit 179,3 Mio. DM Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen, die mit der Veräußerung von vermieteten Maschinen in den USA im Zusammenhang stehen.

Gegenüber zwei konzernfremden Gesellschaften in den USA bestanden aus der Bilanz nicht ersichtliche Kapitaleinzahlungsverpflichtungen in Höhe von 49,0 Mio. DM. Darüber hinaus sind kurzfristige Verbindlichkeiten eines ausländischen Konzernunternehmens in Höhe von 12,5 Mio. DM grundpfandrechtlich gesichert. Eine ausländische Mietgesellschaft hat Forderungen aus dem Mietgeschäft in Höhe von 0,4 Mio. DM zur Sicherung eigener Verbindlichkeiten abgetreten.

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung Welt

Die **Außenumsatzerlöse** stiegen um 424,8 Mio. DM oder 18,6 Prozent auf 2 711,9 Mio. DM. Sie setzen sich aus Erlösen aus Verkäufen von 1 470,2 Mio. DM sowie aus Erlösen aus Vermietungen und Dienstleistungen von 1 241,7 Mio. DM zusammen. Als Dienstleistungserlöse werden im wesentlichen Erlöse des technischen Kundendienstes und Softwareerlöse ausgewiesen.

Der Anstieg der Vorräte führte zu einer **Bestandserhöhung der Erzeugnisse** von 110,4 Mio. DM.

Die **Anderen aktivierten Eigenleistungen einschließlich Mietmaschinen** verringerten sich um 167,7 Mio. DM auf 309,9 Mio. DM. Diese Position umfaßt in erster Linie Mietmaschinen, die im Berichtsjahr hergestellt und im In- und Ausland von Konzerngesellschaften vermietet wurden, darüber hinaus eigengefertigte Anlagen für die Produktion und die Vertriebs- und Dienstleistungsorganisation sowie Bauleistungen.

Der **Materialeinsatz** stieg um 97,9 Mio. DM auf 914,0 Mio. DM. Er enthält vor allem das für den Hardware-Umsatz eingesetzte Material sowie die für die Mietmaschinen und die weiteren aktivierten Eigenleistungen verbrauchten Stoffe.

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** erhöhten sich um 7,3 Mio. DM auf 15,1 Mio. DM. Hiervon entfallen 3,8 Mio. DM auf aufgelöste Beträge bei der Nixdorf Computer AG, 4,9 Mio. DM auf nicht mehr benötigte Vorsorgen für ungewisse Risiken bei der Nixdorf Computer Miete GmbH und 6,4 Mio. DM auf Auflösungen bei den übrigen in- und ausländischen Konzernunternehmen.

Die **Sonstigen Erträge** verminderten sich um 34,1 Mio. DM auf 82,6 Mio. DM. Darin enthalten sind Zuwendungen der öffentlichen Hand zu Entwicklungsaufwendungen des Geschäftsjahres, Investitionszulagen und -zuschüsse sowie Währungskursgewinne und Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren.

Die **Löhne und Gehälter einschließlich der sozialen Abgaben und die Aufwendungen für Altersversorgung** stiegen um 114,1 Mio. DM auf 1 006,2 Mio. DM; neben den Lohn- und Gehaltssteigerungen hat sich vor allem die im Jahresdurchschnitt von 15 176 auf 16 496 erhöhte Mitarbeiterzahl auf den Anstieg der Personalkosten ausgewirkt.

Die **Abschreibungen auf Sachanlagen und Mietmaschinen** verringerten sich um 15,8 Mio. DM auf 311,9 Mio. DM. Den erhöhten Abschreibungsbeträgen bei den Sachanlagen, insbesondere bei Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, standen geringere Abschreibungen auf Mietmaschinen gegenüber.

Die **Abschreibungen auf andere Gegenstände des Umlaufvermögens und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen** enthalten im wesentlichen Bewertungsabschläge auf Forderungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** verminderten sich um 38,8 Mio. DM auf 126,1 Mio. DM.

Die **Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen** erhöhten sich um 15,8 Mio. DM auf 58,4 Mio. DM. Risiken aus steuerlichen Außenprüfungen sind aufwandsmäßig berücksichtigt worden.

Die **Sonstigen Aufwendungen** stiegen um 124,8 Mio. DM auf 704,6 Mio. DM. Hierin enthalten sind Forschungs- und Entwicklungskosten, Mietaufwendungen, Verwaltungs- und Vertriebskosten, Reisekosten, Werbekosten, Instandhaltungs- und Personalnebenkosten sowie Währungskursverluste. Außerdem sind in dieser Position Rückstellungszuführungen für Vorsorgemaßnahmen ausgewiesen, die das Auslandsgeschäft der Nixdorf Computer AG betreffen.

Der **Jahresüberschuß** stieg um 20,8 Mio. DM auf 93,7 Mio. DM.

Die **Einstellungen in die Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung** in Höhe von 33,2 Mio. DM gehen vornehmlich auf die Tilgung aktiver Ausgleichsposten zurück.

Den Entnahmen aus den Ertragsrücklagen des Konzerns liegen überwiegend eliminierte, konzerninterne Gewinne zugrunde.

Die Einstellungen in die Ertragsrücklagen des Konzerns enthalten u. a. Einstellungen in freie Rücklagen bei der Nixdorf Computer AG und den in- und ausländischen Konzernunternehmen sowie erwirtschaftete Ergebnisse nach Abzug von Gewinnausschüttungen.

Besitz- und Betriebsverhältnisse

(Stand Mitte Mai 1984)

Produkte

Nixdorf entwickelt, fertigt und vertreibt elektronische Daten- und Informationsverarbeitungs-Systeme und nachrichtentechnische Produkte wie digitale Nebenstellenanlagen und Telefonapparate. Das Marktangebot umfaßt vom Microcomputer bis zur Mainframe-Anlage mittlerer Größe ein breites Produktspektrum sowohl für autonome Organisationslösungen als auch für die Einbindung in komplexe Netzwerke. Die Integration von Daten- und Textverarbeitung sowie die Einbeziehung von Grafik- und Sprachfunktionen ergänzen und erweitern die Einsatzmöglichkeiten der Produkte. Das Hardware-Angebot wird durch vielfältige Software-Programme sowie umfangreiche Service- und Dienstleistungen vervollständigt.

Das Produktangebot besteht aus folgenden Systemfamilien:

8810
Schreibtisch-Computer, die sowohl autonom als auch in Verbindung mit anderen Nixdorf-Computern eingesetzt werden können. Die Nutzung gängiger Personalcomputer-Programme wird durch eine Umschaltfunktion ermöglicht.

8840
Unter dieser Systembezeichnung sind die von Nixdorf angebotenen Textverarbeitungssysteme zusammengefaßt.

8850
Dezentral einsetzbare Computersysteme für Unternehmen, die große Datenvolumen zu erfassen und zu verarbeiten haben.

8860
Eine für die verteilte Datenverarbeitung innerhalb komplexer Netzwerke größerer Unternehmen konzipierte Produktfamilie, mit der sich die verschiedenen Organisationsebenen mit aufgaben- und kapazitätsorientierter Computerleistung ausstatten lassen.

8862
Elektronische Kassensysteme und Hintergrundrechner zum Aufbau von Warenwirtschaftssystemen in Handelsunternehmen mit einer breiten Peripheriepalette vom Scheckleser bis zum Scanner.

8864
Computersysteme für die Abwicklung von Geldgeschäften, für die Selbstbedienung, die Kundenberatung und für die Verwaltung in Geldinstituten aller Größenordnungen.

8870
Durchgängige Produktfamilie von Bürocomputern vom Microsystem bis zum Modell mit bis zu 24 angeschlossenen Bildschirm-Arbeitsplätzen für den Einsatz in kleinen und mittleren Unternehmen und für dezentrale Anwendung in Großbetrieben.

8890
Kompatibles Universalsystem mittlerer Größenordnung. Die Einsatzmöglichkeiten reichen von der Anwendung als Zentralrechner über die Installation im Netzverbund bis zu speziellen dedizierten Aufgabenstellungen.

8270
Ein Bildschirm-Arbeitsplatzsystem, das vor allem für dezentrale Aufgabenstellungen in größeren Unternehmen eingesetzt wird.

8832
Ausfallgeschützte Informationssysteme für den Einsatz in Bereichen, in denen höchste Betriebssicherheit gefordert ist. Dieser modulare Computer besteht aus mehreren Einzelcomputern, die selbständig arbeiten, sich aber gegenseitig ständig über den Stand ihrer Aufgabenerledigung informieren. Fällt ein Computer einmal aus, übernimmt ein anderer automatisch dessen Aufgaben und verhindert so eine Störung des Ganzen.

88 BK
Ein Bürokommunikationssystem, mit dem der Anwender an seinem Arbeitsplatz auf einer Bildschirmebene Daten verarbeiten, Texte erstellen und Grafiken aufbauen und diese Funktionen auch kombinieren kann. Außerdem können Sprachinformationen wie Texte gespeichert und elektronisch übermittelt werden.

8818
Digitale Nebenstellenanlagen, die neben der Vermittlung von Telefongesprächen aufgrund der Digitaltechnologie auch die Übermittlung von Daten und Texten an Computer realisieren.

Digifon
Digitales Telefon, das mehr Computer als Telefon ist. In Verbindung mit digitalen Nebenstellenanlagen wird das Digifon zu einem multifunktionalen Endgerät für die Übertragung und den Empfang von Sprache, Texten und Daten.

Alle Produktfamilien verfügen über Kommunikationseigenschaften, die den Datenaustausch sowohl untereinander als auch mit Computersystemen anderer Hersteller ermöglichen.

Teletex und Bildschirmtext sowie die Anschlußmöglichkeit an digitale Nebenstellenanlagen sind bei fast allen Produktfamilien in das Leistungsangebot integriert.

Software
Mit neuen Hardware-Technologien sind auch die Anforderungen an die Softwarelösungen gestiegen. Nixdorf stellt in diesem Zusammenhang ein breites branchenspezifisches Softwareangebot zur Verfügung. Außerdem werden spezielle software-technologische Verfahren angeboten, mit deren Hilfe sich der Anwender individuelle Organisationslösungen selbst erstellen kann

Vertrieb und Markt

Anwender von Nixdorf-Systemen sind Unternehmen aller Größenordnungen und Branchen: mittelständische Betriebe ebenso wie große Industrieunternehmen, Geldinstitute, Versicherungen, Handels- und Gastronomieunternehmen und öffentliche Verwaltungen. Die Bedienung und Betreuung der Kunden erfolgt über eine eigene Vertriebs- und Dienstleistungsorganisation. In Deutschland und auf einigen Auslandsmärkten ergänzen Werksvertretungen den eigenen Vertrieb. *Die Struktur der Vertriebsorganisation ist* branchenorientiert, d. h., Branchenerfahrung und Spezialistenwissen werden in Branchen-Geschäftsstellen konzentriert angeboten. So bestehen in Deutschland spezielle Geschäftsstellen für Mittelständische Wirtschaft, Industrie/Großhandel/Dienstleistungen, Handel/Gastronomie/Hotellerie, Geldinstitute, Versicherungen und Öffentliche Verwaltungen.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten steht die Dienstleistung für die Anwender. Sie kommt in umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen zum Ausdruck, die von der Organisationsberatung über den technischen Service bis zur Schulung von Kundenmitarbeitern reichen. Einen Schwerpunkt im Dienstleistungsangebot bildet die Software mit einer Vielzahl branchenspezifischer Organisationslösungen.

Nixdorf-Systeme werden von den Kunden sowohl gekauft als auch gemietet. Rund drei Viertel aller ausgelieferten Computer werden käuflich erworben. Die Vermietung der Anlagen erfolgt zum größten Teil *über eigene Mietgesellschaften. Soweit fremde* Leasinggesellschaften Mietverträge und die dazugehörigen Mietmaschinen übernehmen, wird das Mietgeschäft mit den Endbenutzern nach Rückmietung auch über die jeweilige Nixdorf-Vertriebs- bzw. Mietgesellschaft abgewickelt.

Internationale Aktivitäten

Mit Vertriebs- und Dienstleistungsaktivitäten ist Nixdorf in 39 Ländern vertreten, wobei auf die westeuropäischen Märkte im Geschäftsjahr 1983 ein Umsatzanteil von 87 Prozent entfiel. Zehn Prozent trugen die Aktivitäten auf den nordamerikanischen Märkten bei. Eine zunehmende Bedeutung erhält die Betätigung auf den fernöstlichen Märkten. Zur Verstärkung der Aktivitäten in diesen Ländern ist in Singapur mit dem Aufbau eines Vertriebszentrums begonnen worden.

Forschung und Entwicklung

Für Forschung und Entwicklung hat das Unternehmen 1983 insgesamt 254 Mio. DM bzw. 9,4 Prozent des Gesamtumsatzes aufgewendet. Die Aktivitäten sind darauf konzentriert, technologische Fortschritte schnell und innovativ in anwender- und marktorientierte Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Forschungs- und Entwicklungsstätten für den Hard- und Softwarebereich unterhält Nixdorf in Deutschland (Paderborn, Berlin, München), Holland (Vianen), England (London) sowie in den USA (Burlington/Massachusetts und Richmond/Virginia). Technologie-Zentren bestehen außerdem in Santa Clara/Kalifornien und Tokio/Japan. Die eigenen Maßnahmen ergänzt Nixdorf durch Kooperationen mit internationalen Technologiepartnern, wobei die Zusammenarbeit mit amerikanischen Unternehmen einen Schwerpunkt darstellt.

Produktion

Die Produktion der Nixdorf-Systeme erfolgt im Rahmen eines internationalen Fertigungsverbundes mit Produktionsstätten in Paderborn, dem Standort der zentralen Fertigung, in Berlin und Köln sowie in Bray/Irland, Toledo/Spanien, North Reading/Massachusetts und Singapur. Komplette Systeme werden in Paderborn, Berlin und North Reading produziert, während die anderen Fertigungsbetriebe auf die Produktion von Bauteilen bzw. Peripheriegeräten ausgerichtet sind. Die Fertigungsstätten im In- und Ausland umfassen eine Produktionsfläche von 195 750 Quadratmetern, die sich nahezu ausschließlich im Eigentum von Nixdorf befinden.

Grundbesitz

Der gesamte bebaute bzw. für Bauzwecke erworbene Grundbesitz von Nixdorf beträgt 1 437 599 Quadratmeter und teilt sich wie folgt auf:

Inland: 1 239 414 qm, davon bebaut: 348 095 qm
Ausland: 198 185 qm, davon bebaut: 146 932 qm.

In Berlin wurde im April 1984 ein Grundstück von ca. 42 000 qm in Erbpacht erworben. Hier soll eine weitere Produktionsstätte errichtet werden.

Die Geschäftsstellen und Service-Stützpunkte im In- und Ausland sind zu einem großen Teil in gemieteten Objekten untergebracht.

Eigene Bauten, in denen das gesamte Produkt- und Dienstleistungsangebot für einen Regionalmarkt konzentriert ist (Computerhäuser), hat Nixdorf seit 1975 als Geschäftsstellen-Zentren mit nachstehend genannten Bruttogeschoßflächen (ohne Garagen) in folgenden Städten errichtet:

Bielefeld	3 800 Quadratmeter	Hannover	3 752 Quadratmeter
Düsseldorf	15 232 Quadratmeter	Helsinki	5 850 Quadratmeter
Frankfurt	17 310 Quadratmeter	Stuttgart	12 036 Quadratmeter
Hamburg	7 485 Quadratmeter	Zürich	7 860 Quadratmeter

Im Bau befinden sich zur Zeit weitere Computerhäuser in:

Lyon	6 231 Quadratmeter	München	29 280 Quadratmeter

Konkrete Baupläne bestehen in Deutschland für Dortmund, Essen, Köln und Mannheim, in Holland für den Standort Vianen und in England für den Sitz der Tochtergesellschaft in London. In Finnland soll das 1982 *gekaufte Gebäude für die Nixdorf-Zentrale Helsinki weiter ausgebaut werden.*

Fünfjahresübersicht

	1979	1980	1981	1982	1983
Umsatz					
Gesamt (Mio. DM)	1 250	1 557	1 934	2 287	2 712
Steigerung (%)		25	24	18	19
Anteil Ausland (%)	49	52	57	54	51
Verkäufe (Mio. DM)	652	799	990	1 227	1 470
Steigerung (%)		23	24	24	20
Vermietungen und Dienstleistungen (Mio. DM)	598	758	944	1 080	1 242
Steigerung (%)		27	25	12	17
Umsatz *pro* Mitarbeiter (TDM)	120	126	136	151	164
Steigerung (%)		5	8	11	9
Auftragsbestand *am 31. 12. (Mio. DM)*	1 174	1 368	1 773	2 162	2 700
Steigerung (%)		17	30	22	25
Mitarbeiter am Jahresende					
Entwicklung	806	1 051	1 148	1 214	1 380
Produktion	2 972	3 507	3 597	4 135	4 515
Vertrieb/Dienstleistungen	6 376	7 790	8 547	9 046	9 876
Verwaltung	453	539	593	630	666
Ausbildung	648	763	875	992	1 084
Gesamt	11 255	13 650	14 760	16 017	17 521
Steigerung (%)		21	8	9	9
Im Jahresdurchschnitt Beschäftigte	10 455	12 393	14 200	15 176	16 496
Steigerung (%)		19	15	7	9
Sachanlagen					
Investitionen (Mio. DM)	165	186	258	283	311
Steigerung (%)		13	39	10	10
Abschreibungen (Mio. DM)	70	87	111	151	179
Aufwand für Forschung und Entwicklung (Mio. DM)	95	120	156	197	254
Steigerung (%)		26	30	26	29

Geschäftsgang und Aussichten

Geschäftsjahr 1983

Nixdorf hat im Geschäftsjahr 1983 das kontinuierliche Wachstum der vergangenen Jahre mit einer Stärkung der Ertragssituation und einer deutlichen Verbesserung der Eigenkapitalausstattung fortgesetzt. Das Wachstum kommt in einem um 19 Prozent auf 2,7 Milliarden DM gestiegenen Umsatz zum Ausdruck. Die *Stärkung der Ertragssituation zeigt sich in dem um 29 Prozent auf 94 Mio. DM erhöhten Jahresüberschuß.* Die stetige Anpassung der Kapitalausstattung an das Geschäftsvolumen ist durch Aufstockung des Eigenkapitals um 168 Mio. DM auf 792 Mio. DM fortgeführt worden.

Geschäftsjahr 1984

Auf der Basis des erfolgreich verlaufenen Geschäftsjahres 1983 will die Gesellschaft auch im laufenden Jahr das kontinuierliche Wachstum fortsetzen. Neben dem Ausbau der erreichten Marktpositionen auf dem Sektor der Daten- und Informationsverarbeitung sollen mit innovativen Produkten zusätzliche Chancen in den zukunftsorientierten Märkten der Nachrichtentechnik und Bürokommunikation genutzt werden.

Der lebhafte Auftragseingang hielt in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres 1984 an; gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurde ein Zuwachs von 20 Prozent erzielt. Der Umsatz erhöhte sich ebenfalls um 20 Prozent. In dieser Größenordnung wird auch für das gesamte Geschäftsjahr 1984 eine Umsatzsteigerung auf über 3,2 Milliarden DM erwartet. Nixdorf beschäftigte Ende April 18 586 Mitarbeiter. Damit hat das Unternehmen in den ersten vier Monaten dieses Jahres 1 065 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Für die Ausweitung des Geschäftsvolumens stellt Nixdorf auch 1984 erhebliche finanzielle Mittel bereit. Die Investitionen in Sachanlagen, die sich 1983 auf 311 Mio. DM beliefen, sollen vor allem durch den Ausbau der Vertriebs- und *Dienstleistungsorganisation und die erneute Erweiterung der Produktionskapazitäten* deutlich erhöht werden. In Spanien und Singapur ist mit den Vorbereitungen zum Neubau von Fertigungsstätten begonnen worden.

Die auch 1984 weiter steigenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung zeigen, daß sich Nixdorf ergänzend zu der Weiterentwicklung seiner bestehenden Produktlinien in beträchtlichem Umfang auf *neuen Tätigkeitsfeldern engagiert.* Diese Aktivitäten finden 1984 ihren Ausdruck in der Markteinführung eines ausfallgeschützten Computersystems, mit dem neue Anwendungsbereiche, wie zum Beispiel der industrielle Fertigungssektor, erschlossen werden sollen. Außerdem wird ein Bürosystem angeboten, das gleichzeitig Texte und Daten verarbeiten, Grafiken erstellen und gesprochene Informationen empfangen, versenden und speichern kann.

Den Einstieg in die Nachrichtentechnik, den Nixdorf vor zwei Jahren mit der Markteinführung der ersten in Deutschland verfügbaren digitalen Nebenstellenanlage vollzog, setzt das Unternehmen mit dem Angebot digitaler Telefonapparate fort. Das starke Engagement im Bereich der Nachrichtentechnik wird darüber hinaus durch die Beteiligung des Unternehmens an den BIGFON-Versuchen der Deutschen Bundespost und am Kabelfernseh-Projekt Ludwigshafen deutlich.

Der Geschäftsverlauf wird von einer zunehmenden Aufgeschlossenheit der Anwender im In- und Ausland gegenüber der Daten- und Informationsverarbeitung bestimmt. *Außerdem zeigt sich,* daß der Umgang mit Informationen und deren aktuelle Verfügbarkeit an den einzelnen Arbeitsplätzen eines Unternehmens immer mehr zu einem wesentlichen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird.

Parallel zum anhaltenden Wachstum erwartet die Gesellschaft wiederum eine Steigerung des Ergebnisses, was eine weitere Stärkung der Rücklagen und eine angemessene Ausschüttung auf das erhöhte Grundkapital *ermöglichen wird.*

Paderborn, im Mai 1984

Nixdorf Computer AG

Aufgrund des vorstehenden Prospekts sind die

180 000 000 DM auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht

mit voller Gewinnanteilberechtigung für das Geschäftsjahr 1984

— Wertpapier-Kenn-Nummer 775 613 —

3 600 000 Aktien zu je 50 DM, verbrieft in

2 700 000 Einzelurkunden über je 1 Aktie (= 50 DM) Nr. 000 001—2 700 000

15 000 Sammelurkunden über je 10 Aktien (= 500 DM) Nr. 000 001—015 000

15 000 Sammelurkunden über je 50 Aktien (= 2500 DM) Nr. 000 001—015 000

der **Nixdorf Computer AG Paderborn**

an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen worden.

Düsseldorf, Berlin, Bochum, Bremen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Mainz, München und Stuttgart, im Mai 1984.

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Bank Berlin
Aktiengesellschaft

Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft

Bank für Handel und Industrie
Aktiengesellschaft

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Bayerische Vereinsbank
Aktiengesellschaft

Berliner Bank
Aktiengesellschaft

Berliner Commerzbank
Aktiengesellschaft

Commerzbank
Aktiengesellschaft

DG Bank
Deutsche Genossenschaftsbank

Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Hessische Landesbank
— Girozentrale —

Landesbank Rheinland-Pfalz
Girozentrale

Norddeutsche Landesbank
Girozentrale

Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Trinkaus & Burkhardt

Vereins- und Westbank
Aktiengesellschaft

Westdeutsche Landesbank
Girozentrale

Westfalenbank
Aktiengesellschaft

Der Nixdorf Informations-Coupon

Falls Sie weitere Informationen über die Nixdorf Computer AG wünschen, fordern Sie bitte mit diesem Coupon unser Informationsangebot an. Es umfaßt den Geschäftsbericht, eine Broschüre mit wesentlichen Zahlen und Fakten und den Börsenprospekt.

Bitte schicken Sie das Nixdorf-Informationspaket an folgende Adresse:

Name: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

Nixdorf Computer AG
Bereich Kommunikation
Im Dörener Feld, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506100



HEW / Dividende wird um zwei Prozent gesenkt

Zu viel Brokdorf-Kapazität

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) reifen offenbar Entscheidungen, zumindest die Hälfte der 50-Prozent-Beteiligung an dem Kernkraftwerk Brokdorf zu verkaufen. Wie das Unternehmen im Anschluß an eine Aufsichtsratssitzung mitteilt, werde HEW aufgrund bisher vorliegender Erkenntnisse im Jahr 1995 nur die Hälfte der ihr zustehenden Kapazitäten in der Grundlast benötigen. Brokdorf, das zurzeit gebaut wird und 1986/87 in Betrieb gehen soll, ist auf eine Leistung von 1307 MW ausgelegt, wovon nach den bisherigen Beteiligungsverhältnissen jeweils die Hälfte den HEW und der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) zur Verfügung stehen.

Eine endgültige Entscheidung, wann und in welcher Weise die Brokdorf-Beteiligung zur Disposition gestellt wird, dürfte noch nicht gefallen sein. Bei HEW ist zu hören, daß man zu keiner Eile gezwungen sei und die weitere Entwicklung abwarten könne. Auch bestehe wenig Interesse, unter Druck zu verhandeln. Wenn überhaupt verkauft werde, dann nur zu einem angemessenen Preis.

In der gleichen Aufsichtsrats-Sitzung ist beschlossen worden, der Hauptversammlung am 7. August aufgrund der angespannten Ertragslage eine Dividendensenkung um 2 auf 8 Prozent vorzuschlagen. Der Bilanzgewinn wird mit 36,8 (46,2) Mill. DM angegeben. In die Rücklagen können lediglich 5 Mill. DM aus Investitionszulagen eingestellt werden.

Revidiert hat HEW ferner die in früheren Jahren aufgestellten Absatz- und Kapazitätsplanungen. Beim Strom erwartet man nur noch einen jährlichen Lastzuwachs von 35 bis 50 MW und ein Absatzwachstum von 1,4 bis 2 Prozent. In der Grundlast, die 60 Prozent der Jahreshöchstlast ausmachen und auf Kernenergiebasis gefahren werden soll, reichen die vorhandenen Leistungen aus den KKW Stade, Brunsbüttel und Krümmel bis 1995. Ein weiterer Kernkraftanteil von 325 MW aus Brokdorf führe nach 1995 wieder zu einem optimalen Grundlastanteil, heißt es.

Festgehalten wird an dem Plan, zur Jahrhundertwende 330 000 Wohnungen in Hamburg mit Fernwärme zu versorgen. Dazu werden jedoch nicht wie bisher angenommen 2000 MW thermischer Energieleistung benötigt, sondern nur etwa 1750 MW.

Schließlich billigte der Aufsichtsrat die Maßnahmen zur Minderung der Emissionen bei den fossil befeuerten Kraftwerken. Die Nachrüstung der Altanlagen und Ausrüstung der Neubauten wird voraussichtlich 1 bis 1,5 Mrd. DM kosten. Bezogen auf die Altanlagen werden sich die Erzeugungskosten dieser Kraftwerke um 3 bis 4 Pf je KWh verteuern. Davon nicht betroffen ist die Grundlast aus Kernenergie.

NAMEN

Achim Schwanitz, seit Januar 1984 Sprecher der Geschäftsleitung der Jacobs-Gruppe Deutschland, Haushaltsgeschäft, hat darum gebeten, von seien Pflichten mit sofortiger Wirkung entbunden zu werden. Der Verwaltungsrat der Jacobs Suchard AG, Zürich, hat diesem Wunsch entsprochen und **Hartmut Felgen**, bisher Sprecher der Geschäftsleitung für das Nicht-Haushaltsgeschäft und den Export zu seinem Nachfolger bestellt.

Bergwerksdirektor **Moritz Rauber**, Leiter des Bergwerks Ensdorf, vollendet heute das 65. Lebensjahr.

Dr. **Knut Fischer**, Auslandsdirektor der Bank für Handel und Industrie (Dresdner Bank), Berlin, wird zum 1. Oktober stellvertretendes Vorstandsmitglied der Berliner Bank.

Dr. **Julius Winter**, bis Ende 1967 Vorsitzender des Vorstandes der Gothaer Allgemeinen Versicherung AG und Vorstandsmitglied der Gothaer Lebensversicherung a.G., wird am 29. Mai 85 Jahre.

Bundesbankdirektor **Roman Flesch** wird als Nachfolger von Dr. **Gerhard Hauptmann**, der Ende Mai in den Ruhestand tritt, Vizepräsident der Landeszentralbank in Niedersachsen.

Dr. **Alfred Herrhausen**, Frankfurt, und Prof. Dr. **Paul Mikat**, Düsseldorf, wurde zusätzlich zu den bisher sieben Mitglieder in das Kuratorium der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung gewählt.

BÖRSENWOCHE / US-Bankgerüchte unterbrachen Kursanstieg am Aktienmarkt - Insgesamt recht gut gehalten

Die meisten Werte erzielten kleine Gewinne

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die deutsche Aktienbörse macht zwar einen recht stabilen Eindruck, wenn man die Kurse vom letzten Freitag mit denen vom vorangegangenen vergleicht; die meisten Publikumswerte erzielten sogar kleine Gewinne, die sich in einem leichten Anstieg des WELT-Aktienindex von 149,3 auf 149,8 Punkte niederschlagen. Hinter diesem Wochenvergleich verbirgt sich aber, daß die freundliche Aktientendenz, die von Montag bis Donnerstag trotz Verschärfung an der Streikfront die Börsianer überrascht und natürlich auch erfreut hatte, am Freitag wegen der dementierten Gerüchte über Liquiditätsprobleme der Manufacturers Hanover Bank, der viertgrößten Bank der USA und einer der feinsten Adressen, von einem Schwächeanfall abgelöst wurde.

Übrigens befand sich die deutsche Börse am Freitag in guter internationaler Gesellschaft; denn die Bankgerüchte schockierten weltweit. Auch wenn an ihnen überhaupt nichts dran ist: Die Tatsache, daß Börsianer an derartiges zu glauben bereit sind, zeigt, welcher Gefahr Banken bei einer Eskalation der internationalen Schuldenkrise ausgesetzt sind.

So waren es denn an der Freitagsbörse vor allem die Bankaktien, die unter Druck gerieten und Verluste von vier bis zehn Mark oder gut 2,5 Prozent ihres Kurswertes erlitten. Ihre Wochenbilanz fällt allerdings dank der vorangegangenen Steigerungen weniger ungünstig aus. Deutsche Bank ermäßigte sich auf 354 (-9,20) DM, Dresdner auf 167 (-1,50) DM und Commerzbank auf 162 (-8,50) DM, wovon sechs Mark auf den Abschlag für die Bardividende entfielen. Die Freitagsschwäche der Bankaktien wurde auf Abgaben zweier Publikums-Investmentfonds zurückgeführt, deren Manager offenbar nervös geworden waren nach dem Kurseinbruch amerikanischer Bankaktien.

Auch die größeren Freitagsverluste einiger anderer Aktien wie der Großchemiewerte (bis zu 2,70 DM), Siemens (-5,70 DM) und Daimler (-7,20 DM) schrieb man in erster Linie Verkäufen von Investmentgesellschaften und einiger ängstlich gewordener Haussiers aus der Kulisse zu. Als beruhigend wurde es jedenfalls empfunden, daß anfangs befürchtete Abgaben aus dem Ausland ausblieben und daß auch aus sonstigen Anlegerkreisen kein Verkaufsdruck zu spüren war. Die schwache Freitagstendenz spiegele vor allem den Kaufstreik vorsichtig gewordener Anleger wider, so hieß es, und als Käufer vermißte man besonders die an den Vortagen aktiven Ausländer.

Das Auslandsinteresse hatte sich bis zum Donnerstag auf die Autoaktien konzentriert, von denen Daimler und Mercedes um jeweils zehn Mark, BMW um 7,60 und VW um sechs Mark anzogen. Nach dem Kursrückgang am Freitag schlossen BMW mit 384,20 (im Wochenvergleich +5,10) DM, Daimler mit 567,80 (+0,60) DM, Mercedes mit 493 (+4,50) DM und VW mit 191,50 (+2,50) DM. Porsche wurden nach einem Anstieg auf 1033 DM zuletzt mit 1005 (-3) DM notiert. Einen überdurchschnittlichen Gewinn erzielten Conti-Gummi bei 125,10 (+5,10) DM, weil eine Verkaufsorder, die den Kurs seit Ende April um 15 Mark gedrückt hatte, entweder ausgelaufen oder wenigstens vorübergehend gestoppt worden ist.

Die Börse setzte in der letzten Woche darauf, daß der Streik bald beendet wird. Damit ist auch die Stabilität der Maschinenbauwerte zu erklären, die Gewinne bis zu 2,50 DM erzielten. Die Farbennachfolger profitierten bis zum Donnerstag noch mit Gewinnen von ein bis drei Mark von den guten Jahresabschlüssen und Quartalsberichten. Im Wochenvergleich schlossen BASF unverändert mit 163,59, Bayer bröckelten auf 167,80 (-1,50) DM ab und Hoechster erhöhten sich auf 173,30 (+0,70) DM.

Bei Veba (168,50 nach 165,50 DM) zeigte sich ebenfalls, daß die Börse gute Unternehmensberichte honoriert; auch die übrigen Versorgungswerte tendierten freundlich, so RWE-Stämme 162,60 (+1,60) und VEW 120,90 (+0,90) DM sowie Preussag 266 (+2,80) DM. Am Markt der Elektroaktien setzten PKI ihren Anstieg auf 390,50 (+7) DM fort, und Varta zogen auf 175,30 (+4,80) DM an. Siemens haben sich bei 389 (-1) DM im Wochenvergleich knapp behauptet. In der Gruppe der Warenhausaktien erwiesen sich Horten bei 194 DM als stabil, während Karstadt auf 254,50 (-6) DM und Kaufhof auf 235 (-3) DM nachgaben. Gewinne bis zu einer Mark erzielten die Stahlwerte Thyssen (84), Hoesch (116) und Klöckner (61,50). Für Nixdorf wurden im Handel per Erscheinen Kurse bis zu 450 DM genannt.

GENERAL MOTORS / Diversifizierung angekündigt

Elektronik als neues Bein

H.-A. SIEBERT, Washington

Der größte Automobilkonzern der Welt, die amerikanische General Motors Corp., will sich nicht mehr so stark auf den Fahrzeugbau verlassen. Wie Vorstandsvorsitzer Roger B. Smith in der Hauptversammlung der Aktionäre in Detroit erklärte, diversifiziert das Unternehmen in die Bereiche hochtechnologische Geräte und Datenverarbeitung. „GM" stellt bereits Autocomputer und Roboter her und will diese Erfahrung nutzen. Die Geschäftsführung erwägt, der Electronic Data System Corp. (EDS) in Dallas (Texas) eine Kaufofferte zu unterbreiten, die an zwei Milliarden Dollar heranreichen kann. EDS hat 1983 mit 14 000 Beschäftigten 652 Millionen Dollar umgesetzt.

Folgt man Smith, dann soll der Anteil der Elektronik am Konzernumsatz in absehbarer Zeit zehn Prozent übersteigen. 1983 machte er 74,6 (60) Milliarden Dollar aus, wobei 1,7 (2,1) Milliarden Dollar auf den Nicht-Auto-Sektor entfielen. Falls EDS nicht zu haben ist, will „GM" eine andere Computerfirma ins Visier nehmen. Fachleute schließen aus den Diversifizierungsplänen, daß der Vorstand von einem künftig schrumpfenden Automarkt ausgeht. Die liquiden Reserven des Konzerns werden auf neun Milliarden Dollar veranschlagt.

Wie Smith weiter mitteilte, steigert „GM" seine Investitionen in diesem Jahr um 50 Prozent auf sechs Milliarden Dollar. Davon fließen vier Fünftel in Projekte in den USA, 2,7 Milliarden Dollar allein in den Bundesstaat Michigan. Für ein neues Telekommunikationssystem werden 50 Millionen Dollar aufgewendet. Fortschritte macht laut Smith die Umorganisation der einzelnen „divisions". Er verteidigte die Ausschüttung von 182 Millionen Dollar an 5000 „GM"-Manager als Bonus. Nach seiner Schätzung werden in den USA 1984 insgesamt 14 Millionen Personen- und Lastkraftwagen abgesetzt.

RENTENMARKT / Zinsen blieben stabil

Von USA nicht angesteckt

Am Rentenmarkt tat sich wenig in der vorigen Wochen, wie die geringen Veränderungen der von der Börsen-Daten-Zentrale in Frankfurt berechneten Durchschnittsrenditen zeigen. Der deutsche Kapitalmarkt zeigt weiterhin eine bemerkenswerte Robustheit gegenüer dem Zinsanstieg in den USA, wo die Renditen für Regierungstitel um mehr als einen Viertelprozentpunkt auf rund 13¾ Prozent kletterten. Die zunächst freundliche Tendenz mündete allerdings wegen der US-Bankgerüchte in Unsicherheit. Anfang Juni wird mit einer neuen Bundesanleihe gerechnet; zuvor findet noch eine Sitzung des Zentralbankrates statt, bei der man eine Änderung des Leitzinsgefüges in Börsenkreisen nicht ausschließt. (cd.)

Emissionen	25.5. 84	18.5. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,62	7,60	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,70	7,69	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,66	7,67	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,87	7,82	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,67	7,64	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,37	7,34	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,21	8,21	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,67	7,65	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,91	7,94	8,08	8,45	10,32

Günter Nawrath wird 60 Jahre alt



Im Hamburger Otto-Versand gibt es Anlaß zu feiern. Am 28. Mai wird Günter Nawrath, langjähriger Vorstandsvorsitzender und seit März 1981 Aufsichtsratsvorsitzender bei dem Hamburger Großversender, 60 Jahre alt. Der gebürtige Berliner kam 1965 nach sechs Jahren als Vorstandsmitglied bei der Rheinstahl/-Henschel AG zum Otto-Versand und trat unter dem Motto „Opas Versandhaus ist tot" in Hamburg an.

Unter seiner Führung sind bei Otto die entscheidenden Schritte zum „Versandhaus von morgen" gemacht worden. Otto mit einem Gruppenumsatz von rund 7,4 Mrd. DM ist heute zweitgrößter deutscher und drittgrößter Versender der Welt. Vor gut drei Jahren gab Nawrath die Führung des Hauses an Michael Otto ab, den ältesten Sohn des Gründers Werner Otto. Auf seinen Sachverstand und die ruhige, feste Art, Dinge in Bewegung zu halten, wollten jedoch weder Werner Otto noch der neue Vorstandsvorsitzende verzichten.

Nawrath wurde Aufsichtsratsvorsitzender nicht nur des Versandhauses, sondern auch der Otto AG für Beteiligungen, eine aktive Besitz- und Managementholding der weltweiten Otto-Interessen. Er gehört ferner den Aufsichtsräten von Reemtsma, der Vereins- und Westbank, der Treuarbeit, der Albingia und der Nordsee Hochseefischerei an. (J.B.)

HONSEL-WERKE / Brasilien-Rückzug mit Verlust

Produktivität kräftig erhöht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit einer Steigerung der im Vorjahr stagnierenden Produktion um rund 3 Prozent auf 37 000 t spürte der Leichtmetall-Halbzeugproduzent Honsel-Werke AG, Meschede, 1983 noch wenig von der allgemeinen Konjunkturerholung. Schon gar nicht auf dem Heimatmarkt. Denn der Anstieg des Konzernumsatzes auf 371 (358) Mill. DM stammte hauptsächlich aus der auf 18,2 (15,6) Prozent erhöhten Exportquote und spiegelte vor allem die beträchtliche Aluminiumverteuerung, die man „nicht voll an die Kunden weitergeben konnte".

Den Ausgleich schaffte das Familienunternehmen, das als größter deutscher Aluminium-Kundengießer gilt, vor allem durch nochmals deutliche Produktivitätsverbesserung seiner um nochmals 3,7 (3,8) Prozent auf 3127 Mitarbeiter verringerten Konzern-Belegschaft. Sinnfälligstes Indiz: Im AG-Abschluß, der von den Konzernzahlen nur unwesentlich abweicht, ist der Personalaufwand kräftig auf nur noch 68,5 (73,1) Prozent des auf 189 (181) Mill. DM verbesserten Rohertrages gesunken.

Das war auch nötig. Denn mit 6,6 Mill. DM Abschreibungsaufwand hat sich Honsel von der eigenen, 1983 in die Verlustzone getaumelten Aluminiumguß-Aktivität in Sao Paulo/Brasilien zurückgezogen und die Anlagen an den Alcoa-Konzern vermietet. Diese Sonderlast schlug nach dem Jubiläums-Glanzjahr 1982 bis zum Gewinn-Ausweis durch: Der AG-Jahresüberschuß rutschte auf 2,9 (6,1) Mill. DM, die Dividende auf 12 (15) Prozent für die 6,51 Mill. DM Stammaktien und 6,75 (7,5) Prozent für die 4,19 Mill. DDM stimmrechtslosen Vorzugsaktien – in beiden Fällen aber noch deutlich mehr als in den Jahren vor 1982.

Den Willen zur Substanzstärkung bekunden die Familienaktionäre noch mit weiterer Stärkung der AG-Rücklagen um 1,4 (3) auf 23,7 Mill. DM. Desgleichen mit relativ hohen Konzern-Sachinvestitionen von 27,8 (23) Mill.DM (Schwerpunkte bei Rationalisierung und Ausbau der Guß-Kapazitäten) die aus der Innenfinanzierung gedeckt werden konnten und die solide Bilanzstruktur nicht ins Wanken brachten.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU / Großzügige Wertberichtigung

Neuen Handlungsspielraum gewonnen

INGE ADHAM, Frankfurt

„Wir haben das Ergebnistief der letzten Jahre hinter uns gelassen und wieder den nötigen Handlungsspielraum für die Erfüllung unserer Aufgaben aus eigener Kraft", kommentiert Vorstandsmitglied Richard Brantner das „erfreuliche" Ergebnis der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Die Bank steigerte im vergangenen Jahr ihr Betriebsergebnis um 301 Prozent auf 188,1 (46,9) Mill. DM. Dahinter steckt ein um 161 Prozent auf 228,6 (87,4) Mill. DM gestiegener Zinsüberschuß und ein um 7 Prozent größerer Provisionsüberschuß, während der Verwaltungsaufwand nur um 5 Prozent zunahm.

Das Ergebnis reichte aus, mit 113 Mill. DM eine großzügig bemessene Zuführung zu den Wertberichtigungen darzustellen, mit der alle im eigenen Obligo der Bank liegenden Kreditrisiken (und 5 Mrd. DM oder 7 Prozent des gesamten Kreditvolumens) berücksichtigt seien. Drei Viertel der Zuführungen bezeichnete Brantner als echte Vorsorge. Dazu kommen 10 Mill. DM Abschreibungen auf Wertpapiere. Erhöhte Risiken sieht die KfW im Stahlbereich, der am Jahresende mit 600 Mill. DM an den insgesamt 2,8 Mrd. DM Inlandskrediten im eigenen Obligo beteiligt war (bis zum Jahresende 1984 wird es etwa 1 Mrd. DM sein) und bei den bekannten Länderrisiken, von denen freilich nur 450 Mill. DM (von insgesamt 3,4 Mrd. DM Krediten mit „erhöhtem Risiko") auf die KfW durchschlagen würden. Denn insgesamt 60 Prozent des 72,4-Mrd.-DM-Kreditvolumens sind durch die öffentliche Hand gedeckt, weitere 33 Prozent sind durchlaufende Kredite.

Schwerpunkte der Neuzusagen von insgesamt 15,7 (12,5) Mrd. DM waren im vergangenen Jahr mit 13,4 (9,5) Mrd. DM Zusagen zur Förderung der deutschen Wirtschaft, davon 6,7 (4,8) Mrd. DM für inländische Investitionskredite. Im Mittelpunkt standen dabei kleinere und mittlere Unternehmen mit 4,5 (3,3) Mrd. DM Zusagen. Dabei wurden 3,5 (2,2) Mrd. DM aus 200 Mill. DM Bankmitteln um ein Prozent verbilligte Kredite gegeben und damit deutlich mehr als der ursprünglich von der KfW mit 2,2 Mrd. DM gesetzte Rahmen für das zinsverbilligte Programm.

Dagegen unterschritten die Zusagen im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit 2,2 (3) Mrd. DM ebenso wie die Exportfinanzierung mit 3,1 (3,8) Mrd. DM deutlich den Vorjahresstand. In diesem Bereich signalisieren aber die Zahlen der ersten vier Monate ein deutlich höheres Volumen; insgesamt wurden in den ersten vier Monaten 5,9 Mrd. DM Kreditzusagen gegeben nach 4,3 Mrd. in der Vorjahreszeit.

Die Erfolgsrechnung der KfW zeigt 65,5 Mill. DM Jahresüberschuß, mit dem (nach der Kapitalzuführung durch den Bund) die Eigenmittel auf 2,8 (2,7) Prozent der Bilanzsumme steigen. Bei der Refinanzierung von rund 5 Mrd. DM am Kapitalmarkt hat die KfW im vergangenen Jahr erstmals stärker auf Anleihen und Kassenobligationen gesetzt, um auch private Kapitalgeber anzusprechen. Dieser Trend soll in diesem Jahr fortgesetzt werden, in dem bisher bereits 2,6 Mrd. DM zu „günstigen Konditionen" aufgenommen wurden.

NIXDORF / Neue Aktien für 380 Mark

Acht Prozent garantiert

JOACHIM WEBER, Paderborn

„Ich würde mich freuen, wenn unsere Aktionäre recht lange Spaß an dieser Aktie hätten", meinte Heinz Nixdorf bei der Verkündung der Konditionen, zu denen die lange erwarteten Aktien seiner Nixdorf Computer AG, Paderborn, nun tatsächlich plaziert werden. Vom 4. Juni an werden dem Markt stimmrechtlose Vorzugsaktien im Nennwert von insgesamt 72 Mill. DM über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank zum Kurs von 380 DM je 50 DM-Aktie angeboten.

Sie werden bereits für das Gesamtjahr 1984 voll dividendenberechtigt sein. Für das entgangene Stimmrecht werden die Aktionäre mit einer Garantiedividende von acht Prozent entschädigt. Bei einem für 1984 erwarteten DVFA-Gewinn je Aktie von 20 DM ergibt sich ein Kurs-/Gewinnverhältnis von 19, das deutlich über dem Normalmaß liegt.

Auch bei dem 22-DM-Gewinn je Aktie, die bei nur halbjähriger Dividendenzahlung auf die Neulinge herauskämen, läge dieser Quotient mit 17 immer noch relativ hoch. Dazu Aufsichtsratsmitglied Herbert Zapp (Deutsche Bank): „Wir glauben, daß dies eine Bewertung ist, die der Markt für ein Technologiepapier dieser Qualität zu zahlen bereit sein wird".

Nixdorf fließen mit der Emission rund 550 Mill. DM an neuen Mitteln zu. Die Deutsche Bank macht dabei keinen Kursgewinn: 32 Mill. DM Nennwerte hatte sie zum Kurs von 175 DM je Aktie schon seit fünf Jahren im Portefeuille, und eine Kapitalerhöhung um 40 Mill. DM im Vorfeld der Plazierung machte sie zum Kurs von 544 DM je Aktie mit, so daß sich der Durchschnittskurs von 380 DM ergibt.

Bei der letzten Erhöhung zogen im übrigen auch die Mitarbeiter-Aktionäre (sieben Prozent von jetzt 360 Mill. DM Grundkapital) teilweise mit, indem sie ihr Bezugsrecht zum stattlichen Kurs von 500 DM je Aktie wahrnahmen.

Nixdorf sieht in der Aktienausgabe, mit der die Eigenkapitalquote auf etwa 45 (30) Prozent gesteigert wird, die Basis für künftige Expansion. Immerhin soll das Unternehmen seinen Umsatz von zuletzt 2,7 Mrd. DM in vier Jahren bereits wieder verdoppeln.

Der richtige Kurs liegt schon an: In den ersten vier Monaten 1984 nahmen Umsatz wie Auftragseingang um runde 20 Prozent zu. Gleichzeitig wurde die Belegschaft, zur Jahreswende weltweit bei 17 500 Mitarbeiter um 1100 Beschäftigte aufgestockt. Nixdorf: „Nicht in der Gewinnsteigerung sehe ich die Aufgabe dieser Gesellschaft, sondern darin Gewinn und Kapital in Arbeitsplätze umzusetzen". Und: „Hier sollte darum keiner Aktionär werden der dieses des kurzfristigen Gewinns wegen tut".

BENECKE / Spinnvliesfertigung verselbständigt

Britischer Partner für Peine

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die J. H. Benecke GmbH, Hannover, die zu den führenden Herstellern von hochwertigen Folien und beschichteten Materialien gehört, wird ihre in Peine angesiedelten Spinnvliesaktivitäten verselbständigen. Johann Heinrich Benecke, Vorsitzender der Geschäftsführung, begründet diesen Schritt mit der starken Expansion dieses Geschäftsbereichs. Zu diesem Zweck wird die Corovin GmbH gegründet. An der neuen Gesellschaft, die mit 8 Mill. DM Stammkapital ausgerüstet wird, beteiligt sich die britische Firmengruppe BPB Industries PLC, London, mit 50 Prozent.

Nach Angaben von Benecke wird die Corovin nach der im vergangenen Jahr angelaufenen zweiten Anlage im Pariser Werk 1986 eine weitere Anlage in Betrieb nehmen. Eine vierte Anlage soll wenig später in Großbritannien errichtet werden. Der Spinnvlies-Umsatz, der gegenwärtig bei 50 Mill. DM liegt, soll in der Endphase 150 Mill. DM erreichen. Die unter dem Warenzeichen „Corovin" vermarkteten Spinnvliese finden ihre Anwendungen in Hygiene-, Beschichtungs-, Schutzbekleidungs- und technischen Bereichen.

Die BPB-Gruppe beschäftigt weltweit 11 000 Mitarbeiter und weist für 1983 einen konsolidierten Umsatz von 470 Mill. Pfund aus. Wie es heißt, liegt das Schwergewicht der Tätigkeit bei der Gips-Herstellung; „bedeutende Aktivitäten" gebe es ferner in der Verpackungs- und Bauindustrie.

Die J. H. Benecke GmbH beziffert den im Jahre 1983 erzielten Umsatz auf „deutlich über 300 Mill. DM". Beschäftigt werden rund 1650 Mitarbeiter. Zur Ertragsentwicklung werden keine Zahlen genannt; das Ergebnis sei jedoch positiv. Mit einem Investitionsprogramm von 50 Mill. DM, das der Modernisierung der Produktionsanlagen zugute komme, ging in den letzten Jahren eine Straffung des Fertigungsprogramms einher.

Die Investitionen überstiegen die Abschreibungen deutlich und würden überwiegend aus dem Cash-flow finanziert. Das Unternehmen beliefert vor allem die Fahrzeugindustrie (Innenausstattung).

SÜD-CHEMIE / Von der Belebung der Chemie-Konjunktur deutlich profitiert

Gewinn ist um über 36 Prozent gestiegen

DANKWARD SEITZ, München

Von der nachhaltigen Belebung der Chemie-Konjunktur hat im Geschäftsjahr 1983 auch die Süd-Chemie AG, München, mit einer deutlichen Verbesserung ihrer Ertragslage profitieren können. Zum Ausdruck kommt dies nicht nur in dem auf 18,4 (12,9) Mill. DM gestiegenen Steueraufwand und in dem um 36,1 Prozent höheren Gewinn vor Steuern von 30,9 Mill. DM. Merklich angehoben wurden auch die Rückstellungen auf 66,3 (53,2) Mill. DM, wovon 21,1 (19,5) Mill. DM auf die Pensionsrückstellungen entfallen.

Der Jahresüberschuß nahm um 27,6 Prozent auf 12,6 Mill. DM zu, aus dem 6,1 (4,3) Mill. DM in die Rücklagen fließen. Der Hauptversammlung am 22. Juni kann daher vorgeschlagen werden, den Bilanzgewinn von 6,5 (5,6) Mill. DM für eine Ausschüttung von 10,50 (9) DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 30,37 Mill. DM zu verwenden.

Der Umsatzentwicklung gibt der Vorstand im Geschäftsbericht das Prädikat „befriedigend". Von Quartal zu Quartal sei eine Verbesserung eingetreten, jedoch in einzelnen Sparten recht unterschiedlich. Insgesamt konnte letztendlich ein Zuwachs von 9 Prozent auf 290 Mill. DM verzeichnet werden. Die Produktionsmenge verringerte sich vor allem wegen eines Rückgangs bei Massenprodukten allerdings um 1 Prozent.

Etwas verhaltener verlief dabei das Inlandsgeschäft mit plus 8,6 Prozent gegenüber dem Ausland mit plus 9,5 Prozent. Die Exportquote lag unverändert bei etwa 54 Prozent. Die höhere und gleichmäßigere Produktionsauslastung bei Spezialitäten habe schließlich trotz höherer Kosten zu der Ergebnisverbesserung beigetragen. Ähnlich günstig sei der Geschäftsgang der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gewesen.

Keineswegs pessimistisch ist nach Ansicht des Vorstandes auch das laufende Jahr zu bewerten. Die erfreuliche Absatzsteigerung des zweiten Halbjahres 1983 habe sich in den ersten Monaten 1984 weiter fortgesetzt. Die Investitionen sollen mit 16,7 Mill. DM auf Vorjahreshöhe gehalten werden und im wesentlichen in Forschung und Entwicklung fließen.

O & K / Unerwartet schnell konsolidiert

Lust zur Weserhütte-Fusion

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erstmals seit 1979 kann der Dortmunder Maschinen- und Anlagenbauer O & K Orenstein und Koppel AG für 1983 aus einem auf 1,36 (1,13) Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz – davon 57 (64) Prozent auf Auslandsmärkten – mit 6,5 Mill. DM Jahresüberschuß (nach 10,1 Mill. DM Vorjahresverlust) wieder ein positives Ergebnis vorweisen. Es soll voll in die dezimierten Rücklagen gehen. Reif zur Dividendenrückkehr fühlt sich die Firma erst ab 1986.

Schneller als gedacht, resümiert Vorstandssprecher Karl Heinz Siepe das 1983er Ergebnis, habe man nach schweren Verlustjahren die Konsolidierung erreicht. Den Hauptgrund nennt er im gleichen Atemzug: Hätte man nicht die Beschäftigtenzahl seit 1979 – bei auch damals 1,34 Mrd. DM Weltumsatz – um 33 Prozent (auch 1983 noch um 8,3 Prozent) auf nun 5916 Mitarbeiter reduziert, so wäre das Unternehmen von einer 1983 um 135 Mill. DM höheren Personalkostenlast gewiß in die Pleite getrieben worden.

Nun aber dünkt sich O & K stark genug, um auch für 1984 ähnlich Positives im Ertrag wie für 1983 zu erwarten. Eine in aktueller Auftragslage nahezu kühne Erwartung. Denn im ersten Tertial 1984 ist der Auftragseingang um 32 Prozent unter die Vorjahreshöhe geschrumpft. Woraus bei dieser mit gut der Hälfte ihres Gesamtgeschäfts von der Bauwirtschaft lebenden Firma die Befürchtung abgeleitet wird, der Konjunkturaufschwung bei Baumaschinen könnte allzu kurz und schon vorbei sein.

Aussichtsreiches verspricht sich der Vorstand insbesondere vom Ausbau der O & K-Weltmarktposition in der Gewinnungstechnik (vor allem Tagebau-Geräte des Bergbaus). Durch verstärkten Rückhalt am neuerdings mit 75 (50) Prozent an 90 Mill. DM Aktienkapital beteiligten Hoesch-Konzern, der obendrein mit einem (eventuell in Aktienkapital umwandlungsfähigen) „Aktionärsdarlehen" von 50 Mill. DM engagiert ist, klingt auch Fusionslust in der Zukunftsperspektive des Vorstands an.

Zwar ist man bei der Übernahme des Hanomag-Baumaschinenbereichs aus der gestrandeten Esch-Gruppe („das wäre eine ideale Programm-Ergänzung gewesen") nicht zum Zuge gekommen. Doch noch Attraktiveres wittert der Vorstand aus einer Fusion mit der etwa gleich großen und im Bereich des Material-Handling auf verwandten Gebieten arbeitenden Gruppe PHB Weserhütte AG, Köln. Dort hat sich der Hoesch-Konzern mit 49,5 Prozent (aus Arbed-Besitz) beteiligt, liegt darob aber (als Passiv-Beteiligter) im Rechtsstreit mit dem Kölner Otto-Wolff-Konzern (50,4 Prozent Kapitalanteil), der ein mißachtetes Vorkaufsrecht an den von Hoesch erworbenen Aktien geltend gemacht. Von einer Entkrampfung dieser Großaktionärs-Konfrontation bei PHB konnte auch der O & K-Vorstand nun noch nichts vermelden.

KABELMETAL ELECTRO / Positive Zusammenarbeit mit der neuen Mutter

Großauftrag aus Kuwait stützt den Export

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die kabelmetal electro GmbH, Hannover, die Mitte 1982 nach der Ausgliederung der Elektroaktivitäten von der Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG auf die französischen Les Cables de Lyon überging, hat im ersten vollen Geschäftsjahr 1983 ihre Ziele im wesentlichen erreicht. Nach Angaben der Geschäftsführung erreichte der Jahresüberschuß 7,4 Mill. DM. Er ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf das Stammkapital von 105 Mill. DM. Der Umsatz nahm, vergleichbar gemacht, um 1 Prozent auf 806 Mill. DM zu, obwohl im Export Einbußen von fast 11 Prozent verzeichnet wurden. Der Weltumsatz blieb mit 1,1 Mrd. DM konstant.

Für 1984 rechnet Geschäftsführer Erhard Falk mit ähnlichen Ergebnissen. Dies gelte sowohl für den Umsatz wie für den Ertrag. Der Auftragsbestand sichere die Beschäftigung für die Dauer von drei bis vier Monaten, ein für die Branche „ganz gutes" Polster. Die sieben inländischen Werke mit ihren rund 4500 Beschäftigten *seien gut ausgelastet.*

Allerdings verläuft die Entwicklung in den einzelnen Produktbereichen differenziert. So müsse in der Starkstromtechnik, dem wichtigsten Produktbereich, mit eher noch verstärkten rezessiven Tendenzen gerechnet werden. Schwierigkeiten erkennt Falk im Auslandsgeschäft. Lediglich der Hereinnahme eines Großauftrags aus Kuwait (rund 130 Mill. DM) sei es zu verdanken, daß der Exportanteil am Auftragseingang nicht zurückging. Das Kuwait-Projekt werde Ende 1985 abgewickelt sein. Im Berichtsjahr verringerte sich die Exportquote auf 27 (35) Prozent.

Die Zusammenarbeit mit der französischen Mutter gestalte sich weiter positiv. Vorteile ergeben sich vor allem in den Bereichen Rohstoffversorgung, Forschung und Entwicklung sowie bei den Auslandsinvestitionen. In den USA zum Beispiel wurden zwei bislang getrennt arbeitende Betriebe zur Chester Cablewave Systems Corp. fusioniert. Cables de Lyon und kabelmetal electro sind an dem Unternehmen, das einen Umsatz von 240 Mill. DM erzielt und mit Gewinn arbeitet, paritätisch beteiligt.

Als wenig aussichtsreich bezeichnet kabelmetal-Geschäftsführer Wolfgang Plinke nach der negativen Entscheidung des Bundeskartellamtes die Chancen für das Berliner Glasfaser-Projekt. Die Lizenz-Problematik lasse für Alternativlösungen kaum Spielraum.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Nachl. d. Irmgard Hoppe geb. Fürstenberg; **Cuxhaven:** Helga Verbarg; **Düren:** Heinrich Kluxen GmbH; **Geilenkirchen:** Albert Hansen; **Göppingen:** SÜD TANK Süddeutsche Tankanlagen- u. Garagenausrüstungs-Ges. Bomm GmbH & Co., Geislingen; Nachl. d. Manfred H. Hipp, Inh. d. Fa. Hipp-Mögel Manfred H. Hipp, Eislingen/Fils; **Hamburg:** Nachl. d. William Wilhelm Carl Hoffmann; **Hannover:** Helmut Geiger jun.; **Herford:** Nachl. d. Theodor Henke, Bad Oeynhausen; MOBE Bekleidungs GmbH, Löhne; **Kassel:** Landwehr + Schultz Haus- u. Sicherheitstechnik GmbH; **Krefeld:** a) Verena Modelle GmbH & Co. KG, b) Gertrud Mann GmbH, Tönisvorst; **Montabaur:** Ewald Laurenzius Wolf, Herschbach; **Mühldorf a. Inn:** Franziska Knör; Otmar Döring, Neumarkt-Sankt Veit; **Münster:** Bernhard GmbH i.L.; **Neustadt a. Rbge.:** BaFi - Baubetreuungs- u. Hausbau GmbH, Garbsen (Berenbostel); **Neustadt/Wstr.:** EAT GmbH, Bad Dürkheim; **Pinneberg:** Gebr. Harmstorf Bau GmbH, Wedel; **Rosenheim:** Nachl. d. Otto Gessert, Prien am Chiemsee; **Schwäbisch Hall:** Eugen Spiegel; **Ulm (Donau):** Nachl. d. Rodolfo Ruscelli.

Anschlußkonkurs eröffnet: Düsseldorf: GECO General Contractor Baumanagement GmbH; **Duisburg:** Theodor Thommessen, Mülheim; **Mayen:** ECO-Wirtschaftsberatungs GmbH.

FINANZANZEIGEN

Auslosungsbekanntmachung

8½ % Anleihe von 1970 der Freien und Hansestadt Hamburg
– Kenn-Nr.: 136 561 – 136 570

In der am 21. Mai 1984 vorgenommenen Auslosung ist die

Serie 2 Kenn-Nr.: 136 562

gezogen worden. Diese Serie umfaßt folgende Nummern:

Stück 4500 über je DM 100,– Nr. 004501 – 009000
Stück 3000 über je DM 500,– Nr. 048001 – 051000
Stück 4500 über je DM 1.000,– Nr. 079501 – 084000
Stück 390 über je DM 5.000,– Nr. 120391 – 120780
Stück 160 über je DM 10.000,– Nr. 124061 – 124220

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen der vorstehenden Serie. Die Einlösung der am 21. Mai 1984 ausgelosten Stücke erfolgt vom 1. September 1984 ab zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibungen und der noch nicht fälligen Zinsscheine per 1. März 1985 uff. bei nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

Hamburgische Landesband – Girozentrale –

Bank für Gemeinwirtschaft AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Saar AG
Conrad Hinrich Donner
Hamburger Sparkasse
Norddeutsche Volksbanken AG – Zentralbank –
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Commerzbank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Dresdner Bank AG
Marcard & Co.
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Mit Ablauf des 31. August 1984 hört die Verzinsung der zum 1. September 1984 ausgelosten Schuldverschreibungen auf. Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten:
Stücke mit der Serie 3 (per 01. 09. 77)
Stücke mit der Serie 6 (per 01. 09. 78)
Stücke mit der Serie 7 (per 01. 09. 79)
Stücke mit der Serie 8 (per 01. 09. 80)
Stücke mit der Serie 6 (per 01. 09. 81)
Stücke mit der Serie 1 (per 01. 09. 82)
Stücke mit der Serie 10 (per 01. 09. 83)

Hamburg, 21. Mai 1984

Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde
– Vermögens- und Beteiligungsverwaltung –

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL
Bekanntmachung

Folgende Pfandbriefe der Schleswig-Holsteinischen Landschaft sind am 21. Mai 1984 ausgelost worden und werden am 1. 7. 1984 zum Nennwert zur Rückzahlung fällig:

5,5% Reihe 10 – Kenn.-Nr. 325 009 – Alle Stücke zu DM 1000,– mit der Endziffer – 5 –
5,5% Reihe 12 – Kenn.-Nr. 325 011 – Alle Stücke zu DM 1000,– mit der Endziffer – 3 –

Am 30. Juni 1984 endet die Verzinsung aller gelosten Stücke. Die Einlösung erfolgt ab 1. Juli 1984 für Rechnung der Schleswig-Holsteinischen Landschaft bei der

BANK COMPANIE NORD AG, Martensdamm 2, 2300 Kiel 1

gegen Einreichung der gelosten Stücke mit den Zinsscheinen per 2. 1. 1985 uff. und den Erneuerungsscheinen. Der Gegenwert fehlender Zinsscheine wird vom Einlösungsbetrag abgezogen.

Aus früheren Verlosungen von Schleswig-Holsteinischen landschaftlichen Pfandbriefen sind folgende Restanten vorhanden:

– 325 001 – 4% Altsp.-Pfdbr. Reihe 2 J/J
1/DM 100,– Nr. 9625 gelost z. 1. 7. 1959
1/DM 100,– Nr. 9634 gelost z. 1. 7. 1961
1/DM 50,– Nr. 27331 gelost z. 1. 7. 1965
2/DM 100,– Nr. 16132, 18504 gelost z. 1. 7. 1971
2/DM 100,– Nr. 13712, 18503 gelost z. 1. 7. 1972
1/DM 50,– Nr. 25208 gelost z. 1. 7. 1972
1/DM 100,– Nr. 16302 gelost z. 1. 7. 1974
3/DM 100,– Nr. 11182, 15650, 18505 gelost z. 1. 7. 1975
1/DM 500,– Nr. 3285 gelost z. 1. 7. 1976
– 325 009 – 5,5% Reihe 10 J/J
1/DM 1000,– Nr. 85398 gelost z. 1. 7. 1981
1/DM 1000,– Nr. 85396 gelost z. 1. 7. 1983
– 325 014 – 6% Reihe 15 J/J
alle Stücke zu DM 100,– Nr. 118311–118320 gelost z. 1. 7. 1976
– 325 019 – 7% Reihe 20 J/J
1/DM 500,– Nr. 177325 gelost z. 1. 7. 1978
1/DM 500,– Nr. 177334 gelost z. 2. 1. 1979

Kiel, den 21. Mai 1984

Die Schleswig-Holsteinische Generallandschaftsdirektion

Markt- und Kühlhallen Aktiengesellschaft, Hamburg

Wertpapier-Kenn-Nr. 856 900

Wir laden hierdurch die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

ordentlichen Hauptversammlung

ein, die am 2. Juli 1984 um 11.00 Uhr im Großen Saal der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 6, in Hamburg stattfindet.

Nähere Angaben über die Tagesordnung sowie die erforderliche Hinterlegung der Aktien zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung bitten wir der im Bundesanzeiger Nr. 98 vom 24. Mai 1984 erfolgten Bekanntmachung zu entnehmen.

Der Vorstand

Hamburg, den 24. Mai 1984

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Sitz: Wiesbaden
HINWEISBEKANNTMACHUNG

Im Bundesanzeiger Nr. 99 vom 25. Mai 1984 haben wir unsere Aktionäre eingeladen zu der am

Mittwoch, dem 4. Juli 1984, 11.00 Uhr,

in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Mainz-Amöneburg (Stadtkreis Wiesbaden), Biebricher Straße, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1. Vorlage des von Vorstand und Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983.
   Den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht erhalten die Aktionäre auf Verlangen über ihre Depotbanken. Aktionäre, die ihre Aktien nicht bei einer Bank verwahren lassen, können die genannten Unterlagen bei der Gesellschaft anfordern.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Wahl zum Aufsichtsrat.
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.

Alle Einzelheiten, besonders über die Vorschläge der Verwaltung und der Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung, bitten wir der genannten Bekanntmachung zu entnehmen.

Wiesbaden, im Mai 1984

DYCKERHOFF
Zementwerke AG
DER VORSTAND



Mit Worten unterwegs
Schriftsteller arbeiten mit Inhaftierten e. V.

Im neunten Jahr arbeiten wir im Rahmen dieses als gemeinnützig anerkannten Vereins mit der Literatur in den Gefängnissen Nordrhein-Westfalens. Wir veranstalten Lesungen, führen Gespräche und fördern Ausbildungen. Unser Ziel ist, den Kontakt zwischen Gefängniswelt und der Öffentlichkeit herzustellen und Alternativen für die Zukunft zu öffnen. Der Kultusminister unterstützt die Aktion. Aber das reicht nicht. Deshalb suchen wir private Spenden. Unsere Konto-Nr. BLZ 300 700 10 / 230 3600 Deutsche Bank AG, D'dorf (Spendenquittung wird ausgestellt). Bitte fordern Sie Prospekte, Presseberichte und Bücher an:

Dr. Astrid Gehlhoff-Claes
Kaiser-Friedrich-Ring 53, 4000 Düsseldorf 11



Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1983

– in gekürzter Form – mit Vergleichszahlen 1982

Aktivseite

	31.12.1983 Mill. DM	31.12.1982 Mill. DM
Barreserve (Kasse, Bundesbank, Postscheck)	4.137	3.852
Wechsel	1.678	981
darunter bundesbankfähig	1.143	559
Forderungen an Kreditinstitute	21.278	25.385
täglich fällig	2.393	5.096
befristet a) bis unter 4 Jahre	14.823	16.845
b) 4 Jahre oder länger	4.062	3.444
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	330	425
Anleihen und Schuldverschreibungen	7.379	5.284
Andere Wertpapiere	1.485	1.312
Forderungen an Kunden	42.090	40.343
a) bis unter 4 Jahre	25.907	22.614
b) 4 Jahre oder länger	16.183	17.729
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	130	140
Beteiligungen	2.164	2.098
Grundstücke und Gebäude	814	772
Betriebs- und Geschäftsausstattung	312	300
Restliche Aktivpositionen	3.474	2.685
Bilanzsumme	85.271	83.577

Passivseite

	31.12.1983 Mill. DM	31.12.1982 Mill. DM
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.996	23.493
täglich fällig	4.282	4.926
befristet a) bis unter 4 Jahre	13.956	14.417
b) 4 Jahre oder länger	3.707	4.082
von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	51	68
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern (Kundeneinlagen)	47.965	45.330
täglich fällig	11.581	10.782
befristet a) bis unter 4 Jahre	20.937	20.915
b) 4 Jahre oder länger	2.294	645
Spareinlagen	13.153	12.988
Schuldverschreibungen	8.109	8.232
darunter Dresdner Bank-Sparobligationen u. -Sparbriefe	3.371	4.352
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	1.051	904
Rückstellungen	1.577	1.413
Sonderposten mit Rücklageanteil	23	50
Grundkapital (Bedingtes Kapital 100 Mill. DM)	988	988
Offene Rücklagen	2.539	2.377
Carl Goetz-Stiftung	1	1
Restliche Passivpositionen	903	710
Bilanzgewinn	119	79
Bilanzsumme	85.271	83.577
Indossamentsverbindlichkeiten	2.308	2.200
Avalverbindlichkeiten	10.699	10.781
Rücknahmeverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	50	58
Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz	93	136

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1983

mit Vergleichszahlen 1982

Aufwendungen

	1983 Mill. DM	1982 Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	4.085,0	5.391,3
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	94,3	53,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	604,0	401,4
Gehälter und Löhne	1.222,6	1.187,1
Soziale Abgaben	181,0	166,1
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	203,6	156,7
Sachaufwand für das Bankgeschäft	644,0	574,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	124,9	110,9
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	5,8	13,7
Steuern	230,2	197,2
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	229,2	196,4
b) sonstige	1,0	0,8
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	22,8	34,4
Sonstige Aufwendungen	97,9	64,5
Jahresüberschuß	228,6	139,0
Summe der Aufwendungen	7.744,7	8.489,7
Jahresüberschuß	228,6	139,0
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	–	0,0
	228,6	139,0
Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen	110,0	60,0
Bilanzgewinn	118,6	79,0

Erträge

	1983 Mill. DM	1982 Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.786,9	6.811,0
Laufende Erträge	712,0	635,3
aus a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	513,5	428,9
b) anderen Wertpapieren	63,4	83,0
c) Beteiligungen	135,1	123,4
Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	882,2	764,9
Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	259,4	218,2
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	4,0	1,6
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter „Andere Erträge" auszuweisen sind	50,0	58,4
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	50,2	0,3
Summe der Erträge	7.744,7	8.489,7

Der vollständige Jahresabschluß zum 31. 12. 1983 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Treuhand-Vereinigung AG, Frankfurt am Main, wird voraussichtlich am 30. Mai 1984 im Bundesanzeiger Nr. 102 veröffentlicht werden.

Der ausführliche Geschäftsbericht für das Jahr 1983 kann bei allen Geschäftsstellen der Dresdner Bank AG und der Bank für Handel und Industrie AG, Berlin, angefordert werden.

Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main.

Dresdner Bank



Dresdner Bank
Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

Wertpapier-Kenn-Nr. 804 610

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Bank vom 25. Mai 1984 wurde die Ausschüttung einer Dividende von DM 6,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital vom 31. Dezember 1983 von DM 987.996.350,–, zahlbar am 28. Mai 1984, beschlossen.

Die Auszahlung erfolgt unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 der Aktien bei einer Zahlstelle. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Zahlstellen:

Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West): Dresdner Bank AG, Frankfurt am Main, mit sämtlichen Niederlassungen
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
sowie
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt am Main – Berlin
Bankhaus Reuschel & Co., München

Belgien: Banque Bruxelles Lambert S.A., Brüssel

Frankreich: Banque Nationale de Paris, Paris
Banque Veuve Morin-Pons, Lyon und Paris

Großbritannien: Barclays Bank PLC, London
Dresdner Bank AG London Branch, London

Italien: Banca Nazionale del Lavoro, Rom
Dresdner Bank AG Sede di Milano, Mailand

Luxemburg: Banque Internationale à Luxembourg S.A., Luxemburg
Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – Dresdner Bank International –, Luxemburg

Niederlande: Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam

Österreich: Österreichische Länderbank AG, Wien

Schweiz: Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Dresdner Bank (Schweiz) AG, Zürich

Spanien: Dresdner Bank AG Sucursal de Madrid, Madrid und Barcelona

Frankfurt a. M., im Mai 1984

Dresdner Bank
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Dresdner Bank

Labor-Chance

In einem modern geführten mittelständischen Unternehmen, spezialisiert auf die Herstellung hochwertiger Holz- und Industrielacke, wartet eine abwechslungsreiche Aufgabe auf den neuen Labor-Leiter. Er soll Entwicklung und Fertigung steuern und den Mitarbeiterstab kooperativ lenken.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 2. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Endlich ein neuer Meister, oder: Der Erfolg ist nicht käuflich, aber planbar geworden

Die Bundesliga hat selbstverständlich wieder ihr Ziel erreicht, diesmal aber auf leisen Sohlen, ohne den großen Paukenschlag, ohne die prickelnde Spannung, mit der der Hamburger SV und der SV Werder Bremen im vergangenen Jahr die Saison beendeten. Die entscheidende Hürde in dieser Saison nahm der neue Meister VfB Stuttgart schon in der letzten Woche, jetzt konnte nur noch ein müder Nachschlag folgen.

Was sich die gesamte Branche schon fast sehnsüchtig gewünscht hat, ist endgültig Wirklichkeit geworden: Der Meister kommt einmal nicht aus Hamburg oder München, wie es in den letzten fünf Jahren stets der Fall war. Endlich wurde nun der Beweis erbracht, daß starre Ehrfurcht vor den beiden Großen nicht angebracht ist, daß man ihnen nicht kampflos das Feld überlassen muß, daß auch sie mit gleicher Elle zu messen sind.

Das Einerlei an der Spitze ist also aufgehoben, für die Bundesliga besteht darin eine große Chance. Stuttgart und wohl auch Borussia Mönchengladbach haben es vorgemacht, daß durch eine besonnene und behutsame Aufbauarbeit mit jungen und routinierten Spielern Erfolge durchaus möglich sind. Der Erfolg ist planbar geworden. Das hat Herrmann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), festgestellt. Schluß also mit der Vorstellung, Titel seien allein käuflich. Die Hamburger, die in Schatzschneider und Wuttke viel Geld investiert haben, um zum dritten Mal in Folge Meister zu werden, werden ihre Vereinspolitik überdenken müssen, wenn sie es nicht schon getan haben.

Die Art und Weise, wie die Stuttgarter nach 32 Jahren wieder einen Titel geholt haben, zeichnet für die Zukunft doch neue Möglichkeiten auf. Dem neuen Meister fehlt noch das Etikett, und das ist gut so. „Einfach cool" spielten die Hamburger in ihren Glanzzeiten, „clever" waren stets die Bayern aus München, und „Sturm und Drang" wurde früher den Mönchengladbachern nachgesagt – diese Bezeichnungen trafen stets auf das gesamte Team zu. Der neue Meister aber bleibt in seiner Charakterisierung noch teilbar, wodurch die weitere Entwicklung interessant wird – hart und konsequent in der Abwehrarbeit (durch die Förster-Brüder, Buchwald und Schäfer), spielfreudig im Angriff (durch Allgöwer, Ohlicher und Corneliusson) und intelligent im Mittelfeld (durch den Spielmacher Sigurvinsson). Diese drei Zutaten müssen noch zu einer Einheit werden – der VfB Stuttgart besitzt dazu die unbegrenzten Möglichkeiten. Dann wird auch dieses Team ein Etikett bekommen.

Dieser Aspekt allein stimmt versöhnlich mit einer Saison, die ansonsten mehr von unüberwindbaren Hürden gekennzeichnet war. Das frühe Ausscheiden aller Bundesligaklubs und das schlechte Image der Nationalmannschaft darf nicht so leicht verdrängt werden, auch wenn die Ereignisse schon Monate zurückliegen. Herrmann Neuberger: „Damals ist eine schlechte Stimmung aufgekommen." Für den, der über den Stadionrand hinausblickt, hat sich das Stimmungsbarometer nur in Stuttgart verbessert. Skepsis ist weiterhin angebracht, und die nach wie vor aktuelle Frage, wie lange kann diese Bundesliga noch überleben?

Die Zuschauer-Entwicklung ist weiter rückläufig. Die Bundesliga hat also noch mehr von ihrem Reiz verloren, sie bietet nicht mehr die Unterhaltung und die Spannung, die der Zuschauer erwartet. Härter und brutaler wird offenbar auch um Tore und Punkte gekämpft, denn noch nie gab es so viele Platzverweise und gelbe Karten. Die Bundesligaklubs sind zudem immer noch mit rund 50 Millionen Mark verschuldet, ein Abtragen dieser Schuldenlast ist nicht in Sicht.

Wie lange kann es sich die Bundesliga noch erlauben, dieser Entwicklung tatenlos zuzuschauen? Vom DFB wird wohl nie Hilfe für die Vereine kommen. Wenn Neuberger die Bundesliga am besten Dienstag oder Freitag spielen lassen will, so führt er nur ein Scheingefecht durch. Das Geld sitzt beim Zuschauer an diesen Tagen genausowenig locker wie bislang am Samstag.

Hilfe von den Spielern ist ohnehin nicht zu erwarten, sie werden weiter mitnehmen, was zu kriegen ist – was auch ihr gutes Recht ist. Die Präsidenten werden ganz bestimmt nicht klüger bei der Verteilung der Gelder. Bernd Cullmann, der frühere Nationalspieler, verfolgte voller Sorge, daß sich die jungen Spieler in der Kabine nur noch über Rolex-Uhren und Autos unterhalten. Warum können sie das?

Dettmar Cramer, der Fußball-Denker aus Leverkusen, hat in einem WELT-Interview gesagt, die Trainer seien jetzt stärker gefordert. Solange ein 0:0 schon als Erfolg gewertet wird, solange ein 1:0 mehr gilt als ein 5:3, solange Mannschaften manchmal sogar mit einem Stürmer anflaufen und solange es immer noch als Kavaliersdelikt angesehen wird, wenn sich die Spieler gegenseitig brutal in die Beine treten – so lange wird die Bundesliga in der Kritik bleiben.

Die Anzahl der Spiele, die langweilig über die Bühne gehen und schnell vergessen sind, ist einfach zu hoch. Was bleibt denn in dieser Saison an begeisternden und spannenden Spielen, die sich in den Köpfen festgesetzt haben – doch eigentlich nur die beiden Halbfinalspiele im Pokal. Das ist zu wenig, um sich auf die Schulter zu klopfen.

ULRICH DOST

Saison-Abschluß der Fußball-Bundesliga: So feierte der VfB Stuttgart seinen Titel nach einer 0:1-Niederlage gegen den Hamburger SV

So spricht der Präsident: „Wir bleiben unserem schwäbischen Stil treu. Wir sind solide, bieder und rechtschaffen"

Von MARTIN HÄGELE

Die Nacht gehörte ihnen. Bis die Vögel zwitscherten. Stuttgart tanzte und feierte, das ganze Schwabenländle war außer Rand und Band. „32 Jahre lang haben wir auf diesen Tag und diese Meisterschaft gewartet", erklärte der VfB-Präsident **Gerhard Mayer-Vorfelder** (48) immer wieder. Seine Stimme vibrierte dabei. Ja, es hätte nicht viel gefehlt, und der hartgesottene Politiker hätte vor lauter Rührung geheult. An diesem Tag liefen manchen gestandenen schwäbischen Mannsbildern die Tränen über die Backen.

Um Mitternacht war **Karl-Heinz Förster** (25) zum letzten Mal hinausgegangen auf den Rathausbalkon am Marktplatz. Noch einmal zeigte der Kapitän sich und die Meisterschale dem Volk. „Die Leute haben mich halb zerrissen, abgeküßt, gegen diese Begeisterung war die Europameisterschaft oder die Vize-Weltmeisterschaft ein Klacks", so Förster.

Auch vor den Augen des Nationalspielers hing ein feuchter Glanz. Diese Gefühle, sagte **Karl-Heinz Förster**, seien gekommen, als es bei Halbzeit noch 0:0 stand und sie sich sicher waren, daß der HSV ihnen den Titel nicht mehr entreißen könne. Damit wolle er gewiß nicht die 0:1-Niederlage entschuldigen. „Aber wir haben vor lauter Glück nicht mehr laufen können. Auf dem Platz haben wir realisiert, daß wir jetzt endlich am Ziel sind."

Was da in ihren Köpfen vorging, hat man den Stuttgarter Spielern erst auf der Ehrenrunde und dann später im Jubelkonvoi durch das Spalier von 300 000 begeisterten Anhängern angesehen. Bis auf den grinsenden **Karl Allgöwer** (27) hatten alle VfB-Spieler geguckt, als müßten sie zur Beerdigung.

*

Trainer **Helmut Benthaus** (48) tat diese Verkrampfung und die Niederlage (Torschütze **Jürgen Milewski**, 26, in der 85. Minute) auch mit wenigen Sätzen ab: „In der Bundesliga wird man nicht in einem einzigen Spiel Meister, sondern an 34 Samstagen. Und wir standen an den meisten Sonntagen in der Tabelle oben."

Auch **Hermann Neuberger** (64), der DFB-Präsident, sah keinen Grund, „am neuen Meister herumzukritteln". Der VfB habe sich in imponierender Weise unter die großen Mannschaften des deutschen Fußballs geschlichen, führte Neuberger aus, und er wünsche dieser Mannschaft viel Erfolg auf internationaler Ebene.

Europapokal, Nachfolger des FC Bayern München und des Hamburger SV, diese Elle wird im Sommer bei den Schwaben angelegt. Und obwohl den verantwortlichen Leuten nach dem großen Triumph zuallererst nach Dampfablassen und Draufmachen zumute war, stand irgendwann die Frage im sparsam-spartanisch hergerichteten Rathaussaal – man saß auf Bierbänken – was der neue deutsche Champion international wert sei.

Denn schon in der vergangenen Woche hatte Spielmacher **Asgeir Sigurvinsson** (29) einen Klassestürmer gefordert. Dieser Meinung schließt sich auch Karl-Heinz Förster an: „Wenn man einmal oben steht, dann muß man das zementieren".

Reicht das gegen den FC Liverpool oder Juventus Turin? Er, so Mayer-Vorfelder, habe keine Angst vor dem Europapokal. Die Truppe sei gut, und wenn man die internationalen Anforderungen nicht erfülle, dann sei der VfB eben gewogen und zu leicht befunden worden. Mayer-Vorfelder: „Aber ich werde unseren Schulden, die wir ohnehin haben, nicht noch zwei weitere Millionen hinzufügen. Außerdem wird sich der **Dan Corneliusson** steigern. Er ist erst 22, ein junger Spund, er kommt von einer Fischerinsel. Er braucht eben seine Zeit.

Das schließt freilich nicht aus, daß die Schwaben jetzt und für immer auf ihrem Geldbeutel hocken. Wenn im nächsten Jahr der Torjäger der Nationalmannschaft, **Rudi Völler** (24), auf



den Markt kommt, dann will sich auch der VfB zu Wort melden. Mayer-Vorfelder: „Sicher werden wir da mitbieten. Aber wir bleiben unserm schwäbischen Stil treu. Wir sind solide, rechtschaffen und bieder. Anderswo wird das vielleicht nicht verstanden. Aber im Schwabenland kann man auf diese Weise Erfolg haben." Da paßt dann auch das Wort von Geschäftsführer **Ulrich Schäfer** (44): „Die Niederlage gegen Hamburg werden wohl alle schnell vergessen. Und außerdem haben wir 20 000 Mark Siegprämie gespart." Der Präsident spottete: „Franz Josef Strauß war angekündigt und wohl schon unterwegs ins Neckarstadion. Aber dann hat er erfahren, daß die Bayern mit der Sache nichts zu tun haben."

*

Neun Jahre lang hat der VfB-Präsident mit seinem Konzept landsmannschaftlicher Verbundenheit auf diesen Punkt hingearbeitet. Bis auf die beiden Nordlichter Sigurvinsson und Corneliusson spricht nur der Duisburger **Thomas Kempe** (24) nicht im schwäbischen oder badischen Zungenschlag. Mayer-Vorfelder: „Schauen Sie sich doch mal diese Jungen an. Sicher sind das eiskalte Pokerer, wenn's um Verträge geht. Aber sonst? Da raucht keiner Haschisch oder zündet Hundertmarkscheine an." Pausenlos hatte er sie wie ein stolzer Vater an diesem Tag an die Brust gedrückt. Doch selbst in der überschäumenden Freude schaute Mayer-Vorfelder über den Rand des Stuttgarter Suppentopfs hinweg.

Von einem Moment auf den andern wich der Jubel in ihm der Besinnlichkeit. Er sei unbändig stolz gewesen bei der Fahrt durch die Stadt. Aber er habe auch Angst gekriegt vor den Menschenmassen. Mayer-Vorfelder: „Wenn ich diesen Fetischismus sehe. Wie die Leute sich darum reißen, nur die Hand vom Karl-Heinz Förster oder die Meisterschale zu berühren."

Der Minister für Kultur und Sport sorgt sich ernsthaft um die Zukunft des Fußballs. Nicht nur an der Basis, bei den Fans, auch dort, wo das Spiel die Menschen ernährt. „Wir müssen normaler werden", sagt er, „wir müssen vom hohen Roß herunter und erkennen, daß 20 000 Zuschauer bei einem Bundesligaspiel Realität sind."

Als Präsident des neuen deutschen Meisters will Mayer-Vorfelder seine Ideen und seinen Einfluß auch im Deutschen Fußball-Bund geltend machen. Man müsse dienstags und freitags spielen, das Wochenende für die Familie freihalten, die Sommerpause kürzen, die Winterpause verlängern und die Liga auf 16 Klubs reduzieren.

In Kürze will sich Mayer-Vorfelder mit den Vertretern von Bayern München, Hamburg, Gladbach und Bremen, den deutschen Topklubs also, zusammensetzen, um ein Sanierungsprogramm durchzupauken. Warum sind die Modernisierungsvorschläge der Vereine bisher gescheitert?

Mayer-Vorfelder: „Zu unseren Sitzungen reisen die Vertreter freitags nach Frankfurt an, werden abgefüllt, sitzen samstags mit verquollenen Augen da, und vorne erledigen Herr Neudecker und Herr Wilfried Straub vom DFB die Geschäfte."

*

Abschiednehmen hieß es in München für **Karl-Heinz Rummenigge** (28). Für zehn Millionen Mark wechselt er zu Inter Mailand. Rummenigge: „Der Abschied fälllt mir schon sehr schwer. Mir hat es in München immer sehr gut gefallen." Vor dem Spiel gegen Uerdingen (3:2) wurde Rummenigge von Präsident **Willi O. Hoffmann** (52) zum Ehrenspielführer des FC Bayern auf Lebenszeit ernannt. Dazu erhielt er die Goldene Ehrennadel mit Brillanten. Außerdem noch einen Trachtenhut mit einem 3000 Mark teuren Gamsbart. Nach dem Pokalfinale will ihm die Stadt München den Goldenen Ehrenring überreichen.

*

Nachsitzen in der Bundesliga muß endgültig Eintracht Frankfurt. Trotz des 3:0-Erfolges über Kaiserslautern blieben die Frankfurter 16. und müssen nun gegen den Dritten der zweiten Liga zwei Entscheidungsspiele bestreiten. Trainer **Dietrich Weise** (48): „Da wir das Klassenziel nicht geschafft haben, müssen wir nachsitzen." Und weiter: „Auf Grund unserer letzten Erfolge haben wir die Favoriten-Bürde zu tragen. Ich bin mir noch nicht sicher, ob die Mannschaft mit dieser Nervenbelastung fertig wird."

Der VfL Bochum dagegen konnte sich durch ein 6:1 über Fortuna Düsseldorf den Klassenerhalt sichern. „Wenn Trainer **Rolf Schafstall** das gelingt", so hatten die Bochumer Spieler vor der Saison geunkt, „dann ist er so gut wie **Luis Cesar Menotti** und **Udo Lattek** zusammen." Seit Samstag nun darf sich Schafstall als Spitzentrainer fühlen.

Die Abschlußtabelle der Saison 1983/84

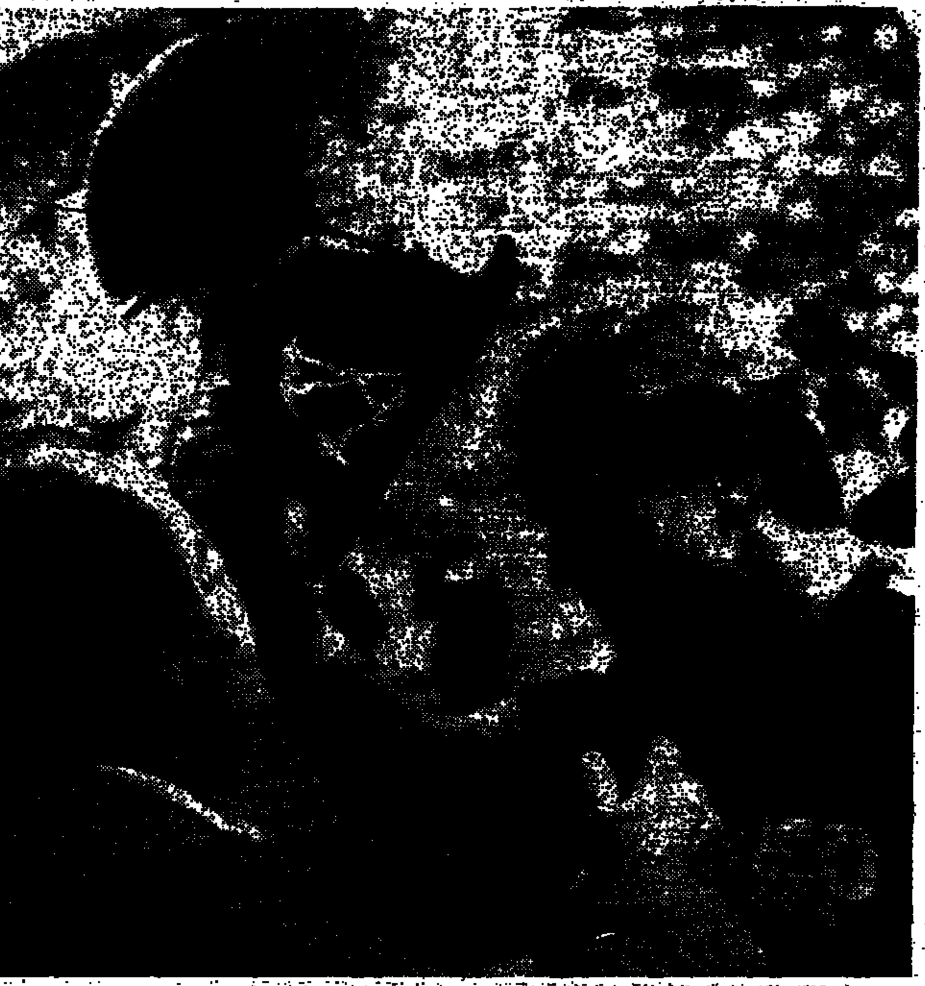
							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	34	19	10	5	79:33	48:20	49:12	28:6	30:21	20:14
2. Hamburg	34	21	6	7	75:36	48:20	49:20	26:8	26:16	22:12
3. Gladbach	34	21	6	7	81:48	48:20	54:16	32:2	27:32	16:18
4. München	34	20	7	7	84:41	47:21	59:14	31:3	25:27	16:18
5. Bremen	34	19	7	8	79:46	45:23	49:14	28:6	30:32	17:17
6. Köln	34	16	6	12	70:57	38:30	39:23	23:11	31:34	15:19
7. Leverkusen	34	13	8	13	50:50	34:34	32:16	24:10	18:34	10:24
8. Bielefeld	34	12	9	13	40:49	33:35	25:18	21:13	15:13	12:22
9. Braunschweig	34	13	6	15	54:69	32:36	39:20	24:10	15:49	8:26
10. Uerdingen	34	12	7	15	66:79	31:37	37:30	21:13	29:49	10:24
11. Mannheim	34	10	11	13	45:58	31:37	29:26	17:17	16:32	14:20
12. K'lautern	34	12	6	16	68:69	30:38	41:22	23:11	27:47	7:27
13. Dortmund	34	11	8	15	54:65	30:38	35:17	23:11	19:48	7:27
14. Düsseldorf	34	11	7	16	63:75	29:39	46:23	22:12	17:52	7:27
15. Bochum	34	10	8	16	58:70	28:40	38:25	22:12	20:45	6:28
16. Frankfurt	34	7	13	14	45:61	27:41	24:19	18:16	21:42	9:25
17. Offenbach	34	7	5	22	48:106	19:49	33:36	17:17	15:70	2:32
18. Nürnberg	34	6	2	26	38:85	14:54	29:39	14:20	9:46	0:34

● Die letzten Ergebnisse

Stuttgart – Hamburg	0:1 (0:0)
Mannheim – Offenbach	6:1 (2:0)
Bochum – Düsseldorf	6:1 (2:0)
M'gladbach – Bielefeld	3:0 (2:0)
Köln – Leverkusen	2:0 (0:0)
München – Uerdingen	3:2 (1:1)
Nürnberg – Dortmund	0:2 (0:0)
Frankfurt – K'lautern	3:0 (0:0)
Braunschweig – Bremen	1:2 (1:1)

● Die letzten Entscheidungen: Der 1.FC Köln hat die Teilnahme am UEFA-Pokal erreicht. Eintracht Frankfurt muß zu den Ausscheidungsspielen gegen den Dritten der zweiten Liga antreten (erstes Spiel am 1. Juni).





Die Meisterschale für den Kapitän des VfB Stuttgart und einen Hut mit Gamsbart für den Torschützenkönig, der nach Italien zieht: Ehrungen für Karl-Heinz Förster und Münchens neuen „Ehrenspielführer" Karl-Heinz Rummenigge. FOTOS: HARTUNG / DPA

Noch heute ärgert sich Uli Hoeneß [illegible], daß er Sigurvinsson für Paul Breitner geopfert hat

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Kein Zweifel, mit dem VfB Stuttgart ist die Mannschaft deutscher Meister geworden, die die wenigsten negativen Schlagzeilen geliefert hat. „Ich bin kein Mann, der auf jede Schlagzeile springt", sagt Trainer Helmut Benthaus. Fast herrschte bei den Schwaben eine Oase der Ruhe – genau das richtige Umfeld für so sensible Spieler wie der Isländer Asgeir Sigurvinsson oder auch für einen wie Guido Buchwald, der innerhalb einer Saison aus der zweiten Liga bis zum Nationalspieler aufstieg. Die schwäbische Ruhe und Sparsamkeit hat Erfolg gehabt. Dafür steht auch ein Wort des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel: „Wir sind stolz auf unseren VfB Stuttgart. Die Stadt wird für den VfB alles tun. Vorausgesetzt, es kostet kein Geld."

Das sind die Spieler, die für den VfB Stuttgart die Meisterschaft gewannen:

● **Helmut Roleder**, 30 Jahre alt, 1,84 m, 83 kg, 219 Bundesligaspiele. Ein äußerst stiller Zeitgenosse. Vielleicht hat es auch deshalb so lange gedauert, bis der Stuttgarter Torwart im Frühjahr dieses Jahres zu seinem ersten Länderspiel kam. „Mit Roleder im Tor kannst du nicht deutscher Meister werden", hat Willi Schulz immer wieder geschrieben. Der Alt-Internationale hat inzwischen bei Roleder öffentlich Abbitte geleistet.

● **Bernd Förster**, 28 Jahre alt, 1,80 m, 74 kg, 262 Bundesligaspiele. Im vorigen Jahr gab der Nationalspieler die Kapitänsbinde beim VfB an seinen Bruder Karl-Heinz ab, weil ihn die Verantwortung bedrückte. Wenn er nicht Förster geheißen hätte, hätte er in der Vorrunde wohl seinen Stammplatz verloren. Er erkämpfte sich jedoch kompromißlos den alten Kredit, seine Form und das Nationaltrikot zurück.

● **Karl-Heinz Förster**, 25 Jahre alt, 1,79 m, 73 kg, 216 Bundesligaspiele. Der Vorstopper der Weltklasse ist ein Trauma los. Ihn hatte es am meisten geärgert, als Vizeweltmeister, Europameister und Deutschlands Fußballer des Jahres 1983 jahrelang mit seinem Vereinsteam leer auszugehen. Er ergriff deshalb vor zwei Jahren die Initiative: Gegen den damaligen Trainer Jürgen Sundermann und gegen Hansi Müller setzte er durch, Sigurvinsson und Niedermayer zu verpflichten.

● **Kurt Niedermayer**, 28 Jahre alt, 1,79 m, 73 kg, 212 Bundesligaspiele. Die Verläßlichkeit in Person. Entweder im defensiven Mittelfeld oder als Libero gibt der Förster-Freund weiter, was er einst beim FC Bayern München gelernt hat. Wenn Niedermayer seine Titel vergleichen soll, sagt er: „Die Deutsche Meisterschaft mit dem VfB wiegt mehr als die Erfolge mit Bayern. Denn in München war ich ein Mitläufer, in Stuttgart bin ich eine Persönlichkeit."

● **Günther Schäfer**, 21 Jahre alt, 1,72 m, 64 kg, 80 Bundesligaspiele. Er hat eine verrückte Saison hinter sich. Las seinen Namen mehrmals im Aufgebot der Nationalmannschaft, saß beim VfB zur gleichen Zeit trotz hervorragender Leistungen nur auf der Bank. Unkomplizierter Spaßvogel, tritt stets mit seinem „Schatten" Peter Reichert auf – beide haben gemeinsam in der A-Jugend des VfB gespielt.

● Es gibt einen Schweden beim VfB Stuttgart, einen Isländer und einen Spieler, der aus Westdeutschland kommt. Aber der Rest der Mannschaft stammt aus Baden-Württemberg. Ist das das Geheimnis des Erfolges – Spieler, die in ihrer landsmannschaftlichen Mentalität zusammenpassen? Die WELT stellt die deutschen Fußball-Meister in Kurzporträts vor, von Helmut Roleder bis Armin Jäger.

● **Hans-Peter Makan**, 23 Jahre alt, 1,82 m, 74 kg, 38 Bundesligaspiele. Zweifellos einer der besten Liberos im Lande. Aber oft steht er sich selbst im Weg. Wenn er vor wichtigen Spielen manchmal Angst vor der eigenen Courage kriegt, über Brechreiz und Übelkeit klagt. Auf dem Platz verfliegt jedoch die Angst vor großen Namen. Makan: „Dann stauch' ich auch den Rummenigge zusammen."

● **Karl Allgöwer**, 27 Jahre alt, 1,80 m, 73 kg, 124 Bundesligaspiele. Der erste Nationalspieler, der Bundestrainer Jupp Derwall einen Korb gab, weil er sich „menschlich enttäuscht fühlte", benötigt für Höchstleistungen ein intaktes Umfeld. Sehr zum Unwillen seines Vereinspräsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder gehört der gefährlichste Schütze der Mannschaft zur Wähler-Initiative der SPD.

● **Hermann Ohlicher**, 34 Jahre alt, 1,77 m, 68 kg, 296 Bundesligaspiele. Eigentlich hatte der Dauerbrenner nach 11 Jahren Schluß machen wollen. Doch nach seinem entscheidenden Tor in Bremen und einer glänzenden Saison hängt Ohlicher jetzt noch ein Jahr dran. Der Hobby-Tennisspieler gilt als Intimus des Vereinsführers Mayer-Vorfelder.

● **Guido Buchwald**, 23 Jahre alt, 1,86 m, 82 Kilo, 34 Bundesligaspiele. Der Mann, der vom Lokalrivalen Stuttgarter Kickers kam, gilt als die Entdeckung des Jahres. Machte als einziger alle 34 Punktspiele mit, schaffte innerhalb von zehn Monaten den Sprung von der Zweiten Liga in die Nationalmannschaft. Ein stets bescheidener und freundlicher Schwabe, vielseitig einsetzbar. Als die Stuttgarter Kickers deutscher A-Jugend-Meister wurden, spielte Buchwald Mittelstürmer.

● **Asgeir Sigurvinsson**, 29 Jahre alt, 1,82 m, 79 Kilo, 71 Bundesligaspiele. „Welt am Sonntag" kürte den isländischen Nationalspieler zum „Topmann des Jahres". Zur Zeit neben dem Franzosen Platini bester Mittelfeldspieler Europas, ließ seinen Vorgänger Hansi Müller im Neckarstadion vergessen. Noch heute ärgert sich Bayern-Manager Uli Hoeneß, daß er diesen Sigurvinsson Paul Breitners diktatorischem Führungsstil geopfert hat. Sigurvinsson ist besser, als es Breitner war.

● **Andreas Müller**, 21 Jahre alt, 1,78 m, 76 Kilo, 20 Bundesligaspiele. Der Nachwuchsmann aus der eigenen Amateurabteilung verblüffte mit seinem frechen und unbekümmerten Stil, konnte sich mehrfach als Torschütze feiern lassen. Müllers Pech: Womöglich steht seiner weiteren Entwicklung jetzt das Denkmal Hermann Ohlicher im Weg.

● **Rainer Zietsch**, 19 Jahre alt, 1,84 m, 71 Kilo, 10 Bundesligaspiele. Der Libero der letztjährigen Jugendnationalmannschaft bestand seine Feuertaufe in der Bundesliga mit Bravour. Ein exzellenter Techniker, von dem sich der VfB für die Zukunft noch einiges erhofft. Wegen seiner freundlichen Art und seines Auftretens sehr geschätzt.

● **Peter Reichert**, 22 Jahre alt, 1,82 m, 73 Kilo, 88 Bundesligaspiele. Mit 13 Treffern interner Torschützenkönig. Wuchtiger und schneller Stürmer, dessen Technik noch verbesserungsbedürftig ist. Ehe er als 18jähriger in die A-Jugend des VfB kam, trainierte er lediglich einmal in der Woche. Sein Hobby: Zusammen mit Freund Günther Schäfer und den Angestellten der Geschäftsstelle Kegeln gehen.

● **Dan Corneliusson**, 22 Jahre alt, 1,82 m, 79 Kilo, 28 Bundesligaspiele. 12 Tore schoß der 1,2-Millionen-Einkauf dieser Saison. Der Torjäger von IFK Göteborg und der schwedischen Nationalmannschaft hat die Erwartungen am Neckar noch nicht erfüllt. Trainer Benthaus bittet um Geduld. Conny habe eineinhalb Jahre ohne Pause durchgespielt. Mayer-Vorfelder sagt: „Die Anpassungsschwierigkeiten muß man verstehen. Da ist ein Fischerjunge von einer kleinen Insel in eine ganz andere Welt gekommen."

● **Walter Kelsch**, 28 Jahre alt, 1,79 m, 72 Kilo, 202 Bundesligaspiele. Ex-Nationalspieler mit einem Vertrag, der beinahe an die Kategorie der Försters heranreichte. Kelsch versteht sich nicht besonders mit Helmut Benthaus, der Stürmer wechselt jetzt deshalb zu Racing Straßburg und zu seinem alten Trainer Sundermann. Anfangs der Saison noch Buhmann der Galerie, stimmte Kelsch mit hervorragenden Spielen in der Vorrunde die Zuschauer wieder um, verschaffte sich einen sauberen Abschied.

● **Thomas Kempe**, 24 Jahre alt, 1,76 m, 69 Kilo, 131 Bundesligaspiele. Pechvogel des Jahres, meistens verletzt, mußte deshalb einen Vertrag zu reduzierten Gehaltsbedingungen unterschreiben. Außer den beiden Nordlichtern Corneliusson und Sigurvinsson ist Kempe der einzige VfB-Spieler, der nicht aus Baden-Württemberg stammt. Er bringt von Besuchen in Duisburg stets einen Kofferraum voll Bier mit.

● **Armin Jäger**, 21 Jahre alt, 1,87 m, 79 Kilo, 6 Bundesligaspiele. Das Stuttgarter Publikum kannte Armin Jäger nur daher, daß er vor den Spielen Torwart Helmut Roleder warmschoß. Nachdem die absolute Nummer eins im Stuttgarter Tor verletzt worden war, konnte Armin Jäger beweisen, daß er ein würdiger Stellvertreter ist. In sechs Spielen sicherte sich der junge Bursche einen wichtigen Anteil am Meisterteller.

*

Für die nächste Saison soll es keine großen Neueinkäufe geben. Drei neue Spieler werden kommen, keine Stars: Kliesmann aus der zweiten Liga (Stuttgarter Kickers), der Marbacher Torjäger Wolf (Verbandsliga) und ein Libero, der noch A-Jugendlicher ist, Gomenginger vom SV Sandhausen. Das ist es schon. Viel wichtiger für die Stuttgarter: In den letzten Tagen tauchten Gerüchte auf, der FC Barcelona wolle Trainer Benthaus. Jetzt haben die Spanier einen neuen Mann, aber schon vorher hatte Benthaus klargestellt – auch wegen der Gerüchte, er gehe nach Italien: „Der Stuttgarter Trainer in der nächsten Saison heißt Helmut Benthaus."

FUSSBALL / Abschluß in der 2. Liga – Bilanz der Bundesliga-Saison

2. Liga

DW. Bonn

Der frühere Bundesligaklub MSV Duisburg hat die Chance, wieder erstklassig zu werden. Mit einem 2:0-Erfolg in Darmstadt sicherten sich die Duisburger den dritten Platz in der zweiten Fußball-Liga und bestreiten damit am 1. und 5. Juni die beiden Entscheidungsspiele gegen Eintracht Frankfurt. Neben Lüttringhausen steigen Essen, Osnabrück und Charlottenburg ab. Aufsteiger Schalke 04 hat das Tauziehen um den Hamburger Mittelstürmer Dieter Schatzschneider gewonnen.

Trotz des spannenden Finales fanden insgesamt nur 60 000 Zuschauer den Weg in die zehn Stadien. Somit wurden für die Saison 1983/84 insgesamt 2,35 Millionen Fans registriert, 25 Prozent mehr als in der letzten Spielzeit – da allerdings noch ohne die Zuschauermagneten Karlsruhe und Schalke. Denn allein der siebenmalige Meister aus dem Kohlenpott lockte bei seinen Gastspielen 310 000 Zuschauer an. Mit welcher Verbissenheit auf dem Rasen gekämpft wurde, zeigt die Rekordzahl von 31 Platzverweisen (in der letzten Saison einer weniger)

DIE ERGEBNISSE

Solingen – Aachen	3:0	(2:0)
Kassel – SCC Berlin	4:2	(1:1)
Hannover – Freiburg	1:1	(0:1)
Saarbrücken – Stuttgart	3:3	(1:0)
Ulm – Köln	1:1	(0:0)
Osnabrück – Wattenscheid	6:4	(2:3)
Oberhausen – Lüttringh.	4:0	(3:0)
Darmstadt – Duisburg	0:2	(0:2)
Schalke – Essen	5:0	(1:0)
Hertha BSC – Karlsruhe	0:2	(0:0)

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	38	25	7	6	94:45	57:19
2. Schalke	38	23	9	6	97:43	55:21
3. Duisburg	38	20	10	8	69:41	50:26
4. Kassel	38	20	8	10	68:39	48:28
5. Solingen	38	17	10	11	70:54	44:32
6. Aachen	38	17	10	11	49:43	44:32
7. Freiburg	38	13	17	8	50:49	43:33
8. Stuttgart	38	13	13	12	54:52	39:37
9. Köln	38	14	10	14	66:65	38:38
10. Saarbrücken	38	14	10	14	61:69	38:38
11. Hertha BSC	38	13	11	14	64:57	37:39
12. Darmstadt	38	11	13	14	48:72	35:41
13. Ulm	38	10	12	16	58:68	32:44
14. Hannover	38	10	12	16	54:69	32:44
15. Wattenscheid	38	11	10	17	58:74	32:44
16. Oberhausen	38	10	11	17	51:62	31:45
17. SCC Berlin	38	10	9	19	49:68	29:47
18. Essen	38	7	15	16	46:65	29:47
19. Osnabrück	38	11	7	20	46:66	29:47
20. Lüttringh.	38	6	6	26	36:87	18:58

Torrekord, Rote Karten zuhauf, Zuschauertief

● **DIE ZUSCHAUERZAHLEN:** Es gab mit 6 022 151 Zuschauern (Durchschnitt pro Spiel 19 680) den geringsten Zuspruch seit elf Jahren. Nur in der Saison 1972/73, direkt nach dem Bundesligaskandal, gab es mit 5,01 Millionen Zuschauern einen noch geringeren Besuch. In der Tabelle nach Zuschauerzahlen steht ebenfalls der VfB Stuttgart an der Spitze:

	Schnitt 1983/84	Gesamt 1983/84	Kalkul. 1983/84	Schnitt 1982/83
München	29 948	509 116	28 000	31 176
Stuttgart	31 196	530 334	28 500	27 977
Hamburg*	28 094	477 598	28 000	28 716
Mannheim	25 955	441 237	15 000	Neul.
Frankfurt	23 331	396 627	20 000	20 619
Bremen*	21 520	365 842	22 000	24 895
Dortmund*	21 427	364 260	25 000	26 481
Gladbach	20 553	349 400	17 500	17 051
Düsseldorf	18 574	315 765	13 000	11 889
K'lautern*	18 405	312 883	21 000	19 322
Bochum	17 172	291 930	15 000	14 248
Köln*	16 214	275 637	18 000	17 076
Nürnberg*	15 147	257 505	19 000	17 640
Uerdingen	14 585	247 946	12 000	Neul.
Bielefeld*	14 305	243 193	19 000	18 638
Braunschw.*	14 137	240 330	14 500	13 985
Offenbach*	12 613	214 426	13 500	Neul.
Leverkusen	11 066	188 122	10 000	9 122

Fett gedruckte Vereine konnten ihren Zuschauer-Durchschnitt im Vergleich zum Vorjahr steigern, die mit einem * versehenen Klubs haben den vor der Saison kalkulierten Schnitt nicht erreicht.

● **DIE TORE:** Die bisherige Bestmarke aus der Saison 1973/74 wurde um zwölf Treffer übertroffen – 1097 Tore wurden erzielt, im Durchschnitt 3,585 pro Spiel und 61 mehr als in der letzten Saison. Torschützenkönig wurde erneut Karl-Heinz Rummenigge mit 26 Treffern vor Klaus Allofs (20), Frank Mill (19), Christian Schreier und Rudi Völler (beide 18). Rummenigge war bereits 1980 (26 Tore) und 1981 (29) Torschützenkönig. 38 Treffer in einer Saison bleiben Rekord – von Gerd Müller in der Saison 1969/70.

● **DIE PLATZVERWEISE:** Auch hier ein Rekord. 20 Spieler wurden von den Schiedsrichtern vom Platz gestellt, gleich zweimal erwischte es den Frankfurter Michael Sziedat. Das sind gleich sieben Platzverweise mehr als beim bisherigen Negativ-Rekord in der Saison 1969/70. Auch der Anstieg der Verwarnungen ist eklatant – 777, in der letzten Saison waren es nur 619. Es gab 100 Sperren für 78 Spieler. Spitzenreiter ist der Bochumer Lothar Woelk mit elf Verwarnungen.

● **DIE SPIELER:** 388 Spieler wurden von den 18 Mannschaften eingesetzt (letzte Saison 356), 27 Spieler benötigte Absteiger Offenbach, nur 18 der Hamburger SV. Nur acht Profis machten alle Saisonspiele mit, ohne ausgewechselt zu werden: die Torwarte Kneib (Bielefeld), Burdenski (Bremen), Stein (HSV), Vollborn (Leverkusen) sowie die Feldspieler Zewe (Düsseldorf), Falkenmayer (Frankfurt) und Magath (HSV). Auf die längste Serie kann Uli Stein zurückblicken – 105 Spiele hintereinander. Rekordmann in der ewigen Rangliste bleibt der 1983 zurückgetretene Frankfurter Willi Neuberger mit 520 Spielen vor Klaus Fichtel (512) und Sepp Maier (473).

● **DIE EWIGE TABELLE:** Nach 21 Spielzeiten in der Bundesliga hat Bayern München den 1. FC Köln als Spitzenreiter in einer Tabelle nach allen Spielen seit 1963 abgelöst. Die Münchener, die erst 1965 aufstiegen und somit 60 Spiele weniger bestritten als die Kölner, führen mit 841:451 Punkten vor Köln (838:574), Hamburg (806:606) und Mönchengladbach (781:511). Die schlechteste Mannschaft, die jemals in der Bundesliga war, bleibt Tasmania Berlin mit zwei Siegen, vier Unentschieden, 28 Niederlagen, 15:108 Toren und 8:60 Punkten.

● **DIE ELFMETER:** 113, 30 mehr als in der letzten Saison, wurden verhängt. 86 führten zu Toren, wobei Manfred Kaltz bei acht Versuchen auch achtmal Erfolg hatte. Mit 36 verwandelten Elfmetern kann der Hamburger die führenden Gerd Müller (51) und Horst-Dieter Höttges (39) noch einholen. 24 Mal gewannen die Torwarte das Duell mit den Schützen, nur drei (Raducanu, Körbel, Sebert) verfehlten das Tor. Nur 30 Mal profitierten die Gastmannschaften beim Elfmeterpfiff.

Der Bundestag des Deutschen Sport-Bundes

Standortbestimmung in Staat und Gesellschaft

dpa/sid, Bad Homburg

Zu einer Standortbestimmung des deutschen Sports in Staat und Gesellschaft wurde der Bundestag des Deutschen Sport-Bundes (DSB), der am Freitag ganz im Zeichen des Ostblock-Boykotts der Olympischen Spiele stand und am Samstag in der einmütigen Verabschiedung der „Umweltpolitischen Grundsätze" des DSB seinen Höhepunkt hatte.

Unter dem Motto „Fair miteinander leben" vereinte der DSB Prominenz wie selten zuvor im Kursaal von Bad Homburg: Bundespräsident Karl Carstens, den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der nach zwei vorhergehenden Absagen erstmals vor dem Parlament des deutschen Sports sprach.

Zwei Kernsätze prägten die Tagung und stehen für die breitgefächerten Diskussionen: „Der Sport kann nicht heilen, woran die Menschheit krankt", erklärte der Münchner Soziologe Prof. Kurt Sontheimer als Festredner und fand ausdrückliche Zustimmung von Samaranch. „Der Sport läßt sich nicht in die Ecke der Umweltsünder stellen", verkündete DSB-Präsident Willi Weyer in seinem einstündigen, mit scharfer Kritik an den politisch Verantwortlichen garnierten „Bericht zur Lage". Noch immer hätten viele nicht verstanden, „was diese 18-Millionen-Bewegung DSB für das Wohl und Wehe unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens und für Gesundheit, Glück und persönliche Entfaltung unserer Bürger bedeutet".

„Wer Sport für alle wünscht, der muß auch Raum für alle schaffen", verlangte Weyer. Er stellte sich mit dem DSB seiner Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft mit acht Thesen zum Problem „Sport und Umwelt". Forderungen – Würdigung des positiven Beitrags des Sports zur Umweltgestaltung, genügend Bewegungs- und Spielraum, gesetzliche Grundlagen für die räumliche Entwicklung, Beteiligung an der Mitgestaltung der Umwelt – und eigene Beiträge des DSB halten sich die Waage.

So will der DSB sich für eine schonende sportliche Nutzung von Natur und Landschaft einsetzen und jeden einzelnen Sportler zu bewußterem Umgang mit der Natur anhalten. Eine „Aktion Sport schützt seine Umwelt" soll dieser Zielsetzung dienen.

Das Generalthema „Fair miteinander leben", von Sontheimer philosophisch erhöht, fand seinen praktischen Niederschlag in den Ergebnissen der vier Arbeitskreise. Folgende Punkte wurden scharf herausgearbeitet.

● Mit einem klaren Bekenntnis zu Berlin wurde die Zugehörigkeit des Sports dieser Stadt zu jenem der Bundesrepublik Deutschland erneut festgestellt und die separatistischen Versuche der alle Verträge mißachtenden sowjetischen Sportpolitik als Angriff auf deutsche Sportinteressen scharf gegeißelt (Weyer und Zimmermann).

● Der deutsche Sport steht zu den Idealen der olympischen Bewegung, wird die Sommerspiele in Los Angeles in jeder nur denklichen Weise unterstützen und verurteilt die grobe Einvernahme des Sports für politische Zwecke, wie sie gerade durch die sozialistische Boykott-Liga erfolgt.

● Der Sport in der Bundesrepublik Deutschland und im größeren Rahmen in Europa ist umweltfreundlich, Begleiter aller ökologischen Maßnahmen und arbeitet bewußt für den Gemeinnutz und gegen jeden Eigennutz. Er lehnt genau wie Minister Friedrich Zimmermann die von einer unabhängigen Experten-Kommission erarbeitete Bonner Studie „Aktionsprogramm Ökologie" als fahrlässig und grob irreführend ab.

● Mit dem Slogan „Sport für alle" will sich der Deutsche Sport-Bund den wachsenden Anforderungen einer Freizeit-Gesellschaft, die sich von der Arbeit zur Tätigkeit hin entwikkelt, stellen und in seiner 18-Millionen-Organisation mit den 58 000 Vereinen alte Programme ausbauen und neue entwickeln.

● Zum Generalthema „Fair miteinander leben" sagt der DSB: „Fairneß umfaßt mehr als Einhaltung von Regeln; sie ist eine individuelle Tugend, die vom Respekt vor der Person des Gegners, von Toleranz und Solidarität, vom Bemühen um Chancengleichheit und Gewaltlosigkeit bestimmt wird. Fairneß ist die wesentliche ethische Grundhaltung im Sport."

SPORT-NACHRICHTEN

Hussing nominiert

Tampere (dpa) – Peter Hussing (Leverkusen) ist nun doch für das Olympische Box-Turnier nominiert. Nach der Absage der osteuropäischen Länder wurde Hussing vom Europäischen Amateurbox-Verband (EABA) als einer von fünf europäischen Superschwergewichtlern gemeldet.

Jetzt auch Pokalsieg

Elsenfeld (sid) – Mit einem 20:14-Sieg im Rückspiel (Hinspiel 20:17) des deutschen Handball-Pokalfinales gewann der TV Großwallstadt nach dem Europapokal (IHF) und der deutschen Meisterschaft auch den deutschen Pokalwettbewerb. Das Finale gegen die Reinickendorfer Füchse war das letzte Spiel, das Mannschaftsführer und Nationalspieler Kurt Klühspies für Großwallstadt bestritt.

Gehring gegen Mayotte

Düsseldorf (dpa) – Die Auslosung der ersten Runde der Französischen Tennis-Meisterschaften ergab für die deutschen Teilnehmer folgende Gegner: Gehring (Amberg) trifft auf Mayotte (USA), Betuel (Hannover) auf Fibak (Polen), Westphal (Neuss) auf einen noch unbekannten Qualifikanten und Schwaier (München) spielt gegen Maurer (Neuss).

Tinazzi gewann

Paris (sid) – Nur 20 Fahrer beteiligten sich am Radklassiker Bordeaux–Paris, das als härtestes Straßenrennen der Welt gilt. Nach 13:08,10 Stunden für die 634 km lange Strecke fuhr der Franzose Marcel Tinazzi als Sieger durchs Ziel. Gregor Braun (Neustadt) wurde Achter.

Neapel will Maradona

Barcelona (sid) – Der AC Neapel bietet 19 Millionen Mark für einen Wechsel des argentinischen Fußballspielers Diego Maradona. Heute wird entschieden, ob der FC Barcelona ihn aus seinem Vertrag entlassen wird. Maradona kam vor zwei Jahren für 20 Millionen Mark nach Spanien.

Weller: Knapper Punktsieg

Düsseldorf (dpa) – Leichtgewichts-Europameister René Weller (30) hat seinen Titel verteidigt. Vor 4000 Zuschauern, die seine enttäuschende Leistung mit Pfiffen quittierten, bezwang er in Düsseldorf Herausforderer Daniel Londas nach zwölf Runden durch einen knappen Punktsieg.

Venables in Barcelona

Barcelona (dpa) – Der 40jährige Engländer Terry Venables wird neuer Trainer beim spanischen Millionenklub FC Barcelona. Venables arbeitete zuletzt beim englischen Profiklub Queen's Park Rangers.

Finnland überrascht

Pori (dpa) – Im ersten Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 bezwang Finnland überraschend Nordirland durch ein Tor von Ari Wvalvee (55. Minute).

Torreiches Achtelfinale

Duisburg (dpa) – Mit deutlichen Siegen endeten vier Achtelfinalspiele der Deutschen Fußball-Meisterschaft der Frauen. Meister Bergisch Gladbach gewann 7:1 gegen Rothenburgsort, der KBC Duisburg siegte gegen Schorndorf mit 7:0, Bayern München bezwang den Freiburger FC mit 7:2, und TB Berlin gewann in Wentorf mit 7:1.

Sieg für Abary

Baden-Baden (sid) – Der Favorit Abary mit Jockey Georg Bocskai im Sattel gewann auf der Galopprennbahn in Iffezheim den Großen Preis der Badischen Wirtschaft vor Ordos unter Jockey Peter Schade. – In Paris-Longchamp landeten Nandino und Orofino im Prix-Dollar nur auf den Plätzen acht und zehn.

Kolbe wieder Meister

Ratzeburg (sid) – Zum sechsten Mal wurde Peter-Michael Kolbe deutscher Meister im Einer-Rudern. Der in Oslo lebende Hamburger wurde bei den nationalen Titelkämpfen in Ratzeburg lediglich im Spurt von Peter Saborowski (Hamburg) gefordert.

Kugelstoß-Weltrekord

Sotschi (sid) – Die sowjetische Kugelstoßerin Natalia Lissowskaja stellte gestern mit 22,53 Meter einen neuen Weltrekord auf. In Sotschi verbesserte sie die vier Jahre alte Bestmarke der Ostberlinerin Ilona Briesenick (früher Slupianek) um acht Zentimeter.

MOTORSPORT / Der Franzose Sarron gewann das erste Rennen auf dem neuen Nürburgring

Martin Wimmer nur eine viertel Radbreite zurück „Ich glaube, wir haben ganz schön etwas geboten"

KLAUS BLUME, Nürburgring

Flau war es Manuela Wimmer im Magen geworden, als ihr Mann zwölf Runden lang führte und sich gar anschickte, den ersten Grand Prix für Motorräder auf dem neuen Nürburgring zu gewinnen. Doch im Dreikampf mit dem Franzosen Christian Sarron und dem Lampertheimer Manfred Herweh hatte der Münchner Martin Wimmer auf der Zielgeraden zwar die stärksten Nerven, aber das reichte lediglich mit einem Vorsprung von einem Viertelrad zum zweiten Platz vor Herweh und dem früheren Weltmeister Toni Mang. Sieger des ersten Motorrad-Rennens auf dem neuen Nürburgring, des fünften Laufs zur diesjährigen Weltmeisterschaft in der Kategorie bis 250 ccm, wurde Christian Sarron.

Es war zur Premiere ein großes Rennen, eines, wie es spannender in der Geschichte dieses Sports bislang kaum vorgekommen ist. Manfred Herweh: „Ich habe in der letzten Schikane noch Sarron ausgebremst, doch ich kam zu schnell in die letzte Kurve vor der Zielgeraden hinein, mußte das Gas wegnehmen, und schon war es passiert." Wimmer: „Ich hatte mich eigentlich schon mit dem dritten Platz abgefunden, nachdem ich so lange geführt hatte, aber dann sah ich wenige Meter vor dem Ziel doch noch meine Chance auf eine Verbesserung. Also ich glaube, wir haben ganz schön etwas geboten." Christian Sarron: „Das war mein bisher bester Sieg in meiner Grand-Prix-Karriere, und es war zugleich mein allerschwerstes Rennen." Toni Mang, der aus der dritten Startreihe heraus das Rennen aufgenommen hatte: „Am Anfang mußte ich wegen der niedrigen Reifentemperaturen vorsichtig fahren. Dann habe ich zwar einen Mann nach dem anderen überholt, doch wenn an der Spitze solche Leute fahren wie Sarron, Wimmer und Herweh, kann man nicht mehr bis ganz nach vorne kommen."

Die „Kaiserklasse" nannte der Streckensprecher auf dem Nürburgring die Kategorie bis 250 ccm. In der Tat ist diese Klasse drauf und dran, der sogenannten „Königsklasse", der Halbliter-Kategorie, in der Popularität den Rang abzulaufen. Denn in keiner anderen Rennklasse treffen derzeit so viele Weltklassefahrer aufeinander wie bei den 250ern, in keiner anderen Kategorie ist deshalb der Kampf um Weltmeisterschaftspunkte so hart geworden. Herweh: „Ein Sieg in der 250er-Klasse wiegt im internationalen Motorrad-Rennsport zur Zeit am schwersten."

Das hat seinen Grund: Der Internationale Verband (FIM) hat im vergangenen Jahr die Kategorie bis 350 ccm abgeschafft. Weil aber schon aus finanziellen Gründen nur wenige Fahrer in die überaus kostenintensive Halbliter-Kategorie wechseln konnten, ist der Andrang in der Viertelliter-Klasse um so stärker geworden. Manfred Herweh, im zweiten Jahr Profi mit Grand-Prix-Beschäftigung, hatte in dieser Saison bisher Pech gehabt. In Südafrika hatte ihn Sarron an zweiter Stelle liegend von der Piste gedrückt. In Salzburg war er Zweiter im Training, doch im Rennen stürzte er. Für den Großen Preis von Deutschland hatte sich Herweh einiges vorgenommen, „schon, weil ich das für meinen Gemütszustand brauche".

Bis in die frühen Morgenstunden des Samstags hinein hatte er gemeinsam mit seinen vier Mechanikern an seiner Eigenbaumaschine gearbeitet, um dann festzustellen: „Auf dem neuen Nürburgring kann keiner das Fahrwerk exakt abstimmen, da gibt es zu viele Bodenwellen, bei denen es überaus schwierig wird." Und auf ihre volle Endgeschwindigkeit kommen die Motorräder auf dem neuen Ring auch nicht, dafür sind die Geraden zu kurz. Zum Vergleich: Herwehs Motorrad war für den Kurs in der Eifel so ausgerichtet, daß es rund 240 Stundenkilometer erreichte, auf dem Hockenheim-Ring werden hingegen Geschwindigkeiten von 265 Stundenkilometern erzielt. Es ist ein schwieriger Kurs, den die Motorradrennfahrer in der Eifel nun vorfinden. Der Allgäuer Reinhard Roth, einziger deutscher Grand-Prix-Spezialist von Weltklasse in der Halbliter-Kategorie: „Der Kurs hat so viele Kurven, daß du hier die Möglichkeit niemals hast, dich unterwegs einmal auszuruhen, einmal Luft zu schöpfen. Du befindest dich ständig in Aktion, deshalb brauchst du viel Konzentration und Kondition für diese neue Piste."

KUNSTTURNEN

Deutsche Meisterschaften der Kunstturnerinnen in Augsburg. Achtkampf. Endstand: 1. Wilhelm (Wolfsburg) 78,05 Punkte, 2. Heine (Hannover) 77,95, 3. Schwarm (Niederwörresbach) 77,35, 4. Lehmann (Berlin) 77,05, 5. Golz (Niederwörresbach) 76,85, 6. Becker (Wattenscheid) 75,80, 7. Wetzel (Hitfeld) 75,70, 8. Hozmann (Nellingen) 72,80, 9. Meier (Brennet-Öflingen) und Siegers (Bergisch Gladbach) beide 72,75.

REITEN

Deutsches Dressur-Derby der Damen in Hamburg, Finale mit Pferdewechsel: 1. Kyrklund (Finnland) 2534 Punkte, 2. Hans-Boylen (Kanada) 2459, 3. Kemmer (Deutschland) 2306.

BOXEN

Berufsbox-Veranstaltung in Düsseldorf. Mittelgewicht (sechs Runden): Prox (Hamburg) K.-o.-Sieger 2. Rd. – Karches (Mainz); Super-Feder (sechs Rd.): Rubin (Duisburg) PS – Chiteule (Sambia); Schwer (vier Rd.): Claßen (Düsseldorf) PS – Marignan (Frankreich); Halbschwer (zehn Rd.): Muti (Sambia) Unentschieden – Lampkin (USA); Halbschwer (zehn Rd.): Jassmann (Korbach techn.K.o. 4. Rd. – Moano (Zaire); *Cruiser (acht Rd.)*: Ngatchou (Düsseldorf) PS – Kabassu (Zaire); EM im Leichtgewicht: Weller (Pforzheim) PS – Londas (Frankreich). – **Bundesliga:** Mülheim – Leverkusen 11:15, Berlin – Eichstätt 12:12.

FUSSBALL

„DDR"-Pokal in Ost-Berlin: Dynamo Berlin – Dresden 1:2. – **Britische Meisterschaft in Glasgow:** Schottland – England 1:1. – **EM der Junioren „U 18"**, Endturnier, 1. Spieltag: Gruppe A: Irland – Schottland 3:0, Portugal – Griechenland 3:1. – B: Bulgarien – Dänemark 2:2, Polen – Italien 1:0. – C: England – „DDR" 1:1, UdSSR – Luxemburg 5:0. – D: Ungarn – CSSR 3:0, Spanien – Schweiz 2:1. – **Amateur-DM**, 1. Runde, Hinspiele: Aschaffenburg – Trier 3:1, Bremen A – Bayern München A 2:2, Tennis-Borussia Berlin – Offenburg 2:1.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Gladbach – Kahlenberg Mülheim 6:2, Uhlenhorst Mülheim – Club der Alster Hamburg 0:0, SW Köln – Hannover 2:1, Leverkusen – RW Köln 1:2. – Gruppe Süd: Steglitzer TK Berlin – Heidelberg 0:0, Berliner HC – Frankenthal 3:2, Limburg – München 2:1. – **Bundesliga**, Damen, Gruppe Nord: Leverkusen – Krefeld 3:0, Großflottbek – Düsseldorf 1:3, BW Köln – Braunschweig 1:1, Uhlenhorst Hamburg – Duisburg 2:0. – Gruppe Süd: Charlottenburg Berlin – RW Stuttgart 3:1, Brandenburg – Stuttgarter Kickers 4:0.

VOLLEYBALL

DVV-Pokal, Endrunde der Männer: Hamburg – Leverkusen 3:1, Paderborn – Gießen 1:3, Paderborn – Hamburg 1:3, Gießen – Leverkusen 3:1.

WASSERBALL

Bundesliga, 18. Spieltag: Würzburg – Braunschweig 9:6, Esslingen – Offenbach 8:8, Cannstatt – Hamm 9:10, Duisburg 98 – ASC Duisburg 8:7, Düsseldorf – Hannover-Linden 5:6, Fulda – Spandau 7:21.

TENNIS

World Team Cup in Düsseldorf: Rote Gruppe: CSSR – Schweden 2:1. – Lendl – Wilander 7:6, 7:5, Smid – Sundstroem 3:6, 3:6, Smid/Lendl – Jarryd/Edberg 1:6, 6:1, 6:3. – Australien – Italien 2:1. – McNamee – Ocleppo 3:6, 7:5, 6:2, Alexander – Barazzutti 6:3, 4:6, 1:6, McNamee/Edmondson – Panatta/Ocleppo 7:6, 3:6, 6:0. – Blaue Gruppe: USA – Spanien 3:0. – McEnroe/Fleming – Orantes/Aguilera 7:5, 6:2. – Deutschland – Argentinien 2:1. – Popp/Maurer – Clerc/Gattiker 7:6, 6:4.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Hato o.W. (Am. O. Freil), 2. Jade, 3. Wiltrud und Sailer, Toto: 80/26, 84, 54, ZW: 5792, DW: 26 184. 2. R.: 1. Pascal (Frl. Harzheim), 2. Mon Corse, 3. Reichsflotte, Toto: 16/13, 15, –, ZW: 36, DW: 260. 3. R.: 1. Parole d'honneur (E. Schindler), 2. Igula, 3. Toronjamädchen, Toto: 80/21, 15, 22, ZW: 176, DW: 2448. 4. R.: 1. Nordweststurm (P. Schiergen), 2. Wolsey, 3. Wuchtkerl, Toto: 28/13, 21, 16, ZW: 164, DW: 592. 5. R.: 1. Euandros (K. Woodburn), 2. Sir Speedy, 3. Arcturus, Toto: 24/17, 66, 16, ZW: 916, DW: 4240. 6. R.: 1. Wali (P. Düker), 2. Ordo Presto, 3. Sextus, Toto: 156/26, 13, 15, ZW: 576, DW: 2044. 7. R.: 1. Farinati (I. Lindner), 2. Bourbon, 3. Anschrift, Toto: 28/13, 12, 16, ZW: 52, DW: 256. 8. R.: 1. Graf Dono (H. Horwart), 2. Dancing Leaf, 3. Rizi, Toto: 136/46, 26, 26, ZW: 1464, DW: 9976.

Rennen in Iffezheim: Bäder-Preis (Hürdenrennen, 61 300 Mark, 35 000 Mark dem Sieger, 3300 m): 1. Ormus (Lars Swärd), 2. Diorit, 3. Black Bottom, Toto: 152/50, 90, 46, ZW: 5884, DW: 48 764. – Richterspruch: Überlegen 7-Weile-3-6 1/2 Längen.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 21, 27, 34, 35, 41, Zusatzzahl: 10. – **Spiel 77:** 5 0 1 8 8 8 4. (Ohne Gewähr).

LEICHTATHLETIK

5,85 Meter: Weltrekord mit dem Stab

DW. Bonn

Ein Weltrekord im Stabhochsprung und drei Weltjahresbestleistungen (im Hammerwurf, im Kugelstoßen und im Speerwurf) sind die herausragenden Resultate der Leichtathletik-Sportfeste am Wochenende.

● In Preßburg verbesserte Weltmeister *Sergej Bubka (UdSSR) den* Weltrekord im Stabhochsprung um zwei Zentimeter auf 5,83 m (bisher Vigneron/Frankreich).

● In Joutseno (Finnland) warf der Finne Juhan Tiainen den Hammer 81,36 m weit. Das bedeutete ebenso Weltjahresbestleistung wie die 99,52 m des 21jährigen Europameisters Uwe Hohn („DDR") im Speerwurf. Hohn blieb nur zwanzig Zentimeter hinter dem Weltrekord des Amerikaners Tim Petranoff.

● Noch näher an den Weltrekord heran kam der Amerikaner Brian Oldfield. Der schon 38jährige stieß in San Jose die Kugel 22,19 m weit, nur drei Zentimeter kürzer als Weltrekordler Udo Beyer („DDR").

Nach diesem besten Kugelstoß-Wettbewerb aller Zeiten (gleich fünf Athleten übertrafen die 20-m-Marke) verkündete Oldfield, daß er seine Olympia-Teilnahme, die wegen einer Profizeit Mitte der 70er Jahre gefährdet ist, notfalls per Gerichtsentscheid erzwingen will.

Gesichert ist dagegen die Olympia-Teilnahme des Ausnahmesprinters Carl Lewis, der bei der gleichen Veranstaltung die 100 m in 10,0 Sekunden und die 200 m in 20,01 Sekunden gewann. In Los Angeles strebt er vier Goldmedaillen an: in beiden Sprintstrecken, im Weitsprung und in der Staffel.

Erste Maßstäbe im Hinblick auf die Olympischen Spiele setzten die deutschen Leichtathleten in Lüdenscheid, wo die LG Bayer Leverkusen die Mannschafts-Meisterschaften sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen gewann. Zehnkampf-Weltrekordler Jürgen Hingsen (Leverkusen) beeindruckte mit persönlichen Bestleistungen im Stabhochsprung (5,10 m) und im Hürdenlauf (13,84 Sek.). Hürdensprinterin Edith Oker (Leverkusen) in 13,08 Sekunden und Kugelstoßerin Claudia Losch (Fürth) mit 19,98 m gewannen ebenso souverän wie Stabhochsprinter Peter Vollmer, der an der deutschen Rekordhöhe von 5,70 m knapp scheiterte.

KUNSTTURNEN

Anja Wilhelm Meisterin im Achtkampf

DW./sid, Augsburg

Die 15jährige Anja Wilhelm (Wolfsburg) ist Nachfolgerin der zurückgetretenen Kunstturn-Meisterin Yvonne Haug. Bei den deutschen Meisterschaften in Augsburg gewann die Gymnasiastin den Achtkampf mit ausgezeichneten 78,05 Punkten vor Elke Heine (77,95).

Die Leistungsstärke der Olympiakandidatinnen und die Äußerungen von Dr. Heinz Döring, Kulturwart des Deutschen Turner-Bundes (DTB), standen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Nach den monatelangen Querelen im DTB, die ihren jüngsten Fortgang in der Forderung Dörings fanden, die Olympia-Vorbereitung sofort abzubrechen, war das DTB-Präsidium heilfroh über die beachtlichen sportlichen Leistungen der jungen Turnerinnen, die vom Gerangel hinter den Kulissen ablenken. Mit Stolz wurden die vier „Traumnoten" von 10,0 registriert. Anja Wilhelm erhielt sie für ihre Kür am Boden und am Schwebebalken sowie Heike Schwarm (Achtkampfdritte) für ihre Pflichtleistung am Barren. Brigitta Lehmanns Pflichtübung beim Sprung wurde ebenfalls mit 10,0 Punkten bewertet, was für Cheftrainer Vladimir Prorok Bestätigung bedeutet: „Wir wollen beweisen, daß wir in Los Angeles zu Recht Platz vier anstreben."

In Länderkämpfen gegen Bulgarien (am 22./23. Juni in Bremerhaven) sowie gegen Ungarn und Rumänien (5./6. Juli in Stadtallendorf) sollen letzte Anhaltspunkte für die Realisierung des Ziels aufgezeigt werden. Mit solch geradezu trotzigen Leistungsanforderungen reagierten fast alle an der Olympia-Vorbereitung beteiligten Aktiven und Funktionäre auf das Papier von Kulturwart Döring. Er hatte das Ende der Olymia-Vorbereitung gefordert, weil die Mädchen dabei „nicht kindgemäßen und jugendgefährdenden Bedingungen" ausgesetzt seien.

In Augsburg distanzierte sich das DTB-Präsidium von diesen Gedanken. Ferner wurde in einer Resolution der Rücktritt Dörings gefordert. Gleichzeitig gab der DTB das Olympia-Aufgebot bekannt: Anja Wilhelm, Elke Heine, Angela Golz, Heike Schwarm (beide Niederwörresbach), Brigitta Lehmann (Berlin) und Astrid Beckers (Wattenscheid). Ersatz: Christine Wetzel (Hitfeld).

TENNIS

Endlich mal nicht die Prügelknaben

sid/dpa, Düsseldorf

Meist gaben die deutschen Tennisspieler im internationalen Zirkus nur die Prügelknaben ab. Endlich haben sie diese Rolle abstreifen können, denn die deutsche Bilanz nach dem 7. World-Team-Cup in Düsseldorf ist erfreulicherweise einmal positiv. Dem 0:3 gegen die starken Amerikaner folgten nämlich zwei Siege: 3:0 über Pokalverteidiger Spanien und 2:1 über Argentinien.

Das bedeutete den zweiten Gruppenplatz, die beste Plazierung seit sechs Jahren. Dazu die stattliche Prämie von 50 000 Dollar für das gesamte Team. Rolf Gehring: „So viel Geld habe ich noch niemals auf einem Haufen gesehen." Gehring war mit seinem Erfolg über den auf Rang 16 in der Welt (zu) hoch gesprungenen Internationalen Deutschen Meister Juan Aguilera (Spanien) und der leicht erledigten Pflichtübung gegen Gattiker (Argentinien) der Beständigste im deutschen Team.

„Wir waren mit Andreas Maurer und Wolfgang Popp ein sehr gutes Team und haben unsere Chancen hier optimal genutzt," zog Gehring ein Fazit vor der Abreise der Mannschaft nach Paris, wo heute die Hauptrunde der Internationalen Französischen Meisterschaften beginnt.

Rolf Gehring ist in dem Team des „Hofsäss-Modells" der Verbindungsmann zwischen Spieler und Trainer, er wird auch von allen anerkannt. Michael Westphal, deutscher Ranglisten-Erster, spricht für seine Kollegen Beutel, Zipf und Jelen: „Rolf ist in unserer Truppe schon deshalb ideal, weil er alles das, was uns bevorsteht, schon einmal durchgemacht hat."

In Paris muß der gebürtige Düsseldorfer zunächst einmal auf seine eigenen Fähigkeiten vertrauen. Gleich in der ersten Runde des 1,8-Millionen-Dollar-Turniers trifft Gehring auf den amerikanischen Wimbledon-Halbfinalisten und 20. der Weltrangliste, Tim Mayotte.

Zu welchen Leistungen deutsche Spieler fähig sind, wurde in Düsseldorf unter Beweis gestellt. Schließlich erreichte das deutsche Team lediglich durch eine Freikarte als achte und letzte Mannschaft dieses Turnier. Jetzt kommt es in den nächsten Wochen darauf an, mit diesem Selbstbewußtsein die Selbstzufriedenheit zu verdrängen.

GALOPP / Der Hengst Mark gewann das Bénazet-Rennen in Iffezheim

Viele Rätsel um einen Pferdebesitzer

K. GÖNTZSCHE, Iffezheim

500 Mark kostet es, wenn man beim Galopper-Verband in Köln einen Decknamen beantragt, unter dem man seine Rösser dann laufen lassen kann. Die Gründe, warum Besitzer ihre Pferde unter Decknamen antreten lassen, sind allerdings höchst unterschiedlich.

Am Samstag hat der vierjährige Hengst Mark mit Jockey Gerhard Huber (27) im Sattel beim Frühjahrs-Meeting auf der Galopprennbahn in Iffezheim das Bénazet-Rennen (44 200 Mark, 26 000 Mark dem Sieger, 1200 m) überlegen mit fünf Längen Vorsprung vor dem Favoriten Red Rudi und Zünftiger gewonnen. Als Besitzer von Mark war im Rennprogramm der Name „Stall St. Honorat" zu finden. Dieses Rennsportunternehmen hat vor drei Jahren für über 200 000 Mark auf der Iffezheimer Jährlingsauktion spektakulär eingekauft, der Hengst Mark, für 36 000 Mark vom Gestüt Schloß Wald-Erbach erworben, entpuppte sich als der Beste aus dem Großaufgebot.

Detlev Robert Cecil Motschmann (58) hat die Pferde damals gekauft, ihn vermutete man deshalb stets auch als Besitzer des Stalles St. Honorat, zudem nahm er am Samstag sogar den Ehrenpreis für den Besitzer entgegen. Aber Motschmann dementierte anschließend: „Überall macht man mich zum Besitzer. Das stimmt nicht. Der ist in Saudi Arabien und war verhindert, nach Iffezheim zu kommen."

Nun gibt es hinter den Kulissen um den Stall St. Honorat einige merkwürdige Details. Hermann-Josef Koll (42) aus München, Trainer der Pferde, machte keinen Hehl daraus, wer die 26 000 Mark für den Sieg von Mark bekommen würde: „Gehört alles mir." Kolls Rechnungen für das Training der Pferde sollen offenbar schon längere Zeit nicht mehr bezahlt worden sein, deshalb beansprucht der Trainer den Rennpreis komplett, obwohl er davon eigentlich nur zehn Prozent zu bekommen hat. Ted Motschmann, in Iffezheim gewandtet wie der Religionslehrer eines Mädchen-Gymnasiums, war dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" schon zwei große Geschichten wert, zuletzt in der Ausgabe 18/84. Es ging um einen Öl-Coup, den er angeleiert hat. Nachdem er vom Landgericht München I wegen Betruges zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, kurbelte er einen Deal zwischen der Münchner Avia-Mineralöl AG und der Saudi Staatsgesellschaft Petromin an, über den das „Wall Street Journal" schrieb: „In der Öl-Welt wurden die Augenbrauen hochgezogen." Die Saudis verpflichteten sich, drei Jahre lang 100 000 Barrel Öl an den Branchenzwerg Avia zu liefern, inzwischen stritt man sich über die Provisionen.

Den Kontakt zu den Saudis fand Motschmann durch seine fünfte Ehefrau, die Libanesin Claude Anis-Nassif. Bruchteile aus dem bunten Programm eines Paradiesvogels, der aber bei all seinen Aktivitäten gern im Hintergrund bleibt. Auch am Samstag verschwand er schnell wieder in der Menge.

Wo mit subtiler Inbrunst nach Profit gesucht wird: Die „City von London"

Ein Rechteck, in dem das Geld regiert

Wenn die Bankherren der Londoner City vom Geld sprechen, sind sie pingelig, dann meinen sie oft nur die dritte Stelle hinter dem Komma. Wenn sie jedoch von der City selbst sprechen, sind sie großzügig und ungenau, dann reden sie von der Quadratmeile. Die Wahrheit ist: Die Londoner City ist größer als nur eine Quadratmeile, und sie ist nicht quadratisch.

Sie ist eher rechteckig. Im Süden abgegrenzt von der Themse, die stets der beste und zuverlässigste Zufahrtsweg zur City war, und über die einst die Römer hierher kamen, um ihre ersten Zelte aufzuschlagen. Westliche Grenze: die Gerichtshöfe im Temple-Bezirk, östliche Grenze: der „Tower", wo jahrhundertelang jene Gerichtsurteile vollstreckt wurden, die im Westen der City gesprochen wurden. Nördliche Grenze: das Beton-Bollwerk des „Barbican Centres", wo die Herren nach achtstündigem Umgang mit dem Geld am Abend Rast suchen beim Esoterischen.

Es ist einer der eigenartigsten Stadtteile der Welt. Nachts wohnen auf dieser Quadratmeile nicht mehr als 10 000 Menschen – Polizisten, Nachtwächter, Journalisten. Am Morgen zwischen acht und neun fallen über die Eisenbahnstationen „Liverpool Street", „Fenchurch Street", „Cannon Street" und „London Bridge" 350 000 Menschen in diese City ein. Acht Stunden lang begeben sie sich mit subtiler Inbrunst auf die Suche nach dem Profit, um dann am Abend um fünf ebenso fluchtartig diese Quadratmeile wieder zu räumen und in die Vororte zurückzukehren. Zurück bleibt eine tote Stadt. In der Londoner City läßt sich arbeiten, aber kaum leben.

Das war nicht immer so. Vor fünf Jahrhunderten war dies 24 Stunden lang die aufgeregteste, lebhafteste und zugleich verruchteste Quadratmeile Englands. Hier befanden sich die großen Märkte der Stadt, und hier war Drama. Hier kamen alle Fremden zuerst an, und hier erfuhr man zuerst, was in der übrigen Welt geschehen war.

Heute ist das alles viel steriler geworden. Die Folklore ist verschwunden. Die Marktleute sind vertrieben worden. Vor nunmehr zwei Jahren haben sie die Fischhändler aus Billingsgate, dem ältesten Fischmarkt der Welt, ausquartiert. Geblieben sind nur noch die Fleischhändler vom Smithfieldmarket, und die sind bestenfalls auch nur geduldet. Die Geldhändler geben den Ton an. Sie haben Wolkenkratzerpaläste gebaut, die wie wuchtige Ausrufezeichen die „Skyline" der City verunzieren, die einst vom Kuppelbau der „St. Paul's Kathedrale" bestimmt wurde.

Britische Nachbarn: Die City von London – ARD, 21.15 Uhr

Dennoch ist es ein faszinierender Stadtteil geblieben. Hier lagert in *„Threadneedle Street", wo die „Bank* von England" zu Hause ist, das gesamte Gold des Landes. Auf dieser Quadratmeile wird an jedem Morgen um zehn der Goldpreis des Tages für den Rest der Welt fixiert. In dieser City haben alle Banken der Welt, die auf sich halten, ihre Filialen. Hier wird bei „Lloyd's" alles versichert, was sich bewegt und dabei ins Risiko laufen könnte: Ozeandampfer, Flugzeuge, Rennpferde und die Beine von Marlene Dietrich. Hier wird bestimmt, zu welchem Preis heute das Kupfer in Zambia und in Chile gehandelt wird, hier wird im „Old Bailey" Recht gesprochen über Massenmörder wie Dennis Nilsen und den „Yorkshire Ripper", und hier werden die großen Zeitungen des Landes produziert.

Wer so intensiv um den Profit jongliert und mit dem Risiko lebt, hat Anlaß zum Beten. Vor dem großen Brand im Jahre 1666 gab es in dieser City 78 Kirchen. Heute sind es noch 34. Ihr Problem: Wie soll man am Sonntag die Kirchen einer seelenlosen, geräumten Stadt füllen? Die einzige Chance, diese „City Brigade" für Gott zu interessieren, bietet sich werktags zwischen zwölf und zwei in den Mittagspausen. Und in diesen Kirchen sorgt man zugleich fürs geistige und leibliche Wohlergehen der Kundschaft. Während der Pastor predigt, serviert der Küster Sandwiches und Tee.

Die berühmteste dieser Kirchen? Nein, nicht „St. Paul's", sondern „St. Marylebone" in Cheapside. „St. Paul's" mag die Kathedrale der Könige sein, die „Bone-Church" war stets die Kirche der Bürger und des Volkes. Hier war vor 500 Jahren das Zentrum der wahren Herren der City, der Tuchhändler und der Kerzendreher, der Schuhmacher und der Fischhändler, der Fleischer und der Goldschmiede.

Und es ist bis heute eine eiserne Regel geblieben: Nur wer in Hörweite der Glocken von „Bone-Church" geboren wurde, gilt wirklich als ein Ur-Londoner und hat das Recht, sich ein „Cockney" nennen zu dürfen. Die Tragödie: Die „Cockneys" sterben aus, vertrieben von den Tempeln und den Herren des Geldes.

FRITZ WIRTH

KRITIK

Mit sanftem Spott

Sohn Alex (17), neukonservativ, in Schlips und Kragen, will Eindruck schinden bei seiner schnieken Freundin Kimberly und schämt sich der legeren kreuzbürgerlichen Verhältnisse in seinem eigenen Haus. Vater Keaton, vom progressiven Anti-Vietnam-Demonstranten zum eifrigen Familienvater gemausert, will seinen Sohn aus den Fängen der Feinde von einst, der High-Society-Typen à la Miss Kimberly, erretten und macht sich und den Sohn dabei lächerlich. Er entschuldigt sich, und der Sohn verzeiht ihm.

Mit der ersten von 13 geplanten Folgen der Familienserie aus den USA, **Hilfe, wir werden erwachsen** (ZDF), hält das Genre der harmlos-liebenswürdigen Situationskomödie samt amerikanischem Zubehör in Gestalt von mitproduzierten Lachern an der richtigen Stelle (?) erneut Einzug ins bundesdeutsche Wohnzimmer. Der Dialog in der Familie Keaton zum Samstagnachmittag, von Drehbuchautor David Goldberg mit sanftem Spott überlegen gestaltet, lädt zur Nachahmung ein: Die blonde Mutter (Enddreißigerin) lebt emanzipiert, ohne darüber zu dozieren. Ihr Umgangston mit Ehemann und Kindern bleibt auch als berufstätige Frau heiter und gelassen. Aber sie denkt nicht daran, die Tatsache zu verschleiern, daß sie neben Kindern und Mann viele andere Dinge interessieren.

Der streitbare Schlagabtausch zwischen Kindern und Eltern, zwischen Eltern untereinander macht unterschiedliche Positionen deutlich, ohne den Andersdenkenden zu verdammen. Soviel Humor im Umgang miteinander mag für die bundesdeutsche Familie ewig unerreichter Wunschtraum bleiben. Aber Eltern, die nicht nur Fehler machen, sondern sie auch zugeben und sich bei den Kindern dafür entschuldigen, die könnte es ruhig öfter geben.

INGRID ZAHN

STUDIO

Nach zehnjähriger Amtszeit geht der Intendant des Berliner Senders RIAS, **Freiherr Ludwig von Hammerstein**, in den Ruhestand. Sein Nachfolger wird **Peter Schiwy**, bisher Chefredakteur Fernsehen beim NDR. Der 47jährige Schiwy tritt sein Amt am 1. Juni an. Der gebürtige Berliner Journalist hatte von 1979 bis 1981 die Abteilung Osteuropa beim RIAS geleitet. AP

*

Der Luxemburger Sender RTL hat nach Angaben des Südwestfunks bei der Ausbesserung seines Senders „gemogelt" und stört durch einen überhöhten Sendemast den Empfang des SWF in einigen Bereichen der Westpfalz. Das Bundespostministerium hat inzwischen bestätigt, daß RTL die international festgelegten Planwerte überschritten habe. Die Deutsche Bundespost hat ein Koordinierungsverfahren eingeleitet. DW

ARD

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

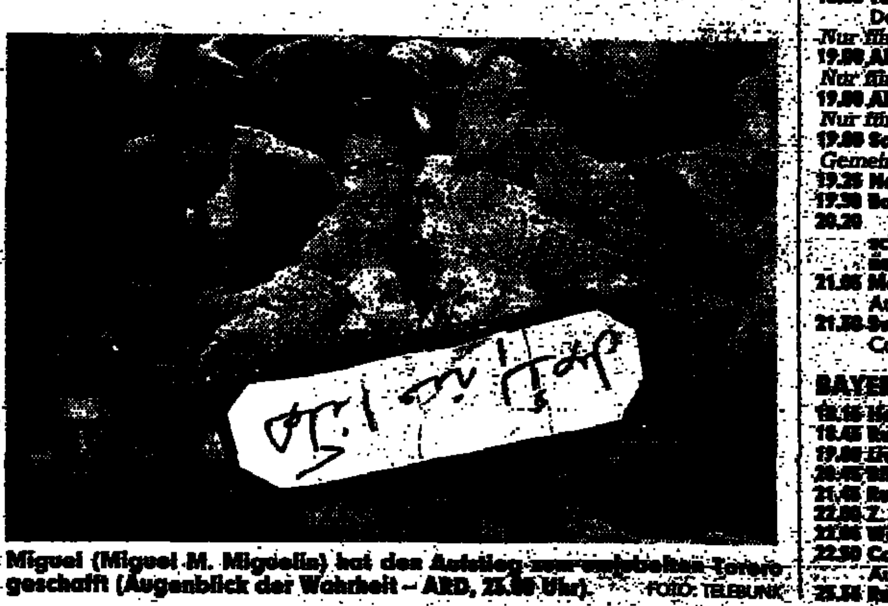
9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Julia, du bist zauberhaft
Österr.-franz. Spielfilm (1961)
11.35 Tatsachen
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Montagsmarkt
Show, Spot(t) und Spiele
17.20 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Parteien zur Europawahl
20.15 Vor dem Sturm (5)
Der äußerst riskante Angriff auf die französische Garnison in Frankfurt, den Berndt von Vitzewitz als unverzichtbaren Beitrag für die Sache der preußischen Erhebung deklariert, endet in einem grauenvollen Desaster ...
21.15 Britische Nachbarn
Die City von London
21.45 Bitte umblättern
22.30 Tagesthemen
23.00 Augenblick der Wahrheit
Italienisch-spanischer Spielfilm (1965)
Regie: Francesco Rosi
Der arme Bauernsohn Miguel verläßt sein Dorf in Andalusien in der Hoffnung, in der Stadt ein besseres Leben zu finden. In Barcelona ist er zunächst noch schlechter dran als zu Hause; doch nachdem er sich von einem alten Matador zum Stierkämpfer ausbilden ließ, gelingt ihm der Aufstieg zum gefeierten Torero.
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lernen ist menschlich
8. Folge: Wie funktioniert das?
Von Heiner Schmidt
16.18 Elternsache: Grundschule
8. Folge: Im Gespräch mit dem Lehrer
Von Ulrike Eichin
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Nächtliche Landung
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
Anschl. Parteien zur Europawahl
19.30 Alle Räder stehen still ...
Leben mit dem Streik
Beobachtet von Olaf Buhl, Manfred Teubner und Bernd Wiegmann
20.15 Dr. Mabuse: Von Scotland Yard gejagt
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Peter van Eyck, Sabine Bethmann, Dieter Borsche u. a.
Regie: Paul May
21.45 heute-journal
22.05 Heimweh
Ein Film über und mit Gottfried Helnwein von Peter Hajek
22.50 Überlebenstraining
Fernsehfilm von Günter Seuren
0.35 heute



Miguel (Miguel M. [illegible]) hat den Aufstieg zum umjubelten Torero geschafft (Augenblick der Wahrheit – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Deutsch-türkische Freundschaft
21.45 Die zahmen Adler
22.15 Der Snob
Komödie von Carl Sternheim
Mit Klaus Maria Brandauer u. a.
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Lebenshilfe eines Universums (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Punkt im Ozean
Porträt einer Koralleninsel
21.00 Das Montagsthema
Neue Mediengesetze – und was nun?
22.00 Mit stahlharter Faust
Amerikanischer Spielfilm (1955)
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.30 Papetia & Co. (8)
19.00 Unglaublich – aber wahr?
20.00 Weißer Fleck
20.45 Die Sprechstunde
Narkose – Schlaf ohne Risiko?
21.30 Drei aktuell
21.45 Schauplatz New York
22.30 Tödliche Träume – Ein Harlekin, der Samurai sein wollte

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Deutsch (60)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Viktor Andrejewitsch Leschtschenko, Stahlarbeiter, Donezk (UdSSR)
21.05 Mad Movies
Auf Schatzsuche
21.30 Swinging USA (3)
Count Basie

BAYERN
18.15 [illegible]
18.45 Rundschau
19.00 *Live aus dem Alabama*
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (6)
22.30 Captain Paris
Auf eigene Faust
23.35 Rundschau

Pankraz, Herkules und die Weiberherrschaft

Seit Wochen langweilt uns das ZDF zur besten Sendezeit mit alten italienischen Herkulesfilmen, die so schlecht sind, daß es zum Himmel schreit. Hilflos zusammengestellte Papp- und Styroporwelten, die jede Phantasie im Keim ersticken, Dialoge von der Intensität eines Latrinengesprächs und Darsteller, die so hölzern agieren wie Passionsspieler bei der ersten Stellprobe – das sind die Ingredienzen dieser Filme. Am ärgerlichsten freilich berührt der antimythologische Flachsinn, mit dem hier Herkules selbst ins Bild gesetzt wird. Der große Hammer des Olymp gegen Matriarchat, tierköpfige Uralt-Gottheiten und chthonische Amtsanmaßung schnurrt zusammen zu einem muskelbepackten Teddybär, der sich für ein Betthäschen abrackert wie der letzte Pantoffelheld in der römischen Arbeitervorstadt.

Hera, die mächtige Göttermutter, kommt dagegen kein einziges Mal vor. Dabei war gerade sie es, die – eifersüchtig auf die Herkulesmutter Alkmene – sich zur bösen Gegenspielerin des illegitimen Zeussohnes und Zeuslieblings Herkules aufschwang. Sie verzögerte seine Geburt, um seinem mickrigen Vetter Eurystheus das Erstgeburtsrecht und damit die thebanische Königskrone zuzuschanzen. Sie schickte die Schlangen, die das Kind Herkules schon in der Wiege töten sollten. Und sie war es schließlich, die die erste Ehe des Herkules (mit Megara) spektakulär zum Scheitern brachte, indem sie Herkules mit rasendem Wahnsinn schlug und zum schrecklichen Mord an seinen eigenen Kindern anstiftete.

Kein Wunder, daß das Verhältnis des jungen Helden zu Liebe und Ehe von da an nachhaltig gestört war und er beim Umgang mit Frauen nur noch Fehler machte. Die Amazonenkönigin besiegte er nicht nur, sondern er demütigte sie auch noch, ihr den Aresgürtel abnehmend, der ihr ganzes Selbstbewußtsein zusammenhielt. Als er um Iole warb, erhielt er einen gewaltigen Korb, weil er gleich Ioles Bruder erschlug, der einige kritische Fragen hatte stellen wollen. Die Götter mußten ihn daraufhin wohl oder übel zum befristeten Sklavendienst bei der lydischen Königin Omphale verdonnern, und was er dort durchgemacht hat, geht sehr schön aus dem bekannten Wandgemälde hervor, das man in Pompeji gezeigt bekommt.

Die schnöde Vergewaltigung der stolzen arkadischen Königstochter Auge war danach nur noch eine Frage der Zeit, und auch das schlimme Ende mit der letzten Ehefrau, Deianeira, kann nicht mehr überraschen. Herkules betrog sie bekanntlich nach Strich und Faden, und sie rächte sich mit dem Nessusgewand, das dem Helden das Fleisch in Fetzen vom Leibe riß. Mit einem ähnlichen Unheilsgewand hat sich übrigens auch Medea an dem ungetreuen Jason gerächt. Es war ein Hemd, das mit Zentaurenblut getränkt und damit in jene halbtierische, chthonische Sphäre eingetaucht war, die den (männlichen) Göttern des Olymp so unsympathisch aufstieß und zu deren Vernichtung sie einst Herkules bestimmt hatten.

Heutige Ökologen würden Herkules wohl als den ersten großen Naturfeind einordnen. Die berühmten zwölf Taten, die er – bezeichnenderweise im Auftrag eines feigen und gemeinen Königs, des oben schon genannten Eurystheus – ausführte, laufen fast alle erkennbar auf Tierausrottung und Umweltbelastung hinaus. Da ist die Tötung des prachtvollen nemeischen Löwen, die wilde, jahrelange Hetzjagd auf die rührende Kerynitische Hirschkuh mit den ehernen Läufen, die niemandem etwas getan hatte. Da ist der Raub der Äpfel der Hesperiden, die gewaltsame Abrichtung der Rosse des Diomedes, die Vertreibung der stymphalischen Vögel mit lärmenden, umweltfeindlichen Rasseln und Klappern.

Und selbst die Reinigung des sprichwörtlichen Augiasstalles könnte man ganz anders interpretieren, als es dreitausendjährige Tradition gebietet. Wird sie nicht von Herkules zu einem prononciert antiökologischen Spektakel umfunktioniert? Statt ordentlich auszumisten und den „Unrat" für eine natürliche Düngung der hellenischen Gärten und Felder bereitzustellen, leitet er gleich ganze Flüsse um und spült den kostbaren Dünger einfach ins Mittelmmer, wo er kräftig zur Überdüngung und Verschmutzung der antiken Strände beigetragen haben mag.

Auch die Taten, die Herkules außerhalb des „Dodekathlos", der zwölf Eurystheus-Aufgaben, verrichtet hat, tragen den Stempel seiner strikt antimatriarchalischen, tier- und umweltfeindlichen Bestimmung. Seine Teilnahme am Argonautenzug mündete in der Aussaat der fürchterlichen Drachenzähne, die die Kolchis mit blöden, ehernen Kriegern überzog. Die Kalydonische Eberjagd verheerte unzählige Forsten und Flure, und die „Gigantomachie", in der die Olympier zum Entscheidungskampf gegen die Giganten antraten, sicherte endgültig die Herrschaft der männlichen „Helden" der menschlichen Gesellschaft über das chthonische, weibliche „Chaos" der Natur. Diese wurde dabei tragischerweise mit ihren eigenen Waffen geschlagen, und wieder war es Herkules, der dabei die Hauptrolle spielte. Er hatte während des Dodekathlos seine Pfeile mit dem Blut der Lernäischen Schlange vergiftet, und diese Giftpfeile waren es nun, denen die Giganten einer nach dem anderen erlagen.

Es ist sehr interessant, daß Herkules beinahe der einzige antike Held ist, der den Übergang ins Christentum unbeschadet überstand. Das Mittelalter verehrte ihn als eine Präfiguration Christi, in der Renaissance steigt er zur Verkörperung aller Tugenden des Abendlandes auf; sogar eine „vita contemplativa" dichtete man ihm an, da er doch zeitweise das Himmelsgewölbe getragen habe. Bis heute hat niemand etwas gemerkt. Erst Pankraz wirft den Helden jetzt den Emanzen und Ökologen zum Fraße vor, und selbst ihm ist nicht wohl dabei. Aber ist es nicht für Herkules immer noch besser, den großen Hauptfeind unserer schlaffen Tage zu verkörpern, als zum Bodybuilder in Styropor herabzusinken?

Pankraz

Braver Luzifer in feucht-kalter Hölle – Stockhausens „Samstag aus Licht" in Mailand uraufgeführt

Und Majella läßt die Raketen starten

Vor die Teilhabe an seiner Mystik hat Karlheinz Stockhausen das Fasten gesetzt. Anders als vor drei Jahren seinen Opernerstling „Donnerstag aus Licht" läßt er dessen Fortsetzung, „Samstag aus Licht", nicht in der Mailänder Scala uraufführen, sondern, wenn auch unter Federführung der Scala, im ansonsten verödeten Sportpalast Mailands, draußen am tristen Stadtrand. Vorher gibt es nichts zu essen, weil es zu früh ist, und hinterher nichts, lange nach Mitternacht, weil es zu spät ist. In der Pause des mehr als vierstündigen Spektakels findet man nicht einmal einen Kaffee. Deutlicher kann Stockhausen nicht machen, daß es nach seinem Willen nicht um Kunstvergnügen gehen soll, sondern um eine Erfahrung, die die Niederungen der Leiblichkeit zu überwinden hat.

Vielleicht hat man auch deswegen nur die Wahl zwischen Holzstühlen, von denen aus man das Geschehen allenfalls noch par distance mitbekommt, und grauenvoll unbequemen Wülsten aus Sägemehl und Canvas, auf denen man nicht sitzen und nicht liegen kann. Vielleicht muß man auch deswegen so erbarmenswert frieren, den langen Abend lang, weil ja Stockhausens geistiges Licht allein die naßkalte Halle nicht wärmen kann.



Weltenplan, besetzt mit musikalischen Themen: Die dänische Flötistin Kathinka Pasveer bläst „Luzifers Requiem" bei der Mailänder Uraufführung von Stockhausens „Samstag aus Licht" FOTO: AP

Dabei müßte die Halle eigentlich die Hölle sein, denn der Samstag in Stockhausens Lichtwoche ist der Tag Luzifers, der denn auch passenderweise in Gestalt des Bassisten Matthias Hölle daherkommt. Den aber umringt nicht Feuer, sondern Trockennebel, wenn er in Luzifers Traum, die erste Abteilung des Abends, versinkt. Und der Teufel träumt natürlich von Stockhausen, genauer: von dessen „Klavierstück XIII", das der Vater für die Tochter Majella komponiert hat und das Majella hier auch spielt.

Es ist fürwahr ein höllisch schweres Stück, bei dem nicht nur die Finger die Tasten, sondern auch die Knöchel das Holz des Klaviers zu bearbeiten haben, das sich aber auf seine wilde Art trotzdem so wohltönend vernehmen läßt wie alle Stockhausen-Erfindungen der letzten Jahre. Und wer da meint, das Inferno bräche los, wenn Majella zwischen ihrem hochvirtuosen Spiel fünf auf dem Flügel postierte Raketen hinwegkatapuliert, der irrt: es sind nur Attrappen ohne Treibsatz.

Der Teufel also ist ein braver Mann, Lichtträger auch er, wenn nicht sogar ein erfolgloser Lichtsucher. Man kann ihn geradezu gerngewinnen, wenn er in der übernächsten Abteilung, „Luzifers Tanz", auf viele Meter hohen Stelzen durch die Arena wankt, verkörpert von zwei jugendlichen Trampolista-Brüdern mit bübischem Lächeln über den rudernden Armen. Der golden gepanzerte Lichtboy Markus (ja sicher, Stockhausen-Filius Markus mit seiner Trompete), der Luzifer den Tanz verderben will, macht jedenfalls einen weitaus kriegerischeren Eindruck als der schwarze Höllenritter. Vor seinem Tanz ist Luzifer außerdem schon gezeichnet, denn Kathinka hat mit ihrem Gesang in der zweiten Abteilung bereits Luzifers Requiem angestimmt: „Kathinkas Gesang", der deshalb so heißt, weil er von Kathinka Pasveer auf der Flöte geblasen wird.

Mit einem Wort: Luzifer hat nicht nur seinen Platz in Stockhausens Schöpfung, er ist auch so übel nicht, und deswegen zelebrieren auch fromme Mönche „Luzifers Abschied" als Schlußstück der großen Parabel, Madrigale zur Orgel singend, wenn sie nicht gerade jene Kokosnüsse zertrümmern, die im Sack vom Himmel gefallen sind wie weiland das biblische Manna.

Was Stockhausen da erdichtet und ersonnen hat, ist ein großes Märchen von geradezu umwerfender Naivität, eine unendliche Geschichte von eigenem Zuschnitt. Man sollte das ohne Häme singen, denn Stockhausens Phantasie, seine Lust, Träume wahr werden zu lassen, hat nach wie vor eine künstlerische, kreative Energie sondergleichen. Was an dem „Samstag aus Licht" verstört, ist nur der Versuch, dieses urprivate Künstlerspiel als endlich ergründeten Weltenplan auszugeben, in dem jedes Quadrat besetzt ist von musikalischen Themen, Sinngehalten und Transzendenzen.

Stockhausen will nicht Welt abbilden, sondern Welt bauen. Ihm steht dazu in Mailand viel zu Gebote. So dient der Aufführung als Orchester nicht das der Scala, sondern die Symphony Band der University of Michigan; so ist eigens der Mönchs-Chor des Händel-Kollegiums aus Köln angereist. Mit dem Orchester inszeniert der Komponist übrigens einen brandaktuellen Scherz: der Orchesterauftritt endet mit einem Streik, weil man sich nicht einigen kann über irgendwelche Zulagen für Überzeit.

Für die Inszenierung des Abends zeichnet Luca Ronconi, aber das ist beinahe ein Name-Dropping, denn Stockhausens Anweisungen für die szenische Gestaltung sind so detailliert, daß man als Regisseur allenfalls entscheiden darf, was davon szenisch *nicht* zu realisieren ist. Stockhausens Phantasie ist von der Bühnenrealität ohnedies nicht einzuholen, und so hat er mit seinem „Samstag aus Licht" wahrscheinlich etwas geschaffen, das beim Lesen und Durchdenken weit faszinierender ist als im Aufführungserlebnis. Eine Leseoper sozusagen.

REINHARD BEUTH

Hamburgische Staatsoper: John Neumeier choreographiert die sechste Sinfonie von Gustav Mahler

Lemuren-Tango im Tanzpalast der Traurigkeit

Eine Frau am Fenster, weiß, sehnsüchtig, erwartungsvoll. Ein Mann, hingestreckt auf eine Reihe von Stühlen. Von fern singt ein Knabe das wehmütige Lied von der „Letzten Rose". Es wird unterbrochen von aufkommendem Sturm. Windgeheul wirft sich bedrohlich über das Singen. Der Mann und die Frau verbarrikadieren die Tür. Er trägt jetzt Offiziersuniform.

Ist man bei Schnitzler, Ibsen, Hugo von Hofmannsthal? Falsch geraten: Man ist bei Gustav Mahler und ahnt düster, Schreckliches werde geschehn. Und das geschieht dann tatsächlich. John Neumeier choreographiert in der Hamburgischen Staatsoper als neuestes Mahler-Ballett die sogenannte „Tragische" Sinfonie: Mahlers Sechste.

Musikalische Voraussetzung dafür wäre freilich von vornherein die Anwesenheit des philharmonischen Staatsorchesters gewesen, möglichst unter der Kompetenz eines Chefs wie Dohnányi. Doch das Ensemble der Staatsoper weilt im fernen Japan, und so spielen zum Mahler-Ballett aushilfsweise die Hamburger Symphoniker auf. Ihr Dirigent ist Heribert Beissel, und tüchtig spielen die Musiker durchaus unter ihm. Sie wuchten voller Aufmerksamkeit die ungeheure musikalische Herausforderung hin, die Mahler ihnen auferlegt hat. Das verschlingt alle Kraft. Die Schönheit bleibt auf der Strecke. Zusätzlich nun aber auch noch die Ballett-Last zu tragen, zu inspirieren, sinnvoll erscheinen zu lassen, gelingt den braven Symphonikern nicht.

Dem „Sinfonischen Tanz" sind die Hamburger Ballett-Tage diesmal gewidmet, und Mahlers Sechste macht dabei den kolossalen Beginn. Im Gegensatz aber zu Balanchine, dem jede sinfonische Choreographie zu einer Kläranlage geriet, in der sich die Musik optisch auffaltete, den hörenden Betrachter (oder den betrachtenden Hörer) musikalisch wie choreographisch klüger entließ, darf er sich bei Neumeier im nachhinein dümmer fühlen. Neumeier setzt ein Rätselwerk düsterer, tänzerischer Weltbetrachtung in Gang, das sich am Ende choreographisch beinahe selber vernichtet.

Der erste Satz der sechsten Sinfonie läßt sich choreographisch an wie eine Fortschrift des Kopfsatzes der Dritten, der Neumeier vor Jahren zu einer meisterhaften Parade tänzerischer Virilität geriet. Jetzt hingegen lahmt die Compagnie eher hervor, halb nackt, in schwarzen Trikots: Flagellanten, von innen gegeißelt, umgetrieben von wahnhaftem Ausdrucksdrang. An Gruppierungen ist auch diesmal kein Mangel. Doch die Schritte, aus denen sie sich erstellen, bleiben weitgehend gleichgültig, so kraftvoll sich auch Gamal Gouda tanzend ins Zeug wirft. Er ist der Sieger des Abends. Rena Robinson ist ihm hoheitsvoll die farbige Partnerin.

„Wüste" hat Neumeier den Eingangssatz überschrieben. Den zweiten nennt er „Au Bal". Mahlers bizarres Scherzo wird zu einem Lemuren-Tango im Tanzpalast der Tristesse. Ettore Scolas Film scheint dabei Pate gestanden zu haben: eine geschniegelte Welt, zum marionettenhaft verzweiflungsvollen Zappeln verdammt.

Das Kino, das der zweite Satz beschwört, baut sich im anschließenden Andante tatsächlich auf. Atlanta steht in Flammen. Vor den niederbrechenden Fassaden rettet Rhett Butler seine Scarlett. Während Clark Gable sein Pferd sattelt, Vivien Leigh großäugig leidet, kriecht im dunklen Cinema die Sehnsucht umher. Die Aufmerksamkeit gilt durchaus nicht der Leinwand. Ihren „Schattenspielen" (so nennt Neumeier den dritten Satz) paart er Spiele im Schatten. Gigi Hyatt und Jeffrey Kirk tragen sie im geheimen inbrünstig vor.

„Niemandsland" – das ist der Beschluß. Beatrice Cordua und Max Midinet, das Paar des Beginns, jetzt dem Fin-de-siècle-Aufputz entkleidet, martert sich bedeutungsvoll und tiefsinnig ins Finale. Der Cordua springt endlich die lange verbarrikadierte Tür. Ins Leben? In den Tod? Für Neumeier schließt sie sich wohl gleichzeitig vor weiteren Mahler-Balletten.

KLAUS GEITEL

Berlin: Goethes „Clavigo" unter Valentin Jeker

Ein Huhn in der Hand

Was ist wichtiger: der Erfolg, die Karriere, die öffentliche Anerkennung oder das bürgerliche Glück, die Familie, das Private um den Preis der sogenannten „Mittelmäßigkeit"? Der Konflikt des Spaniers Clavigo scheint gar nicht so von vorgestern (1774). Mancher Politiker, mancher Manager unserer Tage kennt ihn auch, und übrigens nicht minder weibliche Abgeordnete, Senatorinnen, unzählige Gestalten im Lichte der Öffentlichkeit. Nur werden sie nicht unbedingt ihren Verlobten, wie Clavigo, gleich zwiefach wortbrüchig. Und die Enttäuschten fielen wohl auch heute, in Kenntnis der Dinge, nicht mehr unverzüglich tot vom Stuhl wie die arme Marie.

Valentin Jeker, der jetzt das Stück des jungen Goethe im Schloßpark-Theater in Berlin inszeniert hat, behagt der Realismus nicht. Er bürstet ihn mit Manierismen auf. Clavigo springt emphatisch, mit falscher Expression, auf die Schreibplatte (zweimal). Marie wankt mechanisch wie eine Aufziehpuppe. Die Bediensteten im Hause des Erfolgreichen tragen entweder schwarze Schminkhaut oder ein gerupftes Huhn in der Hand.

Jeker spielt in allem ein wenig herum. In der Opportunisten-Affäre. In der Treulosigkeits-Story. Aber zum wichtigsten Punkt gelangt er kaum: der Unbeständigkeit der Gefühle, vor der Clavigo zutiefst erschrecken muß. Statt Sensibilität gibt es Triviales: Selbst tragische Momente wirken banal und albern. Wenn am Schluß der Sarg hinplumpst, wenn der sterbende Clavigo allzu lange stabil herum läuft, wenn sein Freund Carlos sich das Blut des Amigos ins Gesicht wischt, dann ist das Entsetzen groß – weniger über das traurige Geschehen als über die Inszenierung.

Das Bühnenbild von Bernd Holzapfel läßt alle Parteien im selben Raum wohnen. Dreimal dieselben Flügeltüren. Nur das Mobiliar wird umständlich umgebaut. Vorhang und Cellogetön. Hermann Treusch – ein wohlklingender Clavigo, aber letztlich doch eine blasse Gestalt, weil der eigentliche Konflikt, die bittere Wankelmütigkeit der Empfindung, nicht schneidend deutlich wird. Elastische Sprungbeine ersetzen keine differenzierte Psychologie. Für die arme Marie hat der Regisseur wenig Verständnis. Die Momente jedoch, in denen auf Ursula Andermatts Gesicht, in ihrer Haltung schon ein Ahnen der noch unausgesprochenen Wahrheit tiefe Schatten wirft, sind zugleich rare Augenblicke der Aufführung.

Friedhelm Ptok fehlt die böse, zynische Schärfe des Karriere-Strategen, die einen Freund von immerhin genialischem Zuschnitt, wie es Clavigo ist, zu überreden, geschweige zu überzeugen vermöchte. Dieser Carlos ist ein gefährlicher Ratgeber, ein Dämon aber ist er nicht. Hans-Peter Hallwachs als bürgerlicher Racheengel hat einen eigenen Ton: jugendlich, leidenschaftlich, zornig – und das auf beinahe lässige Weise. Keine Kunst-Figur. Er hat Sympathien. Aber sonst: Ein Trauerspiel.

PETER HANS GÖPFERT



Militärpolizei greift ein beim Bauernfest: Szene aus Klaus Pohls „Altem Land" in der Kölner Inszenierung FOTO: BAUS-MATTAR

„Das Alte Land": Flimm inszeniert in Köln Pohls Parabel von der Stunde Null

Revue vom Beginn der Gegenwart

Klaus Pohl hat sein jüngstes, nunmehr drittes Theaterstück nach einer Landschaft an der Elbe, südlich von Hamburg, benannt: „Das Alte Land". Aber dieser Titel ist durchaus doppeldeutig gemeint. Das meint auch: Alle Katastrophen, alle Erniedrigungen, alles Erwachen aus bösen Träumen schaffen kein „neues" Land. Menschen ändern sich nicht. Länder natürlich auch nicht.

Pohl, Jahrgang 1952, von Beruf Schauspieler, hat nach „Hunsrück" und „Da nahm der Himmel auch die Frau" ein weiteres Stück über Deutschland geschrieben. Ein Bericht von der Stunde Null, dem bösen Nachkriegswinter 1946/47, als die Menschen erfrorene Kartoffeln aßen und die Kinder eine Pappdose Kunsthonig für das Schlaraffenland hielten. Der Autor freilich kennt das nur vom Hörensagen, und das gibt seinem Stück eine Dimension des Literarischen, des Parabelhaften. Pohl ist nicht real betroffen gewesen. Er hat Distanz. Er fragt nicht so sehr nach schmerzenden Eingeweiden, nach den Auszehrungen der Seele, nach der Einsamkeit der Kriegerwitwen. Pohl befragt die Gegenwart nach ihrem Beginn.

Natürlich treten all die Figuren auf, die heute schon fast zu einem Klischee erstarrt sind. Die Heimkehrer, die Vertriebenen, die Krüppel, die Mitläufer, die entlassenen, davongekommenen Häftlinge, die Leute, die immer gewinnen. In Jürgen Flimms Kölner Inszenierung – die deutsche Erstaufführung folgt der Wiener Uraufführung mit zweimonatiger Verzögerung – wird das wohl deutlicher als bei Achim Bennings realistischerer Version: Tänze haben immer die gleiche Schrittfolge, auch wenn die Melodie darüber hinwegtäuscht. Entsprechend sind die Figuren in gewisser Weise auswechselbar. Der Kriegsblinde Olschewsky (in Köln: Stephan Bissmeier) könnte auch Beckmann heißen, wie bei Borchert, oder Kragler, wie bei Brecht. Er steht „draußen vor der Tür", seine Schwägerin empfiehlt ihm: „Häng dich auf!" Ein Deserteur, der im Dritten Reich seinen Henker zum Krüppel schlug, um in die Wälder zu entkommen, heißt von vornherein Lenz (Christoph Waltz) und erinnert somit an Büchner.

Pohls Stück ist formal ein großer Bilderbogen aus unzähligen kleinen Szenen. Was sich ereignet, ist im Detail nicht so wichtig. Natürlich hungert man. Natürlich denunziert man. Natürlich gehen Hoffnungen kaputt. Wichtig ist: Die Menschen tanzen ihren Tanz. Nicht umsonst sind tragende Szenen zwei Feste. Ein Gemeindefest, auf dem man die alten Lieder spielt. Eine makabre Doppelhochzeit. Der Bodenreformer Wilhelm Hunt (Felix von Manteuffel) heiratet die um ihren Besitz gebrachte Bäuerin Margarethe Zentmeier (Giulietta Odermatt); der Kriegsblinde die herumgestoßene, bei ihrer Moral gepackte Irma (Emanuela von Frankenberg). Die erste Hochzeit dient der Besitzsicherung; die zweite dem Abschieben unbequemer Restbestände an Kriegsopfern.

Pohl agitiert nicht. Er deutet nicht mit dem Finger. Er zieht eher – manchmal gar mit liebenswürdiger Komik – den Schluß: Menschen sind eben so. Der Bodenreformer Hunt verkündet, er wolle das neue Deutschland schaffen. Antwortet ihm die Bäuerin entwaffnend: „Ich baue Kartoffeln an."

Jürgen Flimm inszeniert das treffend: keine Genre-Bilder, sondern hochstilisierte Redundanzen. Rolf Glittenberg baute ihm einen Raum, dessen Schwünge und Bögen die Rondoform andeuten. Ansonsten: eine Bahnhofsuhr, trübe Lampen, zwei gekippte Hauswände mit Steinen dazwischen. Das sind keine Behausungen, sondern Tummelplätze für Unbehauste. Am besten gelingen die Festszenen: makaber, wenn der Blinde die Frau zum Tänzchen führt; grotesk, wenn der verblutende Lenz zum Schlager stirbt „Ich weiß, es wird einmal ein Wunder gescheh'n". Der Autor spielte selbst mit: einen Krüppel, der Opfer und schlimme Ursache zugleich ist. Viel Beifall, ein paar Buhs.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

EG-Präsident stiftet Filmpreis

dpa, München

Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, hat einen Filmpreis gestiftet, der erstmals anläßlich des „Europäischen Filmfestivals" in München für einen Spielfilm aus einem der EG-Länder vergeben werden soll. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung ist für den Regisseur des Films bestimmt. Darüber hinaus erhält der Film eine Förderungshilfe zu seiner Verbreitung. Die Jury aus europäischen Regisseuren steht unter dem Vorsitz des Italieners Cesare Zavattini.

Gefängnisstrafen für ungarische Popmusiker

AFP, Budapest

Drei Mitglieder der ungarischen Popmusik-Gruppe „CPG" sind in Budapest wegen „antisowjetischer Propaganda" und „Verletzung der ungarischen Verfassung" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. In den Liedern der Gruppe wurden u. a. die „kommunistischen Samstage" kritisiert. Einen Samstag pro Monat müssen die Ungarn für ihren Arbeitgeber ohne Entlohnung arbeiten.

Ehrendoktorwürde für Solschenizyn

dpa, Worcester

Der im Exil in den USA lebende russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn ist vom amerikanischen Holy Cross College in Worcester, Massachusetts, mit einem Ehrendoktortitel der Literatur ausgezeichnet worden. In der Festrede hieß es, Solschenizyn habe den Menschen in den sicheren Nationen des Westens die Botschaft vermittelt, daß Opfer notwendige Begleiterscheinungen der Freiheit seien. In einer Zeit, da echter Mut selten geworden sei, hätten Leben und Werk von Solschenizyn allen Menschen Kraft gegeben, die sich der Wahrheit verpflichtet fühlten.

Schillers Dramen in den letzten 40 Jahren

DW. Marbach/Neckar

Die große Sommerausstellung im Schiller-Nationalmuseum in Marbach a. N. hat begonnen: „Schau-Bühne". Sie ist diesmal Schiller selbst gewidmet und behandelt die Wirkung seiner Dramen auf den Bühnen von 1945 bis heute. Äußerer Anlaß sind der 225. Geburtstag des Dichters sowie das 200jährige Jubiläum seiner Rede über die „Schaubühne als moralische Anstalt betrachtet". Zu der in Zusammenarbeit mit dem Theatermuseum der Universität Köln veranstalteten Ausstellung (bis 31. 10.) ist ein Katalog erschienen, der Aufsätze von Regisseuren, Schauspielern, Wissenschaftlern, Kritikern und Schriftstellern enthält (707 S., 30 Mark, im Buchhandel 40 Mark).

Das Kölner „Theater Kefka" feiert Geburtstag

DW. Köln

Das einzige Pantomimentheater Westeuropas, das „Theater Kefka" in Köln, feiert heute sein zehnjähriges Jubiläum. Sein Leiter, der Tscheche Milan Sladek (Jahrgang 1938), war nach den Ereignissen vom August 1968 nicht in seine Heimat zurückgekehrt, sondern auf Umwegen in die Domstadt gekommen. Gastspiele führten Sladek und sein Ensemble in alle Teile der Welt. Darüber hinaus ist es Sladek gelungen, Köln einmal jährlich zum Zentrum der Pantomimenkunst machen: mit dem internationalen „Gauklerfest", das in diesem Herbst zum neunten Mal stattfindet.

Neue Zeitschrift: „Ost-West-Studien"

DW. Mainz

Die Förderung des gesamtdeutschen Bewußtseins hat sich das Anfang des Jahres gegründete Ost-West-Studienzentrum e. V., Mainz, zum Ziel gesetzt. Fortan erscheint vierteljährlich ein eigenes Publikationsorgan: die „Ost-West-Studien". Heft 1 enthält neben kritischen Artikeln, z. B. von Fritz Schenk, Beiträge der Schriftsteller Siegmar Faust, Bernd Jentzsch und Gerd Zwerenz sowie zwei erstmals ins Deutsche übersetzte Gedichte des 1980 gestorbenen russischen Sängers Wladimir Wyssotzki. Das Heft (8 S., 60 Pfennig) ist zu beziehen durch: Ost-West-Studienzentrum, Klosterstr. 52, 6500 Mainz 1.

Waliser Literaturpreis für Zbigniew Herbert

J. G. G. Cardiff

„The Welsh Arts Council" hat dem 59jährigen polnischen Lyriker Zbigniew Herbert seinen internationalen Schriftstellerpreis 1984 verliehen. Der Preis wird alle zwei Jahre vergeben. Voriger Preisträger war der Exilrumäne Eugène Ionesco. Wie der aus Lemberg stammende katholische Schriftsteller Herbert dem Council mitteilte, wird er im November den Preis entgegennehmen. Die „University of Wales" in Cardiff gibt aus diesem Anlaß eine Anthologie seiner Gedichte in walisischer Sprache heraus.

Tips zur Verringerung der Abgasbelastung

HEINZ HORRMANN, Bonn

Millionen Autofahrer stöhnen im morgendlichen Siebenuhrfünfzig-Stau. Die Blechkarawane schiebt sich meterweise voran, zur Düsseldorfer Südbrücke, vom Kölner Westen zum Bonner Verteiler und ebenso langsam über Münchens Mittleren Ring. Rush-hour in Deutschlands Städten.

Zu den nervlichen Strapazen kommt für die Fahrzeuginsassen zusätzlich eine gewaltige Abgasbelastung. Bei diesen Stop-and-go-Fahrten zur Arbeit, nach Hause und am Wochenende zum Bundesliga-Stadion ist in den Fahrzeugen die giftige Autoabgas-Konzentration von Kohlenmonoxid (CO) und Stickstoff (NOx) dreimal höher als auf dem Bürgersteig.

53 Testfahrten

Das hat der ADAC in einer umfassenden Untersuchung festgestellt. ADAC-Sprecher Jörg Wurm erklärte den Ablauf des Tests: „Zu den unterschiedlichsten Zeiten waren 53 Versuchsfahrer mit Meßgeräten im Fahrzeug unterwegs. Nach 6000 Kilometern stand das Ergebnis unserer Aktion fest." Anschließende Blutproben bei den Testfahrern haben aber ergeben, daß sich der „normale" Autofahrer dennoch keine Sorgen machen braucht. Selbst diese Überkonzentration von Kohlenmonoxid und Stickstoff, die damit zu erklären ist, daß die Ansaugdüsen für Frischluft unter der Windschutzscheibe des Wagens angebracht und damit unmittelbar hinter dem Auspuff des vorausfahrenden Fahrzeugs plaziert sind, zeigten keine negative Wirkung wie Übelkeit oder Konzentrationsschwäche.

Bei Autofahrern, die allerdings ständig im Stadtverkehr unterwegs sind, sieht die Sache anders aus. Nach etwa fünf Stunden Stadtverkehr (Taxifahrer) dürfte der CO-Gehalt im Blut bereits in den giftigen Bereich von vier Prozent gelangen. Bei den Stickoxiden, die ständig im Fahrzeuginnere gelangen, sieht die Bilanz noch schlechter aus. Der zulässige Grenzwert für luftverunreinigende Stoffe wurde schon in einem Viertel dieser Zeit überschritten.

Bei Autobahnfahrten ist die Belastung des schädlichen Kohlenmonoxids deutlich geringer als im innerstädtischen Verkehr. Bei langen Überlandfahrten steigt lediglich der Stickstoffwert an.

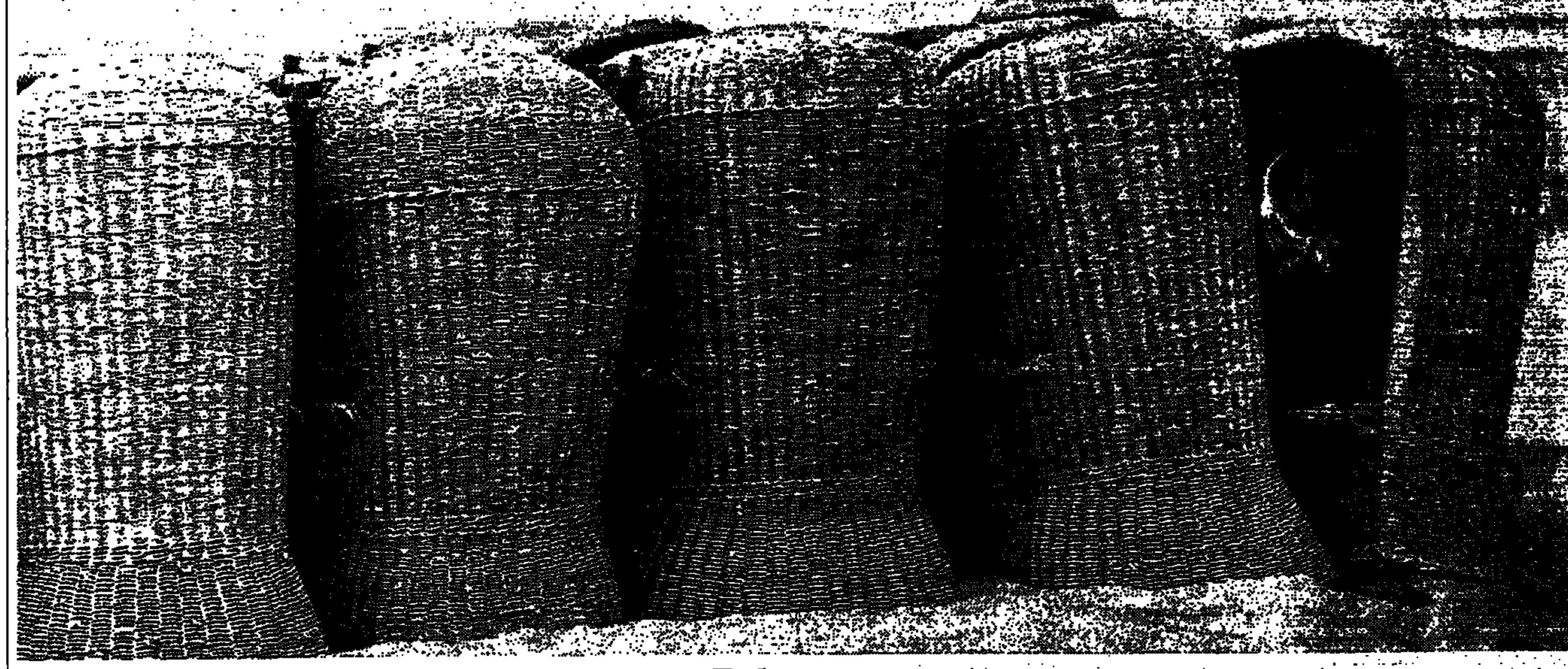
Luftfilter machtlos

Die als Zubehör oft angebotenen Luftfilter für den Fahrgastraum – das haben Untersuchungen belegt – sind gegen diese Abgas-Konzentrationen machtlos. Sie filtern lediglich Staub und Pollen aus und sind damit in der Heuschnupfenzeit allenfalls für Allergiker hilfreich.

Helfen können – so der ADAC-Präsident Franz Stadler – nur umweltfreundlichere und abgasentgiftete Autos. Die deutschen Autofahrer sollten sich nicht von der Uneinigkeit innerhalb der EG beeinflußen lassen, sondern so schnell wie möglich freiwillig die neuen Katalysator-Autos und das dafür notwendige bleifreie Benzin annehmen. Bekanntlich konnte man sich in Brüssel nicht zu einer EG-weiten Abgas-Entgiftung durchringen. Erst ab 1986 wird die untere Grenze der jetzigen Richtlinie über den Bleigehalt im Benzin freigegeben. Nach EG-Gesetz ist also das bleifreie Benzin, das zur Zeit in Deutschland angeboten wird, sogar unzulässig.

Bis zur allgemeinen Regelung, glauben die Experten, können die Autofahrer jedoch in Selbsthilfe schon einiges tun:

Im Leerlauf nicht mit dem Gaspedal spielen, Kavalierstarts vermeiden, vor allem aber den Motor regelmäßig einstellen lassen, was außerdem bis zu 15 Prozent Benzin ersparen kann. Darüber hinaus sollte man im Stau das Gebläse abstellen, weil es die dreifache Menge Abgase in den Innenraum befördert.



Körbe . . .

FOTO: GUIDO MANGOLD

Mit 21 Böllerschüssen in ein neues Zeitalter

Pompöse Eröffnung des Donau-Schwarzmeer-Kanals

dpa, Konstanza

Am Wochenende wurde der 64,2 Kilometer lange Donau-Schwarzmeer-Kanal zwischen Cernavoda und Konstanza vom rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu freigegeben. Ehrenformationen aller Waffengattungen hatten sich ebenso am Donau-Ufer versammelt wie Volkstanzgruppen, Schulklassen, Musikkapellen und Betriebsabordnungen. Unter Jubelchören, Fahnenschwingen, Tanz und Musik schwebte Ceausescu mit dem Hubschrauber ein. Kriegsschiffe böllerten einen Ehrensalut von 21 Schüssen. Der jetzt erfüllte „jahrhundertealte Traum" soll die heimische Wirtschaft kräftig ankurbeln. Dazu wurde ein Bauwerk der Superlative errichtet, das den Weg der Donauschiffe zum Schwarzen Meer um mehr als 300 Kilometer verkürzt und damit die Fahrzeit von zweieinhalb Tagen auf rund vier Stunden.

300 Millionen Kubikmeter Stein und Geröll mußten für die sieben Meter tiefe und bis zu 120 Meter breite Fahrrinne ausgehoben werden. Das entspricht dem Volumen von 120 Cheops-Pyramiden. Für den deutlich längeren Panama-Kanal in Mittelamerika wurde nur rund die Hälfte dieser Erdmassen bewegt. Vier neue Häfen entstanden entlang des Wasserlaufes. Am Endpunkt in Konstanza Süd sollen die Güter von den bis zu 150 000 Tonnen großen Seeschiffen umgeladen werden.

Eine riesige Pumpstation bei Cernavoda sorgt für einen gleichbleibenden Wasserspiegel. Zwei Schleusen am Anfang und am Ende des Wasserweges überbrücken den erheblichen Höhenunterschied zwischen Fluß und Meer und verhindern das Eindringen von salzigem Meerwasser. Neben dem Kanal errichteten an die 30 000 Bauarbeiter 135 Kilometer Straßen, 36 Brücken und 80 Kilometer Schienenstrang.

Die Rumänen hoffen, demnächst jährlich rund 75 Millionen Tonnen Güter über den neuen Kanal verfrachten zu können. In Duisburg Ruhrort, dem größten Europäischen Binnenhafen, werden 47 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Für die Hoffnungen der Rumänen wäre jedoch eine deutliche Belebung des heute eher verschlafenen Donauverkehrs erforderlich. In diesem Zusammenhang setzen sie auf die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals; dadurch entstünde eine direkte Verbindung zwischen Nordsee und Schwarzem Meer.

Die rumänischen Erbauer versprechen sich von ihrem Kanal fantastische Perspektiven. Bereits in 30 Jahren sollen sich die Baukosten von rund fünf Milliarden Mark amortisiert haben. Längs des Wasserlaufes sollenIndustriekomplexe angesiedelt werden, vor allem aber in der kargen Landschaft der Dobrudscha durch Bewässerung mehrere tausend Hektar Ackerböden entstehen.

Kritische Beobachter stehen diesen geradezu euphorischen Plänen skeptisch gegenüber. Zum einen verweisen sie auf die beschränkte Investitionsfähigkeit der angeschlagenen rumänischen Wirtschaft. Auf der anderen Seite dürfte selbst für den rumänischen Binnenverkehr die alte Donau nicht vollständig ihre Bedeutung verlieren, liegen doch die gigantischen Stahlwerke von Galati am alten Flußlauf. Neben der wirtschaftlichen Zielsetzung des Donau-Schwarzmeer-Kanals werden unter ausländischen Fachleuten auch politische und ideologische Gründe für den Bau angeführt. Politisch könnte für das traditionell auf Eigenständigkeit bedachte Rumänien ausschlaggebend gewesen sein, der großen Sowjetunion, die in den siebziger Jahren mit dem Ausbau ihres Donauhafens Izmail begonnen hatte, „das Wasser abzugraben". Mit dem neuen Kanal besitzt das Balkanland jetzt eine noch attraktivere Donaumündung.

Ein erster Versuch, den Kanal zu bauen, wurde bereits vor 30 Jahren unternommen, mußte jedoch nach Einstellung der sowjetischen Hilfe abgebrochen werden. Die Arbeitsbedingungen waren seinerzeit vor allem für die Strafgefangenen so hart, daß das Bauwerk den Beinamen „Todeskanal" erhielt. THOMAS BREY

Seite 2: Großer Bruder umschifft

Vom Boom eines altbackenen Handwerks

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Anfang der siebziger Jahre galt der Beruf noch als ein wenig altbacken – heute ist er „in": Das Tischlerhandwerk wärmt sich in einer Art „Wir-vom-Holz"-Gefühl. Immer mehr Abiturienten wollen Tischler werden, wollen einen Beruf ergreifen, der mit einem Slogan wie „Holz ist wunderbar" an Natur und Gestaltungsfreiheit erinnert. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes Holz- und Kunststoffverarbeitenden Handwerks" hält dieses Berufsfeld Holzhandwerk auf dem „Deutschen Tischlertag" '84 in Hamburg für „sehr zukunftsträchtig". Ein Bereich, der neben den Tischlern noch Parkettleger, Rolladen- und Jalousiebauer, Drechsel, Bootsbauer und Modellbauer umfaßt. Viele Studenten, vor allem vom Maschinenbau, die ihr Studium abbrechen, entscheiden sich für das Tischlerhandwerk, stellte Jochen Hellwig, Vizepräsident des Bundesverbandes fest.

Bei dem „Deutschen Tischlertag" in der Hansestadt – verbunden mit dem 100jährigen Jubliäum des Tischler-Bundesinnungsverbandes – wies Hellwig auf die Ausbildungsleistung der Branche hin: Rund 41 000 Lehrlinge werden gegenwärtig in dem viertgrößten deutschen Handwerksbereich ausgebildet. Davon sind 2442 Mädchen. Auf den ersten Blick macht sich der Anteil von 5,9 Prozent der Damen mit Hobel und Zollstock bescheiden aus, doch der Anstieg gegenüber den siebziger Jahren ist beträchtlich. Und außerdem stehen nach den klagenden Worten der Verbands-Oberen zahlreiche Schutzvorschriften einer weiteren Öffnung des Berufes für weibliche Lehrlinge entgegen: Die meisten Betriebe sind klein (Bundesdurchschnitt: 6 bis 7 Beschäftigte) und können Auflagen wie getrennte Umkleideräume und Toiletten nicht erfüllen.

Das „wunderbare" Holz, das neben dem Kunststoff der Branche im vergangenen Jahr einen Umsatz von 20 Milliarden Mark einbrachte, ist gegenwärtig in den Arten Eiche, Kirschbaum und Nußbaum besonders begehrt. Jochen Hellwig sieht auch einen zunehmende Nachfrage nach Möbeln in Lack-Technik. Noch immer kämpfen die Tischler gegen eine „gefühllose Fenster-Erneuerung", durch die nach ihrer Auffassung „ganze Siedlungen zerstört werden". Dabei richtet sich ihr Blick besonders auf fliegenden Kolonnen, die neue Fenster verkaufen und häufig hinterher nicht mehr haftbar gemacht werden können.

Ein Makel auf Gräfin „Bibis" Geschäften?

Wollte Hamburgerin 250 Panzer nach Iran verschieben?

HORST DALCHOW, Hamburg

Ein Geschäft größeren Ausmaßes mit amerikanischen Kampfpanzern hat die Hamburger Polizei in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt offenbar in letzter Minute vereitelt. Vier Personen, die verhaftet wurden, müssen mit einer Anklage wegen Verstoßes gegen das „Kriegswaffen-Kontrollgesetz" rechnen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft handelt es sich um zwei Deutsche und zwei Ausländer. Sie sollen versucht haben, 250 US-Panzer des Typs „M 48" in den Orient zu verschieben – angeblich nach Iran. Wenngleich sich die Behörden zu diesen Spekulationen auch nicht äußerten, so wurde inzwischen bekannt, daß einer der Kaufinteressenten Iraner ist. Er wurde ebenso wie seine Geschäftspartner bereits am 16. Mai verhaftet.

Die Aktion der Polizei war zunächst geheimgehalten und schließlich nur durch einen Informanten bekanntgeworden, der den Hamburger Vermittlern des geplatzten Waffengeschäfts nahesteht. Als Schlüsselfigur gilt die Gräfin Lisa von Schwerin. Die 67jährige Maklerin soll versucht haben, das Geschäft zu vermitteln. Verhaftet wurde auch ihr Anwalt. Von seinem Büro aus sollen wichtige Telefonate geführt worden sein, die die Polizei mit richterlicher Genehmigung abgehört hat. Der Haftbefehl gegen den Juristen wurde allerdings 24 Stunden später wieder aufgehoben.

Die Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei hatte Ende April von Kollegen aus den USA einen Hinweis erhalten. Als man in der Hansestadt die vagen Verdachtsmomente erhärten konnte, informierte man das Bundeskriminalamt und hörte die Telefonate so lange ab, bis man überzeugt war, daß das große Geschäft unmittelbar vor dem Abschluß stand. Als Kaufsumme sollen mehr als 250 Millionen Mark genannt worden sein. Die Verhaftung erfolgte schließlich so überraschend, daß selbst der 78jährige Graf Jürgen-Werner von Schwerin mit seiner Frau kein Wort mehr wechseln konnte. Als der Immobilienmakler am Abend des 16. Mai von seinem Büro in der Innenstadt nach Hause kam, war die Wohnung leer. Die Staatsanwaltschaft geht offenbar davon aus, daß der Graf in keiner Weise an dem von seiner dritten Frau geplanten Geschäft beteiligt war.

Die im Freundeskreis „Bibi" genannte Gräfin muß mit einer harten Strafe rechnen, falls die Beweismittel ausreichen. Wie lange deren Auswertung dauern könnte, ist bisher nicht abzuschätzen. Nach dem „Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen" macht sich auch schuldig, wer „einen Vertrag über den Erwerb oder das Überlassen (von Kriegswaffen) ohne Genehmigung vermittelt oder eine Gelegenheit hierzu nachweist". Schon für minderschwere Fälle ist eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vorgesehen. Ein besonders schwerer Fall liegt nach dem Gesetz dann vor, wenn „der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt". Dann drohen bis zu zehn Jahren. Mit den 250 modernen Kampfpanzern, deren Verkauf die Gräfin Lisa von Schwerin offenbar vermitteln wollte, hätte der Empfängerstaat mindestens zwei Divisionen ausrüsten können.

LEUTE HEUTE

Delikates Geständnis

Glenys Kinnock (39), die Ehefrau des Labour-Parteiführers **Neil Kinnock** (42), hat ein mutiges Geständnis gewagt: Das Ehepaar beschloß gemeinsam, daß sich Neil Kinnock sterilisieren lassen sollte. In einem Zeitungsinterview bekennt die Frau des britischen Oppositionsführers: „Ich habe ihn daraufhin zum Krankenhaus gefahren und gleich anschließend zu einer Abstimmung ins Unterhaus." Die Kinnocks sind seit 17 Jahren verheiratet.

Bronze statt Eisen

Henry Moore (85), Englands berühmtester Bildhauer, dessen Werke bereits im Bundeskanzleramt aufgestellt sind, hat endlich auch Zugang zum Amtssitz der britischen Premierministerin **Margaret Thatcher** gefunden. Die „eiserne Lady" hat in der Londoner Downing Street Nr. 10 eine „bronzene Lady" des Künstlers aufstellen lassen. Die „bronzene Lady" ist eine 91 Zentimeter lange, liegende Frauenfigur, die als Leihgabe aufgestellt wird.

US-Firma verklagt „Arianespace"

AFP, Washington

Klage wegen unlauteren Wettbewerbs bei der kommerziellen Aussetzung von Satelliten hat das US-Unternehmen „Transpace Carriers" gegen das europäische Konsortium „Arianespace" beim amerikanischen Handelsministerium eingereicht. Das teilte der Präsident der US-Firma, David Grimes, am Wochenende mit. „Arianespace" habe dank staatlicher Subventionen zwei Preisniveaus festgelegt und biete ihre Dienste den Amerikanern erheblich billiger als den Europäern an. „Transpace" hat als erstes Unternehmen der USA einen Vertrag mit der amerikanischen Weltraumbehörde NASA unterzeichnet, der die Herstellung und den Verkauf von „Delta"-Raketen für die Aussetzung von Satelliten vorsieht. Seine Firma verfüge über Beweise, so Grimes, daß das Konsortium in Europa rund 30 Millionen Dollar für einen Satellitentransport fordere, diesen Dienst in den USA jedoch für 20 Millionen anbiete. Solch unlauterer Wettbewerb könne „praktisch zu einem ausländischen Monopol auf dem Markt der Trägerraketen" führen.

Serientäter gefaßt

dpa, Brignoles

Ein 26jähriger Franzose hat der Polizei gestanden, „aus Rache" insgesamt 26 Waldbrände in Südfrankreich seit dem vergangenen Jahr gelegt zu haben. Er habe sich bei der Feuerwehr dafür rächen wollen, daß sie seine Bewerbung als Feuerwehrmann abgewiesen habe. Der Mann war in Saint-Maxim beim 27. Versuch auf frischer Tat erwischt worden.

Lavafontänen

AP, Djakarta

Auf der indonesischen Insel Celebes ist Freitagabend der Vulkan Soputan ausgebrochen. Nach Angaben der Behörden spie der 1827 Meter hohe Berg Lavafontänen bis 300 Meter in den Himmel. 6000 Menschen müssen mit ihrer Evakuierung rechnen.

Umgetauft

AFP, Athen

Der griechische Frachter „Garifalia", dessen Kapitän unter Anklage steht, elf blinde Passagiere vor der somalischen Küste über Bord seines Schiffes geworfen zu haben, wurde auf den Namen „Arktous" umgetauft. Die ehemalige „Garifalia" war vor zwei Tagen von Piräus aus mit neuer Besatzung und einem neuen Kapitän an Bord mit unbekanntem Ziel ausgelaufen.

Grausiger Fund

dpa, Warstein

Kinder entdeckten in einem Waldstück bei Warstein (Nordrgein-Westfalen) ein im Baum hängendes menschliches Skelett. Das Gerippe wurde nur noch durch die Kleidung zusammengehalten. Der Tote ist – so vermutet die Polizei – wahrscheinlich ein seit September 1981 vermißter Kommunalpolitiker. Der damals 51jährige hatte seinen Selbstmord angekündigt.

Panek verurteilt

dpa, Bielefeld

Der bereits mehrfach wegen Bankraubs vorbestrafte Gewaltverbrecher Robert Panek (39), der 1982 nach Schüssen auf zwei Polizeibeamte die Polizei im In- und Ausland monatelang in Atem hielt, ist am Freitag vom Bielefelder Schwurgericht zu zweimal lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Gericht hielt ihn des versuchten Mordes für überführt.

Teurer Vertragsbruch

dpa, Münster

Ärzte, die vom Land Nordrhein-Westfalen durch attraktive Vergünstigungen während des Studiums für den öffentlichen Gesundheitsdienst geworben wurden, dann aber doch die finanziell lukrativere Tätigkeit in einer Praxis vorziehen, müssen ihren Vertragsbruch teuer bezahlen. Das hat das Oberverwaltungsgericht Münster in einem Grundsatzurteil klargestellt (AZ.: 12 A 2151/82). Die Richter gaben dem Land recht, das von den betroffenen jungen Ärzten jeweils 75 000 Mark forderte: Ausbildungsstipendien von rund 50 000 Mark plus Zinsen sowie eine vereinbarte Vertragsstrafe von 25 000 Mark.

Zahl der Opfer stieg

AFP, London

Die Zahl der Toten nach der Explosion einer unterirdischen Pumpstation im englischen Abbeystead ist am Sonntag mit dem Tod eines Schwerverletzten auf zehn gestiegen. 33 Menschen liegen noch mit schweren Verbrennungen in Krankenhäusern. Die genaue Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt.

ZU GUTER LETZT

Der „Beruf" des Schlangestehers ist nach einem Bericht der Zeitung „Sowjetskaja Rossija" in der UdSSR zu einer einträglichen Beschäftigung geworden. In der Samstagsausgabe des Blattes hieß es, einige Schlangen vor Geschäften bestünden fast nur aus Leuten, die für viel Geld für andere Leute ohne Zeit einen Platz freihielten. Meldung der Nachrichtenagentur Reuter.

WETTER: Schauer

Wetterlage: Hinter einem nach Nordosten abziehenden Tiefausläufer bestimmt feuchte und nur mäßig warme Luft das Wetter in Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, voll, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✻ Schneefall, ▽ Schauer, Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten ▲▲▲ Warmfront, ▲▲▲ Kaltfront, ▲▲▲ Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Berlin: Überwiegend starke, nur gelegentlich auflockernde Bewölkung mit einzelnen Schauern, die teilweise auch gewittrig sein können. Nachmittagstemperaturen 14 bis 18 Grad, in den Mittelgebirgen nur wenig über 10 Grad. Nachts Abkühlung auf 11 bis 8 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten:

Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	30°
Bonn	13°	Kopenhagen	14°
Dresden	20°	Las Palmas	19°
Essen	11°	London	7°
Frankfurt	12°	Madrid	13°
Hamburg	16°	Mailand	13°
List/Sylt	12°	Mallorca	16°
München	14°	Moskau	22°
Stuttgart	10°	Nizza	16°
Algier	22°	Oslo	18°
Amsterdam	14°	Paris	11°
Athen	21°	Prag	18°
Barcelona	16°	Rom	20°
Brüssel	13°	Stockholm	17°
Budapest	20°	Tel Aviv	24°
Bukarest	23°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	19°
Istanbul	20°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 5.14 Uhr. Untergang: 21.26 Uhr; **Mondaufgang:** 4.30 Uhr, Untergang: 20.12 Uhr.
*in MESZ, zentraler Ort Kassel

Schlechte Chancen für Carolines Herzenswunsch

KLAUS RÜHLE, Rom

Seit Monaten wartet man in Monte Carlo vergeblich auf eine gute Nachricht aus Rom. Landesvater Rainier und Caroline von Monaco, die seit dem unerwarteten Tod ihrer Mutter zur First Lady des Fürstentums avanciert ist, hoffen immer noch darauf, daß die Sacra Rota die erste Ehe Carolines mit Philippe Junot annulliert. Der Fürst nutzt alle seine Verbindungen zu vatikanischen Kreisen aus, um die ersehnte Nichtigkeitserklärung zu erwirken. Als gutgläubiger Katholik läge ihm viel daran, die zweite Eheschließung seiner ältesten Tochter in Ordnung zu bringen, d.h. vom Geruch des Konkubinats zu befreien.

Doch die Chancen stehen schlecht. Im Vatikan sieht man in der Scheidung Carolines und der standesamtlichen Trauung mit dem drei Jahre jüngeren Stefano Casiraghi eine provokante Herausforderung, die keinerlei Sanktionierung durch den Heiligen Stuhl verdient.

Was die Sacre Rota zu besonderer Zurückhaltung gegenüber dem Annulierungsanliegen veranlaßt, ist die bisherige, alles andere als vorbildliche Lebensweise der monegassischen Prinzessin. Die ziemlich lange Reihe ihrer Liebhaber und Verlobten mit Robertino Rossellini und dem Tenniscrack Guillarmo Vilas als Hauptpaladine ist nicht dazu angetan, die Mitglieder der Sacra Rota umzustimmen. Ebensowenig überzeugt sie die Person des neuen Partners, jenes Stefano Casiraghi, der seine bisherige Verlobte, die bildhübsche Pinuccia Macheda schnöde im Stich ließ, um Schwiegersohn Rainiers zu werden.

Wenn Vilas und Rossellini sich nach ihrer Liebesaffäre mit Carolina mit andere junge Damen ausgiebig trösteten, gehört das zur Rahmenhandlung jenes Lebensstils, der seit Jahren die unbekümmerte Existenz Carolines kennzeichnet und auf den man im Vatikan bestenfalls mit hochgezogenen Augenbrauen reagieren dürfte. Hierfür also irgendein Verständnis von der Sacra Rota zu erwarten, erscheint schlicht abwegig, zumal man im Vatikan ohnehin nicht geneigt ist, gegenüber Angehörigen des Hoch- und Geldadels andere Maßstäbe anzulegen als gegenüber Durchschnittskatholiken. Papst Johannes Paul II. wäre bestimmt der letzte, der Verständnis für Sonderregelungen zugunsten prominenter Sünder zeigen würde.

So spricht alles dafür, daß Caroline für die katholische Kirche eine Konkubine bleibt. Die Sacra Rota hat den Antrag auf Nichtigkeit ihrer Ehe mit Philippe Junot bisher noch nicht einmal geprüft. Der Vorgang ruht. Was die Situation für die Antragstellerin noch erschwert ist der Umstand, daß die Prinzessin seinerzeit vom Vatikan ausdrücklich auf die Folgen eines eventuellen Verstoßes gegen die katholische Ehemoral, d.h. die Unlösbarkeit der Ehe hingewiesen worden ist.

Caroline und ihr neuer Gatte werden deshalb wohl auf die kirchliche Sanktionierung ihrer Ehe verzichten müssen und Fürst Rainier wird sicher nicht wie weiland König Heinrich VIII. von England auf die Weigerung Papst Clemens VII., seine Ehe mit Katharina von Aragon zu annullieren, mit der Gründung einer eigenen Kirche antworten.



Der Honeymoon ist längst verflogen – doch Caroline und ihr Ex-Mann Philippe Junot können nicht los voneinander: Die Kirche akzeptiert ihre Scheidung nicht. FOTO: DPA